

INTEGRATIONS- ERFAHRUNGEN IM RUHRGEBIET

Erfolgsfaktoren und Innovationspotenziale



IMPRESSUM

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Karsten Jung (V.i.S.d.P.)

Jasmin Sandhaus

Taner Ekici

Cornelius Lilie

Bettina Sacher

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig.

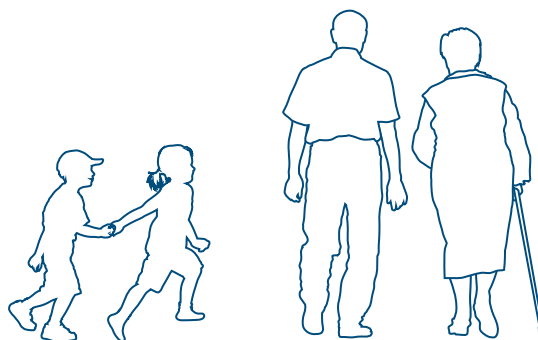
Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

INTEGRATIONS- ERFAHRUNGEN IM RUHRGEBIET

Erfolgsfaktoren und Innovationspotenziale

INHALT

■ GELEITWORT VON CHRISTIAN WULFF	SEITE 06
■ GRUSSWORT VON DR. BORIS BERGER	SEITE 07
■ VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH	SEITE 08
■ WIEVIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND? UND ZUM RUHRGEBIET? EINLEITUNG	SEITE 10
■ I. ZUSAMMENLEBEN GESTALTEN – INTEGRATION ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNG	
□ WER IST WIR? EINWANDERUNG UND DIE ANGST VOR DEM IDENTITÄTSVERLUST AYDAN ÖZOĞUZ	SEITE 15
□ HIER ZU HAUSE: EINWANDERUNG, INTEGRATION, RELIGION UND PERSPEKTIVEN DER INTEGRATIONSPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN SERAP GÜLER	SEITE 20
□ INTEGRATION WIRD GELINGEN. WEIL SIE GELINGEN MUSS. ALEXANDER SCHWEITZER	SEITE 30
□ WELCHEN BEITRAG KANN DIE WIRTSCHAFT ZUM GELINGEN VON INTEGRATION LEISTEN? BERND TÖNJES	SEITE 34
□ INTEGRATION DURCH SPORT IN UNSERE GESELLSCHAFT DR. MICHAEL VESPER	SEITE 42
□ ALTERN IN DER FREMDE – KULTURSENSIBLE PFLEGE UND WOHNFORMEN IM ALTER PROF. DR. HACI-HALIL USLUCAN / RUKIYE AHCI	SEITE 46



■ II. INTEGRATION VOR ORT: DAS RUHRGEBIET

- DURCHEINANDER WAR IMMER: MIGRATION, FREMDSEIN, ANKOMMEN, WEGGEHEN, VERSCHMELZEN IM RUHRGEBIET

SEITE **53**

PROF. DR. STEFAN GOCH

- INTEGRATION IM RUHRGEBIET:
MEINUNGEN UND EINSTELLUNGEN DER BEWOHNER
DES RUHRGEBIETS ZU MIGRANTEN ALLGEMEIN UND ZUM ISLAM

SEITE **66**

PROF. MANFRED GÜLLNER / JUDITH LEICHT

- INTEGRATION ALS SCHICKSALSFRAGE – INTEGRATION IST KEINE FRAGE
DES „OB“, SONDERN EINE FRAGE DES „WIE“

SEITE **74**

THOMAS KUFEN

■ III.ERFOLGSFAKTOREN DER INTEGRATIONSARBEIT

- DAS FORSCHUNGSPROJEKT IN ZAHLEN

SEITE **83**

- SCHLAGLICHTER DER PROJEKTARBEIT

SEITE **86**

- PRAKTISCHE PERSPEKTIVEN AUF DIE INTEGRATIONSARBEIT
IM RUHRGEBIET – ERGEBNISSE AUS DEM FORSCHUNGSPROJEKT

SEITE **92**

PROF. DR. VOLKER KRONENBERG / JASMIN SANDHAUS / MARCO JELIC

■ IV. AUSBLICK

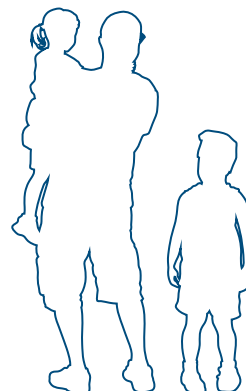
- HEIMAT 2.0 – HERKUNFT UND ZUKUNFT IM ZEICHEN
VON MIGRATION UND INTEGRATION. WER IST „WIR“?

SEITE **109**

PROF. DR. VOLKER KRONENBERG

■ V. VERANSTALTUNGSIMPRESSIONEN

SEITE **115**



GELEITWORT

VON CHRISTIAN WULFF



Christian Wulff
Bundespräsident a. D.
und Schirmherr des Forschungsprojekts

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – diesen wunderbaren Satz haben uns die Mütter und Väter des Grundgesetzes als Richtschnur für unser Land gleich an den Anfang in unserer Verfassung geschrieben. Das heißt auch, dass wir jeden Menschen, der hier lebt, zunächst einmal annehmen, wie er ist – mit all seinen Stärken und Schwächen.

Das gilt gerade auch, wenn es um die Integration von Menschen geht, die zu uns kommen oder gekommen sind. Kern von Integration ist und bleibt, die Menschen in ihrer Verschiedenheit und der ihnen eigenen Würde anzunehmen.

Das ist oft nicht einfach. Jemanden, der einem fremd vorkommt, anzunehmen, bedeutet ja auch, sich in gewisser Weise auf ihn und sein Anderssein einzulassen. Dieser Prozess fordert uns, weil er Offenheit verlangt. Und weil er nur dann gelingen kann, wenn wir ihn unsererseits von einem festen Fundament aus gestalten, einer Haltung, die die Grenzen aufzeigt, innerhalb derer wir unsere Gesellschaft gestalten.

Dem Projekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland?“ der Brost-Stiftung kommt das Verdienst zu, gerade diesen Prozessen Raum zu geben, und das vor allem aus der Sicht der Betroffenen. Wir stellen fest, dass die Menschen, die zu uns kommen, sich verändern. Wir stellen aber auch fest, dass sich unser Land durch sie auch verändert, dass wir als Gesellschaft bunter werden, dynamischer und – davon bin ich fest überzeugt – auch leistungsfähiger.

Diese Seite von Zuwanderung, von Integration zu betonen, scheint mir heute besonders wichtig: Ohne Menschen, deren Wurzeln außerhalb Deutschlands liegen, wären wir nicht Export- und wahrscheinlich auch nicht Fußballweltmeister. Patriotismus ist wichtig. Er muss die Werte schützen, für die unser Land steht, Offenheit, Gleichberechtigung, Menschenwürde. Zugleich soll er die Menschen für die Teilhabe an diesem Land gewinnen, unsere Gesellschaft für sie öffnen – und sie nicht ausschließen.

Als ich in meiner Rede zum 3. Oktober 2010 gesagt habe, dass der Islam inzwischen auch zu Deutschland gehöre, habe ich das in diesem Sinne patriotisch gemeint: unsere Gesellschaft muss allen offenstehen, die hier leben und sich im Rahmen unserer Verfassung und im Sinne der Menschenwürde einbringen wollen. Zu einem Leben in Würde gehört selbstverständlich auch, den eigenen Glauben offen leben zu können. Deshalb bin ich nach wie vor davon überzeugt, dass bei über vier Millionen Menschen muslimischen Glaubens, die in Deutschland ihre Heimat (gefunden) haben, inzwischen auch der Islam zu Deutschland gehört.

Ich danke der Brost-Stiftung, der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn für dieses großartige und wichtige Forschungsprojekt.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'C. Wulff'.

Christian Wulff
Bundespräsident a. D.
und Schirmherr des Forschungsprojekts

GRUSSWORT

VON DR. BORIS BERGER



Dr. Boris Berger
*Vorsitzender des Vereins für Forschung
und Lehre Praktischer Politik*

Drei Jahre lang hat unser Projekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ die Gründe für die teilweise fortbestehende Distanz zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Migranten im Ruhrgebiet untersucht und auf dieser Basis Ansätze zur Belebung des interkulturellen Austauschs im gesellschaftlichen Alltag entwickelt.

In dieser Zeit haben sich die politischen Rahmenbedingungen für unsere Arbeit verändert, das Thema – obwohl schon lange virulent – hat an Brisanz gewonnen. Mehr als eine Million Menschen, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, haben den öffentlichen, medialen und politischen Diskurs über Integration in unserem Land verändert. Eine rechtspopulistische Partei hat sich mit Hilfe teilweise fremdenfeindlicher Rhetorik zur drittstärksten Kraft in unserem Parlament entwickelt.

Gleichmaßen ist aber auch zeitweise eine einmalige „Willkommenskultur“ entstanden. Unzählige Menschen haben sich für die Geflüchteten eingesetzt, sich um Unterkunft und Verpflegung gekümmert und auch Kommunen haben kurzfristig und unbürokratisch alles getan, um die Neuankömmlinge zu versorgen. Nun steht Deutschland vor der Mammutaufgabe, jene Menschen, die nicht in ihre Heimat zurückkehren und die bei uns bleiben werden, in unsere Gesellschaft und – wenn möglich – den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Viel lernen können wir dabei durch einen Blick auf die Erfahrungen jener Menschen, die als Migranten zu uns kamen und deren Nachfahren bereits länger in

Deutschland leben – sowohl im Positiven als auch im Negativen. Politische Empfehlungen, wie Integration durch verbesserte Rahmenbedingungen erfolgreicher gestaltet werden kann, sind zahlreich, bestehen den Praxistest zu oft jedoch nicht.

Auch deshalb haben wir uns auf die konkrete Arbeit vor Ort konzentriert, die von zahlreichen Engagierten in Form von Projekten, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Migrantenorganisationen oder Wohlfahrtsverbänden geleistet wird. Gerade das Ruhrgebiet gilt dabei als „Vorbild“, als Schmelztiegel der Kulturen. Unsere Erkenntnisse, die wir im vorliegenden Band nun präsentieren wollen, zeigen, dass vielfach bereits erfolgreiche und beispielgebende Arbeit geleistet wird. Zugleich gibt es aber auch noch Verbesserungspotenziale, etwa im Bereich der Vernetzung, des Innovationspotenzials oder der Anbindung an die Communities, die wir im Laufe unserer Arbeit identifizieren konnten. Gleichsam lässt sich auch im internationalen Vergleich von innovativen Ansätzen im Ausland für das Ruhrgebiet lernen. Ich freue mich sehr, dass diese Erkenntnisse aus unserer dreijährigen Projektarbeit in der vorliegenden Publikation durch die Beiträge zahlreicher renommierter Autoren aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ergänzt werden. Sie alle beleuchten Integration aus ihrer ganz spezifischen Perspektive und liefern damit zum Projektabschluss ein umfassendes Bild der integrationspolitischen Herausforderungen in Deutschland, die wir nun – dringender denn je – angehen sollten. Dazu sollen auch die hier vorgelegten Empfehlungen einen Beitrag leisten.

Dr. Boris Berger

Vorsitzender des Vereins für Forschung
und Lehre Praktischer Politik

„DIE WAHRHEIT IN DEN TATSACHEN SUCHEN.“

VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH



Prof. Bodo Hombach
Präsident der
Bonner Akademie

Dem früheren gestaltungsstarken chinesischen Vizepremier Deng Xiaoping wird das Zitat zugeschrieben: „Die Wahrheit in den Tatsachen suchen.“

Eine Tatsache: Deutschland ist schon lange Einwanderungsland, ob es die Politik wahrhaben will oder nicht. Einwanderungen nicht zu regeln und zu gestalten, heißt tatsächlich nicht, sie zu verhindern oder gesellschaftliche Integrationskraft zu fördern.

Die Globalisierung mobilisiert nicht nur Konzerne und Warenströme, sondern auch Menschen. Das Schengen-Abkommen hat die Binnengrenzen in Europa geöffnet. Es hat Freizügigkeit für EU-Bürger ermöglicht. Wanderungen gehören seit der Altsteinzeit zur Geschichte unserer Spezies. Sie hat Gründe. Das sind nicht nur entstehende katastrophale Lebensumstände in einer Region und Vertreibung. Sie hat unterschiedliche Anlässe und Erscheinungsformen. Einwanderungsbewegungen ereignen sich nur scheinbar wie das Wetter. Menschen wägen Vor- und Nachteile der wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände ab. Die Abwägung zwischen Verwurzelung in der heimischen Region und einer deutlichen Verbesserung der Lebensperspektive ist ein uraltes Phänomen. Neuartige weltweite Kommunikationssysteme verstärken das. Die Grenzen zwischen berechtigtem Asylanspruch und der Suche nach einem besseren Leben verwischen sich. Die daraus resultierenden Prozesse sind nur für Zeitgenossen, die sie noch nicht erlebt haben, neu. Es gibt Länder,

die sich gesetzgeberisch auch unter Wahrung eigener Interessen darauf längst eingestellt haben. Bei uns gibt es wenig Übung damit. Man versteht sich nicht darauf, die krisengeschüttelten „Hochdruckgebiete“ zu erkennen und vorbeugend zu befrieden. Politik und Behörden eifern nicht darin, den absehbaren Zustrom mit geeigneten Strukturen zu steuern und seine langzeitlichen Folgen abzuschätzen. Solidarisches Handeln gelingt nicht. Lasten werden nicht fair verteilt. In den aufnehmenden Ländern entsteht ein Mix aus Überfremdungsangst und Hilf- und Teilungsbereitschaft. Zu oft entsteht auch ein brisantes Maß kultureller Konfrontation, Sozialkonkurrenz und Sozialneid.

Das Bewusstsein und die gesetzlichen Regelungen dafür, dass Integrationsleistungen und Anstrengungen von beiden Seiten ausgehen müssen, sind im gesellschaftlichen Konsens noch nicht gefestigt.

Wie in Europa vielfach zu beobachten, kann Zuwanderung zur Spaltung in Gesellschaften führen. Es gibt Gruppen und Kräfte, die die mit Zuwanderung verbundenen Probleme nicht lösen, sondern verbieten wollen. Es gibt andere, welche tatsächliche Schwierigkeiten leugnen. Einige bauen ihr Land zur Festung aus und ziehen die

„EINE TATSACHE:
DEUTSCHLAND IST
SCHON LANGE EINWANDE-
RUNGSLAND, OB ES DIE
POLITIK WAHRHABEN WILL
ODER NICHT.“

Zugbrücken hoch. Allgemeine Verunsicherung durch neuartige Herausforderungen (Globalisierung, Digitalisierung, Energie- und Klimawandel) wird durch hilflos agierende und reagierende Institutionen verstärkt. Ängste vor Kontroll- und Statusverlust grassieren. Tradierte Milieus korrodieren und bieten nur noch wenig Konsistenz und Schutz. Selbst überprüfbare Tatsachen werden relativiert und in Frage gestellt.

Fehlverhalten und Regel- und Gesetzesbrüche Einzelner werden schnell verallgemeinert. Das, aber auch Ignoranz und Realitätsverleugnung gegenüber damit verbundenen Erscheinungen gehören zum Nährboden des sich verbreitenden Populismus.

Viele Migranten haben in Deutschland eine neue Heimat gefunden. Sie haben aber auch eigene Traditionen und Werte mitgebracht. Diese Ambivalenz blieb in der gesellschaftlichen Diskussion lange unbeachtet. So besteht die Gefahr, dass sich inmitten der Mehrheitsgesellschaft ethnische Enklaven bilden. Geografische Außengrenzen verlagern sich quasi nach innen. Sie verfestigen soziale und Bildungsunterschiede, anstatt sie aufzulösen. Auch nach Generationen lebt man noch eher nebeneinander als miteinander.

All dies und noch manches mehr wird das Jahrhundert beschäftigen. Ignorieren und Nichtstun sind keine Option. Es ist wichtig, genauer hinzuschauen und sehr konkret zu werden.

Anfang 2015 startete die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) in Kooperation mit der Brost-Stiftung ein Projekt vor Ort im Ruhrgebiet. Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident a. D. Christian Wulff ging es darum, die fortdauernde kulturelle Distanz im Alltag von Deutschen und Muslimen zu untersuchen, Gründe zu finden und greifbare Ansätze, um die Integration junger und alter Menschen im Ruhrgebiet spürbar zu verbessern.

Im Zuge der Flüchtlingskrise veränderten sich die Rahmenbedingungen zum Teil dramatisch. Der praxis- und lösungsorientierte Ansatz des Projekts gewann ständig an Relevanz.

17 Partnerprojekte integrativer Jugend- und Altenhilfe in den Schwerpunktstädten Duisburg, Essen & Gelsenkirchen wurden über mehr als zwei Jahre begleitet. Erkenntnisse und Ergebnisse wurden kontinuierlich dokumentiert und in Veranstaltungen kommuniziert. Eine internationale Vergleichsstudie überprüft innovative Ansätze aus dem Ausland auf ihre Übertragbarkeit.

Wir danken den Verantwortlichen und Teilnehmern in diesen Projekten, die uns immer wieder Einblicke in ihre Arbeit gewährt haben und jederzeit ansprechbar waren.

Wir danken den Teilnehmern der zwölf öffentlichen Diskussionsveranstaltungen im Rahmen des Projekts, u.a. mit Christian Wulff, Joachim Stamp, Aydan Özoğuz, Thomas Kufen, Bischof Overbeck, Heribert Prantl, Stefan Aust, Alice Schwarzer, Anja Reschke, Bassam Tibi, Aiman Mazyek, Lamya Kaddor.

IGNORIEREN UND NICHTSTUN
SIND KEINE OPTION. ES IST
WICHTIG, GENAUER HINZU-
SCHAUEN UND SEHR KONKRET
ZU WERDEN.

Wir profitierten von über 20 Expertenworkshops in Bonn und Essen; über 70 Interviews mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Ehrenamt, sowie Forschungsreisen nach New York, Stockholm, Amsterdam und Wien.

Das nun vorliegende Ergebnis ist eine umfassende Bestandsaufnahme der vielfältigen Integrationslandschaft im Ruhrgebiet, wo zahlreiche innovative und engagierte Akteure wichtige und hervorragende Arbeit leisten.

Die Projektarbeit zeigt Ansatzpunkte und konkrete Handlungsempfehlungen auf, wie erfolgreiche Integration im Ruhrgebiet künftig noch besser gelingen kann.

Sowohl für die Integration der bereits länger hier lebenden Menschen, als auch der Flüchtlinge in der akuten Krise ergaben sich wichtige Erkenntnisse und Impulse.

Das Ende eines solchen Forschungsprojekts ist immer sein eigentlicher Anfang. Der Job ist nie getan, sondern work in progress. Das Junktim von Akademie und Stiftung hat es ermöglicht und sichert ihm – so steht zu hoffen – eine nachhaltige Wirkung. Ein Dank gilt demnach nicht nur den Mitwirkenden, sondern auch den „Fortwirkenden“, die auf dieser Basis Neues versuchen werden oder das Gewohnte fortsetzen, vielleicht auf neue Art und mit noch besseren Gründen. ■

WIEVIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND? UND ZUM RUHRGEBIET?

EINLEITUNG

Seit Anfang 2015 hat die Bonner Akademie gemeinsam mit der Essener Brost-Stiftung und unter Schirmherrschaft von Bundespräsident a.D. Christian Wulff das Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ durchgeführt und nun erfolgreich abgeschlossen.

Als wir zu Beginn unseres Projekts im Sommer 2015 1.000 Menschen im Ruhrgebiet befragten, ob der Islam ihrer Ansicht nach zu Deutschland gehöre, antworteten 47 Prozent mit „ja“. Der modifizierten Aussage, dass der Islam zum Ruhrgebiet gehöre, stimmten sogar 60 Prozent der Befragten zu. Zum Abschluss unseres Projekts – und unter veränderten Rahmenbedingungen – erhoben wir diese Zahlen kurz nach der Bundestagswahl im September 2017 erneut:

“DIE ZUSTIMMUNG ZUR AUSSAGE, DASS DER ISLAM ZU DEUTSCHLAND GEHÖRE, WAR UM 10 PROZENTPUNKTE AUF 37 PROZENT GEFALLEN; GLEICHES GALT FÜR DEN ANTEIL DERER, DIE DEN ISLAM ALS ZUM RUHRGEBIET GEHÖRIG BETRACHTETEN.”

Dieser lag nun bei 50 Prozent.

Offenkundig hat selbst die Integrationskraft des vielzitierten ‚Schmelztiegels‘ Ruhrgebiet Grenzen, die sich zunehmend auch politisch manifestieren. Seit den jüngsten Landtags- und Bundestagswahlen sitzt mit der AfD erstmals eine Partei in unseren Parlamenten, die offen gegen Muslime und den Islam polemisiert. Die Stimmenanteile, die diese Partei in den Ruhrgebietsmetropolen gewinnen konnte, sind als Indikator für den Erfolg politischer und gesellschaftlicher Integrationsbemühungen ebenso besorgniserregend wie die Zustimmungsraten, die Präsident Erdogan und seine AKP unter den hier lebenden Türken beim jüngsten Verfassungsreferendum über die Einführung eines Präsidialsystems erzielen konnten.

Dies gilt umso mehr, da es wohl keine zweite Region in Deutschland gibt, die eine ähnlich vielfältige Bevölkerungsstruktur hat, wie das Ruhrgebiet: Nach den sogenannten ‚Ruhrpolen‘ waren es in der Nachkriegszeit zunächst Italiener, Griechen und Jugoslawen, seit den 1960er Jahren dann vor allem Türken, die als sogenannte Gastarbeiter an die Ruhr kamen. Zu Beginn war es die harte Arbeit unter Tage, die über sprachliche, kulturelle und religiöse Grenzen hinweg gemeinschaftsstiftend wirkte. Mit deren Wegfall im Zuge des Strukturwandels nahmen die Berührungspunkte jedoch ab. Gleichzeitig fehlte es an Integrationsanstrengungen von Politik und Zivilgesellschaft, die sich proaktiv der Überwindung von Sprachbarrieren oder des interkulturellen Austausches angenommen hätten. Die Erkenntnis, dass viele der einstigen Arbeitsmigranten in Deutschland längst eine neue Heimat gefunden hatten, kam zu spät – viel zu lang wurden bestehende Probleme ignoriert und dadurch verschärft.

Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 fokussiert die Integrationsdebatte zunehmend auf den Islam, der auch im Ruhrgebiet verstärkt als anti-modern und bedrohlich wahrgenommen und damit zum Integrationshemmnis wird. In der Folge erwies sich speziell die Integration der – zumeist türkischstämmigen – Muslime im Spannungsfeld zwischen einer zunehmend säkularen und teilweise islamophoben Mehrheitsgesellschaft einerseits und eigenen Rückzugstendenzen und Identitätskonflikten andererseits als gesellschaftliche Herausforderung, die durch politisches Handeln und die integrative Kraft des Arbeitsmarktes alleine nicht mehr zu bewältigen war.

DAS PROJEKT

Hier setzt das Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ an. Anspruch und Reiz des Vorhabens lagen also nicht darin, den zahllosen – und zweifellos wichtigen – Überblicksdarstellungen zu Integration und Studien zur Integrationspolitik eine weitere hinzuzufügen. Das Erkenntnisinteresse der Initiatoren bei der Brost-Stiftung, die sich dem ‚TUN‘ verpflichtet fühlt, lag vielmehr von Beginn an in der Praxis: Ziel war und ist es daher nicht nur, **die Gründe für die fortbestehende kulturelle Distanz im Alltag von Deutschen und Migranten im Ruhrgebiet – unter besonderer Berücksichtigung der Situation junger und alter Menschen – eingehend zu untersuchen**, sondern insbesondere **auf dieser Basis greifbare Ansätze zur Belebung des interkulturellen Austauschs im gesellschaftlichen Alltag und konkreten Projekten der Alten- und Jugendhilfe zu erarbeiten**.

Zu diesem Zweck arbeiteten wir in den vergangenen drei Jahren eng mit 17 Integrationsinitiativen und -Projekten zusammen, die in so unterschiedlichen Bereichen wie Förderunterricht, Ausbildungsvermittlung und Gesundheitsberatung tätig sind. Viele haben spannende Ansätze und innovative Konzepte entwickelt, mit denen sie sich vor Ort sehr erfolgreich für die Integration benachteiligter Jugendlicher und Senioren einsetzen. Gemeinsam mit ihnen haben wir konkrete Konzepte entwickelt und Maßnahmen angestoßen, um das beträchtliche – im Ruhrgebiet bereits vorhandene – Potenzial noch besser auszuschöpfen.

“GERADE WEIL SICH DIE
RAHMENBEDINGUNGEN
IN DEN VERGANGENEN
DREI JAHREN GEÄNDERT
HABEN, IST DIE RELEVANZ
DER HIER VORGELEGTE
ERGEBNISSE UMSO
HÖHER.”

In diese Arbeit konnten wir auch die Erfahrung unserer internationalen Gesprächspartnern einbringen, die uns auf Forschungsreisen nach Wien, Amsterdam, Stockholm und New York an ihrem Praxiswissen teilhaben ließen und im Rahmen von Workshops vor Ort die Übertragbarkeit ihrer Ideen auf das Ruhrgebiet mit unseren Projektpartnern diskutierten. In Verbindung mit einer umfassenden Bedarfs- und Bestandsanalyse im Ruhrgebiet entstanden so spannende Ansätze und Ideen, die künftig dabei helfen können, neue Zielgruppen zu erreichen, Angebotslücken zu schließen und bestehende Initiativen besser zu vernetzen.

Aus dieser Arbeit ergaben und ergeben sich Anknüpfungspunkte nicht nur für die bessere Integration jener Menschen, die bereits seit vielen Jahren – und teilweise in zweiter oder dritter Generation – in Deutschland leben. Vielmehr können sie auch bei der Bewältigung einer Herausforderung helfen, die zu Beginn des Projekts noch nicht absehbar war: Der Integration von hunderttausenden neu nach Deutschland gekommenen geflüchteten Menschen. Gerade weil sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen drei Jahren geändert haben, ist die Relevanz der hier vorgelegten Ergebnisse umso höher: Nachdem die unmittelbaren Herausforderungen der Unterbringung und des Spracherwerbs gemeistert sind, nachdem sich also so etwas wie Normalität einstellt, geht es darum, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und dafür zu sorgen, dass ‚die Neuen Deutschen‘ sich schnell auch als solche fühlen. Dazu bedarf es harter Arbeit, fachlicher Kompetenz und langjähriger Erfahrung. All dies bringen die erfolgreichen Integrationsprojekte im Ruhrgebiet mit. Viele von ihnen haben bereits begon-

nen, ihre Angebote in die Flüchtlingshilfe einzubringen. Sie bedarfsgerecht auszuweiten, anzupassen, zu vernetzen und auch für die langfristige Integrationsarbeit nutzbar zu machen, bleibt eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Dabei mögen die hier vorgelegten Ergebnisse Leitfaden und Anregung sein.

GLEICHZEITIG FEHLTE ES AN
INTEGRATIONSANSTRENGUNGEN
VON POLITIK UND ZIVILGESELL-
SCHAFT, DIE SICH PROAKTIV DER
ÜBERWINDUNG VON SPRACH-
BARRIEREN ODER DES INTER-
KULTURELLEN AUSTAUSCHES
ANGENOMMEN HÄTTEN.

DIESER BAND

Wie genau sich die Integrationskraft des Ruhrgebiets mit innovativen Ansätzen revitalisieren und der ‚Schmelztiegel‘ unter geänderten Rahmenbedingungen neu beleben lassen, wollen wir als Ergebnis unserer dreijährigen Projektarbeit im vorliegenden Band darstellen und diskutieren. Wir freuen uns, dass auf den folgenden Seiten zahlreiche namhafte Experten aus Wissenschaft und Praxis den Blick für den gesellschaftlichen Kontext und zentrale Handlungsfelder der Integrationsarbeit schärfen und damit auch den Rahmen für die Präsentation unserer Forschungsergebnisse abstecken.

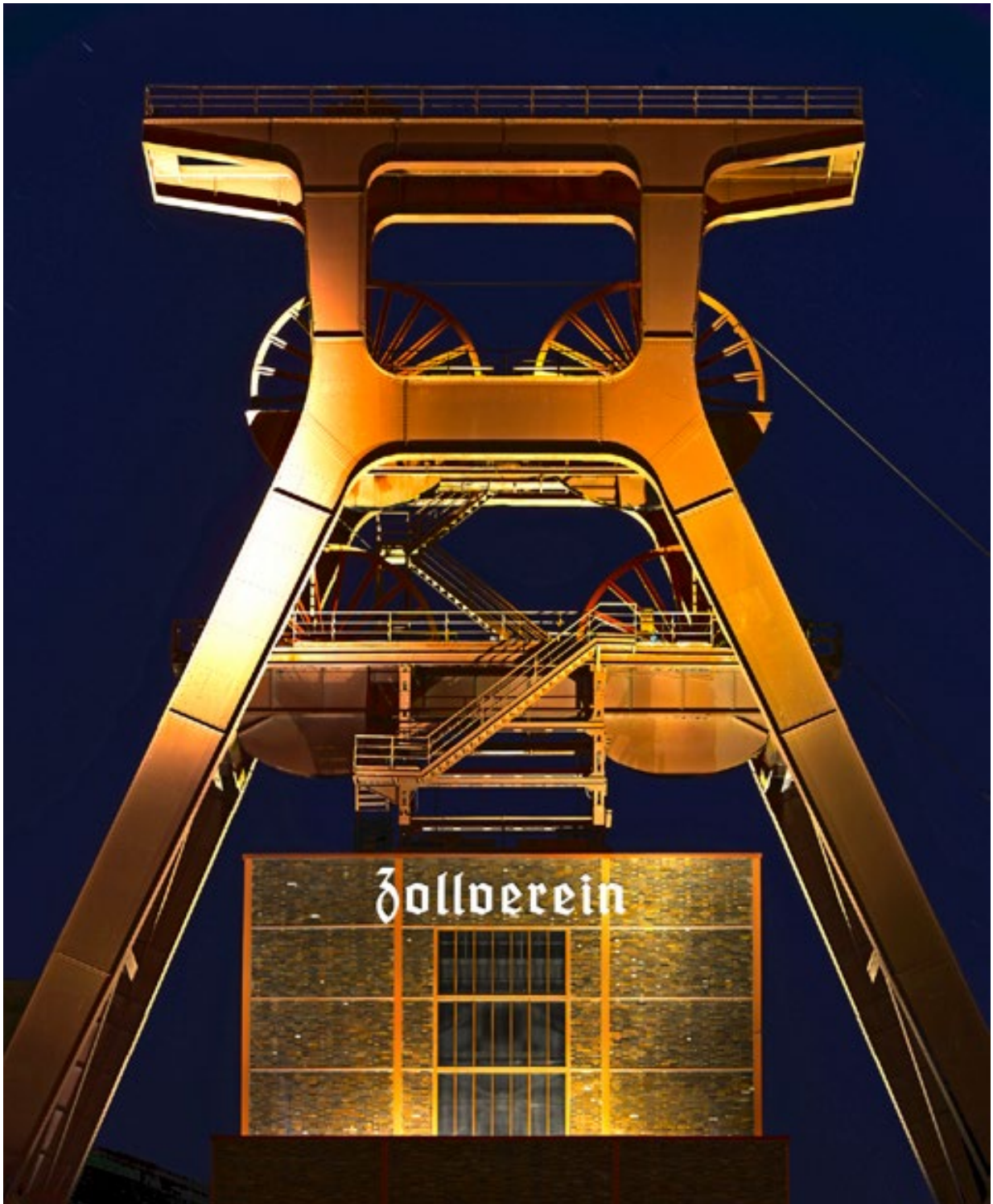
Zu Beginn erläutern die Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, **Aydan Özoğuz**, und die Staatssekretärin für Integration des Landes NRW, **Serap Güler**, integrationspolitische Herausforderungen in Bund und Land. **Alexander Schweitzer**, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag von Rheinland-Pfalz, analysiert weiterhin bestehende Integrationshemmnisse.

Bernd Tönjes, Vorstandsvorsitzender der RAG-Aktiengesellschaft, und **Michael Vesper**, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Olympischen Sportbundes, loten aus, inwieweit Wirtschaft und Sport in unserer Gesellschaft integrationsfördernd wirken können. Die Herausforderungen im Bereich der Gesundheitsversorgung und Altenpflege diskutieren **Hacı-Halil Uslucan** und **Rukiye Ahci** vom Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung in ihrem Beitrag.

Im zweiten Teil richten die Autoren den Blick spezifisch auf das Ruhrgebiet. **Manfred Güllner**, Geschäftsführer des forsa-Instituts, und **Judith Leicht**, stellvertretende Leiterin der Sozialforschung bei forsa, erläutern auf Basis der eingangs bereits zitierten, repräsentativen Umfrage im Ruhrgebiet die regionalspezifischen Herausforderungen mit Blick auf Muslime und Integration. **Stefan Goch**, Leiter des Instituts für Stadtgeschichte in Gelsenkirchen, und **Thomas Kufen**, Oberbürgermeister der Stadt Essen, blicken sowohl aus historischer als auch aus aktueller Perspektive auf das Ruhrgebiet als eine der multikulturellsten Regionen in unserem Land.

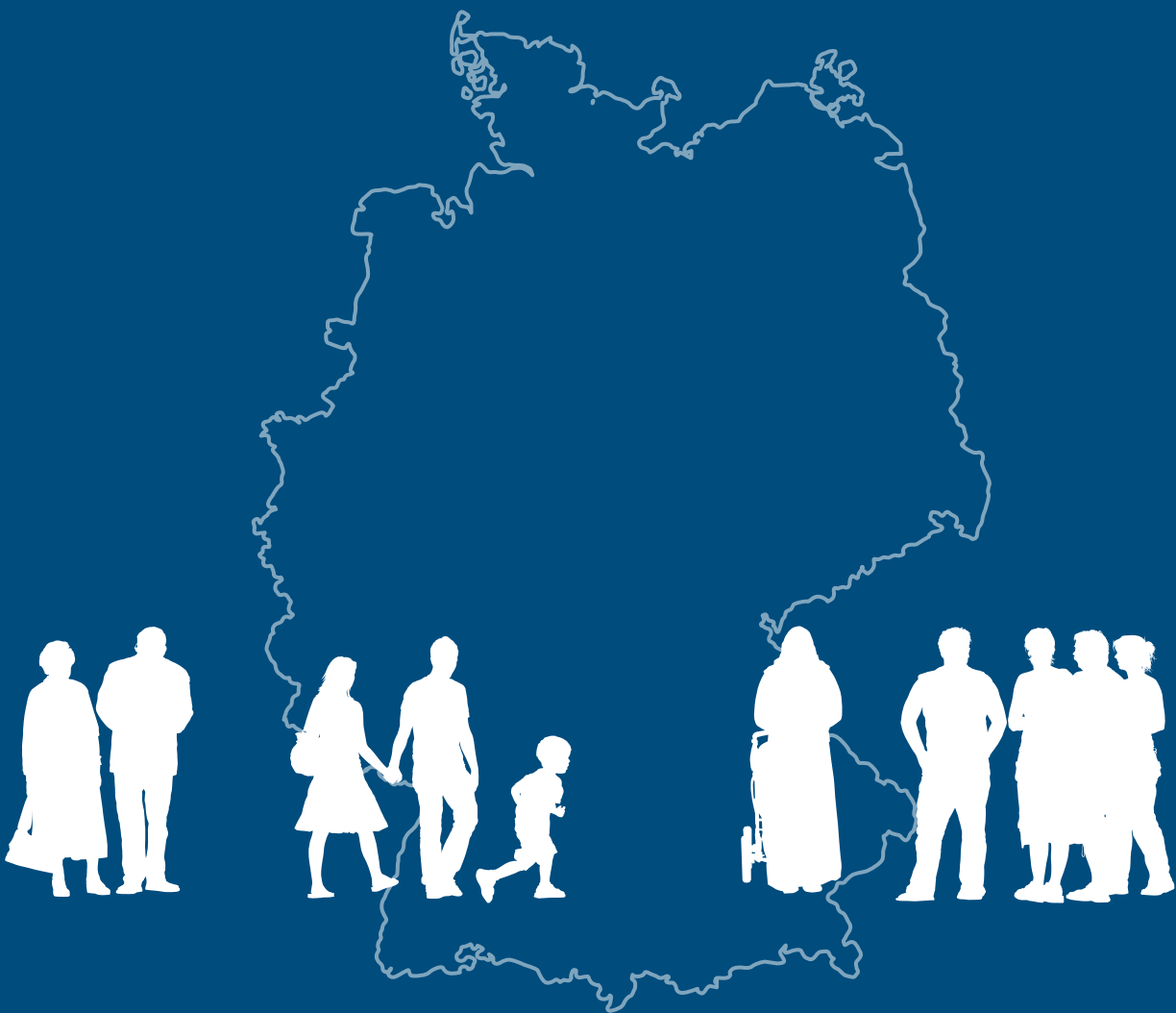
Zum Ende des Bandes gibt schließlich das Kapitel **Erfolgsfaktoren der Integrationsarbeit** einen Einblick in unsere dreijährige Forschungsarbeit und unsere Partnerprojekte. **Volker Kronenberg**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie und Co-Projektleiter, **Jasmin Sandhaus** und **Marco Jelic**, wissenschaftliche Mitarbeiter im Forschungsprojekt, stellen die zentralen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen vor. Abschließend ordnet Volker Kronenberg die Projektergebnisse in den aktuellen Diskurs ein und zeigt auf, wie diese für die Bewältigung akuter Herausforderungen nutzbar gemacht werden können – aber auch, wo weiterhin politischer Handlungsbedarf besteht.

Wir sind zuversichtlich, mit unseren Handlungsempfehlungen innovative und praxistaugliche Lösungsansätze für drängende Herausforderungen gefunden zu haben, deren gemeinschaftliche Umsetzung mit unseren Partnern neue Impulse für die Integrationsarbeit im Ruhrgebiet und weit darüber hinaus geben kann. Der Brost-Stiftung, die dies ermöglicht hat, sowie allen, von deren Erfahrung und Expertise wir profitieren durften, danken wir ebenso herzlich wie den Autoren dieses Bandes, die unser Projekt teilweise ebenfalls bereits lange und interessiert begleiten. ■



Zeche Zollverein: Der Doppelbock von Schacht 12.

I. ZUSAMMENLEBEN GESTALTEN – INTEGRATION ALS GESAMTGESELLSCHAFT- LICHE HERAUSFORDERUNG



WER IST WIR?

EINWANDERUNG UND DIE ANGST VOR DEM IDENTITÄTSVERLUST*



Aydan Özoğuz

Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Was wäre im schönen Bonn am Rhein beim Thema Identität und Einwanderung naheliegender, als mit Carl Zuckmayer zu beginnen? Er beschreibt 1946, als Deutschland in Schutt und Asche liegt, wie eine typisch rheinländische Familie im Laufe der Jahrhunderte von Migration und Austausch geprägt wurde:¹

„Stellen Sie sich mal Ihre Ahnenreihe vor: Da war ein römischer Feldhauptmann, braun wie eine reife Olive. Dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, der ist noch vor der Heirat Christ geworden und hat die katholische Haustradition begründet. Dann kam ein griechischer Arzt dazu, ein keltischer Legionär, ein Graubündner Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons, ein desertierter Kosak, ein Schwarzwälder Flößer, ein wandernder Müllerbursche vom Elsass, ein dicker Schiffer aus Holland, ein Offizier aus Wien, ein böhmischer Musikant – das hat alles am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen, gesungen und Kinder gezeugt. Goethe kam aus demselben Topf – und Beethoven.“

Nicht erst im 20. Jahrhundert nach zwei Weltkriegen hat man sich Gedanken darüber gemacht, was eigentlich typisch Deutsch ist – und schon gar nicht erst im 21. Jahrhundert nach hohen Einwanderungs- und Flüchtlingszahlen.

„Es kennzeichnet die Deutschen, dass bei ihnen die Frage ‚Was ist deutsch‘ nie ausstirbt.“ Das sagte der Philosoph Friedrich Nietzsche vor über 130 Jahren, nämlich 1886. Es gibt weltweit vermutlich kaum ein anderes Volk, das sich so intensiv, so fragend und nachdenklich damit auseinandersetzt.

Für die heutige Zeit und die aktuelle Diskussion möchte ich im Besonderen zwei Epochen aus unserer Historie nennen, deren Verbindung für die Diskussion in Deutschland entscheidend ist:

Erstens: Es prägt uns heute noch, dass Deutschland lange Zeit ein Flickenteppich aus Einzelterritorien war. Bis weit ins 19. Jahrhundert gab es keinen einheitlichen Staat, somit auch kein einheitliches Nationalgefühl – ja nicht einmal eine einheitliche Währung, Gewichtseinheiten oder Längenmaße. Das Wesentliche, was die vielen Königreiche, Großherzogtümer, Bistümer oder Freien Reichsstädte verband, war die deutsche Sprache. Erst 1871 folgte die Gründung des Deutschen Reiches. Wir sind also eine verspätete Nation.

“ES KENNZEICHNET DIE
DEUTSCHEN, DASS BEI
IHNEN DIE FRAGE ‚WAS IST
DEUTSCH‘ NIE AUSSTIRBT.”

DAS SAGTE DER PHILOSOPH FRIEDRICH
NIETZSCHE VOR ÜBER 130 JAHREN, NÄMLICH 1886.

Zweitens: Politik und Gesellschaft schoben nach dem Zweiten Weltkrieg und zwölf Jahren Nazi-Diktatur jede Überlegung nach dem Deutschsein und dem Einheitsgedanken unserer Nation für viele Jahre beiseite – verständlich aus damaliger Sicht. Aber das Wegdrücken ging nur in Verbindung mit einem neuen Gedanken: Nie wieder sollte Krieg von deutschem Boden ausgehen. Demgegenüber blieb die große Skepsis gegenüber Pathos, Nationalsymbolen oder Nationalstolz.

Die allerersten Einwanderer gleich nach dem Krieg – die Vertriebenen aus den ehemaligen Ost-Gebieten des Deutschen Reiches – kamen in eine verunsicherte Gesellschaft. Und ihnen wurde oftmals mit Ablehnung begegnet. Obwohl sie doch Deutsche waren. Die Vertriebenen waren viele Jahre lang überhaupt nicht gut gelitten, Bürger zweiter Klasse. So dichteten beispielsweise Vertriebene aus Niedersachsen:

*„Lieber Herrgott, lass' uns bald nach Haus,
denn in Oldenburg halten wir's nicht länger aus.
Wo die Bauern sturer als die Panzer sind,
da ist keine Heimat für ein Schlesierkind.“*

In Nordrhein-Westfalen lebten 1950 über 1,3 Millionen Vertriebene, das waren 10 Prozent der Einwohner. Ein Drittel kam im rheinischen Landesteil unter, zwei Drittel in Westfalen.

Ein vertriebener Schlesier beschreibt sehr anschaulich die erste Zeit im ländlichen Westfalen und welche Grenzen zwischen ihnen, den deutschen Vertriebenen und den deutschen Einheimischen gezogen wurden:

„Die einheimische Bevölkerung tat sich schwer mit uns Vertriebenen. Wir kamen in Hovestadt bei Familie Peters unter. Die waren erstmal zurückhaltend und misstrauisch. Klar, sie wussten ja nicht, wer ihnen in da ins Haus gesetzt wurde. Im Alltag gab es viele Verbote: Anfangs durften die evangelischen Vertriebenen nicht einmal auf katholischen Friedhöfen beerdigt werden. Frau Torenz von nebenan musste im Nachbarort beer-

digt werden. Einen Raum für evangelische Gottesdienste gab es auch nicht. Später durften wir ab und an in die katholische Pfarrkirche. Kritisch war auch die Aufnahme in die Orts- und Schützenvereine. Da wurden unsere Anträge schon mal mit den Worten abgetan: „Dahergelaufene Polacken können wir hier nicht gebrauchen.“

Die Anwerbung der Gastarbeiter in die Bundesrepublik begann nur wenige Jahre später. 1955, gerade mal zehn Jahre nach Kriegsende und wenige Jahre nach der Aufnahme der vielen Vertriebenen kamen Italiener, Spanier, Griechen, Jugoslawen und Türken ins Land. Sie alle brauchten dringend Arbeit und Deutschland brauchte ihre Arbeitskraft.

Diese Einwanderung war kein unkontrolliertes Natur-Phänomen, wie heutzutage einige behaupten. Sondern baute auf staatlichen Verträgen und Notwendigkeiten, nämlich Arbeitskräftemangel, auf. Sie lebten in zugeteilten Stadtvierteln und sollten nach sechs oder zwölf Monaten wieder gehen.

Es kam bekanntermaßen etwas anders, wie Max Frisch zutreffend und viel zitiert 1965 resümierte: „Wir riefen Arbeitskräfte – und es kamen Menschen.“ Heute können wir nüchtern bilanzieren: von 14 Millionen Gastarbeitern gingen ca. 11 Millionen wieder in ihre Länder. Drei Millionen blieben dauerhaft, fanden hier ihre Heimat, holten ihre Partner und Kinder nach oder gründeten neue Familien.

Aber sie galten selbst Jahre nach der Einwanderung als Fremde, als Gäste auf Zeit. Und daran hatte die Politik ihren Anteil: Es gab keine Integrationsangebote, Sprachkurse oder Maßnahmen für eine integrative Stadtentwicklung. Es wurde kaum etwas unternommen, um mehr Gemeinsinn von Alteingesessenen und gar nicht mehr so neuen Eingewanderten zu stiften. Ich erinnere mich nur an diese Parolen aus meiner Kindheit: „DIE sollen sich anpassen.“ Wir, die zweite Generation der Einwanderer, waren selbstverständlich Ausländer und sollten das auch bleiben. Und obwohl ein Großteil von uns hier geboren wurde, war der Satz, der jeden von uns begleitete: Wann geht ihr wieder zurück? Obwohl sicherlich die meisten sehr deutsch geprägt waren, von Nachbarn, von Freunden, der Schule, der Arbeit – wie sollte man so eine deutsche Identität entwickeln?

Wir sind nicht nur eine verspätete Nation, wir haben lange Zeit nicht wahrhaben wollen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Die Erkenntnis, eines zu sein, sagt noch nichts darüber aus, ob und wie viele Menschen kommen dürfen. Aber genau das wird bis

ES KAM BEKANNTERMASSEN
ETWAS ANDERS, WIE MAX FRISCH
ZUTREFFEND UND VIEL ZITIERT
1965 RESÜMIERTE: „WIR RIEFEN
ARBEITSKRÄFTE – UND ES KAMEN
MENSCHEN.“

zum heutigen Tag miteinander vermengt: Wer sagt, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, der will wohl alle Pforten öffnen. Ein Unsinn, der sich in Debatten bis zum heutigen Tag hält.

Nur so kann ich mir erklären,

- warum 1979 der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn, mit seinem Memorandum für eine bessere Integrationspolitik² komplett auf Granit biss und politisch kalt gestellt wurde,
- dass Kühns Nachfolgerin Liselotte Funcke 1991 aus Frust über den Integrationsverweigerer Helmut Kohl zurücktreten sollte,
- dass es erst seit 1999 das Programm „Soziale Stadt“ für eine integrative Quartiersentwicklung unserer Städte gibt,
- dass wir erst im Jahr 2000 ein moderneres Staatsangehörigkeitsrecht mit dem Geburtsortsprinzip geschaffen haben, welches das Abstammungsprinzip nach dem Blute von 1913 aus der Kaiserzeit ergänzte
- und dass es erst seit 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz die Integrationskurse zum Deutsch-Lernen für Einwanderer gibt. 50 Jahre nach den ersten Gastarbeitern war das nicht wirklich schnell. Ohne die Sprache kann man sich nur schwer mit einer Kultur identifizieren, deshalb haben wir in 2016 die Kurse auch für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive geöffnet.

Diese Integrationspolitik mit Verspätung steht stellvertretend dafür, wie lange wir uns nicht als Einwanderungsland begreifen wollten. Obwohl die Realität längst eine andere war. Das hat ganz gewiss auch mit der Unsicherheit über die eigene Identität zu tun gehabt.

Leider scheint Identitätssuche in Deutschland immer auch mit Ausgrenzung einherzugehen. Viele Wahlkämpfer sind im Laufe der Jahrzehnte dieser Versuchung verfallen, wie z.B. Roland Koch mit der Unterschriftenkampagne gegen Türken.

Seit der Wiedervereinigung diskutieren wir die Identitätsfrage und die Suche nach dem Deutschsein noch vehementer. Aber liegt das wirklich nur an den Einwanderern oder Eingewanderten? Oder liegt da nicht ein Grundproblem, das nur ungern angesprochen wird – nämlich, dass sich die Menschen auf beiden Seiten der Mauer in den Jahrzehnten der Trennung und unter-

schiedlicher politischer Systeme ein Stück weit fremd geworden sind?

Die Bundestagswahl 2017 ist sicherlich eine Zäsur. Jetzt sitzt eine rechtspopulistische Partei mit 94 Abgeordneten im Parlament. Ihre einzigen Konzepte sind völkischer Chauvinismus und Abschottung gegen Einwanderung und Globalisierung. Sie propagieren ein homogenes Deutschsein und ein Gesellschaftsbild der 1950er Jahre. Das alles hat mit Deutschland im Jahr 2017 nichts zu tun. Aber das Schüren von Angst vor Überfremdung, Islamisierung und Abstiegsängsten hat bei knapp 13% der Wähler verfangen.

“SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG DISKUTIEREN WIR DIE IDENTITÄTSFRAGE UND DIE SUCHE NACH DEM DEUTSCHSEIN NOCH VEHEMENTER. ABER LIEGT DAS WIRKLICH NUR AN DEN EINWANDERERN ODER EINGEWANDERTEN?”

Dafür wurde eine alte Methode wiederbelebt. Nämlich die Ausnahme zur Regel zu erklären: Die meisten Flüchtlinge – wenn nicht alle – seien kriminell oder wollten nur Geld. Fast alle Muslime seien doch eigentlich Islamisten und Terroristen.

Es ist schon bedenklich, dass im Wahlkampf kaum ein rationales Argument gegen Abwertung und Ausgrenzung von Flüchtlingen, Einwanderern und längst Eingewanderten geholfen hat: Wir haben die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung und blende Wirtschaftsdaten. Wir sind das stärkste Land Europas und leben in Frieden mit unseren Nachbarn. Und die deutsche Migrationsgeschichte beweist, dass Einwanderer unser Staatswesen nie erschüttert, sondern langfristig gestärkt haben. Außerdem ist das Land trotz hoher Flüchtlingszahlen nicht untergegangen.

Natürlich stimmt es, dass 87 Prozent der Wähler für diese rationalen Argumente zugänglich waren, aber die 13 Prozent machen mich betroffen.

Rationale Argumente haben wenig geholfen, weil es um Gefühle geht: Viele Menschen fühlen sich nicht mehr gehört, nicht ernstgenommen von denen da in Berlin. Und ja, einige fühlen sich fremd im eigenen Land, selbst wenn sie vor Ort kaum Kontakt zu Einwanderern oder Flüchtlingen haben. Aber ihr Land hat sich verändert, die Nachbarn, die Arbeitswelt, die Ansprüche.

Mitten in diese Gefühlswelt hinein schrieb ich im Mai 2017 im Berliner Tagesspiegel einen Meinungsbeitrag zur deutschen Leitkultur. Ich vertrete die Ansicht, dass es nach gefühlt Jahrzehnten, in denen wir über eine solche Leitkultur sprechen – diese jedoch nie beantwortet, nie mit Kriterien ausgestattet wird – nur um eines geht: Nämlich darum, Menschen auszugrenzen.

Leitkultur, das soll vielleicht ein Gefühl der Exklusivität geben oder eine goldenen Bonuskarte bei der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft sein. Aber was ist diese EINE Leitkultur? Der Bundesinnenminister hat es versucht mit Benimmregeln: Wir geben uns die Hand, wir schauen uns an, wir sind nicht Burka. Ist das deutsche Leitkultur? Ist das exklusiv deutsch?

Von einigen wurde mein Meinungsbeitrag auf die Schlagzeile verkürzt: „Özoguz sagt, es gibt keine deutsche Kultur.“ Das hatte ich nun wirklich nie behauptet,

ICH WURDE GEFRAGT, WAS DENN
MIT GOETHE, SCHILLER, BEETHOVEN,
BECKENBAUER UND BRATWURST SEI. DAS WÜRD
DOCH ZUR DEUTSCHEN KULTUR GEHÖREN!
JA STIMMT, DAS HATTE ICH AUCH
NICHT ZUR DISPOSITION GESTELLT.

aber es wurde tausendfach in den sozialen Medien und auch in einigen Zeitungen wiedergegeben. Was daraus im Wahlkampf folgte, dürfte allen bekannt sein und mündete in mehreren Anzeigen gegen eine Person, die mich entsorgen wollte – interessanterweise auch gleich in das Herkunftsland meiner Eltern. Auch ein Spiel mit Gefühlen. Ein sehr gefährliches.

Ich wurde gefragt, was denn mit Goethe, Schiller, Beethoven, Beckenbauer und Bratwurst sei. Das würde doch zur deutschen Kultur gehören! Ja stimmt, das hatte ich auch nicht zur Disposition gestellt.

Interessanterweise glaubten Goethe und Schiller nie an einen deutschen Staat – weil sie Ende des 18. Jahrhunderts eben Kinder ihrer Zeit waren, ohne einheitlichen, deutschen Nationalstaat. Stattdessen glaubten sie an die Humanität der Bewohner.

Schiller sagte: „Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens. Bildet dafür freier zu Menschen euch aus.“

Und über Goethe schreibt Dieter Borchmeyer in seinem aktuellen Buch Was ist deutsch? Die Suche einer Nation nach sich selbst, Zitat: „Wenn man Goethe gefragt hätte, was Leitkultur ist, dann hätte er gesagt: Das kann man so nicht sagen, das ist ein Dialog. Und dieses dialogische Kulturverständnis sollte man haben, anstatt mit Leit-Vorstellungen zu reagieren.“

Ich denke, dass es genau darauf in diesen Zeiten ankommt. Wir brauchen einen ernsthaften Dialog und mehr Verständigung, was die Identität unserer vielfältigen deutschen Gesellschaft ausmacht.

Und dazu passen für mich abschließend auch sehr gut die Worte unseres Bundespräsidenten, der die Gefühle und Sehnsüchte in seiner Rede zur Deutschen Einheit aufgriff: „Je schneller die Welt sich um uns dreht, desto größer wird die Sehnsucht nach Heimat. Dorthin, wo ich mich auskenne, wo ich Orientierung habe und mich auf mein eigenes Urteil verlassen kann. Das ist im Strom der Veränderungen für viele schwerer geworden. Diese Sehnsucht nach Heimat dürfen wir nicht denen überlassen, die Heimat konstruieren als ein „Wir gegen Die“; als Blödsinn von Blut und Boden; die eine heile deutsche Vergangenheit beschwören, die es so nie gegeben hat. Die Sehnsucht nach Heimat – nach Sicherheit, nach Entschleunigung, nach Zusammenhalt und vor allen Dingen Anerkennung –, diese Sehnsucht dürfen wir nicht den Nationalisten überlassen.“

Diesen Worten schließe ich mich an. Wir müssen mehr identitätsstiftende Angebote für alle 82 Millionen Menschen im Land machen. Für mich geht es im Kern darum, dass sich niemand in dieser vielfältigen Gesellschaft abgehängt, vergessen oder permanent überfordert

fühlt. Und dass es immer Wege geben muss, sich in das Gemeinwesen zu integrieren. Natürlich darf man dann auch erwarten, dass jeder sich auch bemüht.

In einer Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Farhad Dilmaghani und ich geleitet haben, sind wir zu dieser Schlussfolgerung gekommen: Es geht um gleiche Chancen auf Teilhabe für alle – mit guter Bildung von Anfang an, mit einem integrativen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, mit einem guten Gesundheits- und Pflegewesen, aber auch mit guter Alltags-Infrastruktur vor Ort. Heimat heißt nämlich auch, dass Herkunft kein Schicksal sein darf. Weder die geografische, noch die soziale Herkunft. Das wäre ein Gesellschaftsbild, ein neuer deutscher Patriotismus, der mehr Zusammenhalt und eine gute Zukunft unseres Landes fördert. ■

HEIMAT HEISST NÄMLICH AUCH,
DASS HERKUNFT KEIN SCHICK-
SAL SEIN DARF. WEDER DIE GEO-
GRAFISCHE, NOCH DIE SOZIALE
HERKUNFT.

ANMERKUNGEN

**Bei dem Text handelt es sich um einen Vortrag, den Aydan Özoğuz im Rahmen der Veranstaltung "Wer ist wir? Einwanderung und die Angst vor dem Identitätsverlust" am 5. Oktober 2017 in der Bonner Akademie hielt.*

¹ aus Zuckmayers Drama „Des Teufels General“.

² Forderungen u.a. gleiche Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an, Anspruch für alle Jugendlichen auf ungehinderten Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt, Migrantenberatung, Recht auf Einbürgerung, kommunales Wahlrecht.



Aydan Özoğuz, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, bei einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wer ist wir“ am 5. Oktober 2017 in der Bonner Akademie.

Foto: © Volker Lannert

HIER ZU HAUSE

EINWANDERUNG, INTEGRATION, RELIGION UND PERSPEKTIVEN DER INTEGRATIONSPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN



Serap Güler

Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW

Es gibt eine bestimmte Frage, auf die ich aufmerksam und sensibel zugleich reagiere. Das ist die Frage nach meiner Heimat und Zugehörigkeit. Sie mir zu stellen, die ich in Deutschland geboren und aufgewachsen bin, die ich deutsche Staatsangehörige bin, ist immer wieder überraschend. Welches andere Land als Deutschland sollte denn meine Heimat sein? Zu welchem anderen Land sollte ich mich zugehörig fühlen? Dass selbst bei den Kindern und Enkeln von Einwanderinnen und Einwanderern die Verbundenheit mit Deutschland hinterfragt und nicht wie selbstverständlich angenommen wird, offenbart ein bei vielen Menschen immer noch verbreitetes Fremdeln mit der Realität im Einwanderungsland Deutschland.

Aber, das gebe ich gerne zu, so mancher Mensch mit Einwanderungsgeschichte macht es den Zweiflern und Kritikern auch leicht. Wenn beispielsweise enthusiastisch entrückte Männer und Frauen „ihrem“ Staatspräsidenten in der Kölner Lanxess-Arena zujubeln, wenn seine Partei bei Wahlen und Abstimmungen in Deutschland besser abschneidet als in der Türkei selbst, dann darf schon mal gefragt werden, welchem Land denn nun die persönlichen Sympathien gehören.

Auf der anderen Seite ist es auch wieder normal und selbstverständlich, dass Einwanderinnen und Einwanderer

derer an dem Land hängen, aus dem sie oder ihre Vorfahren stammen. So machen es die deutschen Auswanderer in ihren Einwanderungsländern ja auch. In New York findet jedes Jahr am dritten Samstag im September auf der Fifth Avenue die große German-American Steuben Parade statt, in Erinnerung an den preußischen Offizier und späteren amerikanischen General Friedrich Wilhelm von Steuben. Tausende feiern ihre deutsche Herkunft mit schwarz-rot-goldenen Fähnchen, Trachten und Volksmusik. Aber anders als in Deutschland zweifelt kein Amerikaner daran, dass seine deutschstämmigen Landsleute treue Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten sind. Bei Migranten aus mehrheitlich muslimischen Ländern sieht das, wie wir wissen, in den USA allerdings schon wieder ganz anders aus.

Sollten sich also die Einwanderinnen und Einwanderer in Deutschland so verhalten, wie es ihre Schicksalsgenossen bei der Steuben-Parade in Übersee tun? Etwas mehr Verbundenheit mit dem Staat des Grundgesetzes, der wie kaum ein anderer weltweit ein hohes Maß an Meinungs- und Glaubensfreiheit garantiert, etwas mehr Bekenntnis zu einem Land, das Abertausenden von Einwanderinnen und Einwanderern den sozialen Aufstieg ermöglicht hat, dürfte meiner Meinung nach schon sein. Die vielen Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren zu uns gekommen sind, zeigen ja anschaulich, wie at-

traktiv Deutschland ist. Übertreiben sollte man es mit der Begeisterung aber auch nicht. Dass wir Deutschen unsere Verbundenheit mit der Bundesrepublik nicht so laut und unkritisch ausleben wie viele Amerikaner ihre USA-Seligkeit, ist historisch begründet und hat dann auch schon wieder etwas angenehm Zurückhaltendes und Positives.

Im Übrigen bin ich sicher, dass wir in Deutschland – und wir in Nordrhein-Westfalen erst recht – mehr als 60 Jahre nach Unterzeichnung des Anwerbevertrages mit Italien auf einem guten Weg sind. Für mich und die große Mehrheit der lange hier lebenden und oft schon hier geborenen „Immis“ ist die Frage nach der Zugehörigkeit lebenspraktisch längst geklärt. Wir leben hier und gehören hier her. Wir sind mit diesem Land verbunden. Deutschland ist unsere Heimat. Und wir bringen in dieses Land unsere Geschichten und unsere Kultur ein, so wie es Einwanderinnen und Einwanderer überall auf der Welt tun. Dabei geht es, wie es Ministerpräsident Armin Laschet in seinem Buch „Die Aufsteigerrepublik. Zuwanderung als Chance“ formulierte, bei den Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte immer „um eine Bewegung aufeinander zu – nicht um die Unterwerfung der einen unter die Lebensform der anderen, und auch nicht um die Selbstaufgabe der einen zugunsten der anderen. Offenheit und die Suche nach Gemeinsamkeiten sind von allen gefordert.“¹

Ich habe in diesem Zusammenhang auch nichts gegen den schillernden Begriff der „Leitkultur“ einzuwenden. Ihn pauschal abzulehnen, wie es bei Teilen der politischen Linken üblich ist, das ist mir zu einfach. Der Begriff darf allerdings nicht so verwendet werden, dass er viele der bald 17 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland ausschließt. Wer nach Deutschland kommt, der hat Rechte, aber eben auch einzuhaltende Pflichten. Auch Muslime, Atheisten und Andersgläubige haben teil an der auf der Anerkennung des Grundgesetzes und der Rechtsordnung fußenden demokratischen Leitkultur in der Bundesrepublik Deutschland. Was über diese Anerkennung hinausgeht, kann nicht einfach von oben verordnet, sondern nur in einem offenen demokratischen Prozess erarbeitet und befördert werden. Und in diesen dürfen – und sollten! – sich die Einwanderinnen und Einwanderer mit Leidenschaft einbringen. Wer, am Rande bemerkt, als Migrant oder Flüchtling Probleme damit hat, Grundgesetz und Rechtsordnung anzuerkennen und anzunehmen, der sollte in sich gehen und klären, ob Deutschland wirklich das richtige Land für ihn ist.

So wichtig die Diskussionen um Identität und Zugehörigkeit der eingewanderten Menschen und ihrer Nachkommen sind, sie haben zuweilen etwas Feingeistiges und intellektuell Abgehobenes an sich. Der urrheinische, aus Köln-Nippes stammende Facharbeiter bei Ford und die katholische Erzieherin im Münsterland sind auch nicht den ganzen Tag damit beschäftigt, über sich und ihre Identität zu reflektieren. Sie haben Wichtigeres zu tun. Sie arbeiten und erfüllen ihre Pflicht. Das ist bei Einwanderinnen und Einwanderern nicht anders. Sie definieren sich genauso über ihre Ausbildung, ihren Arbeitsplatz, ihre familiäre Situation und ihr monatliches Einkommen wie ihre Nachbarn und Freunde ohne Migrationsgeschichte. Bei denen mit Einwanderungsgeschichte wird aber immer wieder unterstellt, manchmal subtil versteckt, manchmal offen, es seien Kultur und Religion, die sie als Personen primär, wenn nicht ausschließlich, kennzeichnen würden. Das ist falsch! Der aus Marokko stammende Facharzt für Augenheilkunde teilt mit seinem deutschen Standes-Kollegen viel mehr Gemeinsamkeiten als mit seinem arbeitsuchenden Landsmann ohne Schulabschluss. Die Lebenslage der beiden Ärzte dürfte hinsichtlich Wohnumfeld, Auto und Freizeitverhalten ähnlich sein, die der beiden Marokkaner hingegen grundverschieden.

Bei der Betrachtung von Integration und Desintegration die „harten“ Fakten der sozialstrukturellen Situation immer wieder außen vor zu lassen und sich auf Kultur und Religion zu konzentrieren, ist eine der großen Schwächen des deutschen Einwanderungsdiskurses und eben auch eines oberflächlich verwendeten Leitkultur-Begriffs. Das heißt keineswegs, dass Kultur und Religion nicht wichtig wären. Sie sind es selbstverständlich, aber sie sind es nicht ausschließlich! Sie gehören zur Identität einer Person, aber sie „sind“ diese Identität nicht. Im Folgenden sollen daher mit Blick auf Nordrhein-Westfalen zuerst einige grundlegende Fakten zur Genese und Gegenwart der sozialen Lebenslage unterschiedlicher Gruppen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte aufbereitet werden. Im Anschluss werde ich auf die Rolle der Religion, des Islams und der muslimischen Verbände für die Integration in unserem Land eingehen. Am Ende wird es dann um notwendige Reformen für eine erfolgreiche Einwanderungs- und Integrationspolitik für unser Land gehen.

ZUR SOZIALSTRUKTURELLEN REALITÄT VON EINWANDERINNEN UND EINWANDERERN

Zum vollständigen Bild der deutschen Nachkriegsgeschichte gehört, dass der rasche Wirtschaftsaufschwung der Bundesrepublik und Nordrhein-Westfalens ohne die Millionen Heimatvertriebenen und Kriegsflüchtlinge und ohne die lange so genannten Gastarbeiter nicht möglich gewesen wäre. Sie füllten die Lücken, die Krieg und Gewalt in die deutsche Bevölkerung gerissen hatten. Mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952, dem zentralen „Integrationsgesetz“ der jungen Bundesrepublik, stand ein wirksames administratives Instrument zur Entschädigung und Förderung der Heimatvertriebenen zur Verfügung. Einschließlich der Soforthilfe wurden über den Lastenausgleich insgesamt mehr als 140 Milliarden DM Leistungen gewährt, zuzüglich über 17 Milliarden für Vorfinanzierung und Darlehensverwaltung.

Das Großprojekt des Lastenausgleichs trug entscheidend zur gelingenden Integration der Heimatvertriebenen bei, die trotz ihrer vermeintlich gemeinsamen deutschen Kultur von den Einheimischen bis in die 1970er Jahre hinein regelmäßig als „die Anderen“ wahrgenommen wurden. Wer mit heute älteren Damen und Herren aus dem ehemaligen deutschen Osten spricht, der erfährt, wie groß die Vorurteile und Ressentiments ihnen gegenüber gewesen sind.

Der Beginn der Zuwanderung von „Gastarbeitern“ war dann 1955 das deutsch-italienische Anwerbeabkommen, dem rasch weitere mit anderen Ländern folgten. Im Konsens mit Gewerkschaften und Arbeitgebern traf die Bundesregierung die Entscheidung, Ausländerinnen und Ausländer gezielt für harte, körperlich anstrengende Tätigkeiten im Bergbau und im industriellen Bereich anzuwerben, obwohl die Arbeitslosigkeit in weiten Tei-

len Deutschland noch nicht überwunden war. Dieser historische Hintergrund ist für das Verständnis der heutigen Situation weiterhin relevant: Nie ging es bei der Anwerbung der „Gastarbeiter“ von 1955 bis 1973 um die gezielte dauerhafte Einwanderung von qualifizierten Fachkräften. Es ging darum, unattraktive Stellen zu besetzen, für die es keine heimischen Bewerber mehr gab. Und genau diese Arbeitsplätze fielen dann ab den 1970er Jahren durch die Kohle- und die Stahlkrise weg, nirgendwo stärker als im Ruhrgebiet. Keine andere Bevölkerungsgruppe traf dieser Strukturwandel so hart und so unvermittelt wie die angeworbenen „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeiter“.

An Integration, an die Bedürfnisse und Erwartungen dieser Menschen, dachten damals nur wenige. Selbst der Begriff der Integration war unüblich. Im ersten bundesdeutschen Ausländergesetz von 1965 taucht er nicht ein einziges Mal auf. Die allgemeine Erwartung war, dass es sich bei den „Gastarbeitern“ – und eben ganz anders als bei den Heimatvertriebenen – ausschließlich um zeitlich befristete Arbeits-Migration, um ein vorübergehendes Sozialphänomen handelte. Warum für diejenigen viel tun, die wieder gehen werden – so dachten die meisten.

Diese Annahme war grundfalsch. Und doch wirkt sie auf die sozialstrukturelle Situation der eingewanderten Bevölkerung bis heute. Noch immer ist der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte deutlich höher, noch immer ist der Angestelltenanteil geringer, noch immer ist das produzierende Gewerbe der wichtigste Beschäftigungssektor für die eingewanderte Bevölkerung und ihre Nachkommen, und noch immer ist die Arbeitslosigkeit dieser Bevölkerungsgruppe deutlich höher. Die nachfolgenden Tabellen zeigen zuerst die aktuellen Unterschiede bei der Verankerung auf dem Arbeitsmarkt und danach die Verteilung auf die Berufsgruppen.

ERWERBSTÄTIGENQUOTEN*) IN NRW 2015 NACH GESCHLECHT UND ZUWANDERUNGSSTATUS **) DER ERWERBSTÄTIGEN

Zuwanderungsstatus	Erwerbstätige in 1000			Erwerbstätigenquote in %		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Insgesamt	8.177	4.364	3.813	70,7	75,3	66,0
Ohne Einwanderungsgeschichte	6.374	3.336	3.038	74,1	77,9	70,3
Mit Einwanderungsgeschichte	1.803	1.028	775	60,8	68,1	53,3
Deutsch	7.328	3.854	3.474	72,7	76,5	68,9
- darunter Eingebürgerte	343	194	149	66,3	73,9	58,4
- darunter Aussiedler/-innen	429	225	203	78,0	83,0	73,1
Nichtdeutsch	849	510	339	57,0	67,2	46,5
- darunter mit türkischer Nationalität	193	126	66	50,6	66,0	35,0

*) Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen entsprechender Bevölkerungsgruppe; **) „Einwanderungsgeschichte“ hier so definiert wie „Migrationshintergrund“ gemäß NRW-Teilhabe- und Integrationsgesetz, Quelle: www.integrationsmonitoring.nrw.de

Neben Sprache, Bildung und Wohnen sind und bleiben Arbeit und Einkommen die Grundvoraussetzungen für gelingende Integration. Im Jahr 2015 hatten von den rund 8,2 Millionen Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen 1,8 Millionen oder 22 Prozent Wurzeln im Ausland. Deutlich wird, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit 60,8 Prozent eine wesentlich geringere Erwerbstätigenquote aufweisen als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (74,1 %). Ein Grund für die Diskrepanz insgesamt ist der signifikante Rückstand bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Während nur knapp die Hälfte (53,3 %) der migrantischen Frauen erwerbstätig ist, sind es fast 70 Prozent der Männer. Zwischen migrantischen und nichtmigrantischen Männern beträgt der Unterschied der Erwerbstätigenquoten weniger als 10 Prozentpunkte, zwischen den Frauen beider Gruppen beläuft er sich auf 17 Prozentpunkte. Hier gibt es also noch ein beträchtliches Erwerbspotential, gerade auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel, das durch gezielte Maßnahmen gehoben werden könnte.

Auffällig ist der Rückstand bei den Frauen mit türkischer Nationalität. Während nur knapp jede dritte türkische Frau (35 %) einer Erwerbstätigkeit nachgeht, sind es zwei von drei türkischen Männern. Bei keiner anderen Gruppe ist der Geschlechterunterschied so ausgeprägt. Das hat sicherlich auch mit konservativen Rollenvorstellungen zu tun. Eine zentrale Ursache: Frauen mit türkischer Nationalität widmen sich viel stärker als andere der Familien- und Hausarbeit und der Kindererziehung. Oft gelingt nach der Geburt der Kinder der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt nicht oder nur unzureichend. Hier wünsche ich mir neue, mobilisierende Initiativen der Politik.

Jede Einwanderergruppe hat ihr eigenes, spezifisches Profil. Auffällig sind die Eingebürgerten und die Aussiedler. Mit 66,3 Prozent sind deutlich mehr Eingebürgerte in Erwerbstätigkeit als Ausländerinnen und Ausländer (57 %). Es gibt eine lange Diskussion in der Migrationsforschung, ob die Einbürgerung die Integration fördert,

oder ob es die gelingende Integration ist, die zur Einbürgerung führt. In jedem Fall ist klar, dass der Erwerb des deutschen Passes und die Integration in den Arbeitsmarkt parallel verlaufende und sich wechselseitig verstärkende Prozesse sind. Es ist so wie mit der Henne und dem Ei, wie mit der nicht zu klärenden Frage nach Ursache und Wirkung innerhalb einer Kausalkette: Die Einbürgerung fördert den Integrationsprozess und der Integrationsprozess fördert die Einbürgerung.

Dass viele Einwanderinnen und Einwanderer den Weg der Einbürgerung bereits gegangen sind, muss bei der Betrachtung der Integrationsindikatoren immer mitbeachtet werden. Viele gut integrierte Einwanderer sind längst Deutsche geworden und finden sich statistisch nicht mehr in der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer. Wer, was nicht selten in der öffentlichen Diskussion der Fall ist, ausschließlich auf die Daten der nichtdeutschen Bevölkerung blickt und daraus Schlussfolgerungen für den Integrationsprozess ableitet, der übersieht tatsächlich stattgefundene Integrationsfortschritte, die sich statistisch nur eben an anderer Stelle niederschlagen.

Dass zu Pessimismus hinsichtlich der Integration in den Arbeitsmarkt kein Anlass besteht, belegt der zeitliche Vergleich. Seit 2005 können Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Mikrozensus erfasst werden. Und seitdem hat sich ihre Erwerbstätigenquote in Nordrhein-Westfalen von 53,1 Prozent auf 60,8 Prozent erhöht, die der Ausländerinnen und Ausländer von 48 Prozent auf 57 Prozent und die der Personen mit türkischer Nationalität von 40,9 Prozent auf 50,6 Prozent. Für alle Gruppen ist insgesamt die Beteiligung am Arbeitsmarkt gestiegen. Auch für die Menschen ohne Einwanderungsgeschichte erhöhte sie sich von 66,5 Prozent im Jahr 2005 auf 74,1 Prozent zehn Jahre später. Mehr Erwerbstätigkeit als heute gab es nie! Wie sieht es mit der Stellung im Beruf für die unterschiedlichen Gruppen von Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte aus? Das zeigt die folgende tabellarische Darstellung:

ERWERBSTÄTIGE*) IN NRW 2015 NACH ZUWANDERUNGSSTATUS**), GESCHLECHT UND STELLUNG IM BERUF***)

Geschlecht und Stellung im Beruf	Erwerbstätige in %							
	Insgesamt	Ohne Einwanderungsgeschichte	Mit Einwanderungsgeschichte	deutsch			nicht deutsch	
				Zusammen	Eingebürgerte	Aussiedler /-innen	Zusammen	mit türkischer Nationalität
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Selbstständige	9,8	10,0	8,9	9,7	11,9	4,9	10,6	7,0
Beamtinnen/Beamte	5,7	6,9	1,1	6,3	–	(1,8)	–	–
Angestellte	60,4	64,0	47,6	62,2	51,4	46,8	44,7	34,1
Arbeiter/-innen	24,1	19,1	42,3	21,8	35,7	46,5	44,3	58,9

*) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; **) „Einwanderungsgeschichte“ hier so definiert wie „Migrationshintergrund“ gemäß NRW-Teilhabegesetz, Quelle: www.integrationsmonitoring.nrw.de; ***) ohne Auszubildende, die seit 2012 nicht mehr zugeordnet werden können; () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann; / = Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug

Es wird deutlich, dass, erklärbar durch die Tradition der jahrzehntelangen Anwerbung für Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe, noch immer deutlich mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte als Arbeiter beschäftigt sind und deutlich weniger als Angestellte. Während fast zwei Drittel (64 %) der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte heute in Nordrhein-Westfalen als Angestellte arbeiten, ist es nicht einmal jeder zweite (47,6 %) Erwerbstätige mit Einwanderungsgeschichte. Demgegenüber sind 42,3 Prozent der letzteren Arbeiterinnen und Arbeiter, aber nur mehr 19,1 Prozent von denen, die selbst keine eigenen oder familiären Wurzeln im Ausland haben. Auffällig auch hier der besonders hohe Anteil von Arbeiterinnen und Arbeitern bei den Menschen mit türkischer Nationalität mit fast 60 Prozent.

Einwanderinnen und Einwanderer sind ein wichtiger unternehmerischer Faktor der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Laut Mikrozensus hatten 2015 knapp 150.000 Selbständige eine Einwanderungsgeschichte. Der Selbstständigenanteil an den Erwerbstätigen unter ihnen liegt bei 8,9 Prozent und damit nur geringfügig niedriger als bei Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (10 %). Mit 11,9 Prozent bzw. 10,6 Prozent ist der Selbstständigenanteil bei den Eingebürgerten und Ausländerinnen und Ausländern besonders hoch. Bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern ist er mit 4,9 Prozent auffallend niedrig. Schon lange sind selbständige Einwanderinnen und Einwanderer der anfänglichen Konzentration auf wenige Wirtschaftsbereiche entwachsen. Sie sind nicht mehr nur in ihren ‚klassischen‘ Domänen Handel und Gastronomie tätig, sondern in allen Bereichen unserer modernen Volkswirtschaft anzutreffen.

Besonders augenfällig und, sagen wir es offen, auch beschämend für die Öffentliche Hand, ist der mit nur 1,1 Prozent verschwindend geringe Anteil von Beamtinnen und Beamten mit Einwanderungsgeschichte. Der Staatsdienst mit seinen sicheren Beschäftigungsverhältnissen ist ihnen bis heute weitgehend verschlossen geblieben, zumindest, was das Beamtenverhältnis anbelangt. Umso notwendiger ist es integrationspolitisch, für mehr Öffnung zu sorgen. Ob dafür allerdings das Instrument der anonymisierten Bewerbung, bei der ein Teil der eigenen Persönlichkeit erst einmal nicht offengelegt wird, geeignet ist, daran hege ich große Zweifel. Aber klar ist: Wir brauchen diskriminierungsfreie Verfahren, um mittel- und langfristig den Anteil von Menschen mit Einwanderungs-

geschichte im Öffentlichen Dienst ihrem Anteil an der Bevölkerung anzugleichen. Das wird von heute auf morgen nicht gelingen, aber es muss mit noch mehr Anstrengung versucht werden. Der Öffentliche Dienst verliert an Glaubwürdigkeit, wenn er von Industrie und Handwerk mehr „interkulturelle Öffnung“ einfordert, selbst aber zu wenig dafür tut.

Die geringere, wenn auch in den vergangenen Jahren angestiegene Erwerbsbeteiligung, der nach wie vor höhere Anteil von Arbeiterinnen und Arbeitern, der sich aber seit 2005 von 50,7 Prozent auf 42,3 Prozent verringert hat und eine deutlich höhere Erwerbslosenquote sind Ursachen dafür, dass das Armutsrisiko von Menschen mit Einwanderungsgeschichte überproportional hoch ist. Laut Mikrozensus lag die Armutsrisikoquote 2015 – gemessen als 60 Prozent des Medians der Einkommen der Gesamtbevölkerung – für Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen bei 30,2 Prozent und damit fast dreimal so hoch wie bei denen ohne Einwanderungsgeschichte (11,7 %). Armut in Deutschland hat nach wie vor ein migrantisches Gesicht! Die gute Nachricht aber ist: Bei Personen der zweiten Generation gleicht sich die Armutsgefährdung mit steigender Bildung an die der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte an. Und noch besser sieht es aus, wenn sie bereits in Deutschland geboren wurden, also keine individuelle Migrationsgeschichte mehr haben.

UND DIE FLÜCHTLINGE? GELINGT IHRE INTEGRATION IN ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG?

Wie sieht es für die große Gruppe der Flüchtlinge aus, die in den vergangenen Jahren nach Nordrhein-Westfalen gekommen ist? Knapp 300.000 wurden NRW 2015 und 2016 zugewiesen. Viele Flüchtlinge stehen aufgrund ihrer erst kurz zurückliegenden Einreise notwendigerweise erst am Anfang ihrer Arbeitsmarktintegration. Eine 2017 veröffentlichte Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) liefert erstmals differenzierte Informationen zum Bildungshintergrund. Danach gaben von den volljährigen Asylwerberinnen und Asylwerbern des Jahres 2016, die Angaben zu ihrer Schulbildung machten, 15,5 Prozent an, eine Hochschule besucht zu haben. Etwas mehr als ein Fünftel (21,5 %) nannte als höchste besuchte Bildungseinrichtung ein Gymnasium, ein weiteres Fünftel die Grundschule (20,5 %). Etwa jeder neunte Antragsteller äußerte allerdings, über keine formelle Schulbildung

(11,3 %) zu verfügen. Für fast ein Drittel (31,1 %) stellte eine Mittelschule die höchste besuchte Bildungseinrichtung dar.

Aufschlussreich und integrationspraktisch bedeutsam sind die festgestellten Unterschiede zwischen den Asylsuchenden. Syrische und iranische Antragsteller zeichnen sich laut BAMF durch eine überdurchschnittliche Bildung aus. So hatten von den iranischen Flüchtlingen des Jahres 2016 30,9 Prozent eine Hochschule besucht, unter den syrischen Antragstellern waren es 20,9 Prozent. Damit liegen Syrien und Iran bezogen auf den Hochschulbesuch klar an der Spitze. Am anderen Ende der Skala finden sich Flüchtlinge aus Somalia und Eritrea mit nur 2,3 Prozent bzw. 3,5 Prozent Personen mit Hochschulbesuch. Insgesamt wird also eine Polarisierung in der Schulbildung erkennbar. Hohen Anteilen von Personen, die auf weiterführende Schulen gingen, stehen ebenfalls hohe Anteile von Personen gegenüber, die nur eine Grundschule oder gar keine Schule besucht haben. Und, wie für alle Menschen, gilt auch für Flüchtlinge: Je geringer die Qualifikation, desto höher das Risiko später arbeitslos zu sein.

Wie lange wird die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt dauern? Das ist schwer zu sagen. Einerseits wird auf allen staatlichen Ebenen, durch den Bund, die Länder und Kommunen viel für ihre Integration getan – deutlich mehr als zu Zeiten der Gastarbeitermigration. Auch das Engagement der Zivilgesellschaft ist bis heute beispiellos. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive haben bereits vor ihrer Anerkennung Zugang zum Arbeitsmarkt und zu den Integrationskursen des Bundesamtes. Anerkannten Schutzberechtigten stehen alle Angebote unseres Sozialstaates zur Verfügung. Diese Infrastruktur für gelingende Integration muss den internationalen Vergleich mit anderen Einwanderungsländern nicht scheuen, im Gegenteil! Auch ist die Aufnahmefähigkeit unseres Arbeitsmarktes wegen der guten konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre sehr günstig.

Andererseits drängen, bedingt durch die starke Zuwanderung 2015 und 2016, aktuell sehr viele Flüchtlinge zeitgleich auf den Arbeitsmarkt, was zu steigenden Arbeitslosenzahlen führt. Wer sollte besser kompetent Auskunft geben können über die Perspektiven der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen als die Bundesagentur für Arbeit? Sie kommt angesichts der schwierigen Ausgangslage zu einem insgesamt vorsichtig optimistischen Ergebnis: „Der bisherige Ver-

lauf der Arbeitsmarktintegration der kürzlich nach Deutschland Geflüchteten deckt sich mit den Erfahrungen früherer Fluchtepisoden sowie mit Erfahrungen anderer Volkswirtschaften der Europäischen Union wie Schweden. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Erwerbstätigenquote von 50 Prozent unter den Geflüchteten nach etwa fünf Jahren realistisch.“² Sollte wirklich die Hälfte der Flüchtlinge, wie es die Bundesagentur annimmt, nach 5 Jahren Aufenthalt in der Erwerbstätigkeit angekommen sein, so wird man dies durchaus als Erfolg der Integrationsbemühungen der deutschen Gesellschaft bewerten können.

DER DIALOG MIT DEN MUSLIMEN. WAS IST ZU TUN?

Obwohl, wie ich es eingangs ausgeführt habe, die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung für die Erfolgchancen von Integration sind, möchte ich das Thema Religion und Islam nicht aussparen. Auch deswegen nicht, weil sich mit den Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern die Zahl der Muslime in Deutschland, in NRW und besonders auch im Ruhrgebiet sowie die innermuslimische Vielfalt erhöht haben. Das erhöht die Anforderungen für alle Betroffenen, für Staat und Gesellschaft und für die Muslime selbst auch. Ist es, so möchte ich fragen, tatsächlich so, dass in Deutschland der Islam ein Integrationshemmnis darstellt? Kann es sein, dass das Bekenntnis zum Islam die gesellschaftliche Partizipation erschwert, ihr sogar entgegensteht? Diese Frage beschäftigt viele Menschen in unserem Land. Nicht wenige sehen den Islam als Bedrohung, als eine mit unserem Grundgesetz unvereinbare Religion. So undifferenziert und falsch diese Wahrnehmung ist, so sehr spiegelt sie doch die Sorgen der Menschen in unserem Land wider. Oft gibt es auch vereinfachende Vorstellungen über islamische Männer und Frauen, bei denen Frauen als ausschließlich passiv und Männer als das genaue Gegenteil erscheinen. So einfach ist die Realität aber nicht.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der kulturellen und religiösen Vielfalt. Mehr als eineinhalb Millionen Musliminnen und Muslime leben hier ihre Religion in den unterschiedlichsten Glaubensausprägungen. Sie tun dies ebenso selbstverständlich wie andere Religionsgemeinschaften in unserem Land auch. Der Interreligiöse Kalender, den mein Haus seit Jahren erfolgreich herausgibt, und auf den ich von meinem Schreibtisch aus blicke, führt mir tagtäglich die große Bandbreite

religiösen Lebens in NRW vor Augen. Christen, Juden, Muslime, Aleviten, Bahá'í, Buddhisten, Hindus, altorientalische Christen und Jesiden leben Tür an Tür mit uns. All diese Glaubensgemeinschaften und noch mehr prägen unser gesellschaftliches Leben, im privaten wie im öffentlichen Bereich. Als besonders positiv ist dabei der Trend hin zu immer stärker ausdifferenzierten Vereins- und Verbandsstrukturen zu sehen. In der muslimischen Community macht sich diese Tendenz auch bei der Gründung von Zusammenschlüssen bemerkbar, die nicht in erster Linie religiös ausgerichtet sind, sondern beispielsweise bezogen auf Herkunftsländer, Berufs- oder sonstige Interessensgemeinschaften.

Wenn wir über die Integration von Muslimen in unsere Gesellschaft sprechen, werden diese Entwicklungen viel zu wenig berücksichtigt. Der Beitrag von Muslimen zum Gemeinwohl, auch im Bereich der Flüchtlingsarbeit, ist viel größer als von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Wer weiß schon, dass Muslime in unserer Gesellschaft überproportional stark in der Flüchtlingshilfe engagiert sind, einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge sogar doppelt so häufig wie Nicht-Muslime?³ In Deutschland, so ist mein Eindruck, wird viel über Muslime geredet, aber nur wenig mit ihnen. Bezeichnenderweise gibt es sogar einen direkten Zusammenhang zwischen Angst vor dem Islam und den Muslimen und mangelnden Kontakten zu dieser Bevölkerungsgruppe. Ein kleiner Trost ist immerhin, dass Wissenschaftler den Menschen in Nordrhein-Westfalen insgesamt stärkere „Kontaktbezüge“ zu Muslimen bescheinigen als dem Rest der Republik.⁴ Das Problem aber bleibt. Wir haben es mit wachsenden Vorbehalten gegenüber dem Islam und den Muslimen insgesamt zu tun. Während sich die Einen im Ehrenamt aufopferungsvoll um (muslimische) Geflüchtete kümmern, fürchten sich die anderen vor Überfremdung und islamischer Unterwanderung.

Bei dieser Gemengelage lohnt es sich, Muslime selbst zu Wort kommen zu lassen. Wissenschaftler der Universität Münster haben dies getan und 2016 Ergebnisse ihrer Befragung von türkeistämmigen Muslimen veröffentlicht.⁵ Muslime selbst sowie Menschen mit regelmäßigen Kontakten zur muslimischen Community dürften von den Ergebnissen nicht überrascht sein: 90 Prozent der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund bekunden ein hohes Wohlbefinden in Deutschland und eine enge Verbindung sowohl zu Deutschland als auch zur Türkei. Auch ist der Wille zur Integration unter den Befragten mit 70 Prozent stark ausgeprägt. Die Studie zeigt aber auch die Kehrseite der Medaille, denn mehr

als die Hälfte der türkeistämmigen Befragten beklagt fehlende soziale Anerkennung.

Von Diskriminierung und Ausgrenzung können wohl die meisten Menschen, denen man ihre nicht-deutsche Herkunft ansieht, berichten. Davon sind Muslime aufgrund ihrer Glaubenszugehörigkeit in doppelter Weise betroffen. Fakt ist, dass nicht wenige Muslime, schon im Kindergartenalter, Diskriminierungen bis hin zu rassistischen Anfeindungen ausgesetzt sind. Später haben sie Anfeindungen und Benachteiligungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt zu erdulden. In Deutschland fällt es erwiesenermaßen hochreligiösen Muslimen schwer, eine Arbeit zu finden, die ihrem Qualifikationsniveau entspricht. Sie verdienen erheblich weniger als Muslime, die ihre Religion nicht ausüben.

Islamfeindlichkeit und Islamhass liegen eng beieinander. Eine vom nordrhein-westfälischen Innenministerium veröffentlichte Statistik gibt Aufschluss über Zahl und Art antimuslimischer Straftaten im Land. Diese reichen von Beleidigungen bis hin zu Angriffen auf Personen und Einrichtungen. Auch einen Brandanschlag auf einen islamisch-bosnischen Verein in Bielefeld Anfang 2017 erfasst die neueste Statistik.

Die Wissenschaftler der Universität Münster weisen in ihrer oben erwähnten Studie auch auf eine Kausalität von Mangel an sozialer Anerkennung auf der einen und vehementer Verteidigung des Islam auf der anderen Seite hin, die zu einer Art demonstrativem Bekenntnis zur eigenen kulturellen und religiösen Herkunft führt. Diesen Zusammenhang machen sich in Deutschland religiöse Extremisten, insbesondere gewaltbereite Salafisten zu Nutze, wenn sie sozial entwurzelte junge Menschen auf der Suche nach Orientierung und Halt in ihren Bann ziehen und für eine menschenverachtende Ideologie instrumentalisieren, die sie als „den wahren Islam“ bezeichnen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass gegen die Gefahr der salafistischen Indoktrination und Radikalisierung ein ausgewogenes Konzept von repressiven Maßnahmen auf der einen und präventiven Ansätzen auf der anderen Seite die richtige Antwort ist. Wir werden in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren in der Salafismusprävention stärker auf die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte, auf die Einbeziehung von Muslimen und ihrer Expertise sowie auf die Vernetzung von Programmen und Akteuren setzen müssen, um hier etwas zu bewirken.

Die Gefahr der Entfremdung insbesondere unserer Jugend von unserer Gesellschaft, ihren Werten und Idealen begegnet uns aber nicht nur in salafistischen Milieus. Wenn ich sehe, dass Menschen, die hier leben und aufgewachsen sind, unkritisch die türkische Regierungspolitik gutheißen, Andersdenkende beschimpfen und teils auch anschwärzen, macht mich das sprachlos. Warum stellen sich junge Menschen, die hier aufgewachsen sind, die den Wert von Rede- und Meinungsfreiheit, von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie schätzen müssten, scheinbar unreflektiert auf die Seite derer, die im eigenen Land und gegenüber den eigenen Landsleuten diese Rechte mit Füßen treten? Mich persönlich macht das fassungslos.

Wie ist dieses Verhalten zu erklären? Die Bindung der Menschen zur Türkei gab es immer schon, auch bei mir selbst, die ich nie in diesem Land gelebt habe. Diese innere, emotionale Verbindung zu dem Herkunftsland meiner Eltern ist etwas sehr Wertvolles für mich, auf das ich nie verzichten würde. Etwas Anderes aber ist das Zugehörigkeitsgefühl zur Politik der türkischen AKP-Regierung. Diese hat bei vielen sicherlich auch ein Vakuum gefüllt, das durch Erfahrungen wie Diskriminierung, Ausgrenzung und das Gefühl von Nicht-Angekommen-Sein entstanden ist.

Zu hinterfragen ist auch die Rolle der von der Türkei aus gesteuerten Organisationen, allen voran die DITIB, die über ihre in Deutschland etablierten Verbandsstrukturen und ihr Netzwerk von Vereinen und Moscheegemeinden in der Lage ist, Einfluss auf eine große Zahl von Türkeistämmigen auszuüben. Viele Jahre haben Bund, Länder und Kommunen die Leistungen, die die DITIB für die türkeistämmigen Muslime erbracht hat, im Vordergrund gesehen. Von der politischen Steuerung durch die Religionsbehörde Diyanet wusste man, und man hat sie geduldet. Das war ein Fehler aller Beteiligten, wie sich jetzt, da sich die politischen Bedingungen in der Türkei verschärft haben, gezeigt hat. Es ist in Deutschland nie zu einer klar definierten Partnerschaft zwischen Staat und islamischen Organisationen und Einrichtungen gekommen, wie sie für das Verhältnis zu den christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden selbstverständlich ist. Die DITIB macht an der Basis, in den Moscheegemeinden, nach wie vor eine wichtige Arbeit. Sie hat in der Vergangenheit in erheblichem Maße die Bedürfnisse gläubiger Menschen nicht nur im religiösen, sondern auch im seelsorgerischen Bereich aufgefangen und einen wichtigen zivilgesellschaftlichen Beitrag geleistet.

Dieser Verdienst der DITIB soll nicht klein geredet werden. Aber weitermachen, als sei nichts geschehen, ist keine Lösung. DITIB muss endlich in Deutschland ankommen, so wie wir das auch von den Muslimen erwarten.

Man muss seine Herkunft nicht leugnen, um zu Deutschland zu gehören und sich zugehörig zu fühlen. Das haben die meisten Menschen mit türkischem Hintergrund in Deutschland nicht nur begriffen, sie leben es auch. Jetzt muss die DITIB, wie andere Zusammenschlüsse unter türkischem Einfluss auch, nachziehen. Wir wollen DITIB als Partner behalten. Aber um dies weiterhin zu bleiben, muss sich der Verband von seinem politischen Kurs abwenden. Wenn er sich tatsächlich abnabeln möchte und entsprechende Signale aussendet, werden wir ihn nach Kräften dabei unterstützen. Diesen Emanzipationsprozess können wir der DITIB nicht oktroyieren. Der Verband muss ihn aus eigener Kraft vollziehen. Dass dies nicht von heute auf morgen geht, liegt auf der Hand. Aber es ist jetzt an der Zeit für einen Neuanfang, für ein klares Bekenntnis zu Deutschland und dazu, dass man in erster Linie ein deutscher Verband sein will. Auf solch ein Signal warten wir.

ES IST IN DEUTSCHLAND NIE ZU EINER KLAR DEFINIERTEN PARTNERSCHAFT ZWISCHEN STAAT UND ISLAMISCHEN ORGANISATIONEN UND EINRICHTUNGEN GEKOMMEN, WIE SIE FÜR DAS VERHÄLTNIS ZU DEN CHRISTLICHEN KIRCHEN UND JÜDISCHEN GEMEINDEN SELBSTVERSTÄNDLICH IST.

Aber nicht nur die Zusammenarbeit mit DITIB soll in NRW auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wir wollen eine generelle Neuausrichtung des Dialogs mit den organisierten Muslimen. Das bedeutet vor allem, dass wir neben den großen Islam-Verbänden auch bisher wenig beachtete Zusammenschlüsse sowie mehr Glaubensrichtungen innerhalb des Islam in unsere Arbeit einbeziehen werden. Wenn wir die religiöse Viel-

falt in unserem Land stärken wollen, müssen wir sie sichtbar machen und ihr eine Stimme geben!

ZUMABSCHLUSS: DAS SIND DIE REFORMEN, DIE ICH FÜR DRINGEND HALTE

Deutschland hat als Einwanderungsland einen weiten Weg zurückgelegt. Die Entscheidungen der 1950er bis 1970er Jahre zur Anwerbung von Arbeitskräften für das Verarbeitende Gewerbe wirken bis heute nach. Der Zeitvergleich 2005 zu 2015 zeigt aber, dass es auf dem zentralen Feld der Arbeitsmarktintegration beachtliche Fortschritte gegeben hat. Viele weitere ließen sich nennen, gerade auch im Bildungsbereich. Die große Aufgabe der Gegenwart ist die Integration der Flüchtlinge. Die beträchtlichen Investitionen der öffentlichen Hand in Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Wohnen müssen weitergehen. Investitionen in Integration für die Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, sind gut angelegtes Geld. Wenn sie heute unterbleiben, etwa mit Blick auf begrenzte Haushaltsmittel, werden morgen unweigerlich noch höhere Kosten in Form von Dauerarbeitslosigkeit und sozialer Marginalisierung folgen. Integration, auch wenn sie viel Geld erfordert, ist, so würde es die Bundeskanzlerin sagen: alternativlos!

Es gibt weiterhin viel zu tun. Die 2017 neu gewählte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich viel vorgenommen. Ich denke dabei an ein modernes Einwanderungsgesetz, das Licht in den Dschungel der Einzelregelungen bringt, der heute nur noch von Rechtsexperten durchblickt wird. Ich weiß aus Gesprächen mit mittelständischen Unternehmern, dass sie gerne Fachkräfte aus dem Ausland beschäftigen würden, aber an bürokratischen Hürden und auch an Uninformiertheit bei den zuständigen Stellen vor Ort scheitern. Einen neuen Anstoß brauchen wir auch in der Staatsangehörigkeitsfrage. Es ist für mich nicht hinnehmbar, dass ein großer Teil der Bevölkerung gerade in Großstädten zwar Steuern zahlt, aber aufgrund des fehlenden deutschen Passes politisch nicht mitbestimmen kann, wie dieses Geld verwendet werden soll.

Vom kommunalen Ausländerwahlrecht halte ich in diesem Zusammenhang wenig. Wir sollten die Diskussion darüber beenden, sie hat in den vergangenen Jahrzehnten zu nichts geführt! Ich möchte nicht, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte politische Teilrechte bekommen. Ich möchte, dass sie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten werden können und dann auch werden. Das geht nur über die Einbürgerung. Hier sollten wir vor allem über Erleichterungen für die 1. Generation nachdenken. Diese Menschen haben jahrzehntelang hart gearbeitet, sie haben Kinder zur Welt gebracht und erzogen. Wir sollten ihnen jetzt entgegenkommen und ihnen die Einbürgerung ermöglichen, auch dann, wenn sie den Pass ihres Herkunftslandes nicht abgeben wollen. Für mich gehört das zur Generationengerechtigkeit. Es wäre auf der individuellen Ebene ein Zeichen der Wertschätzung dieser Menschen und, weil sie betroffen wären, auch ein Schritt hin zur besseren Inklusion der Muslime in Deutschland.

Deutschland und Nordrhein-Westfalen sind nicht nur die Heimat derjenigen, die hier geboren wurden. Sie sind genauso Heimat für jene, die im Ausland zur Welt kamen und eingewandert sind. Die neue Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, jedem unabhängig von seiner Herkunft Chancen auf sozialen Aufstieg zu eröffnen und darauf, sein Leben eigenständig zu gestalten, Wohlstand zu erarbeiten und an unserem gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dafür lohnt es sich zu arbeiten! ■

ANMERKUNGEN:

¹ Laschet, Armin 2009: *Die Aufsteigerrrepublik. Zuwanderung als Chance*, Köln, S. 276.

² Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: *Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland. Der Stand zum Jahresbeginn 2017*, Nr. 4/2017, S. 1.

³ „Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe“, Bertelsmann-Stiftung, *Religionsmonitor* 2017.

⁴ „Nordrhein-Westfalen postmigrantisch – Einstellungen der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland“, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), 2016.

⁵ „Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland“, Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster, 2016.



Serap Güler bei einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Projekts im Mai 2015.

INTEGRATION WIRD GELINGEN. WEIL SIE GELINGEN MUSS.



Alexander Schweitzer
*Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz*

Die Debatte um die Integration von muslimischen Flüchtenden, Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft wird überaus emotional geführt. Das ist zunächst einmal gut, denn es geht um die Frage, wie wir in unserer Gesellschaft zusammenleben wollen und wie wir mit Menschen umgehen, die zu uns kommen. Leider wird sie oftmals sehr einseitig geführt.

So hat der Tagesschau-Moderator Constantin Schreiber acht Monate lang Freitagspredigten in deutschen Moscheen besucht. Als Fazit hat er in seinem Buch „Inside Islam. Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird“¹ über diese Monate festgehalten, dass in vielen Predigten, der deutsche Alltag als Gefahr bezeichnet wird. Oftmals wird diese Warnung mit der Aufforderung verbunden, sich der Integration zu verschließen und die Nähe zu den eigenen Leuten zu suchen. Auf der anderen Seite ergab aber der von der Bertelsmann Stiftung herausgegebene Religionsmonitor im Jahr 2015², dass sich die Muslime in Deutschland mehrheitlich fromm und liberal zeigen und sich ihre Grundwerte stark an den Grundwerten der Bundesrepublik wie Demokratie und Pluralität ausrichten.

Nur diese zwei Momentaufnahmen zeigen bereits, wir brauchen mehr Differenzierung in der Debatte. Derzeit bekommt man den Eindruck, man kann entweder für oder gegen Integration oder den Islam sein. Dabei gibt es aber Licht und Schatten. Ich kenne aus meiner politischen Arbeit viele positive Integrationsprojekte – auch angestoßen von Muslimen. In meiner täglichen Arbeit begegne ich vielen modernen Frauen und Männern, die zeigen, dass sich Islam und Integration nicht ausschließen.

Und dann gibt es aber die negativen Beispiele, die uns entweder ob ihrer Gewalt und ihres Hasses ängstigen oder uns betrüben, weil sie keinen Willen zeigen sich zu integrieren. Meine Forderung an die Verbände, Moscheen und Moscheegemeinden lautet daher: Schaut nicht weg! Behaltet selbst im Blick ob und wie sich Radikalisierungen bei Einzelnen in Eurer Mitte abzeichnen!

Mit Selbstkritik muss man aber sagen: Wir haben die Integrationsdebatte im „Dafür“ oder „Dagegen“ geführt. Es bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise.

“DERZEIT BEKOMMT MAN DEN EINDRUCK, MAN KANN ENTWEDER FÜR ODER GEGEN INTEGRATION ODER DEN ISLAM SEIN.”

Dabei geht es um die Bedingungen gelingender Integration. Diskriminierung in Bildungssystem und Arbeitsmarkt sorgen oft genug dafür, dass sich junge Migrantinnen und Migranten ausgeschlossen und abgehängt fühlen – und sich vielleicht deswegen als Reaktion darauf abkapseln und radikalere Ansichten entwickeln. Hier ist die aufnehmende Gesellschaft gefragt. Eine neue Bundesregierung muss sich diesen Hemmnissen annehmen und mit klugen, passgenauen Projekten diese Integrationshürden beseitigen.

Doch damit ist es nicht getan. Selbst, wenn die aufnehmende Gesellschaft alle Hürden beiseiteschieben würde, Integration gelingt nur, wenn beide Seiten wollen. Für den Berliner Migrations- und Integrationsforscher Ruud Koopmans³ erklären Diskriminierungserfahrungen nicht die Unterschiede bei Erwerbsbeteiligung oder Arbeitslosigkeit zwischen muslimischen Zuwanderern und Einheimischen.⁴ Vielmehr spielten sozio-kulturelle Faktoren eine wichtige Rolle.⁵

Daran ist etwas Wahres: Integration bedeutet eben auch, die Landessprache gut zu lernen, Verbindungen zu Einheimischen zu knüpfen und seine Normen und Werte dem neuen Land anzupassen – gerade bei den Geschlechterrollen. Unser Grundgesetz gilt. Und es leitet uns. Hier ist jede Relativierung abzulehnen. Aber Integration bedeutet auch, seine Herkunft nicht verleugnen zu müssen.

Das verschiebt eben nicht, wie es einige auf der rechten Seite des politischen Spektrums nun versuchen als gesellschaftlichen Konsens durchzusetzen, den Fokus von der Ankunftsgesellschaft auf die Migrantinnen und Migranten. Und hier noch einmal besonders auf diejenigen muslimischen Glaubens. Auch die deutsche Gesellschaft trägt Verantwortung für das Gelingen der Megaaufgabe Integration. Integration darf nicht indivi-

dualisiert werden und dem Einzelnen überlassen werden. Auch das geht schief.

Die deutsche Gesellschaft und die Einheimischen werden nicht entlastet, Vorurteile abzubauen und Diskriminierungen zu verhindern. Die Muttersprache zu sprechen muss auch nicht per se ein Hindernis für Integration sein, so wie es bei Koopmans anklingt. Denn Bildungsforscher weisen darauf hin, dass Kinder vor allem dann zu Schulbeginn gut lernen, wenn dort eine vertraute Sprache gesprochen wird.⁶ Muttersprachenunterricht in der Grundschule, etwa auf Türkisch, kann daher sogar nützlich für die Eingliederung in das Schulsystem sein.

Das alles zeigt mir, dass wir weg müssen vom Schwarz und Weiß der Integrationsdebatte. Wir brauchen mehr Differenzierung in der Integrationsdebatte. Das gilt insbesondere unter dem Eindruck der vielen Flüchtenden, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind und nun integriert werden müssen. Kritik und konstruktive Vorschläge innerhalb der Integrationsdebatte dürfen nicht sofort von der jeweiligen Seite verworfen werden. Die Integrationsdebatte ist eine komplexe Debatte. Es gibt hier keine einfachen Wahrheiten. Integrationspolitik ist schwierig und herausfordernd. Das gilt für die Migrantinnen und Migranten ebenso wie für die aufnehmende Gesellschaft.

KRITIK UND KONSTRUKTIVE
VORSCHLÄGE INNERHALB DER
INTEGRATIONSDEBATTE DÜRFEN
NICHT SOFORT VON DER JEWEILI-
GEN SEITE VERWORFEN WERDEN.
DIE INTEGRATIONSDEBATTE IST
EINE KOMPLEXE DEBATTE.

Eine Politik für gelingende Integration ist zentral für die Zukunft unseres Landes. Wir dürfen nicht ablassen, selbst wenn die Frage der Fluchtaufnahme noch weiter in den Hintergrund der medialen Wahrnehmung rückt. Die Aufgabe der Integration beginnt hier erst. Der Anspruch muss sein, dass Integration gelingen wird. Weil sie gelingen muss.

WER DEUTSCHLAND ALS „SEIN“ LAND BEGREIFT, WIRD ES SCHÜTZEN, STÄRKEN UND NACH VORNE BRINGEN WOLLEN.

Nur exemplarisch genannt werden können die politischen Handlungsfelder auf denen sich erfolgreiche Integrationspolitik vollziehen muss. Bildung, Ausbildung, Sicherheit sind zu nennen. Die Liste ist fortsetzbar. Und sie sprengt das klassische Ressortprinzip deutscher Politik.

Ohne unsere gemeinsame Sprache wird ein Zusammenleben immer nur ein Nebeneinander sein. Daher müssen wir alles daran setzen, Kindern mit – und ohne – Migrationshintergrund die deutsche Sprache in Kindertagesstätten und Schulen noch intensiver als heute nahezubringen. Weiterhin müssen wir dafür sorgen, dass sich nicht schon in der Schule homogene Gruppen bilden – und zwar auf beiden Seiten.

Die Zugänge zum Ausbildungssystem sind zentral für die Integration. In Zeiten stabiler konjunktureller Entwicklung bei gleichzeitigem Fachkräftebedarf sind kluge Berufsorientierung, Begleitung und Patenschaften wohl aufwändig, aber durchaus erfolgsträchtig um Migrantinnen und Migranten zu einem gelingenden, wirtschaftlich unabhängigen Leben zu führen. Dass dies das Ziel sein muss, darf selbstverständlich erwartet werden.

Teilhabe und Akzeptanz sind die Pfeiler gelingender Integration. Diese gelingt – oder scheitert – vor Ort. Dazu

gehört dann eben auch, in der Kommunalpolitik dafür zu sorgen, dass sich Stadtteile in größeren Städten nicht extrem homogen, sondern vielfältig entwickeln. Daher ist die Herausforderung, bezahlbaren und guten Wohnraum zu schaffen, durch die Zuwanderung noch bedeutsamer geworden. Wir brauchen endlich eine Investitionsoffensive auf allen staatlichen Ebenen. Soziale Stadt- und Quartiersentwicklung wird als Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander alleine nicht genügen: Das staatliche Gewaltmonopol darf noch nicht einmal im Ansatz in Frage gestellt sein. Öffentliche Sicherheit muss gewährleistet sein. An jedem Ort. Zu jeder Zeit.

Und schließlich: Nichts ermöglicht und unterstreicht das selbstbestimmte Bekenntnis zur neuen Heimat so sehr wie die Einbürgerung. Wir sollten viel stärker als bisher langjährig hier lebende Menschen zu diesem Bekenntnis ermuntern, sie ermutigen, gerne auch in aller Klarheit auffordern. Wer Deutschland als „sein“ Land begreift, wird es schützen, stärken und nach vorne bringen wollen. Könnte das nicht ein wunderbares Staatsziel Deutschlands werden? ■

ANMERKUNGEN:

¹ Schreiber, Constantin (2017): *Inside Islam. Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird*, 2017, Berlin.

² Vgl. dazu in URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/januar/religionsmonitor/>.

³ Koopmans, Ruud: *Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration*, 2017, Berlin.

⁴ Ebd., S. 104.

⁵ Ebd., S. 105 ff.

⁶ Vgl. Pfaff, Isabel (2015): *Lieber Swahili als Englisch*, *Süddeutsche Zeitung*, vom 20.8.2015, in unter URL: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/bildung-zwischen-swahili-und-englisch-1.2615300>.



Seit der Bundestagswahl im September 2017 ist erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg eine rechtspopulistische Partei in unserem Parlament vertreten. Mit ihrer islamophoben Rhetorik trägt sie nicht zu einer differenzierten Debatte bei.

WELCHEN BEITRAG KANN DIE WIRTSCHAFT ZUM GELINGEN VON INTEGRATION LEISTEN?

INTEGRATIONSERFAHRUNGEN IM HEIMISCHEN STEINKOHLENBERGBAU



Bernd Tönjes

Vorstandsvorsitzender der RAG-Aktiengesellschaft und Moderator des Initiativkreis Ruhr

Die Anfänge des Steinkohlenbergbaus im Ruhrgebiet liegen mehrere Jahrhunderte zurück, aber die Region war lange eine dörflich-kleinstädtische Agrarregion mit lediglich einzelnen Kleinzechen. Anfang des 19. Jahrhunderts mit dem Beginn der Industrialisierung und dem Aufkommen der Montanindustrie im Ruhrgebiet, die zugleich mit einem starken Arbeitskräftebedarf einherging, begann die Zuwanderungsgeschichte des Ruhrbergbaus und der Region. Die erste Zuwanderungswelle ins damals zu Preußen gehörende rheinisch-westfälische Industriegebiet, später offiziell benannt als „Ruhrkohlenbezirk“ und dann im allgemeinen Sprachgebrauch allmählich „Ruhrgebiet“, begann in den 1830er Jahren und war eine „innerdeutsche“, wenngleich es das einheitliche Deutsche Reich als solches noch nicht gab. Die Bergleute für den Ruhrbergbau wurden zunächst aus angrenzenden deutschen Ländern und nahen Regionen mit einer gewissen Bergbauerfahrung (z. B. im Erzbergbau u.a.) akquiriert. Damit verbunden waren bereits ein deutlicher Bevölkerungszuwachs und die einsetzende Urbanisierung der Region. Bald nach Gründung des Deutschen Reichs 1871 kam es zu einem starken Aufschwung der Wirtschaft, besonders der Schwerindustrie, der zur Errichtung neuer großer

Schachtanlagen und Hüttenwerke an der Ruhr führte. Die gestiegene montanindustrielle Arbeitskräftenachfrage löste eine zweite Zuwanderungswelle aus, diesmal vor allem aus den preußischen Ostprovinzen und heutigen polnischen Gebieten. Infolgedessen erreichte der Anteil der polnisch-sprachigen Bergarbeiter bei einigen Bergwerken über 60 Prozent und es kam zur Bildung regelrechter polnisch-sprachiger Kolonien in einigen Städten der Region (Bottrop, Herne). Das führte damals örtlich zu manchen kulturellen und religiösen Konflikten, die wir heute als typische Integrationsprobleme bezeichnen würden.

Nach dem Ersten Weltkrieg verließen rund zwei Drittel dieser Zuwanderer das Ruhrgebiet wieder, überwiegend in die heimatliche Richtung des neuen polnischen Nationalstaats, z. T. aber auch abgeworben in andere europäische Bergbaureviere etwa in Frankreich, Belgien oder Großbritannien. Die Besetzung der frei werdenden Arbeitsplätze erfolgte zu dieser Zeit vorwiegend durch Zuwanderer aus diversen anderen Teilen Deutschlands, während sich die verbliebenen „Ruhrpolen“ stärker assimilierten als zuvor.

Im Zweiten Weltkrieg erfolgte eine unfreiwillige Zuwanderung von Zwangsarbeitern aus den von Deutschland besetzten Ländern. Die Geschichte der Zwangsarbeiter im Ruhrbergbau, deren Arbeits- und Lebensbedingungen, ist vor einigen Jahren im Auftrag des Bergbaus wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Einige der Überlebenden blieben nach dem Krieg in der Region, was Integrationsgeschichten ganz eigener Art begründete.

In der Nachkriegszeit kam es dann im Ruhrgebiet vor allem zum Zustrom und der Aufnahme vieler deutscher Vertriebener und Flüchtlinge, die zunächst Arbeit in der für den Wiederaufbau dringend nötigen Produktion der Kohle- und der Stahlindustrie fanden. Sie blieben dort allerdings oft nur vorübergehend bis zur Abwanderung in andere Branchen und Regionen. Für das „Wirtschaftswunder“ der 1950er-Jahre wurden jedoch zunehmend Arbeitskräfte gebraucht, weshalb ab 1955 dann die Anwerbung und Zuwanderung der sogenannten „Gastarbeiter“ auch ins Ruhrgebiet be-

gann. Dazu gab es die Anwerbeabkommen mit Italien, Spanien etc. und ab 1961 auch mit der Türkei bis zum Anwerbestopp Anfang der 1970er-Jahre. Im deutschen Steinkohlenbergbau gab es danach in der Spitze Mitte der 1970er-Jahre bis zu 30.000 Beschäftigte nicht-deutscher Nationalität, zeitweise sogar fast 2.000 aus Südkorea und mehr als 20.000 aus der Türkei. Weil bei den „Gastarbeitern“ zunächst hauptsächlich vorübergehende Beschäftigungsabsichten und -verhältnisse vorherrschten, erfolgte die Unterbringung etwa von ausländischen Bergleuten im Ruhrgebiet vornehmlich in eigenen Ledigenheimen der Bergwerke. Integration über den Arbeitsplatz hinaus war noch kein Thema. Erst in den 1970er-Jahren kam es dann zu längeren Verweildauern bis hin zu Familiennachzug, Daueraufenthalt oder Einbürgerung – und zum Beginn der bis heute anhaltenden Integrationsdebatte in Deutschland und der besonderen öffentlichen Wahrnehmung des Ruhrgebiets als einem kulturellen „Schmelztiegel“.

AUSLÄNDISCHE BELEGSCHAFT DES DEUTSCHEN STEINKOHLENBERGBAUS SEIT 1957

		1957	1960	1968	1970	1975	1980	1990	2000	2010	2016
Insgesamt		12.075	11.902	12.712	25.836	29.423	26.051	21.461	6.216	2.988	1.233
In % der Belegschaft		2,0	2,4	4,8	7,0	14,5	13,9	13,4	10,7	12,3	16,5
In % der Arbeiter unter Tage		2,6	3,2	7,1	15,3	23,0	21,6	24,4	17,6	21,7	32,4
darunter	Türken	–	–	5.222	16.338	21.652	20.485	18.315	5.234	2.723	1.154
	ehem. Jugoslawen	1.084	876	1.340	2.616	1.372	1.189	720	181	55	25
	Italiener	2.840	3.944	1.090	958	812	834	477	194	57	16
	Marokkaner	–	–	658	878	534	504	360	46	19	9
	Spanier	22	219	612	549	474	431	208	73	30	9
	Holländer	1.807	1.273	719	610	454	383	248	68	17	4
	Südkoreaner	–	–	514	1.388	1.953	395	130	26	–	–

Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. 2017

IM STEINKOHLENBERGBAU HAT DIE GEMEINSAME HARTE UND FRÜHER AUCH GEFÄHRLICHE ARBEIT UNTER TAGE BESONDERS ZUSAMMENGESCHWEISST.

Das Vordringen des preiswerten Erdöls Ende der 50er und der seit den 1960er/70er Jahren sich verstärkende Globalisierungstrend der Wirtschaft lösten im Ruhrgebiet einen Strukturwandel weg von den beschäftigungsintensiven Montanindustrien aus, ein wesentlicher Faktor der bis heute anhaltenden Strukturprobleme der Region. Für den deutschen Steinkohlenbergbau begann ein langandauernder, aus energie- sowie regional- und sozialpolitischen Gründen flankierter und sozialverträglich organisierter Rückzug, zeitweilig abgebremst u. a. durch die beiden globalen Ölkrisen. Ende 2018 wird der heimische Steinkohlenbergbau entsprechend den kohlepolitischen Beschlüssen aus 2007 vollständig stillgelegt. Die RAG tritt dann in die Ära des Nachbergbaus ein, in der neben der Bearbeitung der Bergbaufolgen und der Erfüllung der hinterlassenen Ewigkeitsaufgaben (Grubenwasserhaltung etc.) auch die Bewahrung des kulturellen Erbes und der sozialen Werte des Bergbaus angestrebt wird.

Im Steinkohlenbergbau hat die gemeinsame harte und früher auch gefährliche Arbeit unter Tage besonders zusammengeschweißt. Hier ist jeder Kollege „Kumpel“, der mitzumachen hat, auf den man sich verlassen können muss und der nicht zurückgelassen werden darf, egal aus welchem Land er kommt, welche Hautfarbe er hat oder welcher Religion er angehört. Das Funktionieren dieser besonderen Arbeits- und Risikogemeinschaft im Bergbau setzt eine Friedenspflicht jedes einzelnen am Arbeitsplatz voraus. Konflikte aus Herkunfts- oder Religionsgründen haben im Bergbau keine Bedeutung entwickelt. Dies hat sich auch auf das Zusammenleben der Menschen über Tage entsprechend ausgewirkt.

Seitens der Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus bis hin zur heutigen RAG wurde die Integration der zugewanderten Arbeitskräfte stets auch über den Arbeitsplatz hinaus gefördert. Ein wichtiger Faktor

war dabei seit je der Bergarbeiterwohnungsbau, der für eine arbeitsnahe Wohnraumversorgung der Bergleute und ihrer Familien sorgte. Ein anderer wichtiger Faktor war die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite des Ruhrbergbaus mit Beteiligung des Landes NRW und der örtlichen Volkshochschulen getragene Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung e.V. (REVAG). Diese war schon 1948 als Fachstelle für die kulturelle Betreuung der Bergarbeiter gegründet worden und sollte zunächst der besseren Eingliederung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen im Revier dienen. Seit den 1970er Jahren lag ihr Schwerpunkt auf der Integration der Gastarbeiter insbesondere aus der Türkei. Die Schwerpunkte der Arbeit der REVAG lagen in der gezielten Wohnungsvermittlung (mittels des damals noch großen Kontingents an Werkswohnungen des Ruhrbergbaus und Kooperation mit den regionalen Wohnungsgesellschaften) sowie in der sozialen Betreuung der Familien der zugewanderten Bergleute, dies gemeinsam etwa mit der AWO, Jugendhilfen oder Sportvereinen. Später kamen dann Sprachkurse, Hilfen bei Behördenfragen, Ferien- und kulturelle Angebote hinzu. Dafür wurden auch ehemalige und aktive Bergleute, deren Familien und Anwohner mobilisiert. Alles Maßnahmen, die aus heutiger Sicht als beispielhaft für eine erfolgreiche Integrationspolitik gelten. Mit dem Rückzug des Steinkohlenbergbaus wurde die REVAG mittlerweile aufgelöst. Ihre wichtigsten Aufgaben sind aber anderen Organisationen übergeben worden.

Große Integrationsleistungen hat der Sozialpartner im Steinkohlenbergbau, die damalige IG Bergbau und Energie bzw. heutige IG BCE, erbracht. Die Gewerkschaft hat, getragen von einem hohen Organisations- und Solidarisierungsgrad der Bergleute, mit ihrer aktiven Ortsgruppen- und Bildungsarbeit, die sich z.T. gezielt an die zugewanderten Kollegen gerichtet hat, wichtige Beiträge geliefert.

Auch die Kirchen haben in einer besonderen Kooperationsform mit dem Bergbau an der Integrationsarbeit mitgewirkt. Im Rahmen der GSA (Gemeinsame Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau), die 1950 durch die beiden großen christlichen Kirchen und die Bergbauunternehmen ins Leben gerufen worden war, um auf der Grundlage christlicher Wertvorstellungen die drängenden sozialen und menschlichen Probleme beim Wiederaufbau des deutschen Steinkohlenbergbaus zu bewältigen, haben sie auf die Verbesserung der Zusam-

menarbeit in den Bergwerksbetrieben eingewirkt und dabei auch konfessionelle Gegensätze ausräumen können. Die Arbeit der GSA besteht bis heute mit rund 50 Tagungen im Jahr fort, seit einigen Jahren auch unter Einbeziehung des Islam, und hat den personellen Anpassungsprozess sowie die Organisationsentwicklung der Bergbauunternehmen im Sinne des kirchlichen Dienstes für die Menschen in der Arbeitswelt begleitet.

NEUE INTEGRATIONSHerausforderungen DURCH DIE FLÜCHTLINGSWELLE SEIT 2015

Eine neue große integrationspolitische Herausforderung auch für das Ruhrgebiet stellt der seit 2015 verstärkte Zustrom von überwiegend muslimischen Flüchtlingen aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika in Richtung Europa dar. Die aktuellen Debatten dazu sind bekannt. Das Ruhrgebiet bringt dabei seine aus der mehr als 150jährigen Zuwanderungsgeschichte gewonnene integrative Kraft und seinen Pragmatismus ein. Die Menschen im Ruhrgebiet von heute wissen größtenteils, dass „Multi-Kulti“ kein Selbstläufer und alles andere als problemlos ist, aber hier schon lange gelebte Praxis mit vielfach sehr erfolgreicher Integration. Der Auftritt des Ruhrgebiets 2010 als „Europäische Kulturhauptstadt“ hat die Region auch international ganz selbstbewusst als kulturellen Schmelztiegel gezeigt, zu dem insbesondere seine spezifische Industriekultur gehört. Teil dieser Industriekultur des Ruhrgebiets sind auch die Integrationsleistungen des Steinkohlenbergbaus und bergbaunaher Institutionen.

Die gegenwärtigen Möglichkeiten des Steinkohlenbergbaus zur Bewältigung der neuen Integrationsherausforderungen sind im Auslaufprozess und auch danach verständlicherweise begrenzt. Integration durch Arbeit scheidet als Lösungsweg im Bergbau aus. Gleichwohl versucht der Bergbau auch im Rückzug zur Lösung der Integrationsfrage beizutragen.

Aktuell steuert der Bergbau mit dem Projekt „Glückauf Nachbarn“ innovative Konzepte zur Entwicklung von Stadtquartieren für die Integration von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei. Denn Integration findet neben dem Arbeitsplatz vor allem am jeweiligen Wohnort statt. Das Projekt ist Teil der mit Blick auf das Auslaufen des Steinkohlenbergbaus von RAG, RAG-Stiftung, Evonik und IG BCE gestarte-

ten Initiative „Glückauf Zukunft“, die zugleich mit der würdigen Verabschiedung der deutschen Steinkohle mit einer ganzen Reihe von Projekten positive Impulse für die Zukunft der Bergbauregionen schaffen soll. Gegenstand dieses Projekts für den zukunftsweisen Umbau von Wohnquartieren sind zwei ehemalige typische Bergbauquartiere mit heute relativ hohen Migrantenanteilen, aber unterschiedlichen baulichen und sozialen Entwicklungsständen (Friedrich-Heinrich in Kamp-Lintfort und Vierlinden in Duisburg). Gemeinsam mit internationalen Planungsteams und einem wissenschaftlichen Begleitkreis sollen hier RAG MontanImmobilien und Vivawest die bestmöglichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration auf Quartiersebene entwickeln.

Daneben gibt es weitere Initiativen im Bergbau speziell für Flüchtlinge:

- Identifikation von 19 ehemaligen Bergbauarealen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden konnten. Dies ermöglichte eine besonders rasche Umsetzung z.B. in Recklinghausen, Oberhausen und Kamp-Lintfort.
- Bildungsprojekt „Schulterschluss des Bergbaus“ von RAG, RAG-Stiftung und TÜV-Nord Bildung: Gegenstand dieses Projekts ist das Angebot von Sprachkursen, Berufsfelderkundung und berufspraktischen Tätigkeiten an fünf Standorten in NRW und im Saarland, um die Integration zu fördern und Flüchtlingen zu einer selbstbestimmten Lebensführung verhelfen.
- Das Bergwerk Ibbenbüren beteiligte sich an der „Ibbenbürener Hospitationsbörse für Unternehmen und Flüchtlinge“. Durch Hospitationsmöglichkeiten in der kaufmännischen Verwaltung und im Personalbereich sollten vor allem auch Möglichkeiten für Frauen geschaffen werden.
- Zusätzlich Geld- und Sachspenden der Belegschaft für die Flüchtlingshilfe.

Auch wenn dem Bergbau ein größeres Engagement in der Integrationsarbeit nicht mehr möglich ist, sieht er seine Anstrengungen nicht isoliert von den Bemühungen der Gesamtwirtschaft.

DIE INTEGRATIONSPOLITISCHEN POSITIONEN DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE

Die in der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vertretenen Arbeitgeber setzen sich seit Jahren für eine moderne, an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtete Zuwanderungspolitik ein, die auf eine gesteuerte Zuwanderung von Arbeitsmigranten zielt. Sie sehen darin neben der Erschließung aller inländischen Arbeitsmarktpotenziale einen zentralen Baustein der Fachkräftesicherung. Außerdem sei langfristig die demografische Herausforderung Deutschlands ohne Zuwanderung nicht zu lösen. Auch schaffe gezielte Zuwanderung mehr wirtschaftliche Dynamik und damit letztlich auch zusätzliche Arbeitsplätze. Aus diesen Gründen wirkt die BDA seit längerem aktiv im Bundesbeirat für Integration mit. Sie engagiert sich schon seit 2012 in der Arbeitsgruppe „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“ der Demografiestrategie der Bundesregierung. Die BDA fordert in diesem Rahmen die Verankerung einer Willkommenskultur in den Behörden wie in den Unternehmen (z.B. durch staatliche Willkommenszentren mit umfassender Beratung, private Mentoring-Programme etc.), diverse Verbesserungen der praktischen Umsetzung des Zuwanderungsrechts (etwa bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen und Beseitigung unverhältnismäßiger bürokratischer Hürden, auch eine bessere Zusammenarbeit der am Zuwanderungsprozess beteiligten Behörden), ferner eine Vereinfachung des internationalen Personalaustausches und den Ausbau der arbeitsplatzunabhängigen Potenzialzuwanderung (z.B. für Praktikumszwecke oder die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche in Mangelberufen).

Seit 2015 sind auch die deutschen Arbeitgeber und ihre Verbände mit den Auswirkungen der Flüchtlingskrise konfrontiert. Neben humanitären, asylrechtlichen und sozialen Aspekten setzt eine gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge, die dauerhaft bleiben, ihre Integration in Ausbildung und Arbeit voraus. Diese bietet aus Sicht der Unternehmen trotz aller bekannten Probleme ähnliche Chancen wie die gesteuerte Zuwanderung. Eine Abschottung wäre für die so stark international orientierte deutsche Wirtschaft auch aus rein ökonomischem Kalkül keine tragbare Lösung. Deshalb engagieren sich viele Unternehmen in dieser Frage sehr. Aus einem Dialog führender deutscher Unternehmen zur Flüchtlingsfrage ist im Frühjahr 2016 die Netzwerk-Initiative „Wir zusammen“ entstanden. Die hier inzwischen

mehr als 100 beteiligten Unternehmen, darunter auch große Unternehmen im Ruhrgebiet wie z.B. Evonik Industries, RWE, ThyssenKrupp oder Haniel, wollen die Herausforderung der Zuwanderung aktiv annehmen und ihre Chancen nutzen. Die Mitwirkenden haben deshalb im Rahmen der Initiative teils einzeln, teils auch in Kooperationen konkrete Projekte zur Integration von Flüchtlingen in die Arbeitswelt in Deutschland angestoßen. Die Initiative bietet den Unternehmen zugleich eine Plattform, ihre Projekte öffentlich vorzustellen und bekannt zu machen, und verbindet dies mit intensiver Werbung und Medieneinsatz, was für einen relativ hohen Bekanntheitsgrad gesorgt hat. Die Mitglieder dieser Initiative gehen jedoch, unabhängig vom jeweiligen unternehmerischen Engagement, davon aus, dass die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt nur gemeinsam von Politik und Wirtschaft bewältigt werden kann. Dazu haben sie bereits 2016 einen Aktionsplan vorgelegt.

Die Mitte April 2017 von unternehmer.nrw mitgeteilten Ergebnisse einer Studie des KOFA (Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung des Instituts der deutschen Wirtschaft) identifizieren neben einer Bestandsaufnahme diverse Hemmnisse sowie positive Anreize für ein Engagement der Wirtschaft:

- Fast ein Viertel aller deutschen (Mehrpersonen-) Unternehmen, rund 400.000, beschäftigte zum Zeitpunkt der Untersuchung Flüchtlinge oder hat es in den letzten drei Jahren davor getan. Dabei haben Unternehmen, die bereits Erfahrungen mit internationaler Belegschaft bzw. Mitarbeiter mit Migrationshintergrund hatten, zehnmal mehr Flüchtlinge eingestellt als solche ohne Mitarbeiter mit Migrationshintergrund; auch planten zwei von drei Unternehmen, die schon Geflüchtete beschäftigten, weitere einzustellen.
- Am häufigsten beschäftigten Unternehmen Flüchtlinge immer noch im Rahmen eines Praktikums (17%), gefolgt von regulärer Beschäftigung (10%) und einer betrieblichen Ausbildung (7%); darüber hinaus gibt es eine Vielzahl atypischer Beschäftigungen.
- Als größtes Hemmnis wurden immer noch mangelnde Sprachkenntnisse benannt.
- Als besonders wichtige (staatliche) Anreize, um Unternehmen bei der Einstellung von Flüchtlingen zu unterstützen, wurden vor allem Angebote zur

Sprachförderung und der Einsatz eines „Kümmers“ benannt, der für Unternehmen gebündelt nötige Informationen bereit stellt und Hilfen vermittelt; ähnliches gilt für den Einsatz von „Willkommenslotsen“ für die Flüchtlinge, die zugleich Ansprechpartner für die Unternehmen sein können.

- Viele bereits existierende Unterstützungsangebote sind bei den Unternehmen gar nicht bekannt. Nur die Hälfte der befragten Unternehmen kannte z.B. den einschlägigen Arbeitgeberservice der Bundesanstalt für Arbeit.
- Drei Viertel der Unternehmen gaben an, dass passende Unterstützungsangebote ihre Einstellungsbereitschaft erhöhen würden. Hilfreich wäre also insbesondere mehr Passgenauigkeit der staatlichen Angebote, aber auch eine Steigerung des Bekanntheitsgrads schon vorhandener Unterstützungsmaßnahmen.

HERAUSFORDERUNGEN IM BEREICH DER AUS- UND WEITERBILDUNG – DIE BEISPIELE DER TALENTMETROPOLE RUHR UND DER TH GEORG AGRICOLA

Integration durch Arbeit setzt hinreichende Qualifikation voraus. Und das nicht nur in Bezug auf die allgemeine schulische und berufliche Erstausbildung, sondern auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Die RAG engagierte sich früher im Rahmen ihrer Möglichkeiten sehr aktiv auf diesem Gebiet, sowohl als einer der größten regionalen Ausbilder als auch über das frühere, mittlerweile an den TÜV Nord veräußerte Tochterunternehmen RAG Bildung in der Weiterbildung für die eigene Belegschaft wie für dritte Unternehmen. Mit der Beendigung der Steinkohlenförderung enden jedoch auch ihre diesbezüglichen Möglichkeiten und deren Integrationsbeitrag.

Aktiv unterstützt wird von ihr jedoch die schon 2011 gestartete Bildungsinitiative „Talentmetropole Ruhr“ des Initiativkreises Ruhr. Diese ist konzipiert als Beitrag der regionalen Wirtschaft zur Chancengleichheit für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. Dies dient zugleich der Vorbeugung gegen den Fachkräftemangel und der Förderung des wichtigsten aller Rohstoffe – Wissen und Talent. Das Projekt bündelt die Bildungsinitiativen des Initiativkreises Ruhr und fördert Talente entlang der gesamten Bildungskette von der KiTa über die Schulzeit bis zu Berufsausbildung und/oder Studium.

“DIE STRUKTURKRISEN DER REGION WAREN SICHERLICH EINE URSACHE DER ENTWICKLUNG, DOCH DIE PROBLEMLAGEN SIND LÄNGST VIELSCHICHTIGER.”

Dabei sollen vor allem die bislang nicht oder zu wenig berücksichtigten Potenziale sozial benachteiligter junger Menschen erschlossen und ihr Bildungsaufstieg ermöglicht werden.

Da statistisch betrachtet gerade im Ruhrgebiet ein Teil der Jugendlichen mit einem deutlich erhöhten Risiko für einen weniger erfolgreichen Bildungsweg aufwächst und dabei die soziale und ethnische „Segregation“ eine wesentliche Rolle spielt – geografisch sogar identifizierbar durch ein reviertypisches Nord-Süd-Gefälle mit der A40 als „Sozialäquator des Ruhrgebiets“, vermischen sich bei der Talentförderung sozial-, regional- und integrationspolitische Aufgaben in besonderer Weise.

Ein Team aus Wirtschaft und Wissenschaft koordiniert die Initiative TalentMetropole Ruhr: Die Initiativkreis Ruhr GmbH, die Westfälische Hochschule, RAG-Stiftung, Evonik Industries, BP Europa, Duisport (Duisburger Hafen AG), ThyssenKrupp und die Stiftung Schalker hilft! Mit zwölf Formaten zu Talentförderung und Austausch mit Stipendien, Studenttagen, Dialogprogrammen und vielem anderen mehr will die TalentMetropole Ruhr Bildungsaufsteiger ermutigen und ihnen Perspektiven eröffnen. Die wichtigsten Projektbeispiele der Talentmetropole Ruhr sind:

- Der „*Dialog mit der Jugend*“ mit rund 40 Partnerunternehmen
- *RuhrFellows*: Studierendenaustausch in 10 Partnerunternehmen
- *Buddy-Programm*: stärkt Sozialkompetenzen durch persönliche Betreuung von Wirtschaftsvertretern in 18 Schulen der Region

■ **RuhrTalente:** schulformübergreifendes Stipendienprogramm für Jugendliche ab der 7./8. Klasse

Einen eigenen nachhaltigen Akzent in der Hochschulbildung setzt der Steinkohlenbergbau seit Langem in der einst als Bergschule des Ruhrbergbaus gestarteten, heute von der DMT getragenen und von der RAG-Stiftung mitfinanzierten Technischen Hochschule Georg Agricola (THGA) zu Bochum. Schon vor über 200 Jahren von der Westfälischen Berggewerkschaftskasse gegründet, wandelte sie sich 1963 zur Ingenieurschule für Bergwesen, 1971 zur FH Bergbau, sodann 1995 zur Technischen Fachhochschule und ab 2016 zur Technischen Hochschule. Ursprünglich rein bergbauorientiert bietet sie heute fast alle Ingenieurstudiengänge an (einschl. Wirtschaftsingenieurwesen), darunter mit einem besonderen Schwerpunkt „Georessourcen“, aber kein klassisches Bergbaustudium mehr. Weltweit bisher fast einzigartig sind dabei seit wenigen Jahren der (seit 2013) neue Studiengang und das Forschungszentrum „Nachbergbau“. Die THGA adressiert seit je gezielt begabte junge Menschen aus sozial schwächeren Milieus oder mit Migrationshintergrund und bietet ihnen eine gute, von der Praxis anerkannte Hochschulausbildung. Das Studium dort ist auch berufsbegleitend möglich und bietet somit besonders gezielte Chancen für Bildungsaufsteiger.

INTEGRATION DURCH ARBEIT IM STRUKTURWANDEL DES RUHRGEBIETS – STRATEGIEANSÄTZE GEGEN DIE REGIONALE ARBEITSLOSIGKEIT

Dass Integration über Arbeit möglich wird, setzt voraus, dass genug Arbeit in der Region vorhanden ist. Das Ruhrgebiet leidet jedoch nun schon seit Jahrzehnten unter einer chronisch hohen Arbeitslosigkeit. Im August 2017 war die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet mit 10,4% immer noch zweistellig und sie lag damit genau doppelt so hoch wie im übrigen Westdeutschland und auch deutlich höher als im Durchschnitt von Ostdeutschland. Die Strukturkrisen der Region durch die früher prägenden Montanindustrien waren sicherlich eine Ursache dieser Entwicklung, doch die Problemlagen sind längst vielschichtiger. Dies belegen z.B. die Abwanderungen von Bergbaufolgebetrieben wie der Opelproduktion vom Standort Bochum oder die Auswirkungen der nationalen Energiewendepolitik auf die großen Energieversorger der Region. Es gibt auch sehr positive Entwicklungen im Strukturwandel des Ruhrgebiets, wie der Aufstieg zur dichtesten Hochschulregion

Deutschlands oder zu einem führenden Standort in der Gesundheitswirtschaft und auch im Kultursektor. Allerdings reicht die bisherige Entwicklung des Dienstleistungssektors zum Ersatz von wegfallenden Arbeitsplätzen und Wertschöpfungen in der Industrie nicht aus. 2018 will die neue Landesregierung von NRW, wie schon vor 30 Jahren, eine „Ruhrkonferenz“ einberufen, um gemeinsam mit dem Bund und auch der EU über Auswege aus der anhaltenden regionalen Beschäftigungsmisere zu beraten.

Zur Verbesserung der regionalen Arbeitsmarktsituation beitragen würden vor allem die Erweiterung der Produktionskapazitäten bestehender Unternehmen und/oder Neugründungen von Unternehmen am Standort Ruhrgebiet. Der Initiativkreis Ruhr hat Anfang 2017 mit seinem Handlungspapier „Starke Industrie braucht modernes Umfeld“ noch einmal unterstrichen, was hierfür vor allem benötigt wird: 1.) Investitionen in moderne Mobilität (Verkehrsnetze und Dateninfrastruktur), 2.) Investitionen in international leistungsfähige Logistik und nutzbare Flächen sowie 3.) Investitionen in attraktive Stadtviertel und Quartiere. Das erfordert neue Akzente in der Infrastrukturpolitik, in der Gründungsförderung und im Flächenmanagement. Damit die hoch verschuldeten Kommunen des Ruhrgebiets ihren notwendigen Teil zu diesen Investitionen leisten können, brauchen sie ihrerseits finanzielle Entlastungen durch Bund und Land, insbesondere im Hinblick auf die wachsenden Sozialausgaben.

Wirtschaftliche Chancen für die Region können sich aus der Umweltwirtschaft i. w. S. ergeben, die heute gerade im Ruhrgebiet auf beste Voraussetzungen treffen. Eine Regionalanalyse von Handelsblatt Research vom 8. August 2017 stellt heraus, dass sich das Ruhrgebiet weniger durch eine Dienstleistungs- und Künstlermentalität, sondern eher durch Interesse am Umgang mit industriellem Großgerät, technischen Innovationen und harter Arbeit auszeichnet. Von der Öffentlichkeit außerhalb der Region fast unbemerkt hat sich zwischen Duisburg und Hamm ein a. o. innovatives und diversifiziertes umweltwirtschaftliches Industriecluster entwickelt, welches das Potenzial hat, die Region ökonomisch wiederzubeleben. Die Emscher wurde mit einem langjährigen Umbauprogramm nahezu renaturiert und alte Abraumhalden, Zechen und Stahlwerke wurden nicht zuletzt ökologisch umgenutzt. Im Zuge dieser Entwicklung entstanden umweltwirtschaftliche Unternehmen und Projekte, die oft auf Erkenntnissen und Innovationen aus der Montanindustrie auf-

setzen. Aus Altem wurde Neues. Die Bandbreite der Konzepte reicht von der Nutzung von Grubenwasser für die Wärmeengewinnung über die Verwendung von Aluminiumschmelzöfen für Energiespeicherung, die Produktion von effizienten Gas- und Dampfturbinen oder die Windstromelektrolyse – die als eine Schlüsseltechnologie im Klimaschutz gilt – bis zu den neuen Aktivitäten von Firmen wie Eikhoff in Bochum, die ihre 150jährige Erfahrung aus dem Bergbau heute für die Fertigung von Getrieben für Windräder nutzt. So die Studie. Im Weiteren angeführt werden die aus den „alten“ großen Energieversorgern durch Abspaltungen hervorgegangenen neuen Konzerne E.ON (neu) und Innogy, das von ThyssenKrupp mit 16 Partnern betriebene technologische Spitzenprojekt Carbon2Chem, das auf diverse industrielle Recyclingprodukte ausgerichtete Lünen Lippewerk der Firma Remondis, einem der weltweit größten Recyclingunternehmen, oder das Projekt InnovationCity Ruhr, mit dem die klassische Bergbaustadt Bottrop zur Modellkommune für den klimagerechten Stadtumbau gemacht worden ist – so erfolgreich, dass das Projekt jetzt auf etliche andere Städte der Region übertragen wird.

Gelingt es, diese Entwicklungen für neue Arbeitsplätze zu nutzen, dann gehen im Ruhrgebiet nicht nur Umwelt- und Wirtschaftspolitik Hand in Hand, sondern auch die Integrationspolitik kommt bei der Integration durch Arbeit ein gutes Stück voran.

DIE JUNGE GENERATION – INTEGRATIONS-TRÄGER DER ZUKUNFT

Das Ruhrgebiet als größter sozialer und industrieller Ballungsraum in Deutschland unterliegt einem ständigen Wandel. Die Menschen dort sehen bei allen kulturellen Unterschieden eine regionale Identität des Ruhrgebiets und suchen Arbeit, Bildung, Heimat, Kultur und attraktive Lebensbedingungen, nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen. Die Entwicklungspotentiale der globalen Megatrends wie Nachhaltigkeit, Entwicklung zur Wissensgesellschaft und Digitalisierung müssen für das Revier genutzt werden, die alte Industrieregion mit den Mitteln und dem

Wissen von heute – auf der Basis des reichen Erfahrungsschatzes der Vergangenheit – quasi neu erfunden werden. Dazu braucht das Revier insbesondere junge, engagierte, motivierte und aufgeschlossene Menschen; Menschen, die die in der Region entwickelten Werte der Toleranz und Solidarität leben und die Erfahrungen eines geregelten, zivilisierten und demokratischen Miteinanders unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion fortführen. Das Revier muss darum gerade für die junge Generation ein attraktiver Lebensraum werden und bleiben. Gelingt dies immer aufs Neue, besteht auch die begründete Hoffnung, die Generationenaufgabe Integration im Ruhrgebiet langfristig erfolgreich zu lösen. ■



23. Dezember 1986, der letzte Arbeitstag der Zeche Zollverein, die von 1968 an von der RAG betrieben wurde. Heute ist das Gelände ein wichtiges Industriedenkmal und UNESCO-Weltkulturerbe.

INTEGRATION DURCH SPORT IN DIE GESELLSCHAFT

Der organisierte Sport kümmert sich seit bald 30 Jahren darum, Vielfalt zu verbinden. Diese langjährigen Erfahrungen helfen den Sportvereinen bei der Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft und vor allem bei der Bewältigung der Herausforderungen in der aktuellen Arbeit mit Flüchtlingen. Täglich wird angepackt: Mit dem Willen, zu gestalten, und dem Mut, sich neuen Herausforderungen zu stellen, nehmen unsere Sportvereine eine ganz wichtige Rolle in der Integrationsarbeit ein.



Dr. Michael Vesper
Vorstandsvorsitzender des Deutschen
Olympischen Sportbundes und
Landesminister a.D.

Es gibt gute Gründe dafür, sich heute ehrenamtlich einzumischen. Dabei ist das keinesfalls selbstverständlich. Hatice Dogan, geboren in Hamburg, überlegt kurz und sagt: „Unsere Eltern kamen als Gastarbeiter nach Deutschland, um zu arbeiten und Geld zu verdienen. Natürlich kannten sie aus der Türkei auch Sportvereine. Aber hier ging es um etwas anderes. Sie hatten gar keine Zeit, über Sport nachzudenken. Unsere Eltern sind morgens losgegangen, haben hart gearbeitet und sind erschöpft nach Hause gekommen. Dort haben sie sich gefreut, einen Tee zu trinken und sich in ihrer Sprache unterhalten zu können.“ Und sie sagt dann: „In unserer Generation ist es anders. Wir haben aber auch die Sorgen früherer Generationen nicht. Unsere Generation mischt mit.“

Zu diesen „Mitmischern“ gehört auch Hatice Dogan, 40 Jahre alt, fünf Kinder. Als Jugendwartin der „Hamburger Ballschule e.V.“ kümmert sie sich ehrenamtlich um die Nachwuchs- und Jugendbelange des Vereins. An 22 Hamburger Grundschulen gibt es dank der Arbeit der Ballschule qualifizierte Nachmittagsangebote im Sport. Vor allem Ballspiele, die sofort jeder versteht, begeistern die Kinder und Jugendlichen, die nach sechs anstrengenden Schulstunden rennen und toben wollen.

Beispiele wie das von Hatice Dogan aus Hamburg sind nur ein kleiner Ausschnitt der Integrationsarbeit des DOSB, der seit mittlerweile fast 30 Jahren das Bundesprogramm „Integration durch Sport“ koordiniert. Personen wie Hatice Dogan spielen dabei eine große Rolle – zum einen als Vorbilder, denn Migrantinnen und Migranten in Führungspositionen sind in deutschen Vereinen deutlich unterrepräsentiert. Zum anderen öffnen sie neue Türen, denn Menschen, die noch nicht so lange in Deutschland sind, tun sich leichter mit dem Eintritt in einen deutschen Sportverein, wenn sich dort schon jemand aus dem Kulturkreis engagiert, den sie kennen. Und es gibt noch einen dritten Grund, einen, der sich zum ganz persönlichen Schmuckstück im Lebenslauf entpuppen kann: Wer sich schon einmal ehrenamtlich engagiert hat, ist auch auf dem Arbeitsmarkt interessanter als Personen, denen diese Erfahrung fehlt. Doch an so etwas hat Hatice Dogan, die moderne Deutsche mit türkischen Wurzeln, nicht gedacht, als sie bei der Hamburger Ballschule begann.

Dass dies alles nicht vom Himmel fällt, sondern dass für erfolgreiche Integrationserfahrungen hart gearbeitet werden muss, ist eine Binsenweisheit und zeigt sich ganz aktuell in den wachsenden fremdenfeindlichen Ressentiments gegen Migrantinnen und Migranten.

Für uns im DOSB ist Integration daher ein langfristiger und kontinuierlicher Prozess, der die gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe im sozialen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben zum Ziel hat. Aus diesem Verständnis leiten wir unseren Anspruch ab, für alle Bevölkerungsgruppen Teilhabe und Teilnahme am Sport zu ermöglichen. Denn Sport ist ein Motor der Integration: Er bietet einen schnellen, niedragschweligen Kontakt zur und in die deutsche Gesellschaft, weil er zunächst einmal ohne Sprache auskommt. Sporttreiben ist barrierefrei: Jeder kennt die Regeln oder versteht sie sofort. Bewegung, Begegnung und Austausch werden so gefördert. Wir können unsere Werte vermitteln, ohne die Fremdheit des jeweils anderen auszublenden.

Das Bundesprogramm Integration durch Sport widmet sich also einem Thema von großer gesellschaftlicher Bedeutung und das nicht erst, seit vermehrt Geflüchtete nach Deutschland kommen. Schon seit 1989 bringt der DOSB Integrationsmaßnahmen auf den Weg, und dies mit maßgeblicher und unverzichtbarer Unterstützung und finanziellen Förderung des Bundes. Dieses kontinuierliche und verlässliche gesellschaftliche Engagement wandte sich damals zunächst den zugewanderten Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion zu. Damals hieß das Programm „Sport für alle – Sport mit Aussiedlern“. Inzwischen sind Menschen aus nahezu allen Ländern der Welt hinzugekommen und selbstverständlicher Teil unseres Sports. Die Vielfalt der Gesellschaft ist in Bezug auf Lebensstile, Traditionen und Religionen riesig.

Integration ist so zur dauerhaften täglichen Arbeit und Herausforderung geworden, und der DOSB hat mit stetiger Professionalisierung darauf reagiert. Es gibt bundesweit über 2200 programmnahe Vereine und Expertenteams in allen Bundesländern und die Ballschule in Hamburg ist eine davon. In allen Bundesländern gibt es feste Ansprechpersonen, die gezielte Beratungen für die Vereine anbieten, die sich in der Integrationsarbeit engagieren. Koordiniert und gesteuert wird das Programm vom DOSB, mit einer finanziellen Ausstattung vom Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Über diese Förderung konnten in den Jahren 2016 und 2017 jeweils über 11,4 Millionen Euro mit Bundesmitteln und den Eigen- und Drittmitteln der Landessportbünde/-sportjugenden (LSB) in die Integrations- und Flüchtlingsarbeit investiert werden.

Das Programm „Integration durch Sport“ liefert nicht nur finanziell den erforderlichen Rahmen für das Engagement der Vereine. Der DOSB bietet über seine LSB zahlreiche Fortbildungen an, die Vereinsmitglieder im Umgang mit Fremdheit schulen. Gerade die Stützpunktvereine, die schon länger dabei sind, kennen die Herausforderungen im Umgang mit interkulturellen Unterschieden seit vielen Jahren. Für andere ist es neu, wenn Frauen mit Kopftuch zum Sport erscheinen oder wenn die Fenster von Bädern verhängt werden, weil männliche Blicke nicht erwünscht sind.

Dabei ist der Vereinssport nicht steif und unbeweglich, sondern erstaunlich flink. Um beweglich und modern zu bleiben, helfen die zahlreichen Qualifizierungsmaßnahmen des Programms und seiner LSB. Qualifizierte Referentinnen und Referenten schulen Ehrenamtliche im Umgang mit anderen Kulturen. Dabei schlüpfen auch im Integrationsthema erfahrene Vereinsmitglieder im Rahmen von Rollenspielen in ihnen bislang gänzlich fremde Rollen – und können zumindest für ein paar Momente erfahren, dass es womöglich Mut und Überwindung braucht, sich als Vereinsfremder einem Klub zu nähern. *„Wir wollen in den Seminaren die Fähigkeit vermitteln, auf andere zuzugehen, zu sehen, was eine Person mitbringt, und was sie braucht, um sich in meinem Sportverein wohlfühlen. Diese Kompetenz ist nötig, unabhängig davon, ob die Person geflüchtet ist oder ein Migrant, der hier seit 20 Jahren lebt“*, sagt Sina Hätti, die in Norddeutschland Seminare zum Thema „Fit für die Vielfalt – Interkulturelle Kompetenz im Sport“ leitet.

Es gibt aus ganz Deutschland Beispiele, dass gerade muslimische Vereinsmitglieder zunächst kritisch beäugt, nach den ersten gemeinsamen Übungsstunden aber als „eine/r von uns“ angesehen werden – wer schon einmal gemeinsam beim Sport geschwitzt hat, kommt dabei und anschließend einfach leichter ins Gespräch. Das ist dann interkulturelle Öffnung im Kleinen. Gerade in den Stützpunktvereinen kommt den Verantwortlichen dabei ihre langjährige Erfahrung mit Migranten zugute, denn sie kennen sich bei interkulturellen Unterschieden und kultursensiblen Themen aus. Sie kennen die Unterschiede in den Kulturen und legen ihre Arbeit am Ort bedarfsgerecht, auf Augenhöhe und immer langfristig an.

Vom DOSB bis zu den LSB sind über die Jahre tragfähige und vielfältige Netzwerke von Akteuren und Initiativen gewachsen. Um das Potential des Sports in der Integrationsarbeit zu nutzen, sind dabei aber auch passfähige

und spezifische Ansätze nötig. Denn es gibt kein einfaches Standardrezept, wie der Sport integrativ wirkt: Die Menschen sind ebenso wie die Vereine vielfältig, heterogen in ihrer Mitgliederstruktur, geprägt von ganz unterschiedlichen Lebenserfahrungen und auch regional unterschiedlich.

Längst wird bei der Integrationsarbeit ideell nicht mehr unterschieden, woher die Zugewanderten kommen. Sind sie „neu“, etwa aus Syrien, Eritrea oder Afghanistan gekommen? Sind sie schon in zweiter oder dritter Generation da, etwa Türken, die hier geboren sind? Oder deren Mütter und Väter? Man freut sich über jeden und jede, der oder die kommt und hat auch nicht als allererstes im Kopf, ein neues zahlendes Mitglied zu begrüßen. Die Offenheit dem Neuen gegenüber steht im Vordergrund.

BEDARFSGERECHTEN SPORT ANZUBIETEN, DAS HEISST EBEN AUCH, IN DIE MOSCHEE, IN DIE FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT, IN DAS TÜRKISCHE CAFÉ ZU GEHEN UND MAL NACHZUFragen.

Allerdings gibt es auch Bevölkerungsgruppen, die unterrepräsentiert sind. Mädchen, Frauen und ältere Menschen mit Migrationshintergrund sind deutlich seltener Mitglieder in einem Sportverein. Bisweilen bevorzugen sie Sportvereine, in denen sie auf bekannte Gesichter aus ihren Nationen treffen. Doch Sportvereine, die etwa in ihrer Gründungszeit zunächst nur Mitglieder türkischer oder italienischer oder russischer Herkunft aufgenommen haben, haben sich inzwischen längst geöffnet, und es steht jedem und jeder Interessierten frei, sich dort anzumelden und mitzumachen – ohne Ansehen auf Herkunft, Ethnie oder Religion. Das führt auch zu anfangs ungeplanten, inzwischen aber sehr erfreulichen Effekten neben Freundschaften, die sich daraus über Nationalgrenzen hinaus ergeben haben: Denn „Importsportarten“ wie das russische Gorodki, Cricket oder Sambo erfreuen sich hierzulande immer größerer Beliebtheit und bereichern das Sportangebot im Verein.

Und auch deswegen ist der organisierte Sport vor vielfältige Herausforderungen gestellt. Die Klubs am Ort können nicht einfach „irgendetwas“ anbieten, nach dem Motto: Wir haben hier seit Jahren erfolgreichen Jugendfußball, da wird schon jemand mit Migrationshintergrund kommen und sein Kind anmelden. Bedarfsgerechten Sport anzubieten, das heißt eben auch, in die Moschee, in die Flüchtlingsunterkunft, in das türkische Café zu gehen und mal nachzufragen. Oder sich beim jeweiligen LSB zu melden und sich dort Tipps abzuholen. Oder, wie es der Dachverband DOSB schon lange macht, sich den Migrantenorganisationen oder gemeinwohlorientierten Verbänden zuzuwenden. Wer neugierig ist, Augen und Ohren offen hält und neue Wege nicht scheut, wird sein Sportangebot auch nicht an den Interessen der Migrantinnen und Migranten vorbei stricken. Und vielfach sind es gerade die auch bei uns beliebten Vereinskurse, die nachgefragt werden: Gymnastik, Tanz und Fitness vorwiegend für Frauen, Fußball und Kampfsportarten für Männer. Oft geht es um das Thema Abnehmen, gesund leben oder um Aggressions- und Stress-Abbau. Man muss das Rad des Vereinssports nicht neu erfinden, um bei der Mitgliedererwerbungsleistung erfolgreich zu sein. Kein Verein kann es sich erlauben, bei der Nachwuchsgewinnung die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten außer Acht zu lassen, um dem Mitgliederschwund entgegenzutreten.

Es ist unstrittig, dass gerade das Sporttreiben im Verein dabei hilft, hier heimisch zu werden. Denn es zeigt an vielen Stellen, wie wir Deutschen „ticken“. So lassen sich Gestaltungswille, Planungsfreude, Geselligkeit, Pünktlichkeit, Vereinstreue; viele deutsche Begriffe (um nicht zu sagen, Werte) bestens mit den Erfahrungen im Sportverein verknüpfen.

Vereinsmitglieder mit Migrationshintergrund sind besonders wirksame Vorbilder: Als Integrationsbeauftragte oder Botschafter des Sports helfen sie durch Sprachkenntnisse, Kenntnisse der Kultur und haben den Vorteil, die deutsche wie die andere, die „fremde“ Seite zu kennen und dazwischen zu vermitteln. Daher ist es dem DOSB seit jeher ein großes Anliegen, Menschen mit Migrationshintergrund zum ehrenamtlichen Engagement im Verein zu bewegen – wie Hatice Dogan. Dieses Engagement fördert der DOSB, aber auch die Deutsche Sportjugend (dsj) durch zusätzliche Projekte, denn gerade auf der Führungsebene fehlen „die“ Migrantinnen und Migranten noch, wie jüngst der Gießener Sportsoziologe Prof. Dr. Michael Mutz festgestellt hat. Er sagt:

„Grundsätzlich kann man sagen, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund auf formaler Ämterebene in den Sportvereinen sehr gering ist. In neun von zehn Vereinen gibt es keine Person mit Migrationshintergrund, die ein Amt übernommen hat. Auf informeller Ebene ist der Anteil der Engagierten größer – wenn es darum geht, mal am Wochenende eine Fahrt zu organisieren oder zu einem Spiel oder Wettkampf als Betreuer mitzufahren.“¹

Dabei zeigen Befragungen von Migrantinnen und Migranten im Ehrenamt, dass sie es sehr befriedigend bewerten, wenn sie den sportlichen Teil der Lebenswelt mitgestalten können. Und weil dieses Engagement häufig nicht an der Vereinstür aufhört, finden sich diese Menschen auch in der Nachbarschaft, bei der Arbeit mit Kindern oder in der freiwilligen Feuerwehr. So entsteht ein starkes Netz der Integration: Es ist die Integration durch Sport in die Gesellschaft.

Am Ende kann man es wohl ganz gut auf den Punkt bringen: Wer oder wessen Eltern oder Großeltern aus dem Ausland stammen und in einem deutschen Sportverein Sport treibt, ist im Durchschnitt besser in unsere Gesellschaft integriert als jemand ohne diese Mitgliedschaft – mit allen Chancen und Vorteilen. Denn häufig entsteht

**SPORT ÖFFNET TÜREN
UND SCHAFFT IDENTITÄT.
DAS IST FÜR UNS AUFTRAG
UND HERAUSFORDERUNG
ZUGLEICH.**

aus der Begegnung im Sportverein deutlich mehr als bloßes gemeinsames Sporttreiben zwischen beispielsweise Herkunftsdeutschen und Muslimen, und oftmals entwickeln sich daraus Beziehungen, die über den Sport hinaus in andere gesellschaftliche Bereiche hineinwirken, ob in die Kultur oder ins Berufsleben. Der Sport hat ein sehr großes integratives Potential. Wie übrigens auch jeder erfahren kann, der aus Hamburg nach Regensburg umzieht. Denn Sport öffnet Türen und schafft Identität. Das ist für uns Auftrag und Herausforderung zugleich. ■

ANMERKUNGEN:

¹ Interview mit dem Hamburger Sportbund. In URL:
<https://www.hamburger-sportbund.de/personen/3193/experteninterview>.



Sportvereine können einen wichtigen Beitrag zu gelingender Integration leisten, indem sie bei der Überwindung kultureller Differenzen und Sprachbarrieren unterstützen und das herkunftsunabhängige Miteinander fördern.

ALTERN IN DER FREMDE

KULTURSENSIBLE PFLEGE UND WOHNFORMEN IM ALTER



Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan
Leiter der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung und Professor für Moderne Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen



Rukiye Ahci
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung

1. EINLEITUNG

Wir alle wollen ein langes Leben, wollen richtig alt werden, und das möglichst ohne Schmerzen und Gebrechen; aber alt sein, das wollen wir nicht. Der Gedanke an das Altsein weckt unangenehme Gefühle. Die Psychologen umschreiben diesen Zustand mit dem sperrigen Begriff der „Mortalitätssalienz“; d.h. der Erinnerung, der Bewusstwerdung der eigenen Fragilität, Abhängigkeit und letztendlich Sterblichkeit. Und solche Gefühle wollen wir alle möglichst vermeiden, um unser akutes psychisches Wohlbefinden nicht zu gefährden.

An Altern und Altwerden in der Fremde haben auch die wenigsten „Gastarbeiter“ bei ihrer Einreise nach Deutschland in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre gedacht. Wie auch? Das Alter lag noch so weit vor ihnen. Die meisten kamen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren nach Deutschland und betrachteten ihren Aufenthalt als ein kurzes Intermezzo; Deutschland als eine Drehtür, in die sie reingehen und aus der sie reich in die Heimat zurückkehren würden.

Jetzt ist die erste Generation, sofern sie noch am Leben ist, fast ausnahmslos im Rentenalter und muss die spezifischen Entwicklungsaufgaben dieser Lebensphase meistern. Darin unterscheiden sie sich kaum von den Ein-

heimischen. Mental sind sie jedoch – und das ist schon eine Besonderheit dieser Gruppe – mit sogenannten „Bilanzierungsrisiken“ konfrontiert; d.h. sie müssen sich im Alter, quasi als Rückblick, viel mehr der Frage stellen, ob sich die Migration, ob das Verlassen der Heimat, gelohnt hat, ob der ursprüngliche Traum von einer Verbesserung der Lebensbedingungen für sich und für die Familienangehörigen, für den Nachwuchs und manchmal auch für weitere im Herkunftsort zurückgelassene Angehörige eingelöst worden ist.

Fällt jedoch die Antwort auf diese Frage negativ aus, d.h. ist man im Alter einsam und arm, so stellt das ein großes Einfallstor für Depressionen bzw. depressive Verstimmungen dar. Gerade bei älteren Migranten lässt sich daher vermuten, dass Depressionen mit dem Resultat dieser Bilanzierung in engem Zusammenhang stehen: Das Gefühl, das Migrationsziel verfehlt zu haben und 30 bis 40 Jahre in der Fremde „nutzlos“ verbracht zu haben, dabei dem ursprünglichen Traum entfremdet worden zu sein, kann ältere Migranten zur Verzweiflung führen. Im Bewusstsein, dass eines der Migrationsziele gerade die größere Autonomie und Unabhängigkeit darstellte, ist die Erfahrung von Hilflosigkeit, Verunsicherung und Verlust von Kontrolle noch schmerzlicher.

Die Dominanz des Wunsches, recht rasch in die Heimat zurückzukehren, hat bei vielen der ersten Generation auch dazu geführt, dass sie sich mit dem Thema Alter und soziale Sicherung eher wenig auseinander gesetzt haben. Zugleich stand für sie die Schwierigkeit im Raum, auf keine Vorbilder zurückgreifen zu können, was das Altern betrifft, und zwar weder auf die Erfahrungen im Herkunftsland noch auf die im Aufnahmeland. Hinzu kam für sie die allmähliche Erkenntnis, dass in modernen Wissensgesellschaften die Rolle und Wertschätzung der Erfahrungen und der Weisheit der Älteren kaum gefragt ist, so dass kulturell positiv getränkte Bilder vom Altern und Altsein, die dieser Lebensphase oft in ihrer Herkunftskultur (in sogenannten „Erinnerungsgesellschaften“) beigegeben werden, kaum zum Tragen kommen.¹

Aber ist Migration nur eine (emotionale) Verlustgeschichte? Zwar sind empirisch-verlässliche Studien direkt zum Wohlbefinden und Glück von Zuwanderern rar, aber in einer Sonderauswertung der SOEP-Daten von 1984 bis 2008 (Sozio-ökonomische Paneldaten) zeigt die Bremer Soziologin Hilke Brockmann, dass die subjektive Lebenszufriedenheit von Zuwanderern im Zeitverlauf ihres Aufenthaltes in Deutschland deutlich geringer wird, wenn als Vergleichsgruppe die einheimische Bevölkerung herangezogen wird. Vor allem scheinen sich Alternsprozesse bei ihnen deutlich negativer auf die subjektive Lebenszufriedenheit auszuwirken.²

Die gute Botschaft ist jedoch: Zumindest lässt sich noch gegenwärtig festhalten, dass die Zuwandererpopulation im Durchschnitt etwa zehn Jahre jünger als die einheimische Bevölkerung ist und deshalb die mit dem Altern und der Hochbetagtheit einhergehenden Belastungen (so etwa auch die Pflegebedürftigkeit) hier noch nicht voll zu Buche schlagen. Während bspw. das Durchschnittsalter der einheimischen Bevölkerung rund 47 Jahre beträgt, liegt dieses bei Zuwanderern bei etwa durchschnittlich 35,4 Jahren; und noch jünger ist es spezifisch bei der türkeistämmigen Bevölkerung mit 33,2 Jahren.³

Und umgekehrt beträgt der Anteil derjenigen über 65 Jahren bei der einheimischen Bevölkerung etwa 24,3 Prozent; bei Zuwanderern allgemein lediglich 10 Prozent; und bei den Türkeistämmigen etwa nur 7,4 Prozent. Künftige Entwicklungen deuten jedoch darauf hin, dass etwa 2030 der Anteil der älteren Ausländer (über 65 Jahre) an der Gesamtzahl der Ausländer ca. 24 Prozent betragen wird.⁴

Insofern wird also mit Blick auf Pflege und gesundheitliche Versorgung von Zuwanderern mit zeitversetzten Prozessen zu rechnen sein, auf die es sich jetzt schon vorzubereiten gilt. Zieht man jedoch prognostische Berechnungen heran, so wird die gegenwärtige Zahl von etwa 2,5 Millionen Pflegebedürftigen im Jahre 2020 auf 2,9 Millionen, und im Jahre 2030 auf etwa 3,4 Millionen steigen; vermutlich ist daher auch mit einem deutlichen Relevanzzugewinn des Pflegemarktes zu rechnen.⁵

Dieser Beitrag fokussiert auf zwei Aspekte: Zum einen soll auf einer allgemeinen Ebene die Notwendigkeit einer migrationssensiblen psychosozialen Versorgung erörtert werden, zum anderen wird auf einer sehr konkreten Ebene – quasi exemplarisch – auf Wohnformen im Alter für Migranten eingegangen. Abschließend wird auf einige zentrale Merkmale einer kultursensiblen Öffnung von Gesundheitsdiensten eingegangen.

2. PSYCHOSOZIALE VERSORGUNG VON ZUWANDERERN

Bei einer Zahl von etwas mehr als 17 Millionen Personen mit Zuwanderungsgeschichte sowie der jüngsten Fluchtmigration mit rund einer weiteren Million (insgesamt 18,5 Millionen⁶) – und den vielfach damit einhergehenden unterschiedlichen Lebenslagen – ist die Notwendigkeit einer kultursensiblen medizinischen und psychosozialen Versorgung sowie Gesundheitsförderung in Deutschland evident. Mit einem prozentualen Anteil von 22,5 an der Gesamtbevölkerung bilden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine demographisch nicht zu vernachlässigbare Größe; der überwiegende Teil von ihnen wird auch hier bleiben und nicht zurückkehren. Diese Kultursensibilität ist aber auch a) ethisch, b) medizinisch und c) wirtschaftlich geboten, weil sie ethisch als Bürger dieses Landes selbstverständlich eine ausreichende und angemessene Behandlung und Versorgung verdienen, aber auch medizinisch, um Fehldiagnosen und Fehlbehandlungen, oder Mehrfachdiagnosen und Mehrfachbehandlungen zu vermeiden, die mit unnötigen wirtschaftlichen Kosten verbunden sind.⁷ Hierbei sind die spezifischen Gründe für die mangelnde Inanspruchnahmerate recht vielfältig: häufig liegen sie am Informationsmangel über die Strukturen des Gesundheitssystems in Deutschland sowie den unzureichenden Deutschkenntnissen, gelegentlich aber auch an Diskriminierungserfahrungen, Angst vor Stigmatisierungen (insbesondere im psychotherapeutisch-psychiatrischen Bereich) sowie der

“ZUWANDERER SIND, IM VERGLEICH ZUR EINHEIMISCHEN DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG, UM EIN VIELFACHES KRITISCHEN, STRESSVERURSACHENDEN LEBENSEREIGNISSEN SOWIE DISKRIMINIERUNGEN AUSGESETZT. ”

Unsicherheit über die Finanzierung medizinisch-therapeutischer Interventionen (so etwa bei psychotherapeutischer Behandlung). Auf der anderen Seite stehen jedoch auch institutionelle Barrieren, wie etwa die mangelnde Öffnung und fehlende Niederschwelligkeit der Gesundheitseinrichtungen, die diese Disparität bedingen.⁸ Zuwanderer sind, im Vergleich zur einheimischen deutschen Bevölkerung, um ein Vielfaches kritischen, stressverursachenden Lebensereignissen sowie Diskriminierungen ausgesetzt.⁹ Eine frühe Arbeit von Okken, Spallek und Razum¹⁰ hat bereits gezeigt, dass der Anteil der Personen, die eher der Unterschicht zuzuordnen sind, bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit rund 25 Prozent betrug, während dieser Anteil bei deutschen Staatsangehörigen lediglich etwa 5,6 Prozent war. Diese Ungleichverteilung materieller Ressourcen bleibt natürlich nicht folgenlos; ihre Auswirkungen im Alter sind u.a. geringe Renten, die eine aktive und zufriedenstellende Lebensgestaltung enorm erschweren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich bei Zuwanderern häufig beide Aspekte (kulturelle Differenzen und Zugehörigkeit zu sozial deprivierten Gruppen) überlappen.

Von daher kann bei der Deutung der unterschiedlichen Verteilung von Belastungen und Inanspruchnahmeraten das methodische Problem der Konfundierung von ethnischer Zugehörigkeit und sozialer Schicht nicht genug unterstrichen werden: Phänomene, die eventuell nur vor dem Hintergrund unterschiedlicher sozialer Zu-

gehörigkeiten zu verstehen wären, werden unreflektiert ethnisiert und dadurch nicht als ein gesellschaftliches, sondern individuell bzw. kulturell zu verantwortendes Problem kategorisiert, was in Folge ihre Lösung enorm erschwert.

Neben dem bislang diskutierten Missverhältnis zwischen Belastungen, Angeboten und Inanspruchnahmeraten ist jedoch auch aus der Perspektive der Forschung die kritische Frage zu stellen, inwieweit unsere theoretischen Konstrukte der Messung von psychischer Gesundheit und den daraus abgeleiteten Maßnahmen der Gesundheitsförderung einen kulturellen Bias enthalten.¹¹ Wie weit sind diese ungebrochen in anderen Kulturen bzw. bei Menschen mit unterschiedlicher kultureller Gesundheitssozialisation anwendbar?

In politischen Debatten wird vor allem bei muslimischen Zuwanderern der Rückzug in ethnische Gemeinschaften als „Integrationsverweigerung“ diskreditiert und übersehen, dass es sich zum Teil um ungewollte stadtteilbezogene Segregation handelt (Migranten, die in weniger attraktiven Stadtteilen leben, weil die Mieten dort günstiger sind). Verkannt wird aber auch, dass diese für die Betroffenen jenseits der materiellen Vorteile auch psychologisch höchst bedeutsam sein kann, so etwa, wenn sie mit vertrauten Menschen zusammen sind, in der Nähe ihrer Familienangehörigen leben und durch die Pflege gemeinsamer Traditionen und des Selbstaustauschs in einer Sprache, die sie gut beherrschen, ihr Selbstwertgefühl steigern und ihre Selbstwirksamkeit aktivieren. Darüber hinaus, und darauf verweist insbesondere Dietzel-Papakyriakou¹², erleichtert die Fokussierung auf die eigene ethnische Gruppe das Altern gemäß eigener Altersbilder und kultureller Bedürfnisse.

3. HERKUNFTSSPEZIFISCHE BEDARFE

Haben Zuwanderer dieselben Wünsche und Bedarfe für ihre Genesung wie Einheimische? Auf einige dieser Fragen geht eine Studie von Giese et al.¹³ ein, die im Marienhospital in Herne/NRW mit deutschen und türkischstämmigen Patienten durchgeführt wurde. Dabei wurden 121 stationäre Patienten mit türkischem Migrationshintergrund und 121 deutsche Patienten ohne Migrationshintergrund befragt. Insbesondere was die abgefragten kultursensiblen Bereiche betraf, zeigten sich signifikante Unterschiede.

Pflege: In der Untersuchung wünschten sich Türkeistämmige häufiger als Deutsche gleichgeschlechtliche Pflege und ärztliche Behandlung oder die Anwesenheit einer gleichgeschlechtigen dritten Person bei Untersuchungen und Behandlungen. Vor allem bei weiblichen Türkeistämmigen war dies stärker ausgeprägt, traf aber auch für männliche Türkeistämmige eher zu als für Deutsche. Insofern dürfte diesem Wunsch nachzukommen für viele Krankenhäuser eine immense Herausforderung darstellen, da die Krankenpflege überwiegend weiblich besetzt ist.

Essen: Ferner zeigte die Studie auf, dass mehr als einem Drittel der Türkeistämmigen die Einhaltung islamischer Ernährungsgebote „überwiegend“ oder „völlig“ wichtig ist. So antworteten bspw. ca. 90 Prozent der befragten Türkeistämmigen, dass es jedoch „ziemlich“ oder „äußerst“ schwierig sei, diese Gebote im Krankenhaus einzuhalten. Hier könnten bspw. eine Kennzeichnung der Nahrungsmittel, am besten auf Türkisch, oder speziell abgestimmte Speisepläne, die Situation ohne großen Mehraufwand deutlich verbessern.

Religion: Für Patienten mit türkischem Migrationshintergrund war ihre Religion mehrheitlich „ziemlich“ bis „äußerst“ wichtig. Häufiger als Deutsche wünschten sie sich die Hilfe eines religiösen Ansprechpartners. Die Mehrzahl von ihnen stufte die Möglichkeit zum Gebet als „schlecht“ oder als „sehr schlecht“ ein. Insofern wurde deutlich, dass religiösen Aspekten bei der stationären Betreuung eine hohe Priorität beizumessen ist und der Bedarf bspw. nach Einrichtung eines muslimischen Gebetsraumes, analog zu entsprechenden christlichen Angeboten, gegeben ist.

4. MIGRATIONSENSIBLE WOHNFORMEN IM ALTER

Wie möchten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wohnen, wenn sie alt und pflegebedürftig sind? Auf diese Frage gingen Rukiye Ahci, Christoph Bräutigam und Michael Cirkel in einer recht aktuellen Studie ein.¹⁴ Das Projekt „Gemeinsam zuhause? Birlikte evde?“ widmete sich in einem äußerst anspruchsvollen methodischen Design (ein Mix aus einer qualitativen Studie mit Experteninterviews, Gruppendiskussionen, biographischen Interviews mit Älteren sowie einer quantitativen CATI-Befragung mit 1004 Personen) der tuerkeistaemmigen Bevölkerung. Sie stellt, zumindest für NRW, damit erstmals auch einen repräsentativen Datenbestand zu

diesem Thema dar. Die Fokussierung auf Menschen aus der Türkei resultiert aus der Tatsache, dass diese Gruppe gegenwärtig mit etwa 2,8 Millionen nach wie vor – weit vor der polnischen und der russischen – die größte Zuwanderergruppe darstellt.¹⁵

Zentrale Ergebnisse der Studie¹⁶ waren wie folgt:

1. Bei den „älteren Türkeistämmigen“ handelt es sich keineswegs um eine homogene Gruppe. Das Spektrum der Ansichten weist eine beachtliche Heterogenität auf; deutlich zeigt sich der Effekt der individuellen Biographie. Insofern ist enorme Vorsicht vor allzu schnellen Kulturalisierungen („die Türken sind...“) geboten.

2. Insgesamt scheinen ambulante und stationäre Angebote der Pflege bei älteren Migranten wenig bekannt zu sein; umso mehr gilt dies für den Bereich der innovativen Wohnmöglichkeiten bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter sowie der Demenz.

Für dieses Informationsdefizit sind vorwiegend Sprachprobleme, Vorbehalte gegenüber Pflegeinstitutionen, das Vertrauen auf Pflege durch Kinder und Verwandte, die Unübersichtlichkeit des Pflegesystems sowie das Aufschieben einer möglichen Rückkehroption verantwortlich.

3. Bei den Vorstellungen und Wünschen der Zielgruppe gibt es kaum nennenswerte Unterschiede zur Allgemeinbevölkerung.¹⁷ So wünscht sich die große Mehrheit einen Verbleib in der eigenen Wohnung, auch bei Pflegebedürftigkeit und die Pflege durch Angehörige.

4. Die Offenheit gegenüber professioneller Pflege, aber auch gegenüber Wohn- und Betreuungsalternativen bei Pflegebedarf, ist weitaus größer als häufig vermutet. Dabei zeigt sich ein eindeutig positiver Zusammenhang mit der persönlichen Betroffenheit. Je weniger die Befragten mit dem Thema Pflege konfrontiert sind, umso eher tendieren sie zur Bevorzugung familieninterner Lösungen. Bei der am unmittelbarsten betroffenen Gruppe, den Pflegebedürftigen selbst, sind die Akzeptanz und auch die Einsicht in die Notwendigkeit und den Nutzen einer professionellen Versorgung am höchsten. Möglicherweise werden hier auch die Grenzen der familialen Ressourcen und Belastbarkeiten eher erkannt. Neben der eigenen Betroffenheit spielt auch die individuelle Werthaltung eine Rolle. Bei den als eher liberal einzuordnenden Befragten waren traditionelle Werte zwar auch gefragt, der Familie wurde

z.B. eine große Bedeutung zugemessen, aber die Akzeptanz für Alternativen der pflegerischen Versorgung war deutlich höher als bei den eher traditionell eingestellten Befragten.

Falls ein Verbleib in der eigenen Wohnung nicht mehr möglich war, fanden rund 30 Prozent der Befragten diese Alternative attraktiv, weil sie sich auch in der Wahrnehmung der eigenen Community deutlich höhere Akzeptanz versprochen als bei der Unterbringung eines Familienangehörigen in einem Pflegeheim.

5. Erwartungsgemäß fiel die Akzeptanz bei traditioneller eingestellten Personen geringer aus als bei den anderen Befragten. Unabhängig von der Art des Wohnens im Alter außerhalb der eigenen Wohnung/Familie galt für Viele die soziale Isolation alter Menschen als Gefahr. Als wichtiges Argument für eine Pflege-Wohngemeinschaft galt die dort gegebene professionelle pflegerische und medizinische Betreuung. In diesen Punkten unterscheidet sich die Zielgruppe deutlich von der Allgemeinbevölkerung, die diesen Vorteil kaum erkennt.¹⁸

6. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Bewohnerschaft spielte die Zugehörigkeit zu verschiedenen Ethnien oder Religionsgemeinschaften bei den Befragten nur eine unbedeutende Rolle. Überwiegender Wunsch der Befragten war es, auch bei Pflegebedürftigkeit eines Partners weiterhin zusammen zu wohnen, im Falle von Trennung oder Verwitwung votierten jedoch die weiblichen Befragten sehr deutlich für eine geschlechtshomogen besetzte Wohnform.

Von großer Bedeutung für die befragten Türkeistämmigen ebenso wie für die Experten war die Einbindung in die bekannte Wohnumgebung. Die Frage des Wohnens kann insofern nicht von der des umgebenden Quartiers abgekoppelt werden.

7. Bei der Frage der Ausgestaltung einer Pflege-/Demenz-WG für Türkeistämmige konnte ein bedeutsamer Unterschied festgestellt werden, was die sprachliche und kulturelle Kompetenz des Personals betraf: Viele der älteren Türkeistämmigen sind nach wie vor stark in der türkischen Sprache beheimatet. Gerade bei Menschen mit demenziellen Erkrankungen erfolgt mit Fortschreiten der Erkrankung ein Rückfall in die Sprach- und Verhaltensmuster, die in den jüngeren Lebensphasen erworben wurden. Daher erwies sich muttersprachliches Betreuungs- und Pflegepersonal als ein wesentlicher Qualitätsfaktor. Dieser Aspekt wird umso wichtiger, wenn man davon ausgeht, dass zumindest ein Teil der Mieterinnen/Mieter einer solchen WG von

einer demenziellen Erkrankung betroffen wären. Auch wenn hierzu keine ausreichende Datenbasis existiert, ist doch davon auszugehen, dass heute in den allermeisten WGs ein großer Teil der Mieterschaft zu dieser Gruppe gehört.¹⁹ Diese Krankheitsbilder sind u.a. dadurch gekennzeichnet, dass die Sprachkompetenz der Erkrankten in mittleren Stadien stark abnimmt. Dies gilt insbesondere auch für die nach der Muttersprache erworbenen Sprachen. Personen, die in diesem Fall bspw. die türkische Sprache beherrschen, sind daher besser in der Lage, die Klienten sprachlich zu erreichen. Neben der sprachlichen Kompetenz sollten deshalb die Betreuerinnen und Pflegenden ein gutes Verständnis der türkischen Kultur mitbringen.

5. FAZIT

Was lässt sich aus dem bisher Dargestellten als Implikation für den klinischen Alltag bzw. für die weitere psychosoziale Versorgung ableiten, wenn wir dem Anspruch einer besseren Versorgung von Zuwanderern bzw. ethnischen und kulturellen Minderheiten im Lande gerecht werden wollen?

1. Unterschiedliche Bedürfnisse von Patienten mit anderen kulturell-religiösen Herkunftsn, wie etwa Waschräume (so etwa ein Bad, das die Möglichkeit bietet, ein Bidet einzubauen, um traditionellen Hygienevorschriften gerecht zu werden), Gebetsräume oder schweinefleischfreie Kost für muslimische Patienten sollten im Klinikalltag sowie bei unterschiedlichen Wohnformen im Alter stärker berücksichtigt werden.

2. Der Einsatz von Dolmetscherdiensten und Bereitstellung von fremdsprachigen Infomaterialien (so etwa in den am häufigsten vorkommenden Sprachen von Zuwanderern wie etwa Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch, Serbokroatisch etc.), aber auch multilinguale Beschilderung sollten im Krankenhausgelände, aber auch bei den Wohnformen, Standard werden. Gerade für größere Krankenhäuser scheint die Implementierung der Stelle eines Integrationsbeauftragten, der als zentraler Ansprechpartner und Gestalter von Diversity-Maßnahmen fungiert, höchst sinnvoll zu sein. Diese sprachlich-kulturelle Sensibilität gilt auch für eine entsprechende Personalauswahl und -qualifizierung.

3. Interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenzen müssen bereits in der Ausbildung von Gesundheitsberufen einen zentralen Platz im Curriculum haben. Von dieser interkulturellen Öffnung werden nicht

nur die Patienten profitieren, weil ihnen effektiv und schneller geholfen wird und eher eine einvernehmliche Behandlungs- und Therapieform gefunden wird, sondern auch den Mitarbeitern, weil Kommunikations- und Interaktionsprozesse glatter ablaufen. Somit können Fehldiagnosen, Fortschreibung von Falschdiagnosen, Fehl- und Mehrfachbehandlungen sowie Chronifizierungen durch verspätete Erkennung des Leidens eher vermieden werden. Diese Öffnung muss getragen und durchgesetzt werden von der Leitungsebene, von den Mitarbeitern auf den Stationen, die tagtäglich in Kontakt mit den Patienten sind und sie muss natürlich auch von den Patienten angenommen werden.

4. Informationsangebote sollten einen stärker zugehenden Charakter haben; die bislang dominante „Mittelschichtsorientierung“ der Beratungsansätze und Kommunikationsformen, so etwa eine starke literale Kommunikation (Formulare, Anträge) hält ungewollt Zuwanderer davon ab, diese Angebote anzunehmen.

5. Wir brauchen eine stärkere Einbindung von Migrantenelbstorganisationen in die Pflege und Gesundheitsversorgung sowie die Öffnung und aktive Anwerbung von Personen mit Zuwanderungsgeschichte im Pflegebereich. So wären bspw. die Zusammenarbeit mit Organisationen, Vereinen, Verbänden sinnvoll, die bei der Zielgruppe hohes Vertrauen genießen. Insbesondere beim „traditionell-religiösen“ Teil der älteren Türkeistämmigen kann dies bspw. entscheidend sein. Türkeistämmige Multiplikatoren (wie etwa Imame, türkische Pflegedienste, Ärzte etc.) und türkischsprachige Medien könnten hier ebenfalls einbezogen werden; nicht zuletzt sollten auch Medien (Zeitungen, Fernsehkanäle) eingebunden werden.²⁰

6. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Pflege- und Gesundheitsberufen muss deutlich verbessert werden, damit diese Potenziale, die bislang kaum oder nur unzureichend zum Tragen kommen, voll geschöpft werden können.

7. Wir brauchen in der Forschung einen stärkeren internationalen Austausch sowie die Etablierung von Forschung zu interkulturellen Fragestellungen in der Gesundheitsförderung, bei der insbesondere auch der „westeuropäisch-amerikanische“ Bias unserer Forschungsinstrumente und Deutungskategorien kritisch hinterfragt wird. ■

ANMERKUNGEN:

¹ Becker, Manfred (2016): Alter und Altern als Handlungsfeld des Diversity Management in Organisationen, in: Genkova, Petia; Ringeisen, Tobias (Hrsg.): Handbuch Diversity Kompetenz: Perspektiven und Anwendungsfelder, Wiesbaden, S. 167-182.

² Brockmann, Hilke (2012): Das Glück der Migranten. Eine Lebenslaufanalyse zum subjektiven Wohlbefinden von Migranten der ersten Generation in Deutschland, SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research, Berlin.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

⁴ Schilder, Michael (2012): Interkulturelle Öffnung in der ambulanten und stationären Altenpflege/-hilfe, in: Giese, Christiane; Marburger, Helga (Hrsg.): Interkulturelle Öffnung. Ein Lehrbuch, München, S. 201-223.

⁵ Vgl. Ebd.

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Wiesbaden.

⁷ Vgl. für den folgenden Teil bereits Uslucan, Haci-Halil (2015): Kultursensible Gesundheitsversorgung. Stadtpunkte, Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V., 1, S. 3 – 4.

⁸ Schwarzer, Ralf; Leppin, Anja (1989): Sozialer Rückhalt und Gesundheit. Eine Meta-Analyse, Göttingen.

⁹ Firat, Düzgün (1996): Die Migration als Belastungsfaktor türkischer Familien. Auswirkungen auf die soziale Identität und das Familiensystem, Studien zur Familienforschung Band 5, Hamburg
Collatz, Jürgen (1998): Kernprobleme des Krankseins in der Migration – Versorgungsstruktur und ethnozentrische Fixiertheit im Gesundheitswesen, in: David, Matthias; Borde, Theda; Kentenich, Heribert (Hrsg.): Migration und Gesundheit. Zustandsbeschreibung und Zukunftsmodelle, Frankfurt am Main, S. 33-59.
Uslucan, Haci-Halil (2016): Diskriminierungserfahrungen türkeistämmiger Zuwanderer_innen, in: Fereidooni, Karim; El, Meral (Hrsg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen, Wiesbaden, S. 129-141.

¹⁰ Okken, Petra-Karin; Spallek, Jacob; Razum, Oliver (2008): Pflege türkischer Migranten, in: Bauer, Ulrich; Büscher, Andreas (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und Pflege. Befunde angewandter Pflegeforschung, Wiesbaden, S. 400

¹¹ Vgl. Uslucan, Haci-Halil (2011): Salutogenese im kulturellen und interkulturellen Kontext, Zeitschrift für Politische Psychologie, Heft 3/4, S. 309-334.

¹² Dietzel-Papakyriakou, Maria (2005): Potentiale älterer Migrantinnen und Migranten, Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 38, S. 396-406.

¹³ Giese, Arnd et al. (2015): Türkische Migranten im deutschen Krankenhaus – Wie schätzen sie die Kultursensibilität ein? Dtsch Med Wochenschr, 140, S. 14-20.

¹⁴ Ahci, Rukiye; Bräutigam, Christoph; Cirkel, Michael (2017): Gemeinsam Zuhause? Wohnalternativen für pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten im Alter, Forschung aktuell 2017-10, Gelsenkirchen.

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Wiesbaden.

¹⁶ Für eine ausführliche Darstellung siehe Ahci, Rukiye; Bräutigam, Christoph; Cirkel, Michael (2017): Gemeinsam Zuhause? Birlıkte evde?, Gelsenkirchen.

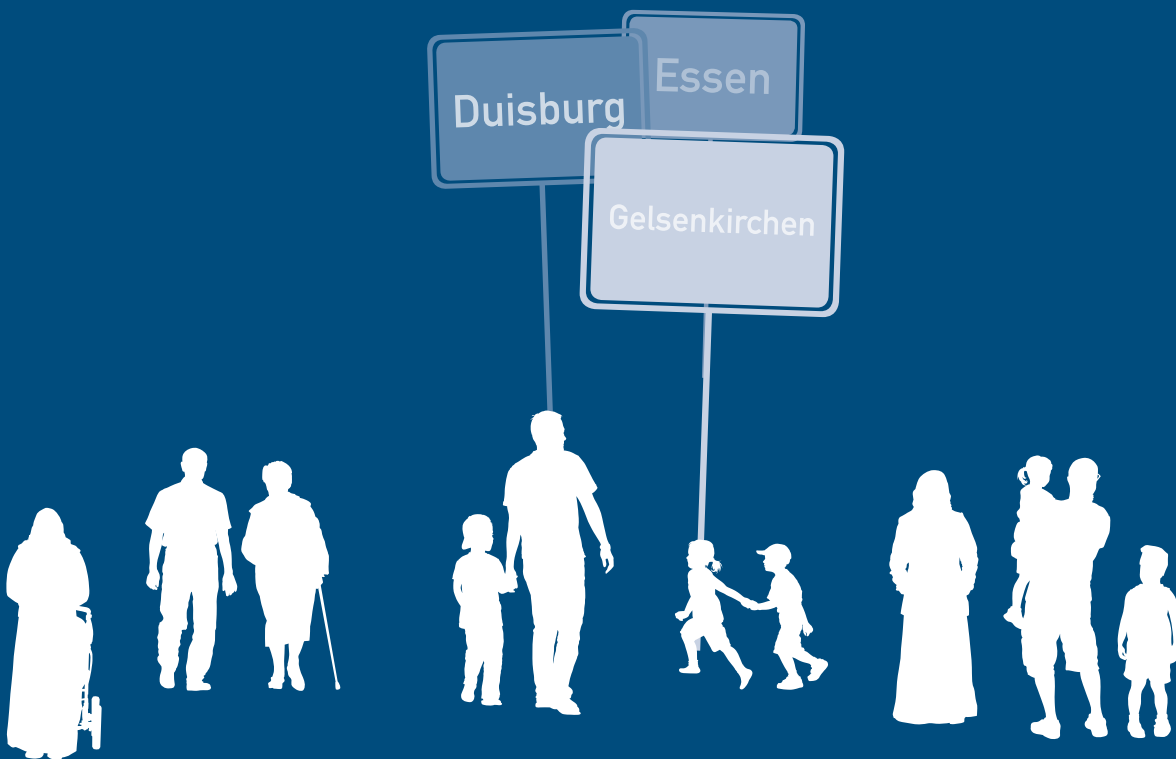
¹⁷ Zok, Klaus; Schwinger, Antje (2015): Pflege in neuen Wohn- und Versorgungsformen – die Wahrnehmung der älteren Bevölkerung, in: Jacobs, Klaus et al. (Hrsg.): Pflege-Report 2015, Schwerpunkt: Pflege zwischen Heim und Häuslichkeit, Stuttgart, S. 27-53.

¹⁸ Vgl. Ebd.

¹⁹ Wolf-Ostermann, Karin (2012): Expertise zur Bewertung des Versorgungssettings ambulant betreuter Wohngemeinschaften unter besonderer Berücksichtigung von Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, Berlin.

²⁰ Als Beispiele, wie und wo solche kultursensiblen Formen bereits erfolgreich umgesetzt sind, Vgl. Schilder, Michael (2012): Interkulturelle Öffnung in der ambulanten und stationären Altenpflege/-hilfe, München.

II. INTEGRATION VOR ORT: DAS RUHRGEBIET



DURCHEINANDER WAR IMMER:

MIGRATION, FREMDSEIN, ANKOMMEN, WEGGEHEN, VERSCHMELZEN IM RUHRGEBIET



Prof. Dr. Stefan Goch
Leiter des Instituts für Stadtgeschichte Gelsenkirchen (ISG)

Der Agglomerationsraum Ruhrgebiet, der sich gerne als „Metropole Ruhr“ sieht, hat das Selbstbild eines Schmelztiegels, da er in vorindustriellen Zeiten dünn besiedelt war und fernab größerer Entwicklungen lag und seine Entstehung erst der montanindustriellen Entwicklung und der damit verbundenen Zuwanderung verdankt. Seit gut 150 Jahren war Fremdsein ziemlich normal in dieser Gegend,¹ die erst seit den 1920er Jahren immer öfter „Ruhrgebiet“ genannt und nicht mehr nur als Teil eines größeren rheinisch-westfälischen Industriegebiets verstanden wurde. Die in der Montanindustrie relativ einheitliche schwere Arbeit, die fast ausschließlich von Männern verrichtet wurde, die relativ homogene sozioökonomische Lage mit ähnlichen Männer- und Frauenrollen, Familienmodellen, Wohnweisen und alltäglichen Erfahrungen ließ die Menschen im Ruhrgebiet trotz aller Unterschiede der Herkunft, der Vorstellungswelten, Mentalitäten und Verhaltensweisen zusammenwachsen. Die nunmehr jahrzehntelangen Erfahrungen des Strukturwandels schweißten die Beschäftigten der Montanindustrie und ihre Familien sowie die Menschen in der Region immer wieder zusammen.

Doch die Herausbildung eines regionalen Selbstbewusstseins² war keineswegs konfliktfrei und der dann doch etwas verklarte Zusammenhalt schrumpfte letzt-

lich auch mit der Schrumpfung der alten Industrie. An die Stelle der relativ homogenen Arbeitergesellschaft trat zunehmend eine in sich heterogene moderne Gesellschaft, für die sich unterschiedliche Begriffe wie Dienstleistungsgesellschaft oder Wissensgesellschaft gefunden haben. Diese Gesellschaft ist nun sehr viel differenzierter als die alte Ruhrgebietsgesellschaft und so treten Unterschiede zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen, aber auch zwischen sozialen Gruppen, stärker ins Bewusstsein und es zeigen sich Trennlinien zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Diese werden in der öffentlichen Wahrnehmung in besonderer Weise an unterschiedlichen religiösen Orientierungen festgemacht. Dabei wird öffentlich gerne die Frage diskutiert, ob der Islam zu Deutschland gehört oder eben zum Ruhrgebiet. An sich ist dies eine Frage, die in einer säkularisierten Gesellschaft wie der Bundesrepublik und der des Ruhrgebiets eher seltsam anmutet, wenn nur noch gut die Hälfte der Bevölkerung in einer der beiden großen christlichen Kirchen organisiert ist bzw. dort Kirchensteuern entrichtet, während gleichzeitig zahlreiche Kirchengebäude und -gemeinden aufgegeben werden und auch die verbliebenen Kirchenräume, von einzelnen Anlässen abgesehen, weitgehend leer bleiben.³ Auch die in den letzten Jahren entstandenen muslimischen Organisationen oder auch andere Selbstorganisationen der Zuwanderer erfassen bestenfalls einen leider schwer zu erfassenden Anteil der durch den Islam geprägten Menschen und das mit sehr unterschiedlichen Ausrichtungen. Jenseits der großen Religionen finden sich in der differenzierten Ruhrgebietsgesellschaft nun Angehörige aller großen Weltreligionen wie auch kleinerer Gemeinschaften, von orthodoxen Christen bis zu Hindus, in Nordrhein-Westfalen wurden 228 unterschiedliche religiöse Gemeinschaften gezählt.⁴

Dagegen zeigen Sozialraumanalysen weniger religiöse Differenzen in der Ruhrgebietsgesellschaft im engeren

Sinne als vor allem soziale Unterschiede, unterschiedliche Bildungschancen und – soweit das solche Untersuchungen können – verschiedene Lebensweisen und Alltäglichkeiten. Ein kurzer Blick⁵ über die Differenzierungen der Zuwanderergesellschaft des Ruhrgebiets im Zeitablauf macht die fortschreitende insbesondere sozioökonomische Differenzierung der regionalen Gesellschaft des Ruhrgebiets sichtbar.

INDUSTRIEPIONIERS, BAUERN, POLEN, MASUREN USW.

Unter dem Einfluss der Kohle, der ihr folgenden Wirtschaftszweige, wie insbesondere der Eisen- und Stahlindustrie und der Erschließung der Region an Ruhr und Emscher, wurde aus der dünn besiedelten Agrarlandschaft binnen weniger Jahrzehnte ein industrielles Ballungszentrum. Im Jahr 1816 lebten etwa 230.000 Menschen im Bereich des späteren Ruhrgebiets, 1905 waren es gut 2,6 Millionen und 1933 war die Ruhrgebietsbevölkerung auf knapp 4 Millionen angewachsen. In der Gegenwart leben etwa 5,3 Millionen Menschen auf dem Gebiet des Regionalverbandes Ruhr (RVR). Zuwanderer hatten auf vielfältige Weise maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung. Als Unternehmer, Investoren und Techniker aus dem Ausland und vor allem als Arbeitskräfte zunächst aus der Umgebung, dann aus Westdeutschland und schließlich aus den preußischen Ostprovinzen gestalteten sie als Fremde die Region vollständig um.

Bis etwa Ende der 1860er Jahre speiste sich das Belegschaftswachstum vorrangig durch Nahwanderung aus den umliegenden Regionen. Als diese Potenziale ausgeschöpft waren, warben die Bergbauunternehmen zunehmend Arbeitskräfte aus den preußischen Ostprovinzen Posen, Ost- und Westpreußen sowie aus Schlesien an. In den vier preußischen Ostprovinzen lebten zu einem hohen Anteil Polen, die bis 1918 nicht über einen eigenen Nationalstaat verfügten. Neben den deutschsprachigen und den polnischen Zuwanderern aus den agrarisch geprägten Ostprovinzen fand sich noch eine dritte Gruppe aus Nordostdeutschland – die Masuren. Bei den Masuren handelte es sich um eine überwiegend protestantische Bevölkerungsgruppe, die einen altpolnischen Dialekt sprachen und monarchistisch und preußisch orientiert waren, zumal sie seit Jahrhunderten unter preußischer Herrschaft lebten. Sie grenzten sich deutlich von den katholischen Polen⁶ ab. Selbst bezeichneten sich die Masuren als „Altpreußen“⁷, sie wurden von Obrigkeit

und protestantischer Kirche im Unterschied zu den katholischen Zuwanderern auch unterstützt. Um 1910 lebten etwa eine halbe Million Polen und Masuren im Ruhrgebiet. Sie waren überwiegend im Bergbau beschäftigt und stellten etwa ein Drittel der Gesamtbelegschaft. Auf den neueren Großzechen in den nördlichen Revieren betrug ihr Anteil häufig mehr als die Hälfte. Die Zuwanderer aus dem Osten des Deutschen Reiches, die natürlich eine deutsche bzw. preußische Staatsbürgerschaft hatten, und sich damit von vielen späteren Zuwanderergruppen ohne deutsche Staatsbürgerschaft unterschieden, mussten auf den Zechen die gefährlicheren, schmutzigeren und schlechter bezahlten Arbeiten übernehmen, so dass zu den Unterschieden der Herkunft auch noch sozioökonomische Differenzierungen kamen.

Die meisten Arbeitsmigranten waren bergfremd und waren als besitzlose Landarbeiter oder Kleinbauern mit der Arbeit in der Industrie und zumal im Bergbau nicht vertraut. Und wenngleich den Arbeitsbedingungen unter Tage eine solidaritäts- und integrationsfördernde Wirkung beizumessen ist, so vollzog sich die Eingewöhnung der Zuwanderer am Arbeitsplatz doch keineswegs konfliktfrei oder kurzfristig. Es begegneten ihnen zahlreiche Vorbehalte und Diskriminierungen im Rahmen einer polenfeindlichen Germanisierungspolitik. Vielen einheimischen Bergleuten galten sie als Lohndrücker und die Obrigkeit beobachtete misstrauisch „nationalpolnische Bestrebungen“. Zentrale Bedeutung kam dabei unter Aspekten der Grubensicherheit den Sprach- und Verständigungsproblemen zu. Mit der Bergpolizeiverordnung vom 25. Januar 1899 machte das Oberbergamt in Dortmund die Anlegung von Bergleuten von dem Nachweis deutscher Sprachkenntnisse abhängig.⁸

Die „Herner Polenkrawalle“ von 1899, in denen sich die Wut der Zuwanderer über Diskriminierungen durch Obrigkeit und Zechenherren entluden, illustrierten auch die Integrationsdefizite auf Seiten der deutschen Bergarbeiterorganisationen, die schließlich zur Gründung einer eigenen polnischen Gewerkschaft führten. Schnell wuchs der Zjednoczenie Zawodowe Polskie (ZZP) nach dem sozialdemokratischen Alten Verband und dem Christlichen Gewerkverein zur drittgrößten Arbeiterorganisation im Ruhrbergbau heran. Damit standen sich drei Gewerkschaften gegenüber, und dazu kamen noch (nicht nur masurische) protestantische Arbeitervereine, die sozialpolitische Reformen ablehnten und auf Sozialpatriarchalismus setzten.⁹ Auch

verteilte sich die Arbeiterbevölkerung ausweislich der Wahlergebnisse politisch auf vier strikt voneinander getrennte Lager: die sozialdemokratische Protestbewegung, das in Opposition zum preußisch-protestantischen Obrigkeitsstaat und seinen Kirchenkampf sowie zur überwiegend protestantischen Unternehmerschaft entstandene (sozial)katholische Lager, das an der Obrigkeit orientierte protestantisch-nationale Lager mit einigem Angang auch in der Arbeiterschaft und eben das polnische Lager.¹⁰

NACHKRIEGSBOOM, ERSTER STRUKTURWANDEL UND „INTEGRATION“

1914 verebbte die Zuwanderung schlagartig und nach dem Ersten Weltkrieg teilten sich die Wege der Ruhrpolen. Etwa ein Drittel kehrte in die alte Heimat zurück und ein knappes weiteres Drittel wanderte in die Montanreviere Frankreichs und Belgiens ab. Nach Gründung der polnischen Republik mussten sich die Polen in Deutschland für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Hinzu kam, dass die deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikte in den Grenz- und Abstimmungsgebieten und dann vor allem die Ruhrbesetzung 1923 die nationalen Spannungen verschärften. Schließlich folgten viele Ruhrpolen den Anwerbungen aus Frankreich und Belgien, zumal als es seit 1924 im Zuge der Rationalisierungskrise des Ruhrbergbaus zu Massenentlassungen kam. Ein in den Weimarer Jahren und zumal seit 1933 zunehmender Assimilationsdruck und eine höhere Assimilationsbereitschaft der verbliebenen Ruhrpolen führten zu einer sukzessiven Auflösung des polnischen Milieus.¹¹ Die Ruhrpolen, die blieben, waren natürlich die anpassungsbereiten, die oft auch ihre polnischen Namen eindeutschten. Die zugewanderten Masuren hatten mit ihrer protestantisch-nationalen Orientierung schon vor dem Ersten Weltkrieg weniger Schwierigkeiten zur Eingliederung in die Zuwanderergesellschaft des Ruhrgebiets.

Während die politischen Gräben nun zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, katholischen und protestantisch-nationalen Lagern und den Nationalsozialisten verliefen und die Vorfeldorganisationen der politischen Lager in der Weimarer Republik ihre Blütezeit erlebten, wurden unter den Christen sogenannte Mischehen über Konfessionsgrenzen hinweg gerade auch im Ruhrgebiet strikt abgelehnt, bis weit in die Zeit nach der Befreiung vom Nationalsozialismus förderten die Konzessionsschulen jeweils ein Sonderbewusstsein.¹² Obwohl vor allem oft als Kauf-

leute zugezogene jüdische Angehörige der schmalen Mittelschichten eine Assimilation der Juden anstrebten und die zugewanderten orthodoxeren Ostjuden misstrauisch betrachteten, blieben auch die Juden eine relativ isolierte Bevölkerungsgruppe.¹³ Neben den verschiedenen Teilkulturen, deren Konflikte sich in der Endphase der Weimarer Republik unter den Bedingungen der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bis hin zum politischen Mord verschärften, wurden in der Weimarer Republik nun deutliche Säkularisierungstendenzen sichtbar und es stieg seit den 1920er Jahren eine übergreifende und indifferente Populärkultur beispielsweise mit Kino, Konsum, Mode, Radio, Generalanzeigerpresse, Massenzuschauersport auf, die den weltanschaulich orientierten Teilkulturen ihre Grenzen aufzeigte.¹⁴

WENNGLEICH DEN ARBEITSBEDINGUNGEN UNTER TAGE EINE SOLIDARITÄTS- UND INTEGRATIONSFÖRDERNDE WIRKUNG BEIZUMESSEN IST, SO VOLLZOG SICH DIE EINGEWÖHNUNG DER ZUWANDERER AM ARBEITSPLATZ DOCH KEINESWEGS KONFLIKTFREI ODER KURZFRISTIG.

NATIONALSOZIALISMUS, KRIEG UND ZWANGSMIGRATION

Nach der Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten bedeutete die Inszenierung einer nationalsozialistischen Volksgemeinschaft den Ausschluss verschiedener Bevölkerungsgruppen aus der Gesellschaft. Rassistische Ausgrenzung führt in einem eskalierenden Prozess schließlich zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, der Ermordung der als „Zigeuner“ verfolgten Sinti und Roma, zur Zerschlagung der verbliebenen Reste eines polnischen Milieus im Ruhrgebiet, im Rahmen der Verfolgung des Widerstandes und Andersdenkender beispielsweise auch zur Verfolgung der kleinen Gruppe der Zeugen Jehovas und auch zu sozialer Ausgrenzung unange-

passten Verhaltens bei der sogenannten Ausmerze Gemeinschaftsfremder oder sogenannter Asozialer bis hin zu jugendlichen Edelweißpiraten. Auch wurde der Einfluss der Kirchen zurückgedrängt.¹⁵

Für Autarkiepolitik, Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen mussten die Kohleförderung, Eisen- und Stahlherstellung und Industrieproduktion gesteigert werden. Nachdem Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre erreicht wurde, mussten ohne wirkliche materielle Verbesserungen zahlreiche Überschichten geleistet werden. In dem vom Dritten Reich ausgelösten Zweiten Weltkriegs war das montanindustriell geprägte Ruhrgebiet wiederum ein Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie. Um die Produktion aufrechtzuerhalten und die einberufenen deutschen Arbeitskräfte zu ersetzen, rekrutierten das Militär, deutsche Behörden und die Wirtschaft Fremd- und Zwangsarbeiter gerade auch für den Steinkohlenbergbau und die kriegswichtige Montanindustrie insgesamt. Wie schon während des Ersten Weltkrieges bei ersten Einsätzen von Zwangsarbeitern mussten nun Millionen ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Im Jahr 1944 stellten Ausländer – insbesondere sowjetische Kriegsgefangene, aber auch Ostarbeiter und italienische Militärinternierte – etwa ein Drittel der Gesamtbelegschaft im Ruhrbergbau.¹⁶

FLÜCHTLINGE, VERTRIEBENE, AUSSIEDLER

Während die überlebenden Zwangsarbeiter nach der Befreiung vom Nationalsozialismus weit überwiegend in ihre Heimatländer zurückkehrten oder auch zwangsweise zurückgeführt wurden, fehlten in der für den Wiederaufbau wichtigen Montanindustrie des Ruhrgebiets Arbeitskräfte. Diese Lücken wurden nach 1945 zunächst gedeckt durch Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemals zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten im Osten und aus der SBZ bzw. der DDR.¹⁷ Als Ergebnis verschiedener Anwerbeaktionen der Besatzungs- und dann deutscher Behörden und des Bergbaus stellten 1950 Vertriebene und Flüchtlinge sowie Aussiedler gut 23 Prozent der Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Steinkohlenbergbau, 1953 lebten 1,8 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in Nordrhein-Westfalen.¹⁸

Die Mobilität und die Heterogenität der Zuwanderer stellten die Zechenverwaltungen vor nicht geringe Probleme. Dies war ein Grund für die Bergbauindustrie, die

mitgebrachte und von den im Ruhrgebiet neu entstandenen Landsmannschaften der Vertriebenen gepflegte Tradition der Barbaraverehrung als Fixpunkt für die Herausbildung einer neuen, gemeinsamen Identität der Bergleute zu fördern. Barbarabild und Barbarafeiern breiteten sich in Bergwerken, Lehrlingsheimen, Vereinslokalen und Kirchen aus. War die heilige Barbara einst die Schutzheilige vieler Berufsgruppen, so galt sie nun übergreifend als die Bergmannsheilige schlechthin. Die Barbaraverehrung hat sich bis in die Gegenwart gehalten, trotz aller Veränderungen in den Belegschaften des Ruhrbergbaus.¹⁹

Die Zuwanderung ins Ruhrgebiet und in dessen industrielle Arbeitswelt erfolgte aber nicht konfliktfrei, doch waren die Zuwanderer in besonderem Maße anpassungsbereit und aufstiegsorientiert und die gute Wirtschaftslage im Wiederaufbau wirkte konfliktmildernd. Nach der vollständigen Niederlage des Nationalsozialismus waren nationalistische und chauvinistische Denkmuster entwertet, trotz aller weiterhin vorhandenen antidemokratischen und auch rassistischen Ressentiments. Manche Gedankengänge waren eben auch in der restaurativen Adenauer-Zeit öffentlich nicht mehr zu äußern. Die politischen Trennlinien sortierten sich im Ruhrgebiet neu. Das national-protestantische Lager war heimatlos geworden, kommunistische Orientierungen verloren an Bedeutung vor dem Hintergrund verbreiteten Antikommunismus und der schlechten Realität kommunistischer Regime, der Sozialkatholizismus verlor an Bedeutung. Nach einer kurzen Phase des Bedeutungsgewinns christlicher Orientierungen angesichts des Zusammenbruchs des Nationalsozialismus und großer Zukunftsentwürfe setzte seit den 1950er Jahren wieder eine fortschreitende Säkularisierung mit einem Bedeutungsverlust religiöser Verhaltensanforderungen für das tägliche Leben ein. Mit der Veränderung des sozialen Klimas, insbesondere mit der Durchsetzung der Montanmitbestimmung in der Ruhr-Industrie des Ruhrgebiets, aber auch mit dem „Rheinischen Kapitalismus“²⁰ insgesamt, setzte sich in der Arbeitnehmergesellschaft des Ruhrgebiets die Sozialdemokratie zur dominanten politischen Kraft durch, zunächst in den Städten mit vielen bekannten Oberbürgermeistern und schließlich schon im Zeichen des Strukturwandels seit Ende der 1960er auch im Land.²¹ Ein Landesvater Johannes Rau vermochte es auch, mit Bibelsprüchen alte Sozialdemokraten, vielleicht sogar einige alte Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialkatholiken, protestantische Kreise und überhaupt ganz verschiedene Bevölkerungsgruppen

hinter sich zu vereinen und ihnen ein Stück gemeinsame Identität zu vermitteln.²²

„GASTARBEITER“

Im Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg war in den 1950er Jahren das westdeutsche Arbeitskräftepotenzial trotz der stetigen Zuwanderung aus der DDR bis zum Mauerbau von 1961 bald erschöpft. So begann man mit der Anwerbung von Arbeitskräften, die man „Gastarbeiter“²³ nannte, weil man deren Rückkehr in die Heimatländer nach einiger Zeit erwartete. Anwerbeabkommen wurden mit vorwiegend südeuropäischen Ländern abgeschlossen (1955-1968: Abkommen mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Südkorea, Portugal, Tunesien, Jugoslawien). Unter den angeworbenen „Gastarbeitern“ befanden sich auch ethnische Minderheiten aus den Anwerbeländern wie Kurden, Armenier und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aus Jugoslawien, und es kamen nun Menschen mit für die Region Ruhrgebiet neuen Lebensweisen und auch neuen religiösen Orientierungen. Wie in Zeiten der Industrialisierung wurden die Menschen von den Unternehmen vor allem der Montanindustrie offensiv angeworben, allerdings gab es bei den „Entsendeländern“ durchaus auch ein Interesse an einer Entlastung ihrer Arbeitsmärkte und an der Qualifizierung der Arbeitskräfte.²⁴

Vor allem im industriellen Sektor kam es durch die Gastarbeiter zu einer Unterschichtung der deutschen Arbeitnehmerschaft, was wiederum den deutschen Arbeitnehmern im Rahmen des strukturellen Wandels in der Arbeitswelt den Aufstieg in höherwertige und besser dotierte (Angestellten-)Stellen ermöglichte. Die ausländischen Arbeitnehmer besetzten die weniger anspruchsvollen Stellen, die im Rahmen des Strukturwandels längerfristig jedoch gefährdet waren. Im Bergbau arbeiteten die zugewanderten Ausländer überwiegend unter Tage und auf den Kokereien, also meist an sogenannten Belastungsarbeitsplätzen. Wenngleich die Aufstiegschancen im Bergbau vergleichsweise besser waren als in anderen Branchen, vollzog sich ihre berufliche Integration nur langsam, worauf die sehr unterdurchschnittliche und nur allmählich wachsende Präsenz in Aufsichts- und Leitungsfunktionen verweist. Mit der Diversifizierung der Arbeitnehmerschaft und dem, was man zunächst noch nicht als Globalisierung bezeichnete, wurde durch die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland auch die Tür aufgestoßen zu einer fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung.

Zwar erfolgte 1973 der Anwerbestopp und man erwartete die Rückkehr der „Gäste“ zur Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes, doch lernte ein nicht unwesentlicher Teil der Gastarbeiter, die ihre Familien auch schon nachgeholt hatten oder in den folgenden Jahren nachholten, dass eine dauerhafte Rückkehr in die Herkunftsländer zunehmend keine Perspektive mehr war. Mit dem Familiennachzug stieg die ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik von 1,92 Millionen Menschen 1968 auf 3,97 Millionen 1973.²⁵ Im Ruhrgebiet wuchs eine zweite und dritte und mittlerweile auch vierte Generation von Kindern nun ehemaliger „Gastarbeiter“ auf. Nachdem man in den Städten des Ruhrgebiets zunächst versucht hatte, den Zuwandererkindern als Vorbereitung auf die Rückkehr in die Herkunftsländer ihrer Väter muttersprachlichen Unterricht zu erteilen, wuchs langsam die Einsicht, dass deutscher Sprachunterricht und Integrationsmaßnahmen notwendig waren, um die Menschen, die man geholt hatte, Teil der Stadtgesellschaften werden zu lassen. Gleichzeitig wurden aber auch Hilfen für die Rückkehr in die Herkunftsländer angeboten, um den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten, wobei die Pufferfunktion, die die zugewanderten Arbeitnehmer erfüllen sollten, sichtbar wurde.²⁶

Bis 1975 stieg die Zahl der ausländischen Bergleute in den Ruhrzechen beinahe kontinuierlich und erreichte mit 25.331 ihren höchsten Stand. Durch den Schrumpfungsprozess und den Belegschaftsabbau im Steinkohlenbergbau war diese Zahl seitdem rückläufig. Der Anteil ausländischer Bergleute an den Zechenbelegschaften stieg allerdings bis 1992 weiter auf 18,8 Prozent, ein Indiz dafür, dass diese im Schnitt jünger waren als ihre deutschen Kollegen. Seitdem ging aber auch der Ausländeranteil in den Bergwerken sukzessive zurück. Im Jahr 2008 beschäftigte der Ruhrbergbau noch 24.060 Bergleute, davon 3.227 oder 13,4 Prozent Ausländer, von denen der weitaus größte Teil aus der Türkei stammte.²⁷

Die Ruhrgebietsgesellschaft zeigt sich gegenüber den Gastarbeitern und ihren Familien relativ integrationsbereit, stellte sich im Bildungssystem zunehmend auf Zuwandererkindein, Ausländer- und Integrationsbeiräte entstanden und Städte entwarfen Integrationspläne, die aber wohl nicht ausreichend auf sozioökonomische Benachteiligungen der Zuwanderer eingingen. So blieben im Bildungssystem die Chancen für Migranten bzw. ihre Kinder insgesamt besonders schlecht und die Ungleichheit besonders groß.²⁸ Auch

die Unternehmen stellten sich auf diesen Teil ihrer Arbeitnehmerschaft ein, auch mit Gebetsräumen oder begrenzten Aufstiegschancen. Etwas rascher ging die Einbindung der türkischen Bergleute in betriebliche Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) entwickelte vor allem seit Anfang der 1970er Jahre entsprechende Aktivitäten, mit dem Erfolg, dass Anfang der 1990er Jahre 98,6 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert waren. Auch die Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung e.V. (REVAG) kümmerte sich um die ausländischen Bergleute. Jedoch war das Interesse an Sprachkursen und Bildungsveranstaltungen ob ihres oft belehrenden, in der paternalistischen Tradition des Bergbaus stehenden Charakters zunächst recht gering. Es bedurfte auch hier eines Lernprozesses, um das Angebot dem Bedarf anzupassen. Religiöse oder kulturelle Unterschiede wurden wenig problematisiert, allerdings lebte man wohl doch jenseits der Arbeit eher nebeneinander als miteinander.

Da die Gastarbeiter gezielt für weniger qualifizierte Arbeitsplätze angeworben worden waren und lange die Notwendigkeit, deren Kinder auf einen sich wandelnden Arbeitsmarkt vorzubereiten, nicht verstanden worden war, besetzen die Gastarbeiter bzw. ihre Nachfahren in besonderem Maße Arbeitsstellen mit geringerer Qualifikation, geringerer Entlohnung und größerem Arbeitsplatzrisiko. So war und ist jenseits demographischer Unterschiede, wie anderen Familienstrukturen oder größerer Jugendlichkeit, ein erhebliches soziales Gefälle zwischen den natürlichen auch binnendifferenzierten Zuwanderergruppen und wesentlichen Teilen der schon länger im Ruhrgebiet lebenden Menschen zu beobachten.²⁹

Nachdem im Ruhrgebiet Ende der 1960er Jahre zunächst mit der tripartistischen Lösung der Ruhrbergbaukrise in Form der Ruhrkohle AG eine langfristige und halbwegs soziale Bewältigung des Strukturwandels in dieser Branche eingeleitet war, geriet Mitte der 1970er Jahre die Eisen- und Stahlindustrie und der gesamte montanindustrielle Komplex mit allen daran hängenden Folgeindustrien und Arbeitsplätzen in die Krise. Die auch weltweit zu beobachtenden Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Strukturwandels in vielen Branchen und Volkswirtschaften führte zu einem Bedeutungsgewinn neoliberaler Politikkonzepte. Bei steigender Ungleichheit verbreiteten sich gleichzeitig Populärkultur, neue Medien und neue Formen

von Konsum. Mit der internationalen Arbeitsteilung und der fortschreitenden Ausdifferenzierung der Arbeitnehmerschaft verloren unter diesen Bedingungen überlieferte Orientierungsmuster zum Teil an Bedeutung, aber es setzten auch Gegenbewegungen ein, in denen nach neuen Formen der Vergemeinschaftung gesucht wurde. Das Ruhrgebiet verlor mit dem Verschwinden montanindustrieller Großbetriebe nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Gemeinsamkeiten bei Erfahrungen, in Siedlungen oder auch in großbetrieblichen Zusammenhängen wie gewerkschaftlicher Organisation.

Da mit der Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei, Marokko, Tunesien und auch aus Jugoslawien zahlreiche Muslime ins Ruhrgebiet gekommen waren, fand ein Teil der Zuwanderer neue Vergemeinschaftungsformen bei Eigenorganisationen, bei Kultur- und Sportvereinen und islamischen Moscheeorganisationen, vor allem unter den von eigenen ethnischen Selbstbewussten geprägten Zuwandern aus der Türkei, die 1997 46 Prozent der Ausländer im Gebiet des RVR stellten.³⁰ Für einen Teil der Zuwanderer gewannen religiöse Orientierungen nun größere Bedeutung. Zunächst wurde die islamische Religion in der deutschen Öffentlichkeit nicht negativ bewertet, aus dem katholischen Milieu gab es sogar lobende Stimmen zur Religiosität der Zuwanderer, die ganz im Gegensatz zur zunehmenden Säkularisierung der übrigen Bevölkerung stand.³¹ Während der Anteil der muslimischen Bevölkerung anstieg, ging die Bedeutung der christlichen Kirchen zurück.³²

Während zunächst die Großbetriebe der Region Kristallisationsorte erster Vergemeinschaftungen oft in Form türkischer Arbeitervereine mit mehr oder weniger großer Nähe zu gewerkschaftlichen oder politischen Bestrebungen waren, entwickelten sich, begünstigt durch Familiennachzug und weltweit agierende Strömungen des Islam, unterschiedliche islamische Religionskulturen, die gegenwärtig um verschiedene Kulturvereine bestehen und gestärkt durch Segregation in den Ruhrgebietsstädten eigene Teilmilieus herausbilden.³³ Der vor allem von türkischstämmigen Zuwanderern geprägte Islam organisiert sich um die vom türkischen Staat gesteuerte Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB), die etwa die Hälfte der türkischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen trägt, den eher zentralistischen Verband der Islamischen Kulturzentren (ViKZ), die an einer stärkeren Durchsetzung islamischer Grundsätze in Politik und Gesell-

schaft orientierte islamische Gemeinschaft Milli Görüs und die muslimisch-konservative und gleichzeitig ökonomisch und sozial weltoffene Gülen-Bewegung.³⁴ Dabei sind 86 Prozent der Muslime in Nordrhein-Westfalen Sunniten, die anderen Schiiten, Aleviten und Angehörige kleinerer Gruppen im differenzierten Islam.

Nachdem zunächst angesichts der Vorstellung, als „Gastarbeiter“ irgendwann in das Herkunftsland zurückzugehen, für die religiösen Aktivitäten nur Provisorien, wie Beträume in Hinterhöfen und in alten Betriebshallen, errichtet worden waren, wurden mit der Aufgabe des Rückkehrwunsches bzw. der Vorstellung eines längeren Aufenthaltes in der Bundesrepublik zunehmend auch feste, dauerhaftere Einrichtungen und eben auch Moscheen geschaffen. Mit Hilfe der türkischen Religionsbehörden konnten dann auch islamische Vorbeter und Lehrer in die Bundesrepublik geholt werden. Die große Mehrheit der Imame in der Bundesrepublik wird aus der Türkei entsandt und ist mit der türkischen Religionsbehörde verbunden, die auch wesentlichen Einfluss auf die Predigten hat. Diese Imame, die vielfach kaum Deutschkenntnisse haben und nur vorübergehend in der Bundesrepublik sind, verbreiten entsprechend auch türkischen Nationalismus. Damit ist dieser 1984 zwischen der Bundesregierung und der damaligen türkischen Militärregierung vereinbarte Einfluss des türkisch geprägten Islam eher separierend ausgerichtet und der türkischen politischen Kultur und damit deren Teilkulturen, Richtungen, Bewegungen und Organisationen verbunden.³⁵ Die sich um die Moscheen und ihr Vereinswesen entwickelnden Milieus bilden oft, angesichts der schwierigen sozialen Lage vieler Zuwandererfamilien, Selbsthilfestruckturen und eine eigene Ökonomie heraus, die die ethnische Segregation in der Ruhrgebietsgesellschaft begünstigen. So erfolgt Segregation in der Zuwanderergesellschaft vielfach um die Religion als „den traditionellen Rettungsanker“.³⁶ Ende der 1990er Jahre war in Nordrhein-Westfalen die überwiegende Mehrheit der Organisationen der türkischen Einwanderer religiös orientiert, es gab etwa doppelt so viele Moscheevereine wie türkisch dominierte Sportvereine. Aber auch unter den Zuwanderergruppen erzeugen Differenzierungen erhebliche Konflikte, z.B. ethnische zwischen Türken und Kurden und auch anderen Minderheiten, religiöse zwischen den verschiedenen Richtungen des Islam, aber auch zwischen Aleviten oder an Atatürk orientierten Laizisten, oder auch politische Konflikte, orientiert an den übergreifenden Richtungen und an den türkischen Parteien. An den jüngsten

Auseinandersetzungen um den Putsch in der Türkei und die vom Präsidenten Erdoğan vorangetriebene Entdemokratisierung der türkischen Republik sowie der dabei sichtbar werdenden Identifikation mit Entwicklungen im Herkunftsland zeigt sich auch jenseits einer formellen Selbstorganisation eine Entwicklung zu transnationalen Identitäten. Vor allem moderne Kommunikationstechnologien wie auch schnelle Verkehrsverbindungen ermöglichen vielen Zuwanderern das Leben in zwei Welten. So bestehen gleichzeitig enge Verbindungen zum türkischen Herkunftsgebiet, zu dortigen Personen, Netzwerken und Entwicklungen sowie zum deutschen Anwesenheitsgebiet mit seiner alltäglichen Realität.³⁷

“RELIGIÖSE ODER KULTURELLE UNTERSCHIEDE WURDEN WENIG PROBLEMATISIERT, ALLERDINGS LEBTE MAN JENSEITS DER ARBEIT EHER NEBENEINANDER ALS MITEINANDER.”

Gleichzeitig ist festzustellen, dass sich mit religiösen Orientierungen verbundene kulturelle Unterschiede zwischen Zuwanderern und Einheimischen über die Generationen langsam abgeschliffen haben. Insbesondere betrifft das die Veränderung von Geschlechterrollen. Auch nahm die Zahl der Kinder pro Familie in den Zuwandererfamilien im Zeitverlauf deutlich ab, und ein immer größerer Anteil der Frauen wurde berufstätig.³⁸ Insgesamt stiegen auch die sozialen Kontakte zwischen den Zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung seit den 1970er Jahren stetig. Die Sprachfähigkeit nahm zu, Berührungängste nahmen langsam ab.

Fast alle politischen Kräfte und auch die Öffentlichkeit der Bundesrepublik weigerten sich bis in die 1980er Jahre anzuerkennen, dass die Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland geworden war. Für die

Gastarbeiterfamilien gab es daher nur zwei Wege: Entweder kehrten sie zu einem passenden Zeitpunkt mittels der sogenannten Rückkehrhilfen in die alte Heimat zurück oder sie arrangierten sich mit der Ankunfts-gesellschaft. Für den letzteren Weg und die Integration der Bleibenden waren ein vereinfachtes Aufenthaltsrecht, eine Verbesserung der Lebenssituation und Sprachunterricht für die nachwachsende Generation vorgesehen. Der Weg eines kulturellen Pluralismus von Einheimischen und Zugewanderten wurde kaum thematisiert oder als Ziel formuliert. Erstmals 1979 charakterisierte der ehemalige NRW-Ministerpräsident und damalige Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (seit 1978), Heinz Kühn, die Bundesrepublik als Ein-

DER WEG EINES KULTURELLEN PLURALISMUS VON EINHEIMISCHEN UND ZUGEWANDERTEN WURDE KAUM THEMATISIERT ODER ALS ZIEL FORMULIERT.

wanderungsland und forderte eine konsequente Integrationspolitik, kommunales Wahlrecht für Zuwanderer nach zehn Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik und einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung für in Deutschland geborene Kinder aus Ausländerfamilien.³⁹

EUROPÄISCHE BINNENWANDERUNG

Neben den Gastarbeitern wurde bis in die Gegenwart meist übersehen, dass mit fortschreitender europäischer Integration und ökonomischer Verflechtung der Exportnationen auch zahlreiche Menschen aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) in die Bundesrepublik kamen und kommen. Seit den 1960er Jahren wurde zunehmend die schon in den römischen Verträgen von 1957 vorgesehene Freizügigkeit innerhalb der europäischen Gemeinschaften bzw. dann in der Europäischen Union (EU) auch umgesetzt. Prinzipiell galt diese Arbeitnehmerfreizügigkeit später auch bei den osteuropäischen Erweiterungen der EU, allerdings mit Sonderregelungen und gewissen Übergangsfristen.⁴⁰ Seit der 2011 eingetretenen vollen Freizügigkeit in Europa migrierten dann aus den 2004 aufgenommenen EU-Neu-Mitgliedern Südosteuropas, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, zahlreiche

Menschen, darunter viele Roma-Familien, insbesondere in die Gegenden des Ruhrgebiets, in denen die Mieten günstig waren. Hier zeigen sich deutlich die Folgen des Wohlstandsgefälles (und unterschiedlicher Politik) innerhalb Europas und stellen die Ruhrgebietsstädte vor erhebliche Probleme.⁴¹

ZUWANDERER UND GEFLÜCHTETE IN UNRUHIGEN ZEITEN

Als sich der Strukturwandel im Ruhrgebiet in den 1980er vor allem mit seinen sozialen Folgen verschärfte und durch Sozialabbau soziale Notlagen verbreitete, änderte sich das politische Klima gegenüber den Zuwanderern, die von Teilen der deutschen Gesellschaft als Konkurrenten um Arbeitsplätze gesehen wurden. Fremdenfeindlichkeit äußerte sich in Straftaten gegenüber Zuwanderern und dem Aufkommen fremdenfeindlicher Parteien der politischen Rechten. Vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen wurden die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zuwanderern verstärkt auch mit religiösen Unterschieden begründet und ein Aufkommen von Parallelgesellschaften kritisiert. Das Aufkommen von fremdenfeindlichen Tendenzen und Bewegungen korrespondierte auch mit einem Anstieg der Zuwanderung. Im Unterschied zu vorheriger Zuwanderung erfolgte nun eine Migration ohne die Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu besetzen, und ohne Anwerbung.

Seit den 1970er Jahren waren schon immer wieder auch Menschen als politisch oder auch aus anderen Gründen Verfolgte in die Bundesrepublik gekommen, z.B. nach dem Putsch in Chile von 1973, aus Franco-Spanien oder auch nach dem Militärputsch in der Türkei von 1980. Mit dem Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks und den folgenden vielfach blutigen Auseinandersetzungen flohen viele Menschen aus ihrer Heimat, um in der EU Asyl zu suchen. Gerade die Bundesrepublik und besonders die Ruhrgebietsstädte standen durch den Zerfall des blockfreien Jugoslawiens, die Jugoslawienkriege und dem daraus resultierenden Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen zunächst vor großen Anforderungen (Slowenienkrieg 1991, Kroatienkrieg 1991-1995, Bosnienkrieg(e) 1992-1995, Kosovokrieg 1999, albanisch-mazedonischer Konflikt 2001). Anfang der 1980er Jahre kamen erstmalig mehr als 100.000 Asylbewerber pro Jahr in die Bundesrepublik. Die Krisen vor allem im osteuropäischen Raum führten dazu, dass 1988 wiederum 100.000 Anträge auf Asyl vorlagen, 1990 190.000 Anträge und schließlich 1992 ein Höchststand mit 440.000 Anträ-

gen erreicht war. Vor diesem Hintergrund entbrannte eine öffentliche Diskussion um die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft und den vermeintlichen Missbrauch des Asylrechts. Es kam nun auch zu verstärkter Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte und zugewanderten Menschen, zunächst vor allem in den neuen Bundesländern und dann in der gesamten Bundesrepublik. Die weltweiten Flucht- und Wanderungsbewegungen und deren Folgen für die Bundesrepublik führten zu einer Verschärfung des Asylrechts mit zahlreichen Änderungen und dann mit der Verfassungsänderung von 1993, dem „Asylkompromiss“, der die Anerkennung von Asylbewerbern aus den jeweils festzulegenden „sicheren Herkunftsländern“ ausschloss.⁴²

Nach der Verschärfung des Asylrechts wurden Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien, insbesondere die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, nicht zum Asylverfahren zugelassen und erhielten nur einen prekären Aufenthaltsstatus. Mit dem Ende des Krieges nahmen dann der Druck zur freiwilligen Rückkehr und auch die Drohung mit Abschiebungen zu. Von den 1997 in der Bundesrepublik lebenden etwa 340.000 Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina hatten bis 2003 etwa 90 Prozent die Bundesrepublik wieder verlassen.⁴³

Neben den Bürgerkriegsflüchtlings kamen nach der Öffnung der Grenzen und nach verschiedenen Vereinbarungen aus den Staaten des zerfallenden Ostblocks auch zahlreiche Spätaussiedler in die Bundesrepublik, insbesondere auch ins Ruhrgebiet. Sie wurden trotz deutschem Pass als „Ausländer“ wahrgenommen. Als Nachfahren deutscher Familien brachten auch diese zugezogenen Menschen andere Lebens- und Verhaltensweisen mit ins Ruhrgebiet. Ab Mitte der 1980er kamen allein etwa eine Million Menschen aus Osteuropa nach Nordrhein-Westfalen. In das gesamte Bundesgebiet kamen zwischen 1988 und 2014 mehr als 3 Millionen (Spät-)Aussiedler. Aufgrund der verschärften Bedingungen ist die Zuwanderung von Spätaussiedlern gegenwärtig weitgehend beendet.⁴⁴

Nach der Öffnung der Grenzen zwischen Ost und West und dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik setzte auch ein erheblicher Zuzug aus den neuen Bundesländern aus dem Gebiet der ehemaligen DDR nach Westdeutschland und ins Ruhrgebiet ein. Aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kamen etwa 200.000 jüdische Menschen als jüdische Kontingentflüchtlinge⁴⁵ in die Bundesrepublik. In verschiedenen Städten des Ruhrgebiets wurden neue Synagogen gebaut. Neben den großen Zuwanderergruppen sind in

den letzten etwa 20 Jahren Menschen aus ganz unterschiedlichen Weltregionen ins Ruhrgebiet gekommen, die auch aufgrund der Regelungen des Asylrechts jeweils einen unterschiedlichen rechtlichen Status haben. Gleichzeitig sind diese Zuwanderer nicht nur sehr heterogen in ihrer Herkunft, sondern auch in ihrer kulturellen und religiösen Orientierung, und vielfach bringen sie Konflikte aus ihren Herkunftsländern in die Region mit. Nur etwa 60 Prozent der Flüchtlinge, die in den 2000er Jahren kamen, schafften nach zehn Jahren einen Einstieg in den Arbeitsmarkt.⁴⁶

Flüchtlinge kamen ab Ende des 20. Jahrhunderts auch aus dem Nahen Osten, wo zahlreiche Konflikte Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat veranlassten. Als wohlhabendes Land war und ist die Bundesrepublik in Zeiten von politischen Unruhen und Kriegen naturgemäß ein Ziel für Flüchtlinge. Zunehmend erreichten Europa auch Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder afrikanischen Staaten mit einem Höhepunkt in den Jahren 2015/2016, als die Bundesrepublik hunderttausende Geflüchtete aufnahm, über deren Rechtsstatus im Rahmen der oft mehrjährigen Asylverfahren noch nicht endgültig entschieden wurde.⁴⁷ Zwischen 1990 und 2016 wurden etwa 4,4 Mio. Asylanträge gestellt, davon 476.649 im Jahr 2015 und 745.545 im Jahr 2016.⁴⁸ Diese Zuwanderungsbewegungen unterschieden sich von vorherigen Wanderungsbewegungen dadurch, dass viele der Asylbewerber aus Ländern stammten, die deutlich anders geprägt waren als die westlichen Industrienationen und die zumindest in mittelfristiger Perspektive kaum eine Rückkehrmöglichkeit bieten.⁴⁹

MIGRATION, SOZIALE UNGLEICHHEIT UND SOZIALRÄUMLICHE DIFFERENZIERUNG

Die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten waren und sind vielfach nicht nur Folge kultureller Unterschiede, sondern zahlreiche Unterschiede ergeben sich aus sozioökonomischer Ungleichheit. Auch aufgrund der insgesamt relativ niedrigen schulischen und beruflichen Qualifikation besetzen Zugewanderte eher schlechter entlohnte Arbeitsplätze und sind damit auch früher und öfter von Arbeitslosigkeit bedroht. Der Unterschiedlichkeit der Arbeitsplätze entsprechend ist auch das Einkommen unterschiedlich hoch und wegen der deutlich geringeren Frauenerwerbstätigkeit auch das Haushaltseinkommen bzw. dann auch das verfügbare Einkommen. So findet sich unter den Migranten ein wesentlich höherer Anteil von Menschen, die von Armut bedroht sind, oder auch ein sehr hoher Anteil von Kinderarmut. Beide Anteile lie-

gen etwa doppelt so hoch wie bei der einheimischen Bevölkerung.⁵⁰ Insbesondere gelingt es nicht, Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien eine ausreichende Bildungsbeteiligung zu verschaffen. Zahlreiche Jugendliche verlassen das Schulsystem ohne Abschluss. Die Bildungsabschlüsse sind in der Regel deutlich niedriger als diejenigen der vergleichbaren Altersgenossen mit deutschem Pass. Der Anteil der Abiturienten unter ausländischen Schülerinnen und Schülern ist bis zur Gegenwart nur etwa halb so hoch wie der unter deutschen Schülerinnen und Schülern. Dabei ist der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler sowohl an den Gymnasien als auch an den Gesamtschulen sehr unterschiedlich, worin sich offensichtlich auch Selektionsmechanismen und langfristige Prägungen von Schulen, Lehrerkollegien, Elternschaft und Schülerschaft niederschlagen. Und schließlich gelingt es Jugendlichen ausländischer Herkunft nur schwer, einen Ausbildungsplatz und damit eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten.⁵¹ Das öffentlich übervorsichtig besprochene Sprachproblem vieler Kinder und Jugendlicher stellt hier eine große, wenn auch nicht die einzige Hürde dar. Allerdings sind Ausländer nicht nur wegen ihrer schulischen und sprachlichen Qualifikationen bei den Chancen, einen Arbeitsplatz zu erhalten, benachteiligt – rechtliche Einschränkungen und arbeitsmarktpolitische Regelungen sowie Vorurteile kommen hinzu.

Wie schon aus stadtsoziologischen Forschungen bekannt,⁵² verteilen sich die Zuwanderer im Ruhrgebiet nicht gleichmäßig, sondern es bildeten sich für die unterschiedlichen Zuwanderergruppen jeweils besondere Siedlungsschwerpunkte heraus. Sozialräumlich können Quartiere mit bestimmten Eigenschaften identifiziert werden. So korrelieren größere Jugendlichkeit mit höheren Anteilen von Zuwanderern und große Anteile älterer Bewohner mit der deutschen Staatsangehörigkeit. Generationelle Unterschiede zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Zuwanderern führen notwendigerweise auch zu alltäglichen Konflikten. Dabei besteht dann wieder ein Zusammenhang zwischen einem durch Familienhaushalte geprägten Stadtteil, Jugendlichkeit und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit auf der einen Seite und auf der anderen Seite zwischen großen Anteilen älterer Menschen mit eher nicht familiengeprägten Haushalten und deutscher Staatsangehörigkeit. Mit der Segregation treffen in bestimmten, vor allem Stadtteilen im nördlichen Ruhrgebiet, Arme, Alte, Ausländer und Alleinerziehende aufeinander. Wie nicht anders zu erwarten, finden sich in solchen Stadtteilen dann auch hohe Arbeitslosenraten und damit hohe An-

teile von Menschen, die auf Sozialtransfers angewiesen sind. Die räumliche Polarisierung im Ruhrgebiet und seinen Städten schlägt sich wiederum in sozialräumlich differenzierten Lebensweisen mit komplexen Auswirkungen auf Gesundheit oder auch die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen nieder. So entwickelt sich in manchen Teilen der Städte eine Kumulierung von Benachteiligungen, die auch an die nächste Generation vererbt werden. Dies sind erneut die Stadtteile, in denen der Migrantenanteil besonders hoch ist. Dort lassen sich beispielsweise auch schlechte Zahngesundheit, Adipositas, unterdurchschnittliche Teilnahmequoten an Früherkennungsuntersuchungen, ein nur begrenzter Besuch von Kindertageseinrichtungen, Sprachförderbedarf, geringere Anteile von Schulformempfehlungen für Gymnasien, schlechtere Wohnbedingungen, schlechtere Umweltbedingungen, Lärmbelastung usw. feststellen. Die räumliche Differenzierung von Lebenslagen ist auch ablesbar an unterschiedlichen Verhaltensweisen in der Stadtgesellschaft, wenn zum Beispiel in den Stadtteilen mit zahlreichen sozialen Problemlagen die Wahlbeteiligung ausgesprochen niedrig ist und unter dem Stadtdurchschnitt liegt und damit gewissermaßen demokratiefreie Zonen entstehen. Solche Teilräume der Stadt mit solchen Verhaltensweisen sind oftmals dann auch die Stadtteile mit dem niedrigsten Niveau lokaler Integration und Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt und ihrem Wohnquartier.

Die Segregation führt dazu, dass in bestimmten Quartieren die alltäglichen Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen oder zwischen Zuwanderergruppen und Einheimischen zunehmen und kulturelle und zum Teil auch religiöse Unterschiede das Klima in solchen Stadtteilen bestimmen. Zwischen den verschiedenen Gruppen bilden sich nur wenige nachbarliche und freundschaftliche Beziehungen. Da solche Quartiere auch von hoher Fluktuation und damit zusammenhängend von Anonymität und fehlender sozialer Kontrolle geprägt sind, lassen sich hier auch verstärkt Vandalismus oder Kriminalität beobachten.

SCHLUSS

Es zeigt sich, dass die Bevölkerung des Ruhrgebiets seit dem Industrialisierungsprozess eine bunt zusammengewürfelte Mischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher religiöser und kultureller Orientierungen und mit unterschiedlichen Erfahrungen ist, die auch recht unterschiedlich lebt. Im Ruhrgebiet lebt eben eine moderne Gesellschaft,

die so differenziert ist wie ihre sozioökonomische Entwicklung. Die Menschen in der modernen Gesellschaft, die notwendig eine Zuwanderergesellschaft ist, haben unterschiedliche Herkunft, die ethnisch halbwegs einheitliche Region oder ein homogener Staat sind eine Illusion, die Menschen sind unterschiedlich gebildet, arbeiten unterschiedlich, unterscheiden sich generationell, unterscheiden sich im ökonomischen und sozialen Status, in ihren Lebensweisen und Gesinnungen und auch in ihren religiösen Orientierungen, die allerdings im alltäglichen Leben an Bedeutung verlieren. Die öffentliche Diskussion um religiöse Orientierungen übersieht, dass hinter religiösen Unterschieden langfristige kulturelle Prägungen stecken, die weit über Glaubensfragen hinausreichen. Auch verdeckt die Hervorhebung religiöser Unterschiede, dass es wie in der Bundesrepublik auch im Ruhrgebiet wohl nur ansatzweise gelungen ist, über alle kulturellen und auch religiösen Unterschiede Regeln für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben auszuhandeln. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe von Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand, die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf gemeinsame Regeln zu verpflichten, wobei dann das Trennende unterschiedlicher religiöser Orientierungen Privatsache bleiben muss, allerdings manche kulturelle Praxis (wohl unter Schwierigkeiten) den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates angepasst werden muss. Aber das ist nicht ganz neu.

Die Anerkennung der Tatsache, eine Einwanderergesellschaft zu sein und die Bewältigung der Herausforderung der Heterogenität der Menschen, ihrer unterschiedlichen Denk- und Verhaltensweisen, wird erschwert durch die gewachsenen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Hier macht sich bemerkbar, dass im neoliberalen Zeitalter „nach dem Boom“⁵³ nunmehr seit Jahrzehnten jenseits von Fragen nach ökonomischer Nützlichkeit von Zuwanderung und Fragen der Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer nicht über soziale Gerechtigkeit und Grundwerte demokratischen und friedlichen Zusammenlebens diskutiert worden ist.⁵⁴

Das Image und Selbstbild des Ruhrgebiets der Gegenwart als „Schmelztiegel“, das auf einer angenommenen historischen Integrationsleistung der Agglomeration beruht und Fremdsein und Überwinden des Fremdseins als bestimmend für die ganze Region ansieht,⁵⁵ lässt hoffen, dass die ja real vorhandene Zuwanderergesellschaft des Ruhrgebiets mit dem notwendigen fortdauernden „Aushandeln eines konfliktarmen Miteinanders“⁵⁶ zurechtkommt. Insofern ist zu wünschen, dass die Ruhrgebietsgesellschaft ihrem nicht so ganz zutreffenden Selbstbild vom Schmelztiegel dann doch zukünftig gerecht wird. ■



„Integration unter Tage“ – unter den Kumpels des Ruhrgebiets hat die Integration von Gastarbeitern eine lange Tradition.

ANMERKUNGEN:

- ¹ Pretzina, Dietmar (1994): *Die Bedeutung der Migration am Beispiel des Ruhrgebietes* (Diskussionspapiere aus der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum 94-03), Bochum, S. 44.
- ² Ein tatsächliches regionales Selbstbewusstsein entstand wohl erst im Strukturwandel seit den 1960er Jahren. Goch, Stefan (1997): „Der Ruhrgebietler“ – Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung regionalen Bewußtseins im Ruhrgebiet, in: *Westfälische Forschungen* 47, S. 585-620.
- ³ Ende der 1980er Jahre waren noch um 80 Prozent der Bevölkerung bei einer der beiden großen christlichen Kirchen organisiert. Goch, Stefan (2010): *Zuwanderung und Differenzierung der konfessionellen Strukturen im Ruhrgebiet der Moderne*, in: Harzenetter, Markus; Hauser, Walter; Mainzer, Udo; Zache, Dirk (Hrsg.): *Fremde Impulse, Baudenkmale im Ruhrgebiet*, Münster, S. 33.
- ⁴ Hero, Markus; Krech, Volkhard; Zander, Helmut (2007): *Religiöse Vielfalt in Nordrhein-Westfalen, Empirische Befunde und Perspektiven der Globalisierung vor Ort*, Paderborn. Vgl. Geldbach, Erich; Noss, Peter (2009): *Vielfalt und Wandel, Lexikon der Religionsgemeinschaften im Ruhrgebiet*, Essen, S. 504-508.
- ⁵ Dieser Betrag knüpft an meine Publikationen zu Zuwanderung ins Ruhrgebiet an, insbesondere: Goch, Stefan (2017): „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ oder fragmentierte Stadtgesellschaft, Das Beispiel der in Gelsenkirchen lebenden Menschen, in: *Geschichte im Westen*, 32, S. 73-107. Goch, Stefan; Przigoda, Stefan (2010): *Bergfremd(e) – Ausländer im Ruhrbergbau*, in: Wölk, Ingrid; Wisotzky, Klaus (Hrsg.): *Fremd(e) im Revier? Zuwanderung und Fremdsein im Ruhrgebiet, Ein Projekt der Kulturhauptstadt Europas Ruhr.2010*, Essen, S. 222-257. Goch, Stefan (2010): *Zuwanderung und Differenzierung*, Münster, S. 25-39. Goch, Stefan (2005): *Zuwanderung aus den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches in das Ruhrgebiet: Probleme der Migration und der Integration*, in: Miltzer, Klaus (Hrsg.): *Probleme der Migration und Integration im Preußenland vom Mittelalter bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts*, Marburg, S. 189-216.
- ⁶ Zu den „Ruhrpolen“ immer noch besonders Kleßmann, Christoph (1978): *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945, Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*, Göttingen. Kulczycki, John J. (1994): *The Foreign Worker and the German Labor Movement: Xenophobia and Solidarity in the Coal Fields of the Ruhr, 1871-1914*, Oxford, Providence. Kulczycki, John J. (1994): *The Polish Coal Miners' Union and the German Labor Movement in the Ruhr 1902-1934, National and Social Solidarity*, Oxford, New York. Überblick aber auch Goch, Stefan (2005): *Zuwanderung aus den östlichen Provinzen*, Marburg, S. 189-216.
- ⁷ Kirrinis, Herbert (1965): *Zur Bevölkerungsstruktur der Emscherzone*, in: *Geographische Rundschau* 17, S. 206-209, hier S. 207. Linde, Hans (1981): *Die soziale Problematik der masurischen Agrargesellschaft und die masurische Einwanderung in das Emscherrevier*, in: Wehler, Hans Ulrich (Hrsg.): *Sozialgeschichte*, Göttingen, 5. Aufl., S. 456-470.
- ⁸ *Fremdsprachige Arbeiter dürfen beim Betriebe von Bergwerken ... nur beschäftigt werden, wenn Sie genügend deutsch verstehen, um mündliche Anweisungen ihrer Vorgesetzten und Mitteilungen ihrer Mitarbeiter richtig aufzufassen.* Vgl. Köllmann, Wolfgang; Hoffmann, Frank; E. Maul, Andreas (1990): *Bevölkerungsgeschichte*, in: Köllmann, Wolfgang; Korte, Hermann; Petzina, Dietmar; Weber, Wolfhard (Hrsg.): *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Geschichte und Entwicklung*, Bd. 1, Düsseldorf, S. 181.
- ⁹ Goch, Stefan (2005): *Die Gedankenwelt der protestantischen Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg*, in: Gawrich, Andrea; Lietzmann, Hans (Hrsg.): *Politik und Geschichte, „Gute Politik“ und ihre Zeit, Wilhelm Bleek zum 65. Geburtstag*, Münster, S. 157-171.
- ¹⁰ Z.B. mit weiteren Hinweisen Goch, Stefan (2014): *Arbeiter(bewegungs)kulturen im Ruhrgebiet: Ziele und kulturelle Praxis*, in: Jacob, Andreas; Kampe, Gordon (Hrsg.): *Kulturelles Handeln im transkulturellen Raum, Symposiumsbericht Kulturhauptstadt Ruhr 2010*, Hildesheim, Zürich, New York, S. 29-59.
- ¹¹ Kleßmann, Christoph (1978): *Polnische Bergarbeiter*, Göttingen, S. 152, 156.
- ¹² Goch, Stefan (2014): *Arbeiter(bewegungs)kulturen im Ruhrgebiet*, Hildesheim, Zürich, New York, S. 29-59.
- ¹³ Goch, Stefan (2010): *Zuwanderung und Differenzierung*, Münster, S. 29 ff.
- ¹⁴ Langewiesche, Dieter (1984): *Arbeiterkultur, Kultur der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Bemerkungen zum Forschungsstand*, in: Langewiesche, Dieter (Hrsg.): *Arbeiterkultur in Deutschland*, Hamburg, S. 9-29. von Saldern, Adelheid (1993): *Massenfreizeitkultur im Visier, Ein Beitrag zu den Deutungs- und Einwirkungsversuchen während der Weimarer Republik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 33, S. 21-58. Maase, Kaspar (1997): *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur*, Frankfurt a.M..
- ¹⁵ Z.B. von Reeken, Dietmar; Thießen, Malte (2013): „Volksgemeinschaft“ als soziale Praxis, *Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort*, Paderborn. Schmichen-Ackermann, Detlef (2012): „Volksgemeinschaft“, Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“, Paderborn.
- ¹⁶ Vgl. Seidel, Hans-Christoph (2010): *Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg: Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter*, Essen.
- ¹⁷ Vgl. Kift, Dagmar (2005): *Aufbau West, Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder*, Essen.
- ¹⁸ Köllmann, Wolfgang; Hoffmann, Frank; Maul, Andreas E. (1990): *Bevölkerungsgeschichte*, Düsseldorf, S. 189. Kift, Dagmar (2008): *Aufnahme in Bergbau und Industrie, Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im Zuwanderungsland Nordrhein-Westfalen in vergleichender Perspektive*, in: Krauss, Marita (Hrsg.): *Integrationen, Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945*, Göttingen, S. 120-147. Kleinert, Uwe (1988): *Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945-1961, Arbeitsmarkt – Gewerbe – Staat*, Düsseldorf. Bade, Klaus J. (1990): *Neue Heimat im Westen, Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*, Münster.
- ¹⁹ Goch, Stefan; Przigoda, Stefan (2010): *Bergfremd(e)*, Essen, S. 248.
- ²⁰ Z.B. Hockerts, Hans Günter, Schulz, Günther (2016): *Der „rheinische Kapitalismus“ in der Ära Adenauer*, Paderborn.
- ²¹ Rudolph, Karsten (1997): *SPD und Ruhrgebiet: „Sozialdemokratisierung“ einer Region?*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung*, H. 18, S. 166-180.
- ²² Mittag, Jürgen; Tenfelde, Klaus (2007): „Versöhnen statt spalten“ – Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen.
- ²³ Nonn, Christoph (2013): *Die Integration von „Gastarbeitern“ in Nordrhein-Westfalen, Eine historische Perspektive*, in: *Geschichte im Westen* 28, S. 183-199.
- ²⁴ Nonn, Christoph (2011): *Kleine Migrationsgeschichte von Nordrhein-Westfalen*, Köln, S. 101 f. Yano, Hisashi (1998): „Wir sind benötigt, aber nicht erwünscht“, in: Eryılmaz, Aytaç; Jamin, Mathilde (Hrsg.): *Fremde Heimat, Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen, S. 39-55. Jamin, Mathilde (2000): *Fremde Heimat. Zur Geschichte der Arbeitsmigration aus der Türkei*, in: Motte, Jan (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderungsland, Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt a.M., S. 146. Hunn, Karin (2004): *Jrgendwann kam das Deutschlandfieber auch in unsere Gegend ...: Türkische „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik Deutschland – Von der Anwerbung bis zur Rückkehrförderung*, in: Motte, Jan; Ohliger, Rainer (Hrsg.): *Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft, Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik*, Essen, S. 73 ff. Vgl. ausführlich am Beispiel des deutsch-türkischen Abkommens Hunn, Karin (2005): *„Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“ Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik*, Göttingen, S. 33-70.
- ²⁵ Überblick: Oltmer, Jochen (2010): *Migration im 19. und 20. Jahrhundert*, München, S. 56. Mattes, Monika (2016): *Wirtschaftliche Rekonstruktion in der Bundesrepublik Deutschland und grenzüberschreitende Arbeitsmigration von den 1950er bis zu den 1970er Jahren*, in: Oltmer, Jochen (Hrsg.): *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin, Boston, S. 815-851. Herbert, Ulrich (2001): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München, S. 190-202.
- ²⁶ Differenziert zu Rückkehr: Stefanski, Valentina Maria (1993): *Art. Ausländische Arbeitnehmer*, in: Faust, Anselm: *Nordrhein-Westfalen, Landesgeschichte im Lexikon*, Düsseldorf, S. 23. Jamin, Mathilde (2000): *Fremde Heimat*, Frankfurt a.M., S. 156 f., 162 f. Hunn, Karin (2004): *Jrgendwann kam das Deutschlandfieber*

ber auch in unsere Gegend ...“, Essen, S. 73-88. Hunn, Karin (2005): „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“, Göttingen, S. 328-338, 451 ff., 470-491, S. 328-338. Jamin, Mathilde (1998): Die deutsche Anwerbung. Organisation und Größenordnung, in: Eryilmaz, Aytac; Jamin, Mathilde (Hrsg.): Fremde Heimat, Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen, S., S. 149-170.

²⁷ Goch, Stefan; Przigoda, Stefan (2010): Bergfremd(e), Essen, S. 249.

²⁸ Kaelble, Hartmut (2017): Mehr Reichtum, mehr Armut, soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt a.M., New York, S. 176. Für die Region Regionalverband Ruhr (2012): Bildungsbericht Ruhr, Münster.

²⁹ Ziemlich durchgängig nach Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (2006): Sozialraumanalyse. Soziale, ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten, Dortmund. Strohmaier, Klaus Peter (2006): Segregation in den Städten, Bonn.

³⁰ Berechnet nach Angaben des RVR und des LDS.

³¹ Hunn, Karin (2005): „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“, Göttingen, S. 138 f.

³² Vgl. Tenfelde, Klaus (2009): Religion und Religiosität der Arbeiter im Ruhrgebiet, in: Schilp, Thomas; Elzel, Barbara (Hrsg.): Mittelalter und Industrialisierung. St. Urbanus in Huckarde, Bielefeld, S. 189 f. Bücker, Vera; Noss, Peter (2009): Glauben und Glaubensgemeinschaften im Ruhrgebiet, in: Prossek, Achim; Schneider, Helmut; Wessel, Host A.; Wetterau, Burkhard; Wiktorin, Dorothea (Hrsg.): Atlas der Metropole Ruhr, Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln, S. 168-171, hier S. 171. Krech, Volkhard (2005): Kleine Religionsgemeinschaften in Deutschland, Eine religionssoziologische Bestandaufnahme, in: Lehmann, Hartmut (Hrsg.): Religiöser Pluralismus im vereinten Europa, Freikirchen und Sekten, Göttingen, S. 123.

³³ Sen, Farun (2009): Migrantenselbstorganisationen, Schonräume oder Mobilitätsfallen?, in: Goch, Stefan; Rudolph, Karsten (Hrsg.): Wandel hat eine Heimat, Nordrhein-Westfalen in Geschichte und Gegenwart, Oberhausen, S. 290-306, S. 173.

³⁴ Hunn, Karin (2005): „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“, Göttingen, S. 423-446. Chbib, Raida (2009): Heimisch werden in Deutschland: Die religiöse Landschaft der Muslime im Wandel, in: Hero, Markus; Krech, Volkhard; Zander, Helmut (Hrsg.): Religiöse Vielfalt in Nordrhein-Westfalen, Essen, S. 459-476.

³⁵ Zu zunehmenden religiösen Konflikten Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (2014): Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Mainz, S. 162-177 zum Islam und den damit verbundenen Überzeugungen.

³⁶ Tenfelde, Klaus (2009): Religion und Religiosität, Bielefeld, S. 173.

³⁷ Vgl. Hahn, Sylvia (2012): Historische Migrationsforschung, Frankfurt a.M., S. 35.

³⁸ Nonn, Christoph (2013): Die Integration von „Gastarbeitern“ in Nordrhein-Westfalen. Eine historische Perspektive, in: Geschichte im Westen 28, S. 187 ff.

³⁹ Nonn, Christoph (2011): Kleine Migrationsgeschichte, Köln, S. 123-126.

⁴⁰ Oltmer, Jochen (2010): Migration, München, S. 62 ff.

⁴¹ Vgl. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (2014): Immer bunter, Mainz, S. 156 f.

⁴² Oltmer, Jochen (2010): Migration, München, S. 68-72. Poutrus, Patrice G. (2016): Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er Jahren bis zur Grundgesetzänderung im vereinten Deutschland von 1993, in: Oltmer, Jochen (Hrsg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston, S. 853-893, bes. S. 873-893. Kolb, Holger (2016): Migrationsverhältnisse, nationale Souveränität und europäische Integration: Deutschland zwischen Normalisierung und Europäisierung, in: Oltmer, Jochen (Hrsg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin, Boston, S. 1021-1040. Vgl. Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik, München, S. 332 ff.

⁴³ Oltmer, Jochen (2010): Migration, München, S. 71.

⁴⁴ Ebd., S. 65 f. auch zu den Regelungen; Dietz, Barbara (2016): Die Bundesrepublik Deutschland im Fokus neuer Ost-West-Wanderungen, in: Oltmer, Jochen (Hrsg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin, Boston, S. 1000f., 1004 f.

⁴⁵ Ebd. S. 1006 ff.

⁴⁶ Brücker, Herbert; Fendel, Tanja; Kunert, Astrid; Mangold, Ulrike; Siegart, Manuel; Schupp, Jürgen (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland: Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): IAB Kurzbericht, Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

⁴⁷ Vgl. Beer, Matthias (2016): Die „Flüchtlingsfrage“ in Deutschland nach 1945 und heute, Ein Vergleich, in: Zeitgeschichte-online April 2016.

⁴⁸ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017): Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe: Dezember 2016: Tabellen, Diagramme, Erläuterungen, Nürnberg. Die Zahl der (vorübergehend geduldeten) Flüchtlinge beispielsweise aus Bürgerkriegsgebieten, die nur vorübergehend in der Bundesrepublik bleiben, ist allerdings wesentlich höher. Nach Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik, München, S. 288 f. lebten 1993 1,9 Mio. Flüchtlinge unterschiedlicher Kategorien in der Bundesrepublik, 1998 waren es etwa 1,1 Mio. Menschen. Schließlich dürfte es auch in der Bundesrepublik eine illegale Einwanderung geben, die sich natürlich schwer quantifizieren lässt. Dietz, Barbara (2016): Die Bundesrepublik Deutschland, in: Oltmer, Jochen (Hrsg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston, S. 1016.

⁴⁹ David, Alexandra: Neue Wege geflüchteter in die Arbeitswelt, Eine Chance der Arbeitsmarktintegration, in: Denk-dach-mal.de (online-Magazin).

⁵⁰ Ziemlich durchgängig in Städten der Bundesrepublik nach Strohmaier, Klaus Peter (2006): Segregation in den Städten, Bonn, S. 17.

⁵¹ Vgl. Nonn, Christoph (2011): Kleine Migrationsgeschichte, Köln, S. 146 f. Strohmaier, Klaus Peter (2006): Segregation in den Städten, Bonn, S. 38-42. Zu Hindernissen im Bildungssystem für Migrantenkinder Pielage, Patricia; Pries, Ludger; Schultze, Günther (2012): Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft – Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren, Bonn.

⁵² Z.B. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (2006): Sozialraumanalyse. Bonn, S. 54-59.

⁵³ Z.B. Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz (2008): Nach dem Boom, Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen. Reitmayer, Morton; Schlemmer, Thomas (2013): Die Anfänge der Gegenwart, Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München. Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz; Schlemmer Thomas (2016): Vorgeschichte der Gegenwart, Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen.

⁵⁴ Esser, Hartmut (2008): Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation? Neuere Theorien der Eingliederung von Migranten und das Modell der intergenerationalen Integration, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft, S., S. 81-107.

⁵⁵ Petzina, Dietmar (1994): Die Bedeutung der Migration, Bochum, S. 44.

⁵⁶ Sturm-Martin, Imke (2009): Annäherung in der Diversität. Europäische Gesellschaften und neue Zuwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 49, S. 230.

INTEGRATION IM RUHRGEBIET

MEINUNGEN UND EINSTELLUNGEN DER BEWOHNER DES RUHRGEBIETS ZU MIGRANTEN ALLGEMEIN UND ZUM ISLAM



Prof. Manfred Güllner
Gründer und Geschäftsführer
des Meinungsforschungsinstituts
forsa sowie Professor für Publizistik
und Kommunikationswissen-
schaften an der FU Berlin



Judith Leicht
stellvertretende Leiterin der
Sozialforschung bei forsa

1. EINLEITUNG

Ein Ergebnis der im Juni 2015 im Rahmen des Forschungsprojektes „Wieviel Islam gehört zu Deutschland?“ von forsa im Ruhrgebiet durchgeführten Untersuchung war, dass die jüngeren Deutschen im Revier Muslime in allen Bereichen – Arbeitswelt, öffentlicher Raum, privater Alltag – nicht nur generell akzeptieren, sondern überwiegend auch ohne größere Schwierigkeiten mit ihnen zusammenleben. Bei den älteren Revierbewohnern und vor allem in jenen Gruppen, die wie die AfD-Anhänger anfällig für rechtsradikales Gedankengut sind, gab es jedoch 2015 ausgeprägte Vorbehalte gegen den Islam – und das, obwohl zu diesem Zeitpunkt in Gesellschaft, Politik und Medien von der „Flüchtlingskrise“ noch kaum die Rede war.

Im Herbst 2017, nach Einzug der AfD, die offen für rechtsradikale Ansichten steht und wirbt, in den Bundestag, und nachdem – glaubt man der Medienberichterstattung – in der Bevölkerung generell ein

„Rechtsruck“ zu beobachten sein soll, hat forsa erneut die Einstellungen der Bewohner des Ruhrgebiets nicht nur zum Islam und zu Muslimen, sondern vor dem Hintergrund des großen Zustroms von Menschen muslimischen und anderen Glaubens auch die Meinungen zur Integration und zu Integrationsangeboten sowie zu den für eine gelungene Integration von Migranten für erforderlich gehaltenen Voraussetzungen untersucht.ⁱ

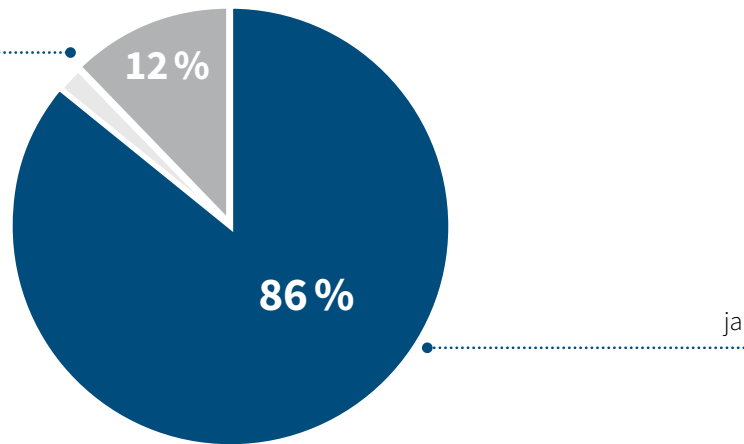
2. VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE ERFOLGREICHE INTEGRATION

Damit Integration erfolgreich sein kann, muss die gesamte Gesellschaft, also jeder Einzelne, etwas dazu beitragen. In diesem Punkt sind sich die Bewohner des Ruhrgebiets nahezu geschlossen (86 %) einig. Nur eine Minderheit (12 %) sieht die Verantwortung dafür, Migranten in die deutsche Gesellschaft erfolgreich zu integrieren, ausschließlich bei den Migranten selbst.

BEITRAG DER GESELLSCHAFT FÜR EINE GELUNGENE INTEGRATION

Damit Integration erfolgreich sein kann, muss auch die Gesellschaft, also jeder Einzelne, etwas dazu beitragen

nein, Integration ist ausschließlich Sache der Migranten



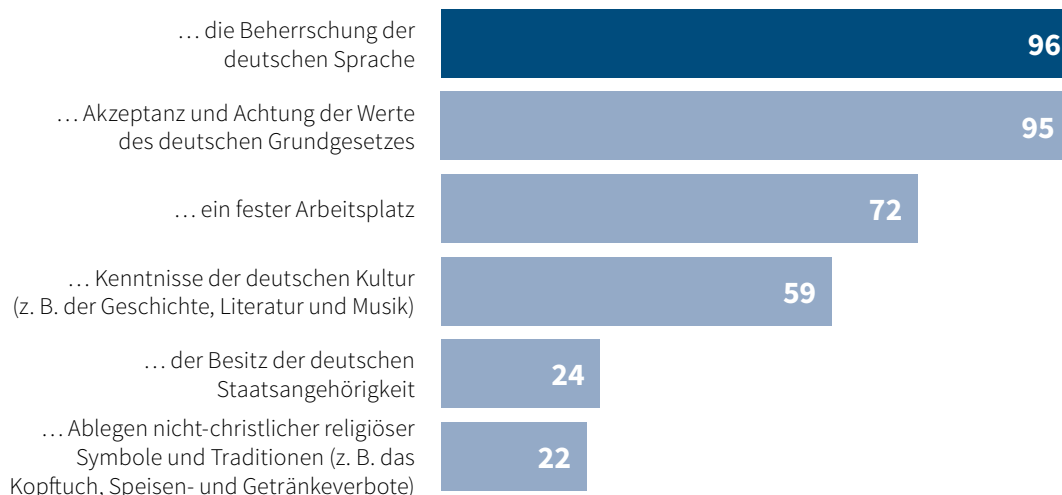
Der wichtigste Beitrag, den jeder Einzelne zur Integration leisten kann, ist nach Meinung der Revierbewohner vor allem Offenheit und Toleranz gegenüber der durch die Migranten geprägten kulturellen Vielfalt, aber darüber hinaus auch die Akzeptanz „fremder“ kultureller Bräuche und Traditionen. Neben der Verantwortung jedes Einzelnen zur Integration der Migranten gibt es aber auch Voraussetzungen, die sehr stark von der Initiative der Migranten selbst abhängig sind – so die Beherrschung der deutschen Sprache und die Akzeptanz und Achtung der Werte des deutschen Grundgesetzes. Diese beiden Aspekte werden von einer großen Mehrheit der Bewohner des Ruhrgebiets (96 bzw. 95 %) als unabdingbare Voraussetzungen für eine gelungene Integration gesehen.

Für eine Mehrheit der „Ruhrgebietler“ ist auch ein fester Arbeitsplatz (72 %) sowie Kenntnisse der deutschen Kultur – also z.B. der Geschichte, Literatur und Musik – (59 %) vonnöten, um jemanden als „erfolgreich integriert“ bezeichnen zu können.

Einen eher geringeren Stellenwert für eine „erfolgreiche“ Integration hat hingegen aus Sicht der Bewohner des Ruhrgebiets der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit (24 %). Ebenso halten es nur wenige (22 %) für erforderlich, dass die Migranten nicht-christliche religiöse Symbole und Traditionen wie z.B. das Kopftuch oder Speisen- und Getränkeverbote ablegen müssen, um als „integriert“ zu gelten. Letzteres gilt quer durch alle Bevölkerungsschichten – mit Ausnahme der Anhänger der AfD, von denen eine Mehrheit das Ablegen nicht-christlicher religiöser Symbole und Traditionen als Voraussetzung dafür ansieht, dass jemand erfolgreich in die deutsche Gesellschaft integriert ist.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE GELUNGENE INTEGRATION VON MIGRANTEN

Unverzichtbare Voraussetzungen für eine gelungene Integration von Migranten sind ...



Nur wenige Bürger des Ruhrgebiets sehen es für eine gelungene Integration auch als erforderlich an, die Rechte von Migranten, die keinen deutschen Pass haben, auszuweiten – z.B. durch die Gewährung eines kommunalen Wahlrechts.

3. MEINUNGEN ZUM ISLAM UND ZU MUSLIMEN

Im Juni 2015 und somit lange vor dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise und der aufkommenden medialen Diskussion dazu, teilten fast die Hälfte (47 %) der Befragten im Ruhrgebiet die Einschätzung des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff und von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass der Islam zu

Deutschland gehöre. Nach der Bundestagswahl 2017 ist dieser Anteil etwas zurückgegangen – im Herbst 2017 teilen noch 37 Prozent diese Einschätzung.

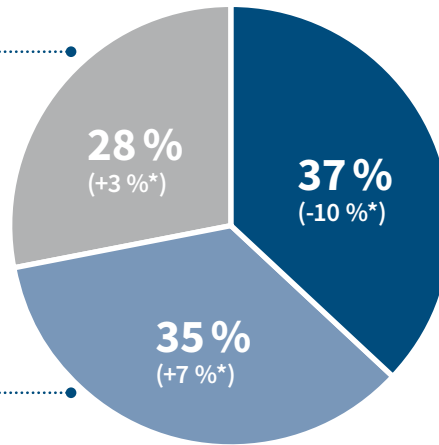
Dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, meinen in überdurchschnittlichem Maße über 60-Jährige, Befragte mit formal niedriger oder mittlerer Bildung sowie insbesondere die Anhänger der AfD, von denen fast alle den Islam nicht als Teil der deutschen Gesellschaft ansehen.

Von denen, die den Islam nicht als Teil Deutschlands sehen, glaubt aber nach wie vor die Hälfte, dass zwar nicht der Islam, aber doch die hier lebenden Muslime zu Deutschland gehören.

MEINUNGEN ZUM ISLAM UND ZU MUSLIMEN

Die in Deutschland lebenden Muslime gehören zu Deutschland

weder/noch



Der Islam gehört zu Deutschland

*) in Klammern: Veränderungen im Vergleich zu 2015

Dass der Islam zum Ruhrgebiet gehöre, glauben zwar weniger Befragte als noch im Jahr 2015, aber mit 50 Prozent immer noch mehr Revierbewohner als der Meinung zustimmen, der Islam gehöre zu Deutschland insgesamt.

wie vor nur wenigen Bürgern des Ruhrgebiets (29 %) Unbehagen. Lediglich die große Mehrheit der AfD-Anhänger (58 %) verspürt durch den Islam Unbehagen.

DER ISLAM IN DEUTSCHLAND UND IM RUHRGEBIET

Der Islam gehört

zu Deutschland

37

zum Ruhrgebiet

50

4. DAS BILD DES ISLAMS BZW. VON MUSLIMEN IM RUHRGEBIET

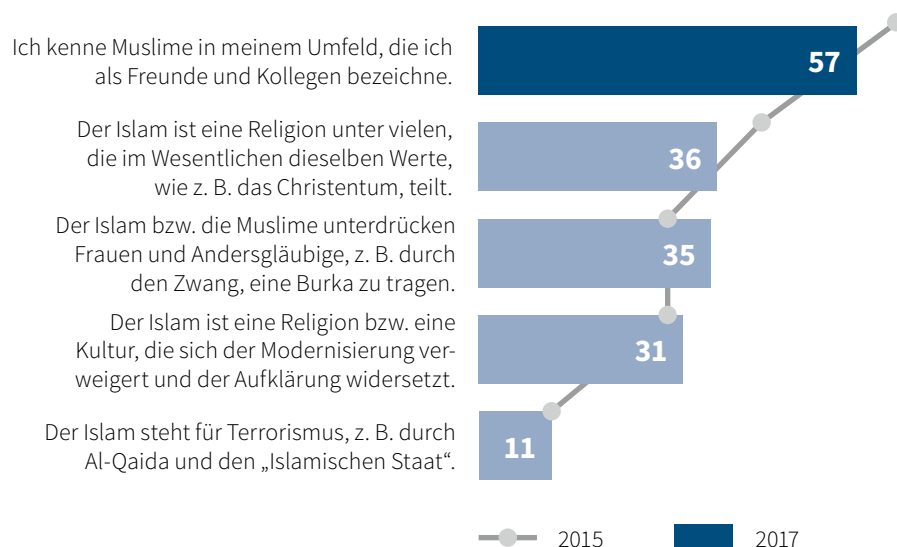
Das Bild des Islams bzw. der Muslime bei den Menschen im Ruhrgebiet ist wie bereits die Untersuchung im Jahr 2015 ergeben hatte, auch weiterhin eher ambivalent. Mit 57 Prozent gibt eine Mehrheit der Bürger des Ruhrgebiets auf der einen Seite an, Muslime zu kennen, die sie als Freunde oder Kollegen bezeichnen würden. Und 36 Prozent sehen den Islam als eine Religion unter vielen, die im Wesentlichen dieselben Werte wie z.B. das Christentum teilt.

Gleichzeitig aber meinen auch 35 Prozent, dass der Islam bzw. die Muslime Frauen und Andersgläubige unterdrücken, z.B. durch den Zwang, eine Burka zu tragen. Und 31 Prozent sehen den Islam als eine Religion bzw. Kultur, die sich der Modernisierung verweigert und der Aufklärung widersetzt. Dass der Islam z.B. durch Al Qaida oder den „Islamischen Staat“ für Terrorismus steht, glauben weitere 11 Prozent.

Obwohl der Islam von vielen im Ruhrgebiet nicht als Teil der deutschen Kultur angesehen wird, bereitet er nach

EIGENSCHAFTEN DES ISLAM BZW. VON MUSLIMEN

Es stimmen der Aussage voll und ganz zu



Die Einschätzungen des Islam bzw. der Muslime sind bei den jüngeren Bewohnern des Ruhrgebiets positiver als bei den älteren Revierbewohnern. Eine extrem negative, geradezu hasserfüllte Einstellung gegenüber dem Islam bzw. den Muslimen findet sich bei den Anhängern der AfD.

5. DIE MEDIENBERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN ISLAM IN DEUTSCHLAND

Die Medienberichterstattung über den Islam und die Muslime in Deutschland wird nur von einer Minderheit von 39 Prozent der Revierbewohner als alles in allem objektiv und neutral eingestuft. Mehr Befragte (49 %) werten die Berichterstattung über den Islam bzw. die Muslime in Deutschland als wenig objektiv und neutral. Diese Einschätzung findet sich insbesondere bei den jüngeren Revierbewohnern, den Revierbewohnern mit Migrationshintergrund sowie den Anhängern der Linkspartei und auch der AfD. Bei den AfD-

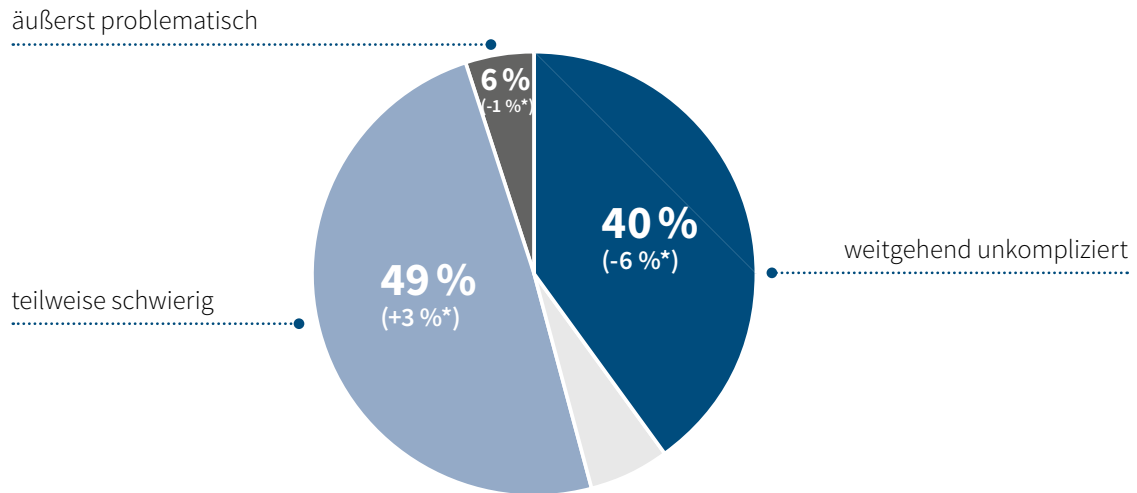
Anhängern herrscht aber – anders als bei den anderen Revierbewohnern – der Eindruck vor, dass die Berichterstattung eher zu „freundlich“ ist und deshalb nicht als objektiv bezeichnet werden kann.

6. DAS ZUSAMMENLEBEN DER KULTUREN IM RUHRGEBIET

Trotz der generell auch im Ruhrgebiet zu findenden Akzeptanz der durch die Migranten bedingten kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft verläuft das Zusammenleben zwischen Deutschen und Muslimenⁱⁱ im Alltag nicht völlig problemlos. Dabei empfinden, wie auch schon im Jahr 2015, nach wie vor nur wenige Befragte (6 %) das Zusammenleben im Alltag als äußerst problematisch. Fast die Hälfte (49 %) aber bewertet das Zusammenleben zumindest teilweise als schwierig. Dass das Zusammenleben von Deutschen und Muslimen im Alltag weitgehend unkompliziert und reibungslos verläuft, glauben 2017 40 Prozent der Bewohner des Ruhrgebiets.

EINSCHÄTZUNG DES ZUSAMMENLEBENS VON MUSLIMEN UND DEUTSCHEN IM RUHRGEBIET

Das Zusammenleben von Deutschen und Muslimen im Alltag im Ruhrgebiet empfinden als



Auch bei dieser Einschätzung zeigen sich erneut die im Vergleich zur Mehrheit der Bewohner des Ruhrgebiets deutlich negativeren Einstellungen der Anhänger der AfD: Von ihnen hält eine große Mehrheit von über 80 Prozent das Zusammenleben der Kulturen im Ruhrgebiet als teilweise oder sogar äußerst schwierig.

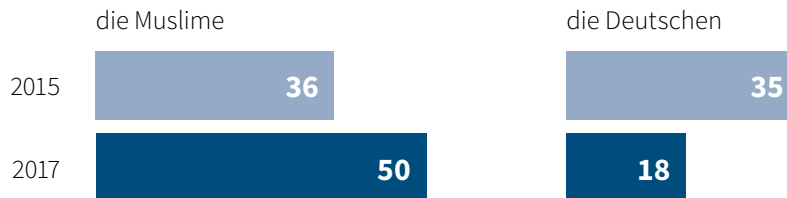
Um das Zusammenleben zwischen Deutschen und Muslimen zu verbessern, hält die große Mehrheit (93 %) der Revierbewohner verpflichtende Sprachkurse für Menschen mit unzureichenden Deutschkenntnissen sowie eine verstärkte öffentliche Förderung von Integrationsprojekten (81 %), wie z. B. gemischte Sportvereine, Jugendzentren oder Seniorentreffs, für geeignet.

Dass ein besseres gegenseitiges Verständnis der jeweils anderen Kultur – z.B. durch ein verpflichtendes Schulfach „Integration“ – zur Verbesserung des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Muslimen beitragen könnte, meinen 65 Prozent.

Im Jahr 2015 meinte jeweils rund ein Drittel der Befragten, dass Muslime wie auch Deutsche stärker in die Pflicht genommen werden sollten, sich der deutschen Kultur und Gesellschaft anzupassen bzw. sich den Muslimen und ihrer Kultur zu öffnen. Im Herbst 2017 ist der Anteil größer geworden – nunmehr meint die Hälfte (50 %) der Bewohner des Ruhrgebiets, dass die Muslime stärker in die Pflicht genommen werden sollten, sich der deutschen Kultur und Gesellschaft anzupassen. Eine stärkere Verpflichtung der Deutschen fordern nur noch 18 Prozent.

STÄRKERE INPFLICHTNAHME VON MUSLIMEN UND DEUTSCHEN?

Stärker in die Pflicht genommen werden, sich der jeweils anderen Kultur anzupassen bzw. zu öffnen, sollten



7. HINDERNISSE AUF DEM WEG ZU EINER ERFOLGREICHEN INTEGRATION

Für eine gelungene Integration von ausländischen Mitbürgern hat die Beherrschung der deutschen Sprache aus Sicht der Bürger im Ruhrgebiet einen sehr hohen Stellenwert. Deshalb sieht auch die große Mehrheit der Befragten (86 %) mangelnde Sprachkenntnisse der Migranten als größte Hürde beim problemlosen Zusammenleben zwischen Deutschen und Muslimen an. Zudem werden auch kulturelle Unterschiede, die zu Abschottungstendenzen führen (76 %) sowie ein fehlendes Interesse auf beiden Seiten, miteinander in Kontakt zu kommen (69 %), von vielen als große Hindernisse beim Zusammenleben der Kulturen gesehen.

Dass religiöse Unterschiede ein großes Hindernis eines problemlosen Zusammenlebens von Deutschen und Muslimen sind, da die Werte des Islam nicht mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar seien, meinen 53 Prozent aller Befragten. 42 Prozent sehen fehlende Angebote im öffentlichen Raum, die erleichtern könnten, miteinander in Kontakt zu kommen, als einen weiteren Grund an, ein problemloses Zusammenleben zu verhindern.

Obwohl religiöse Unterschiede nicht als die größten Hindernisse eines problemlosen Zusammenlebens gesehen werden, meinen dennoch zwei Drittel (64 %) aller Befragten, dass es für Menschen, die an den Islam glauben, schwieriger sei, sich zu integrieren als für Menschen, die einer anderen oder keiner Religion angehören.

8. BEREITSCHAFT VON ELTERN IM RUHRGEBIET ZUR TEILNAHME IHRER KINDER AN INTEGRATIVEN JUGENDPROJEKTEN

Die Bemühungen um eine bessere Integration der jüngeren Generation der Muslime sind seit geraumer Zeit gefördert worden. Insofern sagen, wie bereits 2015 auch, aktuell 31 Prozent der Eltern mit Kindern unter 18 Jahren, dass ihre Kinder bereits an Integrationsprojekten teilnehmen. Weitere 61 Prozent würden die Teilnahme ihrer Kinder an Integrationsprojekten unterstützen. Integrative Jugendprojekte würden demnach nach wie vor bei den Eltern im Ruhrgebiet auf eine eher positive Resonanz stoßen.

9. ZUSAMMENFASSUNG

Die aktuelle Befragung der Bewohner des Ruhrgebiets zu deren Einstellungen zu Migranten generell und insbesondere zum Islam und zu Muslimen bestätigt ein weiteres Mal die ambivalente Haltung, die bei den Bundesbürgern insgesamt, aber auch bei den Revierbewohnern im Hinblick auf Migranten vorhanden ist. Auf der einen Seite werden Menschen mit Migrationshintergrund trotz auch weiterhin bestehender kultureller Distanzen durchaus akzeptiert – sowohl im Arbeitsleben wie im öffentlichen Bereich und zunehmend auch im eher privaten Umfeld. Andererseits aber gibt es weiterhin Vorbehalte speziell gegen den Islam, die nach wie vor die Bemühungen zur Integration der Migranten erschweren.

Diese Vorbehalte gegen den Islam sind 2017 im Vergleich zur Untersuchung von 2015 vor dem Hintergrund der intensiven kontroversen Diskussion über die Flüchtlingsfrage und –politik größer geworden. Mit dazu beigetragen haben dürfte auch die von der AfD ausgehende systematische Hetze gegen Muslime, Flüchtlinge und Fremde generell, die von den anderen politischen Gruppen und auch vielen Medien nicht konsequent genug zurückgewiesen wurde.

Eine erfolgreiche Integration der hier lebenden Ausländer ist heute durch die systematische Verbreitung fremdenfeindlichen Gedankenguts durch einen Teil der politischen Akteure noch schwieriger als schon immer geworden. Konsequente, kontinuierliche und differenzierte Bemühungen und Anstrengungen zur Integration sind deshalb wichtiger denn je. ■

ANMERKUNGEN:

¹ Im Auftrag der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik hat forsa Politik- und Sozialforschung GmbH für die Auftaktpublikation des Forschungsprojekts „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ bereits im Sommer 2015 eine repräsentative Befragung im Ruhrgebiet zur Integration von ausländischen Mitbürgern und zum Islam durchgeführt. Im Herbst 2017 – zum Abschluss des Forschungsprojekts – wurde diese Umfrage in weiten Teilen wiederholt sowie um weitere Fragen zur Integration ausländischer Mitbürger im Ruhrgebiet ergänzt. ForSa hat zu diesem Zweck vom 15. September bis 11. Oktober 2017 insgesamt 1.001 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Bewohner des Ruhrgebiets ab 18 Jahren mithilfe computergestützter Telefoninterviews befragt.

² Da die Zuordnungen „Deutsche“ und „Muslime“ nicht trennscharf sind, wurden beide Begriffe im zugrunde liegenden Fragebogen zum besseren Verständnis der Befragten gemäß des üblichen Sprachgebrauchs verwendet. Diese Form wird auch im vorliegenden Text beibehalten. Mit „Deutsche“ sind somit grundsätzlich alle in Deutschland lebenden Personen ohne muslimischen Hintergrund gemeint, während „Muslime“ auch Personen deutscher Staatsangehörigkeit sein können.

INTEGRATION ALS SCHICKSALSFRAGE

INTEGRATION IST KEINE FRAGE DES „OB“, SONDERN EINE FRAGE DES „WIE“



Thomas Kufen
Oberbürgermeister der Stadt Essen

Der Umgang mit den Themen Zuwanderung und Integration im Allgemeinen sowie mit Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens im Besonderen wird entscheiden, in welchem Land oder in welcher Stadt wir in Zukunft leben werden. Nach der enormen Zuwanderungswelle durch Flüchtlinge in den Jahren 2015 und 2016 haben wir als Gesellschaft die Chance, uns der Beantwortung einiger grundsätzlicher Fragen zu stellen, die eine überfällige strategische Grundausrichtung in der Migrationspolitik möglich machen.

Welche Zuwanderung wollen und brauchen wir? Brauchen und wollen wir eine EU-weit abgestimmte Migrations- und Flüchtlingspolitik mit all ihren Konsequenzen? Wie gestalten wir die Integration derer, die wir aufnehmen? Welche Folgen hat Zuwanderung für unseren Sozialstaat? Wie konsequent verfahren wir mit Migranten und Asylbewerbern, die kein Bleiberecht erhalten? Und was erwarten wir von den Neuankömmlingen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen und mit den unterschiedlichsten Hintergründen in unser Land kommen, und nicht zuletzt was tun wir in letzter Konsequenz, wenn sie sich nicht an unsere Regeln und Gesetze halten? Kurz gesagt: wie definieren wir unsere Willkommenskultur, unsere Toleranz und unsere Grenzen?

Die Antworten auf diese Fragen bilden den Rahmen, der eine gelingende Integration vor Ort ermöglicht.

Denn in den Städten, Gemeinden und Kommunen entscheiden sich Erfolg oder Misserfolg der Integration, deshalb ist es umso wichtiger, dass Gesetze und Rahmen konstruktiv und anwendbar ausgestaltet sind. Die Größe der Aufgabe und der Erfordernisse, die notwendigen Instrumente sowie die tatsächlich anfallenden Kosten müssen in der Gestaltung von Gesetzen und Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, die auf die Kommunen zukommen.

Seit 2015 sind mindestens eine Million Menschen nach Deutschland gekommen, die überwiegend muslimischen Glaubens sind – darüber hinaus diskutieren Politik und Gesellschaft gerade intensiv über den Familiennachzug. Für meine Heimatstadt Essen bedeutete das bisher, dass uns allein in den Jahren 2015 und 2016 mehr als 8.500 Menschen zugewiesen wurden. Durch den Familiennachzug und den Zuzug aus anderen Bundesländern und Städten sind es derzeit über 20.000 Menschen, die sich eine Zukunft in unserer Stadt erhoffen.

Alle Hinzugezogenen bringen die Sozialisation ihrer Heimat, ihre Kultur, Glauben, Verhaltensweisen und Einstellungen mit, die zum Teil stark von unseren Gepflogenheiten und Ansichten abweichen. Diese kulturelle Vielfalt bereichert einerseits unsere Lebensweise und eröffnet neue Horizonte, sie ist andererseits in

Teilen jedoch nicht mit unseren Werten, unserer Kultur oder demokratischen Prozessen vereinbar. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau sei als Beispiel angeführt, die Einstellung gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen, die Abneigung und teilweise sogar der Hass auf Juden, die Haltung zu demokratisch-gewaltfreien Entscheidungsprozessen oder die Trennung von Staat und Religion.

Ein weiterer entscheidender Faktor kommt hinzu, der unsere Gesellschaft derzeit nachhaltig prägt und großen Einfluss auf ihren Wandel hat. Die Überalterung ist in meiner Heimatstadt ebenso Thema, wie in vielen anderen Städten oder Regionen unseres Landes.

Die Zahl der Deutschen ohne weitere Staatsangehörigkeit sinkt seit Jahren kontinuierlich und liegt gegenwärtig in Essen bei knapp etwa 76 Prozent¹ der Gesamtbevölkerung. Waren vor 30 Jahren – also im Jahr 1987 – in Essen noch 578.844 Personen deutscher Staatsangehörigkeit, waren es am 31. Dezember 2016 noch 443.065. Parallel stieg die Zahl der Nichtdeutschen. Wohnten in Essen vor 30 Jahren knapp 40.000 Menschen ohne deutschen Pass, hat sich ihre Zahl im Vergleich zu heute auf über 90.000 mehr als verdoppelt.²

Die Veränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung wird noch deutlicher, wenn zusätzlich die Altersverteilung berücksichtigt wird. 26 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit sind älter als 65. Mehr als die Hälfte der Deutschen mit nur einer Staatsangehörigkeit befindet sich in der zweiten Lebenshälfte (über 50 Jahre alt).

Umgekehrt haben heute 40 Prozent der unter 18-Jährigen in Essen eine Zuwanderungsgeschichte (24 Prozent doppelte Staatsbürgerschaft, 16 Prozent nicht-deutsche Staatsangehörigkeit).³ Besonders bei den Personengruppen aus den Flüchtlingsländern sind rund drei Viertel jünger als 45 Jahre; bei der syrischen Bevölkerung sind sogar neun von zehn Personen jünger als 45. Hinzu kommt, dass Frauen mit nur der deutschen Staatsangehörigkeit im Jahr 2016 statistisch 1,3 Kinder bekamen, während die Zahl bei nichtdeutschen Müttern im gleichen Zeitraum bei 2,1 lag.⁴

Der demografische Wandel vollzieht sich also langsam, aber mit großer Wucht und nach und nach wird deutlich, vor welcher Integrationsaufgabe wir in Essen,

aber auch in ganz Deutschland stehen. Umso wichtiger ist, dass die Frage der Integration keine Frage des „ob“ sondern des „wie“ sein muss.

FÜR DAS RUHRGEBIET IST ZUWANDERUNG NICHTS NEUES

Im Ruhrgebiet ist Zuwanderung keine neue Entwicklung. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts zogen erste Saison- und Wanderarbeiter in die Region. Viele dieser Zuwanderer siedelten sich mit der Industrialisierung zur Arbeitsaufnahme im Bergbau und der Stahlindustrie an.

Zahlenmäßig überwogen dabei polnisch-sprachige Staatsbürger aus dem preußischen Teil Polens, die sogenannten Ruhrpolen. Die zweitgrößte Gruppe bildeten Arbeitskräfte aus Italien. Auf diese Weise formten sich große Gemeinschaften mit italienischen und polnischen Wurzeln.

DURCH DEN FAMILIENNACHZUG
UND DEN ZUZUG AUS ANDEREN
BUNDESLÄNDERN UND STÄDTEN
SIND ES DERZEIT ÜBER 20.000
MENSCHEN, DIE SICH EINE ZUKUNFT
IN UNSERER STADT ERHOFFEN.

Vielfach kam es in dieser Zeit zu Spannungen zwischen den einzelnen Gruppen. Unterschiedliche Wertevorstellungen und Familientraditionen spielten hier genauso eine Rolle wie die Tatsache, dass die Neuankömmlinge häufig schlechter bezahlt wurden als die einheimischen Arbeitskräfte.

Die Lage entspannte sich erst, als nach dem Ersten Weltkrieg viele Ruhrpolen zurück in ihre Heimat zogen oder in den nordfranzösischen Kohlerevieren auf Arbeitssuche gingen.

Insgesamt betrachtet sorgte die Kriegswirtschaft beider Weltkriege für weitere Zuwanderung. Auch nach dem zweiten Weltkrieg, mit dem einsetzenden Wirtschaftswachstum in den 1950er Jahren, war der Bedarf an Arbeitskräften hoch.

Ab dem Jahr 1955 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit Italien, Spanien, der Türkei und anderen Ländern Anwerbeabkommen ab. Die diesen Abkommen zugrundeliegende Anwerbepolitik setzte damals nicht auf Integration, sondern zuallererst auf Rückführung und Assimilation.

Konkret hieß das, dass Sprach- oder gar Integrationskurse nicht vorgesehen waren. Auch die Zugewanderten selbst setzten auf eine Rückkehr in das Herkunftsland und wandten sich vorrangig – mit Unterstützung der Nationalitäten bezogenen Betreuungsverbände – der eigenen Community zu.

ZUWANDERUNG IN DER GEGENWART UND ZUKUNFT

Mit dem Familiennachzug der Arbeitsmigranten, dem Zuzug von Aussiedlern, mit weltweiten Migrationsbewegungen und zunehmender Mobilität, der Erweiterung der Europäischen Union und durch die Not der Menschen aus Krisenregionen setzt sich Zuwanderung in der heutigen Zeit fort.

Im Ruhrgebiet war schon immer „die Welt zuhause“. Über 180 Nationalitäten sind hier beheimatet. Der wertschätzende Umgang mit Vielfalt hat in Essen und in der Ruhrregion einen hohen Stellenwert. Nicht von ungefähr ist die „Charta der Vielfalt“ im Jahr 2006 als Initiative maßgeblich von Unternehmen in der Ruhrregion mit gegründet worden.

Allerdings müssen wir heute auch feststellen, dass die gelebte Integration in der Vergangenheit nicht immer von Erfolg gekrönt war. Parallelstrukturen in Essen, aber auch in anderen Großstädten zeigen, dass nicht alle Anschluss an unsere Gesellschaft gesucht und gefunden haben. Zu lange haben wir zugelassen, dass sich eine Subkultur entwickelt, der immer schwieriger beizukommen ist. Die Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016 hat diesen Umstand nicht verursacht, sie hat ihn aber mit Macht an die Oberfläche auch der medialen Aufmerksamkeit gebracht.

Es ist an der Zeit, dass wir die richtigen Fragen stellen und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen. Denn, wer glaubt, dass die letzten beiden Jahre das Ende einer Migration nach Europa und Deutschland waren, der irrt. Leider haben weder Deutschland noch Europa bisher schlüssige strategische Antworten, wie sie

künftig mit der Herausforderung von Wanderung und Zuwanderung umgehen wollen.

Ein Einwanderungsgesetz mit klarer Definition von Anforderungen und Bedürfnissen, Grenzen und Sanktionen ist ein überfälliger Schritt, weil die Migrationspolitik in Deutschland dadurch konzeptionell und strategisch auf eine grundsätzliche Basis gestellt wird. Dem steht das Recht auf Asyl nicht im Weg; dieses wertvolle Recht muss aber auf tatsächliche Fälle eng begrenzt bleiben und darf nicht als Tor für massenhafte Zuwanderung missbraucht werden.

**“IM RUHRGEBIET
WAR SCHON IMMER
‘DIE WELT ZUHAUSE’.
ÜBER 180 NATIONALITÄTEN
SIND HIER BEHEIMATET.”**

Wir müssen uns den Herausforderungen stellen, die im Zuge der Flüchtlingskrise in den letzten Jahren neu entstanden sind. Insbesondere für das Zusammenleben in den Städten gilt es, rechtzeitig die Weichen für eine berufliche und soziale Integration zu stellen.

Es gibt gute Ansätze, die zeitnah in anwendbare Regeln gegossen werden müssen. So ist beispielsweise der Kurs des neuen nordrhein-westfälischen Integrationsministers, gut integrierten Ausländern, die hier Steuern zahlen und sich nichts zuschulden kommen lassen, eine dauerhafte Bleibeperspektive zu geben, der richtige Weg.

DREI VORAUSSETZUNGEN FÜR GELINGENDE INTEGRATION

Erfolgreiche Integration gelingt, wenn drei Voraussetzungen ineinander greifen:

Zum einen ist Integration nur dann dauerhaft erfolgreich, wenn sie mit der aufnehmenden Gesellschaft erfolgt, nicht gegen sie. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat kein grundsätzliches Problem

mit Zuwanderung. Das zeigt auch die große Hilfe, die in Essen von vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bis heute geleistet wird.

Was die Menschen umtreibt, sind die Einhaltung, die Achtung und der Respekt vor unseren Werten, den erbrachten eigenen Leistungen, der Erhalt des Wohlstands, die soziale Gerechtigkeit, die innere Sicherheit sowie die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung. Nichts untergräbt das Vertrauen in den Staat, seine Organe und die Demokratie mehr als Repräsentanten, die zugeben müssen, keine Kenntnis oder Kontrolle darüber zu besitzen, wer da eigentlich über die eigene Grenze gekommen ist oder sich das Gefühl breit macht, der Staat sei nicht in der Lage, Frauen wirkungsvoll vor Übergriffen zu schützen, Einbrüche zu verhindern oder ausländische Straftäter oder Gefährder schnell abzuschieben.

Zum zweiten muss die Bereitschaft bei den Neuankömmlingen bestehen, sich in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Es gilt miteinander zu leben, nicht nebeneinander! Zwei Beispiele: am 16. April 2017 stimmten bundesweit etwa 63 Prozent und im Konsulatsbereich in Essen sogar mehr als 75 Prozent der Türken für die von Präsident Recep Tayyip Erdogan angestrebte Verfassungsreform, die weitreichende negative Folgen für die demokratische Entwicklung der Türkei hat. Es ist schon schizophren, einerseits die Einschränkung von Freiheit und Demokratie im eigenen Herkunftsland zu befürworten, während man selbst alle demokratischen Vorzüge und Freiheiten am selbstgewählten Lebensort ausgiebig nutzt und darin offensichtlich keinen Widerspruch zu entdecken scheint. Das zweite Beispiel ist eine Untersuchung der Universität Münster von 2016 zur Frage der Verbreitung von islamisch-fundamentalistischen Einstellungen in Deutschland. Darin stimmen 47 Prozent der Muslime mit türkischen Wurzeln dem Satz zu: „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe.“ Und immerhin mehr als ein Drittel der Befragten tragen die Aussage „Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben“ mit.⁵

An dieser Stelle sind auch muslimische Theologen und Vertreter von Islamverbänden gefragt. Statt reflexhaft jeden Zusammenhang von islamistischen Extremismus und dem Islam abzulehnen oder sich bei Kritik an geringer Integrationsbereitschaft in die Opferrolle gegenüber einer vermeintlich nicht aufnahmebereiten

deutschen Mehrheit zurückzuziehen, wäre es sinnvoll, sich offensiv und kritisch in die Diskussion zu begeben, weshalb irregeleitete Extremisten sich auf den Islam berufen, wie Parallelgesellschaften verhindert und was getan werden muss, damit sich Zuwanderer bestmöglich integrieren können.

Denn eine wichtige Grenze muss sein: Wer glaubt, seine Glaubensgrundsätze oder archaischen Traditionen über das Grundgesetz, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, Menschenrechte oder die Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu stellen, hat in unserem Land keinen Platz! Dieses Wertegerüst gilt es in Deutschland selbstbewusst, unmittelbar und ohne Einschränkungen besonders neuankommenden Menschen stärker als bisher zu vermitteln. Das nicht nur in Reden zu betonen, sondern auch in Taten umzuwandeln, wird in naher Zukunft die größte Herausforderung aller in diesem Land werden.

Deshalb ist es als dritte Voraussetzung unabdingbar, dass wir diejenigen, die unsere Werte, unsere Lebensweise und unsere Kultur jeden Tag schützen oder sie vermitteln sollen, mit dem Selbstbewusstsein und der Sicherheit ausstatten, dass sie in unser aller Sinne handeln. Hier sind die Gesellschaft, besonders aber die Medien und die Politik gefragt, an der Seite jener zu stehen, die im Alltag für die Durchsetzung unsere Werte und Gesetze eintreten. Wenn der Polizist, die Mitarbeiterin des Ordnungsamts, der Bademeister oder die Lehrerin unsere Gesetze und Regeln durchsetzen, müssen sie sich des Rückhalts aller in diesem Land sicher sein und dürfen für ihre Durchsetzung nicht zu erst einmal Kritik oder Skepsis fürchten müssen.

DIE GROSSE MEHRHEIT DER
BÜRGERINNEN UND BÜRGER HAT
KEIN GRUNDSÄTZLICHES PROBLEM
MIT ZUWANDERUNG. DAS ZEIGT
AUCH DIE GROSSE HILFE, DIE IN
ESSEN VON VIELEN EHRENAMTLICHEN
HELFERINNEN UND HELFERN BIS
HEUTE GELEISTET WIRD.



Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen, bei einer Vortragsveranstaltung der BAPP im Mai 2017.

BILDUNG UND TEILHABE ALS SCHLÜSSEL – MASSNAHMEN DER STADT ESSEN

Bei der Erstaufnahme der Flüchtlinge haben die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer aber auch die Kommunen gezeigt, zu welchen Leistungen sie in der Lage sind. Heute hat sich der Schwerpunkt des Handelns auf die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive verlagert.

War in den 1950er und 1960er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Arbeit der Integrationsfaktor, hat sich das heute verschoben. Heute ist Bildung zum Integrationsmittel Nummer eins geworden. Das gilt es bei künftiger Aufnahme von Menschen nach Deutschland ebenso zu beachten, wie die Notwendigkeit, die häufig nur unzureichend ausgebildeten Flüchtlinge zu qualifizieren. Beherrschung der deutschen Sprache und eine gute Schulbildung sind heute viel stärker als damals notwendig, um erfolgreich zu sein, weil die postmoderne Gesellschaft immer weniger Verwendung für ungelernete Arbeitskräfte hat. Deshalb ist es unabdingbar, viel stärker in Bildung, in die Menschen, aber auch in das bürgerschaftliche Engagement zu investieren als zuvor.

Auch die Stadt Essen kümmert sich um die Unterbringung der Neuankömmlinge, um eine gesundheitliche

Versorgung, sie sorgt für Schulunterricht, Sprachkurse und stellt Kindergartenplätze bereit. Die Stadtverwaltung hilft zudem bei der Anerkennung von Qualifikationen oder der Vermittlung in Arbeit.

Daneben bestehen diverse weitere Maßnahmen. So wurden die Bildungsangebote für Neuzugewanderte im Juli 2017 in 3. Auflage erneut aufgelegt, in der auf fast 100 Seiten ein umfassender Überblick über die Sprach-, Schul- und Berufsorientierungsangebote der Stadt gegeben werden.

In Kooperation von Servicepoint Koordination Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe, der Ehrenamtsagentur, des Instituts für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung und der Stadt Essen ist eine Zusammenstellung von Orten und Projekten entstanden, die es Menschen ermöglichen, sich zu begegnen und miteinander in Kontakt zu kommen. Mehr als 50 dieser Orte der Begegnung gibt es aktuell. Sie sind so vielfältig und bunt, wie ihre Besucherinnen und Besucher. Vom gemütlichen Sprachcafé, über Musik- und Kochevents, bis hin zu Sport- und Freizeitangeboten ist für jeden etwas dabei. Die auf der Internetseite der Stadt aufgelisteten Orte stehen jedem offen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Nationalität. Die Angebote finden regelmäßig statt und sind grundsätzlich kostenfrei.

Ein weiteres und neues Angebot richtet sich an geflüchtete arabischsprachende Frauen. Einmal pro Woche für zwei Stunden haben sich Treffpunkte in fünf verschiedenen Essener Stadtteilen in der Nähe ihres Wohnortes gebildet. Sie werden immer begleitet von qualifizierten Anleiterinnen, die ebenfalls Arabisch sprechen. In den Gruppentreffen sollen die Frauen Gelegenheit haben, sich untereinander auszutauschen, über ihre Erfahrungen zu sprechen, sich gegenseitig zu unterstützen und über bestimmte Themen nachzudenken und zu reden. Ziel der Gruppen ist es, die gesellschaftliche Teilhabe der Frauen zu fördern, ihre Fähigkeiten zu stärken, die Kenntnisse über Deutschland zu erhöhen und so langfristig die Integration zu unterstützen.

Nicht vergessen werden soll der interkulturelle Dialog. Seit dem Jahr 2007 wird im Rahmen des Interkulturellen Dialogkonzepts der Stadt Essen ein Projekt zur politischen Bildung und Förderung bildungsbenachteiligter Jugendlicher vom Fachbereich Interkulturelle Orientierung in Kooperation mit dem Jugendamt

der Stadt Essen durchgeführt. Die Schülerinnen und Schüler lernen im dialogischen Gespräch miteinander Interesse für das Andere/das Fremde zu entwickeln, Vorurteile abzubauen und ihre eigene Meinung argumentativ zu stützen. Eine breitere Gesprächskompetenz und die Stärkung ihrer emotionalen Intelligenz ermöglicht es ihnen, eigene Lösungsalternativen für Probleme und Herausforderungen zu finden.

Nach einem Ratsbeschluss Mitte 2016 wurde das auslaufende „Strategiekonzept Interkulturelle Orientierung“ in inhaltlicher, strategischer und organisatorischer Ausrichtung überprüft und an die sich verändernden Bedürfnisse angepasst und weiterentwickelt.

Mit der Verlegung des Fachbereichs „Interkulturelle Orientierung/ Kommunales Integrationszentrum“ in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters hat die Stadtverwaltung den nächsten Schritt zur Neuausrichtung der städtischen Integrationsarbeit vollzogen. Der neue Bereich wird als Einheit alle städtischen Fachbereiche bei Fragen und Maßnahmen der Integrationsarbeit bündeln, beraten und unterstützen. Damit wird das Kommunale Integrationszentrum zukünftig zahlreiche Querschnittsaufgaben in der Verwaltung übernehmen und flexibel und bedarfsgerecht auf aktuelle Themen und Ereignisse reagieren können. Zugleich werden damit alle städtischen Fachbereiche in die Thematik „Integrationsarbeit“ eingebunden. Darüber hinaus dient der neue Fachbereich als zentraler Ansprechpartner der Stadt Essen für externe Verbände, Organisationen, Institutionen und Vereine.

**“DESHALB IST
ES UNABDINGBAR,
VIEL STÄRKER IN BILDUNG,
IN DIE MENSCHEN, ABER
AUCH IN DAS BÜRGER-
SCHAFTLICHE ENGAGE-
MENT ZU INVESTIEREN
ALS ZUVOR. ”**

Gleichwohl gilt auch: bei aller Berechtigung nachzufragen, was eine Verwaltung oder die aufnehmende Gesellschaft tut oder tun kann, um soziale Unterschiede auszugleichen oder Neuankömmlingen die Integration zu erleichtern, muss es erlaubt sein. darauf hinzuweisen, dass Solidarität immer das Ziel einer aktivierenden Hilfe zur Selbsthilfe ist. Es ist kein Schicksal, in unserer demokratischen Gesellschaft mit seinen diversen Angeboten und seiner weitgehenden Durchlässigkeit abgehängt oder bildungsfern zu sein oder es auch nach zwei Generationen des Lebens in Deutschland noch immer zu bleiben. Auch entscheiden die Eltern mit ihrem Grad an Aufmerksamkeit, Zuneigung und Engagement über die Zukunft ihrer Kinder – das gilt im Übrigen nicht nur für Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Elterliche Zuwendung und Aufmerksamkeit kann keine staatliche Behörde oder Einrichtung ersetzen.

Die Essener Stadtverwaltung tut alles dafür, um Kita-Plätze, Schulen, berufliche und soziale Angebote zu schaffen und vorzuhalten, auch um ein Abdriften bestimmter Gruppen oder Stadtteile zu verhindern. Die Angebote auch wahrzunehmen und gebotene Chancen zu nutzen, das können wir niemandem abnehmen.

WEITERE FINANZIELLE HILFEN NOTWENDIG

Rund 30 Milliarden Euro wird Deutschland allein 2017 für Betreuung und Integration ausgeben. Nach Schätzungen der Essener Stadtverwaltung gibt die Stadt nur aus eigenen Mitteln schon rund 35 Millionen Euro für Flüchtlinge aus – Jahr für Jahr.⁶

Essen stellt sich dieser neuen Aufgabe. Aber die Stadt steht schon heute am Rande ihrer finanziellen und logistischen Möglichkeiten. Das Zusammenwirken von Transferbezug, gestiegenen Flüchtlingszahlen, Bildungsbenachteiligung, Desintegration und demographischer Wandel gefährden den sozialen Frieden in unserer Stadt.

Die Versorgung und Integration ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei der die Kommunen die Hauptlast tragen. Deshalb war es richtig und gut, dass sich der Bund seit dem Jahr 2016 mit einer Pauschale pro Flüchtling in Höhe von 670 Euro für die Dauer des Asylverfahrens beteiligt hat. Zudem haben sich Bund und Länder im Sommer 2016 über eine Integrationspauschale des Bundes an die Länder für die Jahre 2016 bis 2018 ver-

ständig. Diese muss nun aber auch 1:1 an die Kommunen weitergereicht werden, um den künftigen Aufgaben gerecht zu werden.

Daneben sind Mittel der Länder für die Bildung von Flüchtlingskindern nötig. So müssen unter anderem zusätzliche Plätze in Kitas und Schulen geschaffen und Schulpsychologen, Dolmetscher und Sozialpädagogen eingestellt werden.

ESSEN IST EINE WELTOFFENE
UND TOLERANTE STADT UND
HEIMAT FÜR VIELE MENSCHEN.
DAZU GEHÖREN MENSCHEN
MIT UND OHNE BEHINDERUNG,
MENSCHEN GANZ UNTERSCHIED-
LICHER HERKUNFT, KULTUR,
RELIGION, SPRACHE ODER
SEXUELLER ORIENTIERUNG.

Parallel müssen wir gerade in einer Großstadt wie Essen den Neubau von Wohngebäuden deutlich verstärken. Dazu sollten die Länder die Bundesmittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus von inzwischen 1,5 Milliarden Euro jährlich schnell einsetzen und durch eigene Mittel aufstocken.

Von den rund 93.000 Menschen, die im Juni 2017 in Essen Hartz-IV-Mittel erhielten, sind 15.000 aus den acht zugangsstärksten Nicht-EU-Ländern. Zumeist sind dies Flüchtlinge, die seit 2015 kamen. Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass der Familiennachzug diese Entwicklung verstärkt, auch weil die Zuwanderer vielfach nicht über den Bildungsstand verfügen, um hier einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachzugehen. Von gut 10.000 Menschen mit syrischem Pass, die in Essen leben, sind 90 Prozent auf Leistungen des JobCenters angewiesen. Bei den Hartz-IV-Asylkosten verschärft die unvollständige Erstattung durch Bund und Land die Lage. Von 12.200 Euro pro Jahr und

Person erhält die Stadt nur 10.390 Euro wieder gutgeschrieben.⁷ Hier würde es Essen helfen, wenn sich der Bund noch stärker an den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger beteiligt. Damit könnte Essen mit seinen hohen Sozialausgaben zielgerichtet entlastet werden. Da wir schon heute wissen, dass es eine Daueraufgabe werden wird, die Integration zugewanderter Menschen zu gewährleisten, ist auch eine nahtlose Anschlussfinanzierung der im Jahr 2018 auslaufenden Unterstützung des Bundes 2018 notwendig.

Auch bei der Ausreise von abgelehnten Asylbewerbern benötigen die Kommunen dringend Hilfe von Land und Bund. Denn wenn der Asylantrag rechtsgültig abgelehnt wurde, ist die Person zwar ausreisepflichtig, doch verlaufen Abschiebungen überaus schleppend. Das Land stellt jedoch nach drei Monaten die Erstattung der Unterhaltskosten ein, so dass die Kosten allein der Stadt überlassen werden – in Essen sind das rund 4.600 Personen; Tendenz steigend. Hier wäre eine Erstattung bis zur tatsächlichen Abschiebung angemessen.

VIELFALT ALS CHANCE

Vielfalt der Kulturen ist eine Chance, die ein Gewinn für alle hier lebenden Menschen ist. Am Beispiel des Flüchtlingskonzeptes der Stadt Essen ist ersichtlich, wie wir aus unseren Erfahrungen der Vergangenheit lernen können, um Integration voranzutreiben.

Dies kann nicht im Sinne von „Jeder macht was er will“ funktionieren. Es muss klare Grenzen und Regeln für alle geben, innerhalb derer ein jeder und eine jede bei uns sein Leben gestalten kann. Und – das ist ebenso wichtig – Verstöße, Missbrauch oder Kriminalität müssen konsequent und zeitnah geahndet werden.

Essen ist eine weltoffene und tolerante Stadt und Heimat für viele Menschen. Dazu gehören Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Religion, Sprache oder sexueller Orientierung. Auf die gemeinsame Heimat und den Zusammenhalt sind wir sehr stolz.

Im Interesse des sozialen Friedens und der Integrationsfähigkeit müssen wir deshalb auch über die Grenzen der Aufnahmefähigkeit sprechen. Hier braucht es

Pragmatismus und keinen ideologischen Idealismus, der finanzielle Tatsachen oder statistische Fakten negiert. Und wir dürfen nicht die Fehler vergangener Jahrzehnte wiederholen. Wir dürfen keine Parallelgesellschaften in unseren Städten mehr zulassen.

Das Ruhrgebiet war schon immer vielfältig und bunt, ist es heute und wird es zukünftig noch ein bisschen mehr. Wie auch immer es in fünf, zehn oder in 20 Jahren aussehen soll – das können wir nur gemeinsam anpacken und gestalten! ■

ANMERKUNGEN:

¹ Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen der Stadt Essen: Ein Blick auf Menschen in Essen Bevölkerung am 30.06.2017, 9/2017.

² Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen der Stadt Essen: Die Entwicklung der Essener Bevölkerung in den letzten 30 Jahren, Statistik Schlagzeile 1/2017 vom 31.12.2016.

³ Ebd.

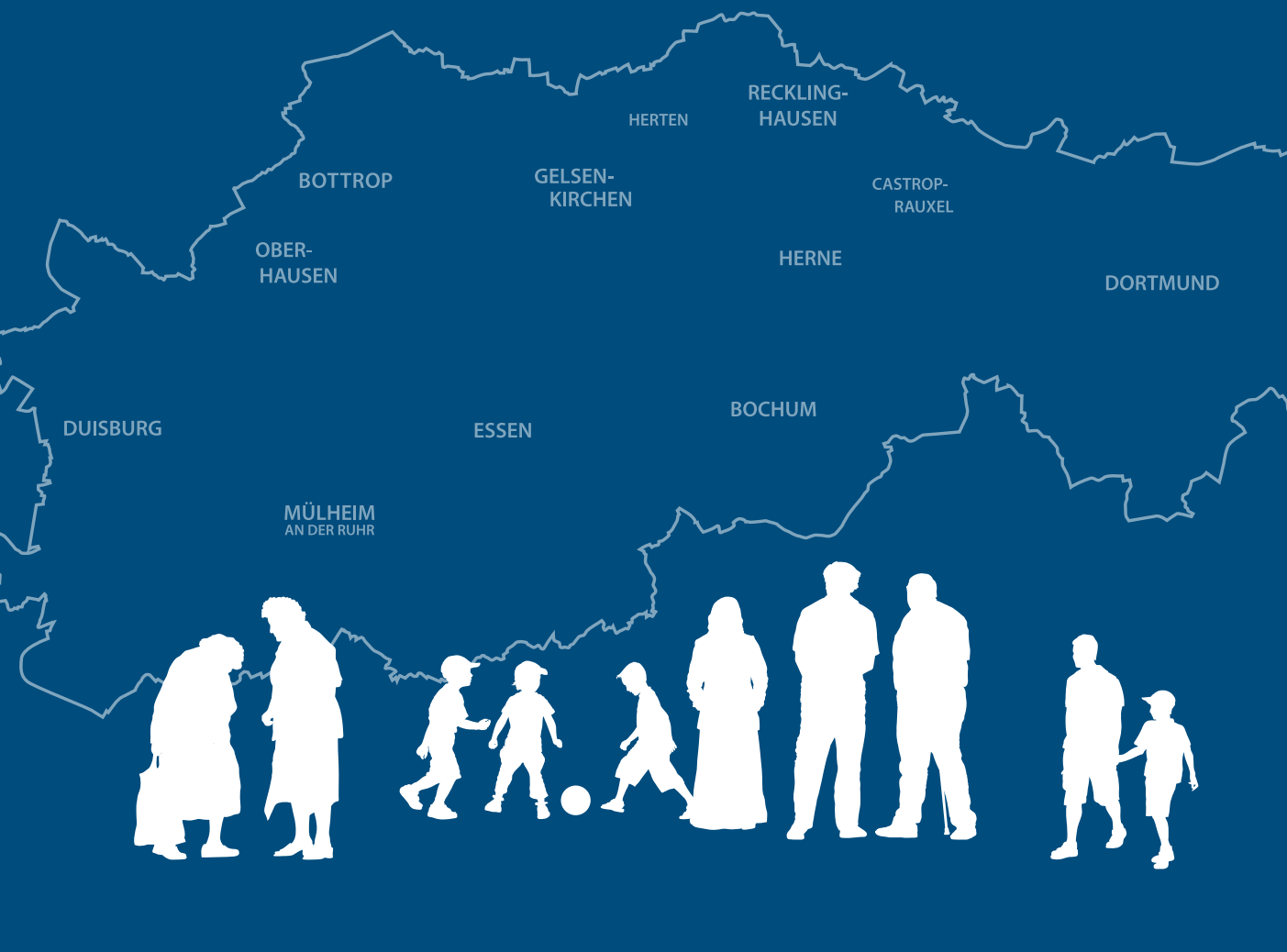
⁴ Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen der Stadt Essen: Geburtenzahlen in Essen 1987 bis 2016, , Statistik Schlagzeile 3/2017.

⁵ Aus: Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster, 2016.

⁶ WAZ: Stadt Essen klagt über die hohen Flüchtlingskosten, 31.07.2017.

⁷ Ebd.

III. ERFOLGSFAKTOREN DER INTEGRATIONSARBEIT



DAS FORSCHUNGSPROJEKT IN ZAHLEN

18 MILLIONEN
Menschen in NRW

1,3–1,5
Millionen
Muslime

65,3 %
davon stammen
aus der Türkei

843
in Nordrhein-
Westfalen

371
im Ruhrgebiet

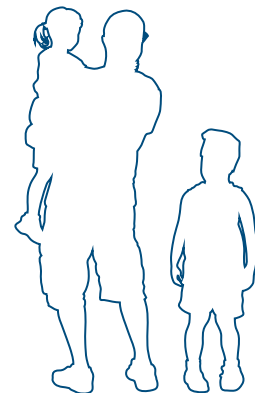
57%

der Menschen im Ruhrgebiet
kennen Muslime, die sie als Freunde
oder Kollegen bezeichnen

2.350
MOSCHEEN IN DEUTSCHLAND

86
%

finden, **INTEGRATION**
geht alle etwas an





2002
MENSCHEN im
Ruhrgebiet befragt

2.541
GÄSTE
BEI DEN DISKUSSIONS-
VERANSTALTUNGEN



111 REDNER UND
DISKUTANTEN



3 JAHRE
PILOTPROJEKTE
SCHWERPUNKTSTÄDTE

322 Multiplikatoren, die an
den Expertenworkshops
teilgenommen haben



AWO / CHANCENWERK / DITIB
GENERATIONENNETZ / HEROES
JUGENDTREFF RESPEKT / JOBLINGE
KIEBITZ / MIMI / PLAN B / ZIUMA / ...



408

Seiten in 6 Projektpublikationen

45.186

REISEKILOMETER

im Rahmen des internationalen Vergleichs

**WIEN
NEW YORK,
STOCKHOLM
AMSTERDAM**

4

Forschungsreisen

320.000

Schülerinnen und Schüler in NRW sind muslimischen Glaubens

**MEHR ALS
650** **INTEGRATIONSANGEBOTE**
gibt es in Duisburg, Essen und Gelsenkirchen

**84
%**

der muslimischen Gemeinden verfügen über eine Jugendabteilung oder einen Jugendbeauftragten

**46
%**

über eine Seniorenabteilung oder einen Seniorenbeauftragten

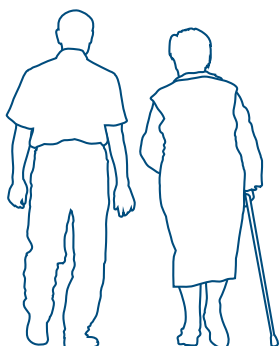
**ÜBER
350**
Migrantenorganisationen

sind in den drei Schwerpunktsstädten aktiv

**ÜBER 10.000
EHRENAMTLICHE MITARBEITER**

in muslimischen Gemeinden und Verbänden deutschlandweit

Mindestens
150.000
Menschen nutzen deren Angebote



SCHLAGLICHTER DER PROJEKTARBEIT

Unzählige Akteure leisten im Ruhrgebiet einen Beitrag zur Integrationsarbeit vor Ort. Im Rahmen des Forschungsprojekts und in enger Zusammenarbeit mit den Initiativen im Revier lernten wir vielversprechende Ansätze kennen, die Integration auf innovative Weise fördern. Hier stellen sich einige unserer Partnerprojekte vor:

ALMAN

Das Projekt „ALMAN“ (Akzeptanz fördern – Loyalität stärken – Migration akzeptieren – Anerkennung zeigen – Neues annehmen) vermittelt tendenziell integrationskritischen Personen und Multiplikatoren Faktenwissen über Migration/Integration und Religion. Primäres Ziel dieses Projektes ist es, Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft, die bisher keine Gelegenheit hatten, durch persönliche Erlebnisse ihre Unkenntnis und ihre Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund zu überwinden, Faktenwissen über den Islam und Integration zu vermitteln.

Der Träger des Projektes, die Bildungs- und Begegnungsstätte der Merkez-Moschee in Duisburg, bietet zu diesem Zweck Moscheeführungen und Sozialraumbegehungen in Duisburg Marxloh an, die die Möglichkeit bieten, die Moschee und den Stadtteil kennenzulernen und Fragen zu stellen, die von fachkundigen und im Stadtteil verwurzelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen ausführlich beantwortet werden. So werden Hemmschwellen und Vorurteile abgebaut, das

Miteinander wird gestärkt, denn Islamkritik und Islamfeindschaft sind am häufigsten dort anzutreffen sind, wo keine oder nur wenige Migranten bzw. Muslime leben, eher die ältere Generation der Aufnahmegesellschaft lebt, es mehr Männer als Frauen gibt und, eher Menschen mit lediglich elementarer formaler Bildung wohnen. Seit Beginn des Förderzeitraums am 1. September 2015 wurden bereits über 5.000 Menschen erreicht, die das erste Mal eine Moschee besucht haben bzw. Kontakt mit Migranten hatten. ■

CHANCENWERK

Chancenwerk ist ein gemeinnütziger Verein und Träger der freien Jugendhilfe. Seit 2004 setzt sich der Verein dafür ein, dass Schüler – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern und ihrer Herkunft – eine faire Chance auf Bildung bekommen. Dafür arbeitet Chancenwerk mit Schulen zusammen und setzt vor Ort Lernkaskaden ein. 2010 erhielt der Gründer und Vorsitzende, Murat Vural, das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Die Lernkaskade ist ein neuartiges Lernfördermodell. Das System funktioniert nach dem Prinzip des Gebens und Nehmens: Schüler höherer Jahrgänge erhalten kostenfreie Nachhilfe durch Studierende in einem Fach ihrer Wahl. Die Kosten trägt Chancenwerk. Als Gegenleistung unterstützen diese älteren Schüler unter studentischer Aufsicht ihre jüngeren Mitschüler bei ihren schulischen Aufgaben, darunter allgemeiner Lernstoff und Prüfungsvorbereitungen. Zusätzlich werden gemeinsame Freizeitaktivitäten unternommen. Die Jugendlichen sowie die Studierenden werden für ihre Tätigkeit an der Chancenwerk-Akademie qualifiziert.



Für drei Stunden Lernförderung pro Woche zahlen die jüngeren Schüler lediglich einen sehr geringen Monatsbeitrag. Im Gegensatz zu kommerziellen Nachhilfeanbietern ermöglicht Chancenwerk so auch Bildungszugänge für Schüler aus einkommensschwachen Familien. Alle Kinder und Jugendlichen erhalten somit eine Chance, ihr persönliches Potenzial zu entfalten. ■



HEROES

„HeRoes - Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“ ist ein Gleichstellungsprojekt des Vereins „Jungs e.V. – geschlechterbezogene Arbeit mit Jungen“, das bereits seit 2011 in Duisburg umgesetzt wird. Die Zielgruppe des Projekts sind junge Männer zwischen 16 und 27 Jahren, die sich mit Themen wie Gleichberechtigung, Ehre und Menschenrechten auseinandersetzen und sich dabei für ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Geschlechter engagieren. Sie alle haben internationale Familiengeschichte, haben alle Bezüge zu sogenannten ehrenkulturellen Milieus, gleichzeitig sind sie diesbezüglich von rassistischen Zuschreibungen betroffen. Ungleiche Geschlechterverhältnisse kennen sie oftmals aus dem sozialen Umfeld. Im Rahmen von HeRoes setzen sie sich aktiv für eine Gesellschaft ein, in der jeder, unabhängig von Geschlecht und kulturellem Hintergrund, die gleichen Möglichkeiten und Rechte hat.

Dieses Ziel wird in zwei Schritten umgesetzt: Zunächst werden junge Männer mit Migrationshintergrund zu HeRoes ausgebildet, die in einem zweiten Schritt in Schulen, Jugendbildungsstätten und Jugendtreffs in



u.a. sozialen Brennpunktvierteln Workshops zu den Themen, Ehre, Gleichberechtigung oder Identität anbieten. Adressat*innen des Workshops sind alle Jugendlichen, denn in aktuellen Zeiten eines Geschlechterrollen-Rollbacks sind die HeRoes als Modelle für Geschlechtergerechtigkeit nicht nur für die eigenen Communities, sondern auch für die Mehrheitsbevölkerung mehr als notwendig. Dem rollenspielbasierten Workshop liegt der Gedanke der Peer Education zugrunde: Bei schwierigen Themen wie dem Überwinden traditioneller Geschlechterrollenbilder lernen Jugendliche am besten von gleichaltrigen Vorbildern. Die HeRoes suchen in den Workshops den Dialog auf Augenhöhe und machen den Jugendlichen schwierige Themen durch Denkanstöße und das Aufzeigen von Alternativen anhand von Rollenspielen zugänglich. ■





JOBLINGE

Bei JOBLINGE engagieren sich Wirtschaft, Staat und Privatpersonen gemeinsam, um junge Menschen mit schwierigen Startbedingungen zu unterstützen. Das Ziel: echte Jobchancen und die nachhaltige Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Über passgenaue Qualifizierung, ehrenamtliches Mentoring und Begleitung während der Ausbildung erreicht die Initiative weit überdurchschnittliche Erfolge für die Teilnehmer – 70 % der Jugendlichen schaffen den Sprung in das Berufsleben. Zur Integration junger Flüchtlinge hat JOBLINGE das spezifische Programm JOBLINGE Kompass entwickelt.

Seit 2013 arbeitet die JOBLINGE gAG Ruhr sehr erfolgreich in der Integration langzeitarbeitsloser Jugendlicher im Ruhrgebiet. Über 60% der durchschnittlich 22-jährigen Teilnehmer haben einen Migrationshintergrund, alle erhalten Leistungen des Jobcenters (Hartz IV). Trotz der schwierigen Ausbildungsmarktlage im Ruhrgebiet verlassen auch hier sieben von zehn Joblingen das Programm mit einer – zum Teil für sie völlig neuen – Berufsperspektive. Für dieses herausragende

Engagement wurde die Joblinge gAG Ruhr in diesem Jahr mit dem Sonderpreis des Talent Award Ruhr 2017 ausgezeichnet.

Auch die Joblinge gAG Ruhr ist im Oktober 2017 mit dem speziell für junge Geflüchtete entwickelte Programm „Joblinge Kompass“ gestartet, das auf die bewährten Programminhalte aufbaut und durch ein intensives Sprachkonzept, sowie auch interkulturelle Workshops ergänzt wird.

JOBLINGE öffnet den jungen Menschen das Ruhrgebiet, genauso, wie es vorherige Generationen hier bereits getan haben und schließt damit die Lücke zwischen Herkunft und Zukunft. ■





INTERNATIONALES JUGEND- UND KULTURZENTRUM KIEBITZ E.V.

KIEBITZ bietet jungen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen an einem „dritten Ort“, außerhalb von Elternhaus und Schule, in einer offenen Atmosphäre und ohne Leistungsdruck. In Workshops, Kursen und Projektwochen, bei Aufführungen oder Lesungen werden sie selber künstlerisch aktiv, sei es in den bildenden Künsten, in Fotografie, Literatur, Musik, Tanz, Theater, Hörspiel oder Film. Begleitet und angeleitet werden sie dabei von profilierten professionellen Künstlern, die ausgesprochen pädagogische und kommunikative Kompetenzen mitbringen. Für die Arbeit mit Einzelpersonen, Gruppen oder ganzen Schulklassen ist der Ge-

danke prägend, dass die Begegnung mit Kunst schon im jugendlichen Alter für die Entwicklung der Persönlichkeit von hohem Wert ist und für alle Schichten der Gesellschaft zugänglich sein muss. Neue Kommunikationschancen für deutsche und nichtdeutsche Jugendliche entstehen so auf einer Ebene, die zunächst allen fremd ist, auf der sich alle zurechtfinden müssen. Neue Möglichkeiten der Verständigung werden erprobt mit ganz anderen Mitteln – Farben, Sprachvielfalt, Körperbewegung, Musik. So lösen sich stereotype Verhaltensweisen und Denkmuster. Freiräume entstehen, die Platz schaffen für gegenseitiges Verständnis und neue Freundschaften zwischen Jugendlichen. Dabei sieht sich Kiebitz als ein Bindeglied, als Anreger und Mitgestalter einer kulturellen Teilhabe in der städtischen Gesellschaft und macht sich für Kinder, Jugendliche und die Kunst stark. ■



MABILDA

Mabilda e.V. ist die Abkürzung für Mädchenbildungsarbeit e.V. und betreibt ein kleines Mädchenzentrum in Duisburg-Obermarxloh für Mädchen im Alter von 6 bis 18 Jahren. Mabilda setzt sich mit ihrer Arbeit aktiv für die Gleichberechtigung der Geschlechter und Chancengleichheit für Mädchen in allen Lebensbereichen ein. Dabei ist den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen wichtig, keine starren Bilder oder Normen zu vermitteln, die ein bestimmtes Emanzipationsziel beinhalten, sondern die Mädchen in ihrer Selbstentfaltung und der Umsetzung ihrer eigenen Ziele zu unterstützen. Täglich gibt es verschiedene Angebote, wie ein warmes Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung, Tanzen oder gemeinsames Basteln. Auch Beratungsangebote bei familiären oder schulischen Problemen, aber auch bei drohender Zwangsarbeit, stehen den Mädchen offen.

Mabilda beantragt, plant, organisiert und macht zudem Mädchenprojekte an zahlreichen Duisburger Schulen zu den Themen Selbstbehauptung, Gewaltprävention, Konflikttraining, Prävention von Cyber-Mobbing, Medienkompetenzbildung, Öko- und Umwelttechnik, Berufswahlorientierung, Liebe & Sexualität und Gesundheit. Für die Frauen und Mütter aus dem Stadtteil gibt es außerdem ein wöchentliches Frauenfrühstück, Vorträge und Beratungsangebote. Im Fokus der Arbeit in den ethnisch vielfältigen Gruppen geht es darum, den Mädchen ein stabiles und verlässliches Umfeld zu geben und sie unter dem Motto „Du kannst die werden, die du willst“ in der vollen Entwicklung ihrer Potenziale zu bestärken. ■



PLANB RUHR E.V.

Seit seiner Gründung vor sechs Jahren engagiert sich PLANB Ruhr e.V. im Bereich ambulante wie auch stationäre Kinder- und Jugendhilfe, Migration und Integration sowie Bildungsarbeit und ist als anerkannter Träger unter dem Dach des Paritätischen NRW organisiert. Dabei stand von Beginn an im Fokus, dass wir Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur auf Augenhöhe begegnen, aber auch innerhalb unserer Teams die gesellschaftliche Vielfalt abbilden. Aus diesem Grund beschäftigt PLANB mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die insgesamt auf über 30 Sprachen und Dialekte in ihrer Arbeit zurückgreifen können und somit eine Brücke zwischen der hiesigen Gesellschaft und den Zugewanderten schlagen. Zudem verfügen sie selbst häufig über eine Zuwanderungs- oder Fluchtgeschichte, was einen niederschweligen Zugang zu den Klientinnen und Klienten ermöglicht.

Unser Arbeitsspektrum umfasst folgende Schwerpunkte:

- Flexible ambulante Erziehungshilfen
- Stationäre Erziehungshilfen
- Bildungs- und Kompetenzförderung
- Migrations- und Integrationsarbeit
- Kindertagesstätten
- Bereich Pflegefamilien





JUGENDTREFF RESPEKT E.V. / GENC OSMAN E.V.

Seit 2007 ist der „SV Genc Osman Duisburg e.V. – Zentrum für Bildung, Kultur, Sport und Integration“ ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe, der ein Jugendzentrum im Keller der Moschee Genc Osman betreibt und als Pächter des Heinrich-Hamacher-Sportparks in Duisburg Neumühl sportliche Heimat für mehr als 17 Mannschaften allen Alters ist. Das Jugendzentrum allein bietet täglich bis zu 150 Jugendlichen jeder Herkunft einen Rückzugsraum zur aktiven Freizeitgestaltung. Der Jugendtreff fungiert für Jugendliche vor allem als soziale Heimat, in der sie neben Freizeitbeschäftigungen wie Billard, Kicker, Playstation und natürlich dem Fußballspielen auch die Möglichkeit haben, ihre Hausaufgaben zu erledigen oder sich mit ihren Sorgen und Problemen an Ansprech- und Vertrauenspersonen zu wenden. Die Idee, einen solchen Jugendtreff zu gründen, entstand aus eigenen Erfahrungen des Gründers Erkan Üstünay. In seiner Jugend traf Üstünay sich wegen fehlender Alternativen mit seinen Freunden in Parks oder auf der Straße. Deshalb wollte er jungen Menschen einen Treffpunkt bieten der, neben passenden Räumlichkeiten und Freizeitmöglichkeiten, die geistige und körperliche Entwicklung in einem nachhaltigen Umfeld fördert und begleitet. Der SV Genc Osman führt aktiv nied-

rigschwellige und wertevermittelnde Projekte in den Bereichen Zukunftsgestaltung, Demokratieförderung und Extremismusprävention, Kinder und Jugendliche im Stadtteil Duisburg Hamborn durch – so z.B. im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ oder als Ordnungspartner der Polizei Duisburg. Der Verein wurde zuletzt mehrfach für seine sozial-integrative Arbeit ausgezeichnet, unter anderem mit dem DFB-Integrationspreis. ■



PRAKTISCHE PERSPEKTIVEN AUF DIE INTEGRATIONSARBEIT IM RUHRGEBIET

ERGEBNISSE AUS DEM FORSCHUNGSPROJEKT



Prof. Dr. Volker Kronenberg

Projektleiter und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



Marco Jelic

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



Jasmin Sandhaus

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bonner Akademie

„Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ – mit diesem einfachen und doch kontroversen Satz löste der damalige Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit im Jahre 2010 eine der wirkmächtigsten integrationspolitischen Debatten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aus. Joachim Gauck fand mit seinem Diktum, „die Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland“, einige Jahre später eine Formel, auf die sich eine Mehrheit der Deutschen inzwischen verständigen kann. Doch auch nach über 50 Jahren Einwanderungsgeschichte in der Bundesrepublik stellen Migration und Integration nach wie vor große gesellschaftliche und politische Herausforderungen dar: Gerade im Alltag leben Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen zwar meist friedlich miteinander, aber vielfach noch immer nebeneinander her. Erschwert wird das Zusammenleben zudem durch den medialen und öffentlichen Diskurs zum Thema Integration, in dessen Fokus ‚der

Islam‘ oder ‚die Muslime‘ spätestens seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 als vermeintlich homogene Gruppe häufig pauschalisierend negativ thematisiert werden.

Die Auswirkungen zeigen sich besonders deutlich am Beispiel des Ruhrgebiets. Obwohl es sich traditionell um eine der vielfältigsten Regionen Europas handelt und Zusammenhalt hier selbstverständlicher entsteht als in vielen anderen Regionen, finden sowohl die Parolen des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan als auch jene rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen hier größere Zustimmung als in anderen Teilen der Republik. Dies liegt vor allem an der angespannten sozialen Situation im Ruhrgebiet, die das gesellschaftliche Konfliktpotenzial erhöht. Zugleich arbeiten an der Ruhr jedoch auch unzählige Akteure mit beispiellosem Engagement daran, die gleichberechtigte Teilhabe aller hier lebenden Menschen in

allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Die Herausforderungen stellen sich dabei auf unterschiedlichen Ebenen: Es geht um die Herstellung von Chancengleichheit in der Schule und der Ausbildung, um Partizipation und Mitspracherecht in Zivilgesellschaft und Kommune, sowie – speziell mit Blick auf die älteren Menschen muslimischen Glaubens – auch um den Zugang zu bedarfsgerechter und kultursensibler Gesundheitsversorgung und Pflege.

Praxistaugliche Antworten auf diese Herausforderungen zu finden und Erfolgsfaktoren in der konkreten Arbeit in den Kommunen und im Quartier zu identifizieren, die zu gelingender Integration und zu einer Belebung des interkulturellen Miteinanders beitragen, war zentrales Ziel unseres Forschungsprojekts. Darüber hinaus wurden bestehende Angebotslücken identifiziert und – in Kooperation mit 17 Projektpartnern – passgenaue, innovative Lösungsansätze entwickelt. Deren stärkere Berücksichtigung durch Integrationsprojekte, aber auch durch kommunale Institutionen und Förderer, kann nachhaltig zu einer optimaleren Ausschöpfung bestehender Potenziale der Integrationsarbeit im Ruhrgebiet beitragen.

1. EIN WEITERES PROJEKT ZUM THEMA INTEGRATION? DER FORSCHUNGSSTAND

Studien und Forschungen zum Thema Integration sind nicht erst seit der akuten Zunahme der Fluchtmigration nach 2015 erschienen, sondern haben international, aber vor allem auch in Deutschland, eine längere Tradition. Dennoch hat der Themenkomplex, gerade auch mit Blick auf Muslime, in den letzten zwei Jahren nochmals neue Schubkraft gewonnen. Die Bandbreite der Veröffentlichungen ist dabei groß und reicht von theoretisch-wissenschaftlichen Untersuchungen über vielfach quantitative Befragungen und Analysen bis hin zu konkreten Handlungsempfehlungen vor allem an die Politik und politische Akteure.

Trotz des Booms der Integrationsforschung in Deutschland und deren Etablierung als anerkanntes und wachsendes Forschungsfeld besteht noch immer keine Einigkeit im Hinblick auf eine allgemeingültige Definition gelungener Integration.¹ Die Schwierigkeit ergibt sich vor allem aus dem Doppelcharakter der Integration, die neben der analytischen Kategorie auch immer eine normative Komponente beinhaltet,

sodass auch in der Zukunft davon auszugehen ist, dass unterschiedliche Kategorien parallel verwendet werden oder die Verwendung des Begriffs insgesamt in Frage gestellt wird.² Mittlerweile durchgesetzt hat sich jedoch die Auffassung, dass Integration aus einer strukturellen sowie einer kulturellen Komponente³ besteht und nicht nur Bringschuld der Migranten ist, sondern genauso von der sogenannten Mehrheitsgesellschaft geleistet werden muss.⁴

Eine grundlegende Analyse der Bevölkerungsstruktur ermöglicht der Mikrozensus, in dessen Rahmen seit 2005 auch der Migrationshintergrund unabhängig von der Staatsbürgerschaft erhoben wird.⁵ Ergänzt werden diese Informationen um den jährlich erscheinenden Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Zu- und Auswanderung statistisch untersucht.⁶ Einen Überblick über den Stand der Integration gibt der Bericht der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, der Erfolge und Herausforderungen in den relevanten Querschnittsbereichen (z.B. Arbeitsmarkt, Sprache, Partizipation, Gesundheitsversorgung etc.), gleichermaßen aber auch integrationshemmende Faktoren wie Diskriminierung auf Grund von Herkunft oder Religion untersucht.⁷ Einen gesamtgesellschaftlichen Fokus nehmen zudem die Studien zur postmigrantischen Einwanderungsgesellschaft des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung ein.⁸

Gerade im Kontext der jüngsten Fluchtmigration, vor allem aus muslimisch geprägten Herkunftsstaaten, aber auch schon nach 9/11 und der sogenannten ‚Sarrazin-Debatte‘, sind speziell muslimische Einwanderer in den Fokus aktueller Untersuchungen gerückt. Zur statistischen Orientierung dient noch immer die Studie zu muslimischem Leben in NRW.⁹ Zudem stellt der jährliche Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung in diesem Bereich die Standardreferenz zur Einstellungsforschung der Muslime in Deutschland dar.¹⁰ Die Studien zeichnen ein vielfältiges und facettenreiches Bild des Islam und der Muslime als heterogene Gruppe. Auf identifikatorische Zugehörigkeitsfaktoren fokussiert das Integrationsbarometer des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), das verdeutlicht, dass türkeistämmige Menschen sich weniger häufig als andere Zuwanderergruppen mit Deutschland identifizieren.¹¹ Die Türkeistämmigen, die mit etwa 2,9 Millionen¹² Menschen die größte Einwanderungsgruppe darstellen, stehen im Fokus unterschiedlicher Untersuchungen: Sowohl Analysen des Berliner Instituts für Bevölkerung und

Entwicklung¹³ als auch des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI)¹⁴ attestieren ein vergleichsweise niedrigeres Integrationsniveau und die größten Unterschiede in sozialstruktureller Hinsicht. Obwohl die Studien zum Teil kritisch aufgenommen wurden,¹⁵ zeigen weitere Analysen, dass zumindest weiterhin deutliche Defizite bei der Integration Türkeistämmiger ins Bildungswesen und in den Arbeitsmarkt vorhanden sind. Ein weit verbreitetes Gefühl unter Türkeistämmigen, nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt zu werden, konstatiert zudem eine Umfrage zur Integration und Religion von Türkeistämmigen, die im Rahmen des Exzellenzclusters Religion und Politik der Universität Münster durchgeführt wurde.¹⁶

Ursachenklärungen und Handlungsempfehlungen, die an diese Befunde anschließen, sie auf unterschiedliche Weise adressieren und sich damit vor allem an die übergeordnete politische Ebene wenden, sind zahlreich. Dazu zählt etwa auch das Jahresgutachten des SVR, das bereits 2015 anmerkte, dass ein integrationspolitisches Gesamtkonzept in Deutschland nach wie vor nicht erkennbar sei.¹⁷ Konkreter werden die Vorschläge unterschiedlicher Akteure in den Querschnittsbereichen Arbeitsmarkt, Ausbildung und Bildung oder Partizipation. Jüngst stärker in den Fokus gerückt sind zudem Konzepte zur Wertevermittlung und Demokratiebildung.¹⁸ Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Analyse der kommunalen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.¹⁹ Auf die Projektebene und damit verbundene Kriterien konzentriert sich vor allem die Analyse- und Beratungseinrichtung Phineo, welche jedoch zivilgesellschaftliche Initiativen einzig auf ihre Wirkung hin untersucht und den Faktor der gesellschaftlichen Relevanz bzw. einen Abgleich mit regionalen Bedarfen nicht näher betrachtet.

Woran es auch nach langjähriger Forschung in diesem Bereich weiterhin fehlt, ist zudem eine stärkere Berücksichtigung regionaler Spezifika. Die angebotenen Lösungsvorschläge beanspruchen vielfach eine Allgemeingültigkeit, die es angesichts der unterschiedlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen in verschiedenen Teilen des Landes nicht geben kann. Zudem existiert noch immer kein universelles Analyseraster, das sowohl die Stärken und Schwächen individueller Projekte und Maßnahmen in den Blick nimmt und auf dieser Basis konkrete Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung gibt (wie dies beispielsweise wissenschaftliche Evaluationen tun), als auch den Blick für die regionale Angebots- und Nach-

fragestruktur öffnet, um auch staatliche Institutionen sowie private Akteure auf Basis wissenschaftlicher Kriterien bei der Auswahl und gezielten Förderung erfolgversprechender Projekte zu unterstützen. Dabei ist es gerade die Verbindung dieser Aspekte, die – neben den ohne Zweifel grundlegenden Analysen und Empfehlungen für politisches Handeln – einen positiven Effekt auf gelungene Integration vor Ort verspricht. Handlungsempfehlungen, die sich direkt an die Akteure in den Stadtteilen und Quartieren richten und von diesen kurzfristig umgesetzt werden können, lassen auf eine direktere Wirkung hoffen, als politische Empfehlungen, die viel mehr Zeit und Vorlauf benötigen, um zu Veränderungen zu führen. Entsprechende Analysen, die auf die Initiativen vor Ort fokussieren und in Partnerschaft mit lokalen Partnern auch die Umsetzung im Blick behalten, können hier einen wichtigen Mehrwert liefern. Hier setzt daher das Forschungsprojekt an, ohne damit Politik und öffentliche Hand aus ihrer Verantwortung entlassen zu wollen.

2. FORSCHUNGSDESIGN

Vor dem Hintergrund einer diffusen und teilweise ideologisch geprägten Theoriedebatte sieht sich das praxisorientierte Forschungsprojekt bewusst einem handlungs- und lösungsorientierten Integrationsbegriff verpflichtet: So verstanden zielt Integration auf die gleichberechtigte Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen mit Fokus auf die Ebene der Sozialintegration. Integration ist dabei zu verstehen als Wechselwirkung zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft(en) mit Anforderungen auf beiden Seiten. Angelehnt an die soziologische Integrationsforschung legen wir mit strukturell-funktionaler und kulturell-identifikatorischer Integration zwei Dimensionen zugrunde, die einen Orientierungsrahmen für Parameter erfolgreicher Integration bieten.²⁰ Strukturell-funktionale Integration meint dabei die politische, rechtliche und sozio-ökonomische Teilhabe in allen (Teil-)Systemen, Institutionen und Bereichen der Mehrheitsgesellschaft, beispielsweise dem Bildungswesen, dem Arbeitsmarkt oder dem politischen System. Kulturell-identifikatorische Integration wiederum ist gleichzusetzen mit der emotiven, identifikatorischen Bindung an das Gemeinwesen.²¹ Zu ihren Parametern zählt etwa die Identifikation mit der Stadt, der Region oder dem (deutschen) Staat im besten Sinne eines Einklangs mit der Verbundenheit zum eigenen Herkunftsland bzw. den familiären Wurzeln.

2.1 SCHWERPUNKTSETZUNG

Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsstruktur im Ruhrgebiet, aber auch medialer und öffentlicher Debatten, liegt der Fokus des Forschungsprojekts auf der größten migrantischen Gruppe, den türkeistämmigen Zuwanderern, die in der Mehrzahl muslimisch-sunnitischen Glaubens sind. Damit wollen wir – neben grundsätzlichen Erwägungen – gerade in einer zunehmend säkularen (Mehrheits-)Gesellschaft den Blick für die spezifischen Bedürfnisse dieser Gruppe schärfen. Auch wenn gerade die türkisch-sunnitischen Zuwanderer nicht als homogen konstruierte Gruppe (miss-)verstanden werden dürfen, lassen sich sowohl auf strukturell-funktionaler als auch auf kulturell-identifikatorischer Ebene Unterschiede erkennen, auf die auch entsprechende Analysen hinweisen.²² Diesen empirisch feststellbaren Unterschieden, so die Grundannahme, muss im Rahmen eines passgenauen Ansatzes begegnet werden.

Einer solch differenzierten Betrachtung ist auch die regionale Fokussierung auf das Ruhrgebiet sowie die demographische Begrenzung auf die Gruppen der jungen und alten Menschen geschuldet. Traditionell im Ruf eines ‚Schmelztiegels der Kulturen‘ stehend und vor dem Hintergrund der akuten Herausforderungen des Strukturwandels in einer stark verdichteten Metropolregion kann das Ruhrgebiet in vielerlei Hinsicht als Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen gelten. Um gleichzeitig auch der Vielfalt der Region gerecht zu werden, konzentrierte sich die Projektarbeit auf die drei Schwerpunktstädte Duisburg, Essen und Gelsenkirchen.

In demographischer Hinsicht liegt die Fokussierung auf junge und alte Menschen nahe, da sich die Herausforderungen der Integrationsarbeit für beide Gruppen in besonders zugespitzter Weise darstellen: Gerade im Ruhrgebiet erfolgte Integration traditionell am Arbeitsplatz – eine Möglichkeit, die weder Jugendlichen, die (noch) nicht in Ausbildung oder Arbeit sind, noch Senioren offensteht. Es ist daher von besonderer Bedeutung, für beide Gruppen eigenständige Integrationsangebote zu schaffen, die die integrative Kraft der Berufstätigkeit ausgleichen und kompensieren können. Speziell bei jungen Menschen stellt sich zudem die Herausforderung, sie auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt so vorzubereiten, dass sie hier gleiche Chancen haben und auch vor dem Hintergrund des Strukturwandels als vollwertige Mitglieder in die Arbeitsgesellschaft integriert sind. Mit Blick auf die Se-

noren stellen sich ganz ähnliche Herausforderungen hinsichtlich der Integration in die – und Teilhabe an den – Sozialsystemen.

Die Frage, inwieweit vor diesem Hintergrund passgenaue Angebote in Form konkreter Maßnahmen und Projekte vorhanden sind oder etabliert werden können, stand im Zentrum des Forschungsprojekts. Auf Basis einer grundsätzlichen Analyse der Angebote und Bedarfe in den Schwerpunktstädten sowie der zweijährigen Begleitung unterschiedlicher Maßnahmen und Initiativen zeigte sich deutlich a) in welchen Bereichen es

IN DEMOGRAPHISCHER HINSICHT LIEGT DIE FOKUSSIERUNG AUF JUNGE UND ALTE MENSCHEN NAHE, DA SICH DIE HERAUSFORDERUNGEN DER INTEGRATIONSARBEIT FÜR BEIDE GRUPPEN IN ZUGESPITZTER WEISE DARSTELLEN.

bisher keine oder unzureichende Angebote gibt (externe Dimension) und b) wie (Integrations-)Projekte sich aufstellen müssen, um noch effektiver zu arbeiten und ihre Wirkung zu erhöhen (interne Dimension).

2.2 FAKTOREN ERFOLGREICHER INTEGRATIONSARBEIT – EIN ANALYSERASTER

Zentrale Faktoren, die den Erfolg von Integrationsinitiativen und –projekten ausmachen, haben sich im Rahmen und auf Basis der dreijährigen Untersuchungen deutlich herauskristallisiert. Das offen angelegte Forschungsdesign orientiert sich dabei an den spezifischen Gegebenheiten vor Ort im Ruhrgebiet und zielt darauf ab, sowohl Projekte als auch Mittelgeber dabei zu unterstützen, einen möglichst hohen Wirkungsgrad zu erzielen, d.h. mit bedarfsorientierten Angeboten eine breite Zielgruppe effektiv und nachhaltig zu erreichen.

Das Analyseraster teilt sich somit in eine externe sowie in eine interne Dimension: Die externe Dimension berücksichtigt die Relevanz der Zielsetzung, während die interne auf die Effektivität der Umsetzung fokussiert. Die Relevanz der Zielsetzung ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Bedarf und dem beste-

henden Angebot in der Kommune, die Effektivität der Umsetzung maßgeblich aus der Analyse projektinterner Prozesse und Erfolgsfaktoren. In diesem Zusammenhang darf nicht davon ausgegangen werden, dass jedes Projekt jeden dieser Punkte in Gänze erfüllen und umsetzen kann. Ziel muss vielmehr ein vielfältiges Integrationsangebot sein, das sich in der Praxis sinnvoll ergänzt, anstatt Parallelstrukturen aufzubauen.

a. Externe Dimension: Relevanz der Zielsetzung

Die Relevanz der Zielsetzung einer Maßnahme oder eines Projektes ergibt sich aus der Angebots- und Nachfragesituation vor Ort. Makro-perspektivisch gilt es daher zunächst, die Angebotsstruktur zu analysieren und mit den bestehenden Bedarfen abzugleichen. So wird deutlich, in welchen Bereichen bereits ein hinreichendes Angebot vorhanden ist, das bestehende Anforderungen in angemessener und passgenauer Form adressiert. Gleichmaßen kann eine solche Analyse jedoch auch verdeutlichen, an welchen Stellen ein Ausbau des Angebots sich lohnen kann, gerade weil bestimmte Bedarfe bisher gar nicht oder nur teilweise abgedeckt werden.

Die Relevanz des Angebots ergibt sich demnach direkt aus dem Abgleich von Angebot und Nachfrage sowie einer konkreten Adressierung diagnostizierter Angebotslücken. Daran anknüpfend gilt es, praxistaugliche Ansätze zu entwickeln, die dazu beitragen können, bestehende Angebotslücken zu schließen. Diese können etwa in regionaler, inhaltlicher und sozio-demographischer Hinsicht bestehen. Als besonders relevant können solche Projekte gelten, die sich mit innovativen Herangehensweisen drängenden Herausforderungen annehmen und damit das bestehende Angebot sinnvoll ergänzen.

b. Interne Dimension: Effektivität der Umsetzung

Die Frage nach der Effektivität der Umsetzung zielt auf die interne Dimension der Projektarbeit und lässt sich anhand der Kriterien Reichweite, Interaktionsqualität, Professionalisierungsgrad und Nachhaltigkeit messen. Ein Vergleich entlang dieser Kategorien ermöglicht dabei die Identifikation konkreter Erfolgsfaktoren und *best practices*, die auch über die Grenzen konkreter Projekte hinweg beispielgebend sein können.

Das Kriterium der *Reichweite* gibt die Zahl der erreichten Zielpersonen im Rahmen einer Maßnahme an. Der

Begriff besitzt dabei sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Dimension: Zum einen geht es darum, möglichst viele Menschen zu erreichen, gleichwohl sollten diese jedoch den relevanten – zum Teil schwer zugänglichen – Zielgruppen entstammen. Der Begriff geht demnach über das ‚reine Zählen‘ hinaus; gerade mit Blick auf besonders problematische, oft bildungsferne Zielgruppen können qualitative Erfolge gewichtiger sein als rein quantitative Steigerungen der Teilnehmerzahl.

Die *Interaktionsqualität* bezieht die qualitativ-inhaltliche Dimension der Projektarbeit – und damit Intensität und Frequenz des Kontakts – mit in die Analyse ein. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass einmalige Veranstaltungen einen weit geringeren Effekt haben als regelmäßige und langfristige Angebote, die auf wiederkehrenden Kontakten und ggf. auf über Zeit gewachsenen Vertrauensverhältnissen beruhen und auf diesem Wege auch eine größere inhaltliche Tiefe des Angebots ermöglichen. Dem steht die noch immer vielfach praktizierte Beurteilung auch von Förderprojekten allein anhand der Teilnehmerzahl jedoch oftmals entgegen.

Der Grad der *Professionalisierung* fokussiert auf die interne Organisation und Aufstellung der einzelnen Initiativen. Hauptamtliche Strukturen sowie die fachliche Qualifizierung des Personals stehen hier im Fokus. Zudem weisen stabile Netzwerke sowohl zur Migrantengemeinschaft als auch zu öffentlichen Institutionen und etablierten Trägern der Wohlfahrtspflege auf einen höheren Professionalisierungsgrad hin. Investitionen in die Organisationsentwicklung deuten zudem auf einen stetigen Reflexionsprozess und Optimierungsbestreben mit Blick auf Arbeitsabläufe und Innovationsfähigkeit hin. Weiterhin sind stetige Evaluationen ein Indiz dafür, dass Projekte ihre eigenen Strukturen hinterfragen, bestehende Defizite ausgleichen und so auch inhaltlich professioneller arbeiten können.

Das vierte Analysekriterium nimmt die *Nachhaltigkeit* der einzelnen Integrationsangebote in den Blick. Den größten Nachhaltigkeitseffekt entfaltet dabei eine solide finanzielle Basis, die eine langfristige inhaltliche und personelle Planung ermöglicht und damit sowohl Kontinuität gewährleistet und das Risiko verringert, dass individuelles Wissen durch Mitarbeiterverluste verpuffen kann. Dieser Aspekt verweist auf die persönliche Dimension der Nachhaltigkeit, die auch durch eine strukturierte Alumniarbeit und die Institutionalisierung persönlicher Netzwerke gestärkt werden

kann. Auch langfristig angelegte Kooperationen und vertragliche Verpflichtungen weisen auf einen hohen Nachhaltigkeitsgrad hin.

3. ZUR SITUATION IM RUHRGEBIET

Gerade das Ruhrgebiet kann auf eine lange Migrationsgeschichte zurückblicken. Erst in jüngerer Zeit hat sich jedoch die Erkenntnis durchgesetzt, dass Integration aktiv gefördert und vorangetrieben werden und das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen gestaltet werden muss – vor allem auch auf kommunaler und lokaler Ebene. Heute spiegelt sich das auch in der lokalen Projektlandschaft im Integrationsbereich wider: Es existiert ein vielfältiges Angebot an Integrationsmaßnahmen, sowohl was die strukturelle Integration als auch das kulturelle Angebot anbelangt. Die kommunalen Integrationszentren – im Verbund mit Wohlfahrtsverbänden, privaten Trägern, Stiftungen, Vereinen und Migrantenorganisationen (MSOs) – wirken im Rahmen zahlreicher Projekte und Initiativen daran mit, Integration, Teilhabe und Chancengleichheit auf lokaler Ebene zu fördern. Die Städte Duisburg, Essen und Gelsenkirchen verfügen darüber hinaus über ausdifferenzierte Integrationskonzepte, die das Thema als Querschnittsaufgabe in der Kommune verankern. Dennoch gibt es an unterschiedlichsten Stellen Ansatzpunkte, die es zu analysieren und erkennen gilt, um Integrationsarbeit noch besser zu gestalten und auch die eigene Arbeit zu optimieren.

3.1 RELEVANZ DER ZIELSETZUNG – BEDARFS- UND ANGEBOTSSTRUKTUR IM RUHRGEBIET

Die Makroanalyse des Angebots in den drei exemplarisch untersuchten Ruhrgebietskommunen zeigt sowohl mit Blick auf die inhaltliche Dimension der Angebote als auch deren horizontale und vertikale Verteilung noch immer Diskrepanzen zur Nachfragesituation und somit auch fortbestehende Optimierungspotenziale.

Der inhaltliche Fokus der Mehrzahl der Integrationsmaßnahmen liegt auf funktionalen Aspekten wie dem Spracherwerb oder beruflichen Qualifizierungsangeboten. Bildungsabschluss und Arbeitsplatz sind immer noch Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Integration, die in ihrer Relevanz nicht hoch genug bewertet werden können. Rund zwei Drittel der Angebote und die überwiegende Mehrzahl der öffentlich geförderten Maßnahmen fokussieren deshalb auf diesen Bereich.

Dabei handelt es sich etwa um Sprach- und Integrationskurse, um Förder- und Nachhilfeangebote für Jugendliche, aber auch um Informationsangebote zum deutschen Gesundheitssystem für muslimische Senioren. Diese Schwerpunktsetzung öffentlicher, kommunaler und privater Förderung ist nachvollziehbar und sinnvoll, da in diesen Bereichen nach wie vor anhaltend hoher Handlungsbedarf besteht. Auch wenn sich die Zahlen nach und nach angleichen, haben Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund nach wie vor schlechtere Erfolgschancen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt als ihre herkunftsdeutschen Altersgenossen.²³ Gleichsam lässt sich zeigen, dass auch muslimische Senioren staatliche Leistungen aufgrund fehlender Informationen und Kenntnisse seltener in Anspruch nehmen, wodurch etwa auch gesundheitliche Risiken entstehen.²⁴

Rund ein Drittel der Angebote in den exemplarisch analysierten Ruhrgebietskommunen adressiert demgegenüber den kulturell-identifikatorischen Bereich. Rein quantitativ, so lässt sich attestieren, gibt es hier ein deutlich geringeres Projektangebot. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt gemeinhin als wichtigste Integrationsparameter gelten, die Relevanz dieses vergleichsweise ‚weichen‘ identifikatorischen Bereichs aber lange Zeit unterschätzt wurde. Diverse Studien, die etwa auf Identitätskonflikte türkeistämmiger Jugendlicher, die bereits in der zweiten oder dritten Generation hier leben, und ihre Verbundenheit zur Türkei hinweisen sowie auch die hohe Zustimmung zum türkischen Verfassungsreferendum im Ruhrgebiet, unterstreichen jedoch die Bedeutung des kulturell-identifikatorischen Bereichs. Angebote, die auf die attestierten Identitätskonflikte, aber auch politische Bildung, Pluralismus und Wertebildung fokussieren, müssten demnach dringend ausgebaut werden, denn hier ist die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage aktuell besonders groß.

Noch weniger entwickelt ist das Angebot an der zentralen Schnittstelle zwischen strukturell-funktionalen und kulturell-identifikatorischen Inhalten, deren Bedeutung für die Implementierung eines ganzheitlichen Integrationsangebots jedoch zentral ist. Eine Vielzahl der Initiativen, die im Bereich Integration tätig sind, ist hochspezialisiert auf einen spezifischen Bereich, auf den sie den inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit legen und in dem sie sich oftmals beachtliches Expertenwissen erarbeitet haben. Das ist in vielen Fällen sinnvoll und wirkt sich positiv auf die Qualität

der Arbeit aus, beschränkt jedoch auch die Zugänge zur Zielgruppe stark. Speziell im Bereich der (politischen) Partizipation sind die Grenzen zwischen beiden Dimensionen fließend und sollten so auch in der Projektlandschaft stärker abgebildet werden. Gerade im Bereich der Partizipation kann ein Zusammendenken beider Dimensionen zu einer Verbesserung der Integrationsarbeit führen.

Für die Angebotsverteilung auf horizontaler – also soziodemographischer – Ebene lässt sich attestieren, dass etwa 85 Prozent des bestehenden Angebots sich dezidiert an die migrantische Zielgruppe richten, und das immer noch zu oft mit einem defizitorientierten Blick. Explizit die Mehrheitsgesellschaft adressiert kaum ein Integrationsangebot, obwohl immer wieder darauf hingewiesen wird, dass Integration ein beidseitiger Prozess ist. Dabei zeigen gerade die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen 2017 und die Erfolge der rechtspopulistischen AfD, dass der Bedarf – gerade mit der gestiegenen Fluchtmigration ab 2015 – stetig wächst. Wer Integration auch als Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen versteht, muss bemerken, dass größere Teile der ‚herkunftsdeutschen‘ Bevölkerung zunehmend von diesen ausgeschlossen sind – oder sich selbst von ihnen ausschließen. Diesen Prozessen sollte mit entsprechenden innovativen Konzepten aktiv entgegengewirkt werden. Auch an der Schnittstelle – also dort, wo beide ‚Gruppen‘ aktiv anzusprechen wären – gibt es nur wenige Angebote. Dabei ist gerade der Bedarf nach interkulturellem Dialog und Austausch, die Gemeinsamkeiten betonen und wechselseitiges Verständnis schaffen, statt immer auf vermeintlich Trennendes zu rekurrieren, von besonderer Bedeutung.

Auf vertikaler Ebene, also hinsichtlich der Tiefe des Angebots, konzentriert sich Bestehendes weniger an den Rändern als im mittleren Bereich und somit auf die vergleichsweise einfach abzuholenden Zielgruppen. Das betrifft z.B. Angebote, die an die Schule angekoppelt sind; schwer zugängliche Jugendliche, die längst aus dem Bildungssystem ausgestiegen sind und gar nicht mehr zur Schule gehen, werden durch diese jedoch nicht erreicht und fallen somit häufig durch das Raster. Umgekehrt fehlt auch für Hochqualifizierte, die in der Lage wären, künftig Führungsaufgaben zu übernehmen, eine bedarfsgerechte anspruchsvolle Förderung. Neben einigen Stipendienprogrammen, die junge Erwachsene mit (muslimischem) Migrationshintergrund bei Aufnahme und erfolgreichem Abschluss eines Studiums unterstützen sollen, gibt es nur wenig Angebote für diese Zielgruppe.

Sowohl für die inhaltliche Dimension als auch die Ebene der Zielgruppe lässt sich zudem festhalten, dass ein Großteil der Initiativen sehr spezialisiert ist und autark in einem bestimmten Bereich arbeitet. Diese sind zwar verschiedentlich durch persönliche Kontakte oder lose Netzwerke im Austausch mit anderen Institutionen und Organisationen, dennoch lässt sich eine strukturierte Zusammenarbeit nur selten beobachten. Dabei liegt gerade hier großes Potenzial, wenn es darum gehen soll, zukünftig auch die Schnittstellen stärker in Form konkreter Angebote zu bedienen. Zu häufig stehen die einzelnen Projekte untereinander noch immer in Konkurrenz um Mittel und Reputation, statt potenzielle Synergieeffekte gemeinschaftlich auszuschöpfen. Im Sinne eines ganzheitlichen Angebots, das sowohl beide inhaltlichen Dimensionen als auch die unterschiedlichen Zielgruppen einbezieht, sollte das Potenzial, das durch Vernetzung entsteht, in Zukunft deutlich stärker genutzt werden.

3.3. EFFEKTIVITÄT DER UMSETZUNG – BEOBACHTUNGEN AUS DEM RUHRGEBIET

a. Reichweite

Noch immer sind die Projekte und Programme auch etablierter Träger im Ruhrgebiet teilweise nicht in der Lage, die relevante Zielgruppe gezielt anzusprechen und mit ihren Angeboten zu erreichen. Dies kann ganz unterschiedliche Gründe haben: So ist vielen Anbietern zunächst z.B. nicht bewusst, dass unterschiedliche Zielgruppen meist nicht mit der gleichen Methode erreicht werden können. Speziell kulturelle Faktoren spielen bei der Wahl adäquater, zielgruppenspezifischer Anspracheinstrumente eine oftmals unterschätzte Rolle, über die sich viele Akteure bisher nicht vollumfänglich bewusst sind. Das betrifft vor allem Initiativen, die die migrantische Zielgruppe erst jüngst in den Fokus genommen haben und (noch) nicht über entsprechende Community-Zugänge verfügen. Oftmals fehlt es an entsprechenden Kulturmittlern und Vertrauenspersonen, die den Kontakt und Dialog zu den Communities viel einfacher und direkter herstellen können. Denn ohne diese Vertrauenspersonen sind Misstrauen gegenüber Institutionen und Hemmnisse aufgrund sprachlicher Hürden speziell bei älteren Migranten nach wie vor in hohem Maße vorhanden. Zudem besteht gerade im Gesundheitsbereich oft Unwissen über die Fülle an bestehenden Angeboten. Feststellen lassen sich diese Befunde quantitativ wie qualitativ – sowohl die Zahl als auch der soziodemographische Hintergrund der Teilnehmer entspre-

chen oftmals nicht den Erwartungen der Träger. Dies kann auch daran liegen, dass die Einstiegshürden für viele potenzielle Teilnehmer zu hoch sind, etwa was Sprachkenntnisse, interkulturelle Kompetenz oder schlicht die Verortung von Angeboten in entfernten Stadtteilen betrifft. Gleichsam mag es auch an der fehlenden Skalierbarkeit von Angeboten liegen, die sich sehr stark auf die Verbindungen und das Engagement einzelner Personen stützen, welches sich nicht replizieren lässt.

b. Interaktionsqualität

Durch eine Fokussierung auf rein quantitative Benchmarks wie etwa die Teilnehmerzahl, setzen manche Förderer und Förderinstrumente heute Fehlanreize, die dazu führen, dass sich zahlreiche Angebote in leicht skalierbaren, einmaligen Veranstaltungen, Informationsgesprächen oder Online-Angeboten erschöpfen. Rein quantitativ können solche Maßnahmen zwar tatsächlich mehr Menschen erreichen, als eine inhaltlich sehr intensiv in Kleingruppen arbeitende Initiative; die Projektarbeit hat jedoch deutlich gemacht, dass sie kaum nachhaltige Effekte erzielen. Denkanstöße verblassen nach kurzer Zeit, Informationen werden vergessen, Kontakte verlieren sich. Hier

“DIE REINE TEILNEHMER-
ZAHL SAGT WENIG
DARÜBER AUS, WIE
WIRKSAM DER KONTAKT
WAR UND INWIEFERN EIN
NACHHALTIG BLEIBENDER
EFFEKT ERZIELT WURDE.”

bedarf es auch von Fördererseite ein Umdenken, denn die reine Teilnehmerzahl sagt wenig darüber aus, wie wirksam der Kontakt war und inwiefern ein nachhaltig bleibender Effekt erzielt wurde.

Doch auch bei dauerhaftem Kontakt und Austausch mit den Teilnehmern gilt es, den qualitativen Anspruch zu überprüfen. Hier können niedrigschwellige Freizeitangebote, etwa im Sportbereich, ein Einstieg sein, sollten aber nicht das Ziel der Integrationsarbeit blei-

ben. Qualitative Auswirkungen kann auch die Einbeziehung des direkten Umfeldes der Projektteilnehmer haben, das immer noch zu selten mitangesprochen wird: Aus inhaltlichen wie organisatorisch-logistischen Gründen ist es oft zentral, zumindest am Rand auch für Familie oder Freunde der eigentlichen Zielgruppe ein relevantes Angebot zu machen. So sind Eltern maßgeblich mitverantwortlich für den Bildungserfolg ihrer Kinder; diese im Rahmen von Nachhilfe- oder Förderprogrammen einzubeziehen, kann sich demnach sehr positiv auf den Projekterfolg auswirken.

c. Professionalisierung

Der Blick auf den Professionalisierungsgrad einzelner Initiativen im Ruhrgebiet offenbart ein breites Spektrum von kleinen ehrenamtlichen Vereinen, die häufig vom Engagement Einzelner leben, bis hin zu großen, sehr professionell organisierten und gut finanzierten Anbietern. Auffällig ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass vergleichsweise wenige MSOs einen hohen Professionalisierungsgrad erreichen, obwohl sie einen unverzichtbaren Beitrag für gelingende Integration leisten – nicht zuletzt, weil sie häufig über einen deutlich besseren Zugang zu den Communities und relevanten Zielgruppen verfügen.

Auch jenseits der Finanzierung bestehen speziell im kulturell-funktionalen Bereich nach wie vor Defizite, die vor allem in einer übermäßigen Abhängigkeit von ehrenamtlichem Engagement begründet liegen. Hier ist der Aufbau hauptamtlicher Strukturen ebenso zentral wie die gezielte Entwicklung strukturierter Netzwerkarbeit. Der Zugang zu kommunalen Akteuren, Trägern und Förderern, aber auch zu MSOs, ist essentiell für professionelle Integrationsarbeit. Nicht nur gelingen Zugänge zu Informationen, Partnern und auch Mitteln dadurch leichter, auch der Austausch von Expertise kann als Katalysator für die eigene Arbeit wirken. Gerade aus dieser Perspektive wirkt eine Steigerung der Professionalität häufig selbstverstärkend.

Mit einem hohen Professionalisierungsgrad gehen außerdem ein regelmäßiges Qualitätsmanagement sowie Evaluationen einher. Gerade Organisationen, die bereits auf langjährige Erfahrung zurückblicken können, neigen zum Teil dazu, auf tradierte Strukturen aufzubauen, die von Zeit zu Zeit hinterfragt und ggf. aufgebrochen werden müssten. Eine Evaluation der eigenen Arbeit kann hierfür nützliche Impulse geben und überprüfen, inwieweit die Projektziele tatsächlich erreicht werden und welche Anpassungen notwendig wären.

d. Nachhaltigkeit

Schließlich wurden auch große Diskrepanzen einzelner Projekte mit Blick auf den Faktor Nachhaltigkeit deutlich – eng verknüpft mit der Frage nach einer längerfristigen oder sogar dauerhaft stabilen Finanzierungslage. Dafür gilt es, auch auf Fördererseite ein Umdenken zu Gunsten längerer Förderperioden, die über zwei oder drei Jahre hinausgehen, anzuregen, denn viele Projekte verlieren erfahrenes Personal, Netzwerke oder Know-How, weil sie ihre eigene Finanzierung meist nur kurzfristig sichern können. Auch bindet die Formulierung neuer Förderanträge bei diversen Stellen (zu) viele Ressourcen.

Aber auch auf Seiten der Projekte besteht mit Blick auf die Nachhaltigkeit der eigenen Arbeit zum Teil erheblicher Handlungsbedarf. Eine strukturierte Alumniarbeit, die Einbindung der Teilnehmer in bestehende Netzwerke und insbesondere die Eröffnung von Perspektiven, die – beispielsweise auch vermittelt durch Kooperationen – über das konkrete Projekt hinausweisen, bergen hier erhebliches Potenzial.

4. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EINE ERFOLGREICHE INTEGRATIONSARBEIT

Insgesamt, so macht die Problemanalyse deutlich, gibt es im Ruhrgebiet bereits ein – auch im bundesweiten Vergleich – ausgesprochen breites und qualitativ hochwertiges Integrationsangebot. Dennoch, auch das wird sichtbar, bestehen weiterhin Optimierungspotenziale vor allem hinsichtlich der Entwicklung eines ganzheitlichen Projektangebots sowie auch im Hinblick auf die Effektivität der Projektarbeit. Sowohl für die externe als auch für die interne Dimension lassen sich auf Basis der Bestands- und Bedarfsanalyse konkrete Handlungsempfehlungen formulieren, die dazu beitragen können, Integration im Ruhrgebiet noch erfolgreicher zu gestalten.

4.1 RELEVANZ: INTEGRATIONSANGEBOTE GANZHEITLICHER DENKEN

a. Nischen besetzen

Vor allem bei der Etablierung neuer, aber auch beim Ausbau bestehender Angebote lässt sich die größte Wirkung durch eine Konzentration auf jene Bereiche und Nischen erzielen, die bisher noch nicht – oder nicht in hinreichendem Maße – besetzt werden. Übertragen auf

die Angebotsstruktur im Ruhrgebiet heißt das vor allem, einen inhaltlichen Schwerpunkt auf kulturell-identifikatorische Themen zu legen. Hier können auch Förderer wertvolle Impulse geben, denn gerade in diesem Bereich verfügen Integrationsprojekte aufgrund geringerer öffentlicher Investitionen nur über vergleichsweise geringe Mittel und wenig Planungssicherheit.

Besonderes Potenzial liegt zudem in Ansätzen, die inhaltliche Schnittpunkte zur strukturell-funktionalen Dimension mit einem passenden Projektangebot adressieren. So ist etwa die aktive Förderung der politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund innerhalb der Strukturen der Mehrheitsgesellschaft ein wichtiges Zukunftsthema, das aus unterschiedlichen Gründen bisher weder von den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft noch von den MSOs wirksam adressiert wird. Im europäischen Ausland ist man hier bereits weiter, wie das schwedische Beispiel der Svenska muslimar för fred och rättvisa, die als Jugendgruppe die Interessen junger Muslime im politischen Raum proaktiv vertreten, zeigt.

Gleiches gilt für den Ausbau des Projektangebots für die Mehrheitsgesellschaft und die Förderung des interkulturellen Austauschs. Beispielcharakter hat in diesem Zusammenhang ein Angebot der Bildungs- und Begegnungsstätte der Merkez-Moschee in Duisburg: Im Rahmen des Projektes ALMAN organisieren die Mitarbeiterinnen Moscheeführungen und Sozialraumbegehungen in Duisburg-Marxloh, die dazu beitragen, Vorurteile und Hemmschwellen abzubauen, gleichermaßen aber auch einen Startpunkt für ein interkulturelles Miteinander setzen können.

b. Angebote ganzheitlich denken

Einen bedeutenden Beitrag zur Integration im Ruhrgebiet kann die Etablierung ganzheitlicher Projektansätze leisten. Ein inklusiv gedachter und gestalteter Ansatz kann nicht nur mehr Menschen ansprechen, sondern auch ihre unterschiedlichen Bedürfnisse wirksam adressieren. Die spezialisierte und autarke Arbeitsweise zahlreicher Projekte erschwert jedoch die Umsetzung eines ganzheitlichen Vorgehens und führt dazu, dass bestimmte Personen oder Zielgruppen weiterhin durch das bestehende Angebotsraster fallen. Häufig sind dies jene, die den höchsten Unterstützungsbedarf aufweisen. Zudem vereinfacht ein ganzheitlicher Projektansatz Prozesse und kann sich – gerade in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern – auch ressourcenschonend auswirken.

Ganzheitliche Projektansätze können auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen umgesetzt werden: Wichtig ist etwa die Einbezug des Umfeldes. Eltern haben beispielsweise großen Einfluss auf den Bildungserfolg ihrer Kinder, gleichzeitig verfügen sie jedoch auch über eigene Bedürfnisse und Anliegen, die vielfältiger Art sein können. Hier ein entsprechendes, flankierendes Angebot zu machen oder auch in weitere Initiativen vermitteln zu können, ist speziell für Maßnahmen, die sich an Schüler richten, äußerst sinnvoll. Nicht nur lassen sich so inhaltlich-thematische Synergien realisieren, auch in organisatorisch-logistischer Hinsicht lassen sich durch parallele Angebote etwa für Eltern konkrete Alltagsprobleme lösen, die andernfalls einer Teilnahme der Schüler im Wege stehen könnten.

Gleichzeitig kann auch ein neuer Blick auf bestehende Herausforderungen alternative Lösungsmuster aufzeigen, indem z.B. unterschiedliche Zielgruppen gemeinsam adressiert oder verschiedene inhaltliche Schwerpunkte miteinander kombiniert werden. Erstes setzt exemplarisch das Wiener Oma/Opa-Projekt, durchgeführt vom Verein NL40, sehr erfolgreich um. Kinder mit Migrationshintergrund und schulischen Problemen bekommen im Rahmen von feststehenden Tandems regelmäßig Unterstützung von Senioren aus der Nachbarschaft beim Lernen. Die Kinder profitieren sowohl schulisch als auch menschlich vom dem Austausch. Die Senioren bauen Vorurteile ab und bleiben in stetigem sozialem Austausch – gerade wenn sie keine Familie und nur noch wenige Freunde haben. Nicht selten ergeben sich daraus private Kontakte, die auch die Familien der Kinder einbeziehen. Ein ganzheitlicher Projektansatz wird hier auf verschiedenen Ebenen umgesetzt: Zum einen werden auf vertikaler Ebene Gruppen zusammengebracht, die im Alltag nur wenig oder gar keine Berührungspunkte haben. Zum anderen werden horizontal sowohl Migranten als auch Mehrheitsgesellschaft angesprochen, das Projekt stärkt den Austausch, statt Grenzen zu verfestigen. Vor allem wenn es zur Verstetigung im Privaten kommt und auch die Freizeit gemeinsam gestaltet wird, mischen sich zu den eigentlich strukturellen Projekthalten auch kulturell-identifikatorische Aspekte.

Die Verknüpfung von strukturell-funktionalen und kulturell-identifikatorischen Ansätzen verfolgt auch die Initiative Joblinge im Ruhrgebiet. Primär verhelfen die Joblinge ausbildungssuchenden Jugendlichen mit multiplen Vermittlungshindernissen zu einem Ausbildungsplatz. Bei der Auswahl der Teilnehmer spielt der Migrationshintergrund keine Rolle, sie werden auf-

grund des gemeinsamen Interesses an einem Ausbildungsplatz angesprochen, die Gruppen sind folglich durchweg heterogen. Über einen Zeitraum von sechs Monaten nehmen sie an einem strukturierten Vollzeitprogramm teil, das sie dabei unterstützt, einen Ausbildungsplatz zu finden – eigentlich ein klassisch funktionaler Aspekt der Integration. Dennoch berücksichtigt der Joblinge-Ansatz auch unterschiedliche kulturell-identifikatorische Elemente im Programm: Dazu zählen etwa ein strukturiertes, individuelles Mentoring-Programm, Besuche im Landtag NRW und Gespräche mit Abgeordneten, Anti-Rassismus-Trainings und Theaterworkshops. Während Ganzheitlichkeit hier sehr erfolgreich innerhalb eines einzelnen Projekts umgesetzt wird kann gerade in dieser Hinsicht auch die Vernetzung mit weiteren Partnern und Akteuren der Integrationsarbeit gewinnbringend sein.

c. Verbindungen schaffen und Vernetzung fördern

Ein ganzheitlicher Projektansatz kann maßgeblich auf der Ebene der Verbindung und Vernetzung umgesetzt und ausgestaltet werden – gerade auch wenn es darum geht, bestehende Ressourcen und Kompetenzen effektiv zu nutzen. Dennoch arbeiten viele Projekte nicht – oder nur eingeschränkt – im Rahmen institutionalisierter Kooperationen mit anderen Partnern zusammen. Dabei gäbe es in inhaltlicher Hinsicht zahlreiche Anknüpfungspunkte, um einzelne Initiativen zum wechselseitigen Nutzen durch stabile Brücken zu verbinden. In vielen Fällen können so die diagnostizierten Nischen im Projektangebot bereits durch die strategische Vernetzung unterschiedlicher Akteure geschlossen und die Bedürfnisse der jeweiligen Teilnehmer zielgerichteter und umfassender abgedeckt werden.

Vor allem mit Blick auf die Schnittstellenarbeit haben Vernetzungsansätze großes Potenzial. Strukturell-funktionale und kulturell-identifikatorische Programme unterschiedlicher Partner können in gemeinsame Angebote eingebracht oder jedenfalls durch die wechselseitige Vermittlung von Teilnehmern verbunden werden. Gleiches gilt auch für die Ansprache von Migranten und Mehrheitsgesellschaft. Angebote zu gemeinsamen Interessen des Zusammenlebens im Stadtteil, die gezielt auch die Mehrheitsgesellschaft adressieren, fördern den Abbau von Vorurteilen, das Kennenlernen und schaffen Verständnis über gemeinsame Anliegen und Projekte. Somit können sie langfristig den Zusammenhalt im Quartier stärken und damit eine integrative, gesamtgesellschaftliche Wirkung entfalten.

Auf horizontaler Ebene kann ein enger Austausch ebenfalls dazu beitragen, verschiedene Zielgruppen zusammenzubringen. Vielversprechend ist hier insbesondere eine Zusammenarbeit von niedrigschwelligen und anspruchsvollen Initiativen. Gerade voraussetzungsvollere Projekte mit vergleichsweise hohen Zugangshürden erhalten damit Zugriff auf eine Personengruppe, die außerhalb des traditionell angesprochenen Personenkreises liegt. So erhalten auch bildungsferne oder benachteiligte Teilnehmer Chancen, die ihnen sonst möglicherweise verwehrt bleiben. Deutlich wird dies am Beispiel der Heroes: Die Initiative setzt sich mit anspruchsvollen Fragestellungen zu Ehrkulturen auseinander und gleichzeitig für Gleichbe-

INNOVATIVE PROJEKTANSÄTZE
STREBEN DABEI NACH EINEM
WILLENTLICHEN VERÄNDERUNGS-
PROZESS AUF BASIS EINER NEUEN
IDEE ODER EINES NEUEN ANSATZES
UND TRAGEN SO DAZU BEI, NEUE
ANTWORTEN AUF AKTUELLE HER-
AUSFORDERUNGEN ZU FINDEN.

rechtigung ein – dafür werden junge Männer über einen Zeitraum von ein bis eineinhalb Jahren ausgebildet und geben nach ihrer Zertifizierung eigenständig Workshops in Schulen. Ihre institutionelle Anbindung an das Jugendzentrum ‚Zitrone‘ nutzen die Heroes, um Teilnehmer für das anspruchsvollere Projektangebot und die Ausbildung zu gewinnen.

Gleiches gilt insbesondere auch in der Verbindung von Angeboten etwa in der Jugend- und Altenhilfe, wo die Kooperation von Partnern mit etablierten Angeboten in beiden Bereichen in Analogie zu dem erwähnten Oma/Opa-Projekt Synergien heben kann. Vor dem Hintergrund jüngerer Entwicklungen lassen sich auch durch eine engere Verzahnung von Integrationsmaßnahmen mit Initiativen der Flüchtlingshilfe Gewinne für beide Seiten realisieren. Solche Netzwerkbildungen können auch von Seiten der Förderer begünstigt werden: Eine gezielte Unterstützung von Maßnahmen mit bestehenden oder konkret geplanten Kooperationsstrukturen scheint in diesem Zusammenhang überlegenswert.

d. Innovative Ansätze

Projektstrukturen und –angebote müssen stets auch gegenüber neuen gesellschaftlichen Entwicklungen offen und anpassungsfähig sein. Themen wie Vielfalt, Identität, Demokratie oder Antirassismus sollten sich daher zukünftig auch stärker in der Angebotsstruktur wiederfinden, genauso wie die zielgerichtete Ansprache der Mehrheitsgesellschaft. Gleichmaßen müssen drängende Probleme, wie der schwierige Übergang von Schule in Beruf von Jugendlichen mit Migrationshintergrund spezifischer adressiert werden. Idealerweise entstehen vielversprechende Ansätze, die sich u.a. dieser Herausforderungen annehmen, aus einer Zusammenschau der Handlungsempfehlungen: der Identifikation von Angebotsnischen, einem ganzheitlichen Denken und dem Willen zur Einbindung von Kooperationspartnern. Innovative Projektansätze streben dabei nach einem willentlichen Veränderungsprozess auf Basis einer neuen Idee oder eines neuen Ansatzes und tragen so dazu bei, neue Antworten auf – oder Zugänge zu – aktuellen Herausforderungen zu finden.

Mit Blick auf einen zunehmend islam- und ausländergefeindlichen gesellschaftlichen Diskurs hat sich etwa die Junge Islam Konferenz (JIK) als innovatives Projekt etabliert, das kulturell-identifikatorische Themen in den Vordergrund der eigenen Arbeit stellt und sowohl Mehrheitsgesellschaft als auch Jugendliche mit (muslimischem) Migrationshintergrund anspricht. Die Gesprächsplattform schafft es mit Hilfe eines ‚einfachen‘, aber dennoch innovativen Konzepts, zwei weiterhin bestehende Lücken im Projektangebot gleichermaßen zu adressieren. Für den NRW-Ableger gilt zudem, dass engagierte Teilnehmer im Nachgang zur Konferenz gezielt als Multiplikatoren geschult und in bestehende Netzwerke eingebunden werden.

Darin spiegelt sich in Teilen bereits der Leadership-Gedanke wieder, der international schon vielfach umgesetzt wird, in Deutschland bisher jedoch vergleichsweise schwach ausgeprägt ist. Auch dabei handelt es sich um einen innovativen Ansatz, der auf gesamtgesellschaftliche Veränderung und die Verankerung von Vielfalt als Normalität abzielt. Dahinter steht der Gedanke, junge Menschen aus den Communities zu befähigen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Zudem sollen Sichtbarkeit und Teilhabe gestärkt werden, im Einklang mit der Befähigung, gesellschaftlich relevante Schlüsselpositionen zu besetzen, in denen Menschen mit Migrationshintergrund noch immer unterrepräsentiert sind. Positive Aspekte ergeben sich

auf mehreren Ebenen: Zunächst verbessert sich die Kommunikation zwischen Institutionen und Communities, beidseitig können relevante Anliegen besser platziert und vermittelt werden, denn Absolventen eines solchen Angebots können eine Brückenfunktion einnehmen, gegenseitiges Verständnis fördern, Wege verkürzen und zum Abbau von Vorurteilen beitragen.

Leadership-Förderung kann in der Praxis unterschiedlich ausgestaltet werden. Die Angebote reichen von Wochenendseminaren, Moderations- und Argumentationstrainings oder Demokratiebildung bis hin zu auf mehrere Jahre angelegten Programmen, die neben den grundlegenden Kompetenzen einen Schwerpunkt auf die Netzwerkbildung mit kommunalen Akteuren, Social Entrepreneurs und der Wirtschaft legen sowie Fähigkeiten in Organisationsaufbau und -Führung vermitteln. Strukturierte Leadership-Angebote haben das Potenzial, die bestehende Projektlandschaft sinnvoll zu ergänzen, besonders weil sie ein spezifisch-inhaltliches Angebot für Hochqualifizierte darstellen.

Ebenfalls einen Impuls aus dem internationalen Vergleich greift die Idee der strukturierten Vernetzung von Migrantenorganisationen in etablierte Strukturen hinein auf. Ein sehr erfolgreiches Beispiel hierfür ist die *Council of Peoples Organization* (COPPO) in New York, die sich als Reaktion auf – anlasslose – Verdächtigungen durch offizielle staatliche Stellen wie dem FBI, von denen die pakistanische Community in Brooklyn nach 9/11 besonders betroffen war, gründete. Im Fokus der Projektarbeit steht – neben einem insgesamt breiten und ganzheitlichen Angebot – die Verbesserung des Dialogs zwischen staatlichen Institutionen und muslimischen Communities. Dafür hat Mohammad Razvi, Gründer der Organisation, enge Beziehungen zu staatlichen Behörden aufgebaut und COPPO als Vermittler und Aufklärer in beide Richtungen positioniert. Regelmäßig organisiert er strukturierte Kennenlernetreffen zwischen Institutionen und Bürgern und trägt so dazu bei, beidseitig Vorurteile abzubauen und nachhaltige persönliche Kontakte zu etablieren. Kinder und Jugendliche werden direkt in Form einer Karrieremesse adressiert, die COPPO jährlich veranstaltet. Bis zu 700 junge Menschen lernen in diesem Rahmen die Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bei Staat, Kommune, FBI, Polizei und anderen staatlichen Institutionen kennen. Der Ansatz trägt dementsprechend auch zur interkulturellen Öffnung verschiedener staatlicher oder staatsnaher Strukturen bei. Seine Adaption auf die Verhältnisse im Ruhrgebiet verspricht eine sinnvolle und innovative Ergänzung des bestehenden

Angebots. Sowohl Migrantenorganisationen als auch Institutionen haben das Bestehen entsprechender Bedarfe deutlich signalisiert.

Hohes Innovationspotenzial haben schließlich auch Konzepte aus dem Bereich des Sozialen Unternehmertums. Gerade im Bereich der Altenhilfe gibt es zahlreiche Beispiele mobiler, kultursensibler Pflege, die zeigen, dass wirtschaftliche Anbieter mit entsprechenden Zugängen und Angeboten häufig zielgruppengerechter und effektiver arbeiten als ihre Wettbewerber. Im Bereich der Jugendhilfe zeigt beispielsweise auch das Nachhilfeprojekt Chancenwerk, dass sozialunternehmerische Ansätze mit innovativen Geschäftsmodellen, die sich bereits am Markt bewährt haben, nicht nur tragfähig, sondern insbesondere auch leichter skalierbar sind. Gerade hier kann zur weiteren Entwicklung und zum Ausbau eine Anschubfinanzierung lohnenswert sein.

4.2 EFFEKTIVITÄT: COMMUNITY-ZUGANG STÄRKEN, STRUKTUREN PROFESSIONALISIEREN

a. Reichweite

Mit Blick auf die Erhöhung der Reichweite ist ein niedrigschwelliges Angebot, das in Ansprache und Ausformung auf die Zielgruppe zugeschnitten ist, ein naheliegender Erfolgsfaktor. Der Abbau von Zugangshürden durch Verkürzung der Wege und Ausweitung der Öffnungszeiten, aber auch durch den Verzicht etwa auf Mitgliedschaften oder regelmäßige Teilnahme, kann wichtige zusätzliche Kontaktpunkte schaffen. Wichtig für den Faktor Reichweite ist zudem die adäquate Wahl der Anspracheinstrumente, die an die jeweilige Zielgruppe angepasst werden müssen. Das Prinzip ‚one size fits all‘ funktioniert in der Integrationsarbeit nur selten. Dies erfordert wiederum interkulturelle Kompetenzen, bzw. eine Anbindung an die Communities – entweder durch interkulturelles Personal, die Zusammenarbeit mit MSOs oder Vertrauenspersonen in der Community.

Zugang zur Community erfordert eine langfristige, vertrauensbasierte Zusammenarbeit; muttersprachliche Kenntnisse, aber vor allem Authentizität in der Ansprache und ein entsprechendes Standing, sind entscheidende Erfolgsfaktoren. Gerade um spezifische migrantische Zielgruppen, die gleichzeitig einem sozial-ökonomisch benachteiligten Milieu entstammen, erreichen zu können, bedarf es zudem eines proaktiven, aufsuchenden Ansatzes, der durch per-

sönliche Kontakte und gewachsene Beziehungen geprägt ist. Als erfolgreich erweisen sich im Hinblick auf diese Zielgruppe vor allem Methoden des direkten, persönlichen Kontakts – sei es in der mündlichen Ansprache oder vermittelt durch soziale Medien. Neben einer quantitativen Komponente haben diese Mechanismen auch eine qualitative Dimension, indem sie die zielgerichtete Fokussierung der Ansprache auf vergleichsweise schwer erreichbare Zielgruppen ermöglichen und somit auch einen höheren Ressourceneinsatz rechtfertigen.

Darüber hinaus kann die institutionelle Anbindung einzelner Maßnahmen zu einer Erhöhung der Reichweite beitragen. So kooperieren etwa die Joblinge mit dem Jobcenter, welches schwervermittelbare Jugendliche, die von anderen Angeboten oftmals nicht mehr erreicht werden, gezielt auf das Programm verweist. Ähnlich Konzepte gibt es auch in anderen Bereichen der Integrationsarbeit. Träger ambulanter Jugendhilfe können z.B. Familien oder Kinder über das Jugendamt zugewiesen bekommen und so die Zielgruppe erreichen, die die Beratungsangebote besonders dringend benötigt. Negativ auswirken kann sich eine solche institutionelle Zusammenarbeit jedoch, wenn die Teilnehmerakquise einzig und allein auf institutionellen Kooperationsvereinbarungen basiert. Für die ambulante Jugendhilfe hieße das zum Beispiel, dass nur bereits beim Jugendamt auffällig gewordene Familien einen Anspruch auf Teilnahme hätten – obwohl gerade hier die amtliche Kenntnis von Problemlagen nicht kongruent zur tatsächlichen Zahl der Familien mit entsprechenden Bedarfen ist.

Schließlich wird die – potenzielle – Reichweite einer Maßnahme maßgeblich durch ihre Skalierbarkeit beeinflusst. Die aufgrund klarer Strukturen und Prozesse bewährten Franchise-Modelle der Joblinge oder des Chancenwerks können hier künftig noch stärker Vorbildcharakter entwickeln. Nicht jeder Ansatz skaliert jedoch gleichermaßen, gerade vertrauensbasierte Beziehungen und lokal gewachsene Strukturen lassen sich auch mit ausreichenden Finanzmitteln nicht beliebig replizieren. Dies im Blick zu behalten – sowohl bei der Etablierung neuer Ansätze als auch bei schon Bestehendem – kann für die Reichweitenerhöhung interessant sein und zudem dazu beitragen, auch die Abhängigkeit erfolgreicher Projekte von Einzelpersonen zu verringern.

b. Interaktionsqualität

Für den Erfolg der Integrationsarbeit ist es zentral, dass eine Ausweitung der Reichweite nicht zu Lasten der Interaktionsqualität geht, eine größere Teilnehmerzahl demnach nicht durch eine Verringerung der Betreuungsintensität ‚erkauft‘ wird: Je öfter, intensiver und langfristiger die Projektarbeit erfolgt, desto höher ist auch der Wirkungsgrad. In diesem Zusammenhang kann es sinnvoll sein, (positive wie negative) Anreize – jedoch keine Verpflichtung – für eine regelmäßige Teilnahme zu setzen. Obschon dies die Zugangshürde zunächst erhöht, kann es sich langfristig motivationssteigernd auswirken: Beim Chancenwerk etwa werden jüngere Schüler von Älteren beim Lernen unterstützt. Letztere bekommen neben einem Zertifikat für ihr ehrenamtliches Engagement zusätzlich ebenfalls qualifizierte und kostenfreie Nachhilfe in einem Fach ihrer Wahl. So setzt das Chancenwerk für die älteren Schüler doppelt positive Anreize für ihr Engagement. Auch ein strukturiertes Auswahlverfahren und die explizite Selbstverpflichtung der Teilnehmer, wie sie beispielsweise bei den Joblingen praktiziert werden, erhöhen die Verbindlichkeit. Die Selbstverpflichtung der Teilnehmer bzw. die Verbindlichkeit erhöht darüber hinaus auch die Erhebung eines – notwendig geringen – Mitglieds- oder Kostenbeitrags.

Des Weiteren können vereinsähnliche Strukturen dazu beitragen, die Zahl der Kontakte und somit auch die Interaktionsqualität, zu erhöhen. Darüber hinaus lohnt sich auch der Aufbau von professionalisierten Betreuungsstrukturen sowie Teambuilding- und Gruppenprozessen, die – räumlich und zeitlich – über das eigentliche Projektangebot hinausgehen und Bindungen nachhaltig erhöhen können. Mentoren- und Alumniprogramme etwa, die auch eine persönliche Komponente einbringen, können hier wertvolle Ergänzungen der Projektarbeit sein. Sinnvoll ist zu diesem Zweck die Etablierung und Pflege eines langfristigen Netzwerks, wie es etwa im Nachgang der JIK NRW im Jahr 2016 entstanden ist. Das Netzwerk, und im Besonderen die Netzwerksprecherinnen und Netzwerksprecher, übernehmen nun die Aufgabe, die Ziele und Ideen der JIK weiter in Gesellschaft und Politik zu tragen und als Multiplikatoren zu wirken, aber auch die nachfolgenden Teilnehmer zu motivieren, sich ebenfalls zu engagieren und einzubringen.

c. Professionalisierung

Während viele Projekte und Initiativen – gerade in der Gründungsphase – wesentlich vom ehrenamtlichen Engagement Einzelner getragen werden, ist eine Professionalisierung der Strukturen für den langfristigen Projekterfolg unabdingbare Voraussetzung. Weder zeitlich noch fachlich können die Erfordernisse eines erfolgreichen Projekts dauerhaft von Ehrenamtlichen getragen werden. Auch gegenüber den Teilnehmern sorgt hauptamtliches Personal für Kontinuität und schafft so die Basis für vertrauensbasierte Beziehungen. Die fachlichen Kompetenzen, die etwa ausgebildete Sozialarbeiter mitbringen, geben darüber hinaus Sicherheit und bürgen für Qualität.

Ferner sollte auch die Organisationsentwicklung aktiv und zielgerichtet betrieben sowie auch finanziell unterstützt werden. Gerade im Hinblick auf administrative Aufgaben, aber auch auf Antrags- und Bewilligungsprozesse, können durch eine klarere Trennung zur inhaltlichen Arbeit sowie ggf. auch ein Pooling von Kompetenzen mit Partnerprojekten, Ressourcen gespart und Wissen geteilt werden. Die Entwicklung einer klaren strategischen Vision, die Formulierung klar definierter Prozesse und die Optimierung bestehender Abläufe können zudem Reibungsverluste reduzieren und damit dazu beitragen, dass ein größerer Teil der Ressourcen für die inhaltliche Arbeit zur Verfügung steht.

Ein wichtiger Faktor für die Professionalisierung ist zudem die Einbindung der Projektstrukturen in bestehende und neue Netzwerke. Zugänge zu kommunalen Akteuren können beispielsweise die politische Durchschlagkraft und finanzielle Unterstützung der eigenen Themen und Anliegen erhöhen, während Kontakte zu MSOs gerade etablierten Trägern dabei helfen, die Communities zu erreichen und deren spezifische Bedürfnisse und Anliegen besser zu verstehen. Darüber hinaus können Synergieeffekte in der Projektarbeit optimal genutzt werden, indem Angebote im Sinne eines ganzheitlichen Projektansatzes komplementär oder gemeinsam aufgebaut sowie Wissen und Erfahrungen zwischen Akteuren ausgetauscht werden. Auch einer stärkeren Verankerung des Plattformgedankens in der Integrationsarbeit ist diese Herangehensweise dienlich, da Organisationen oder Initiativen zunächst als Ansprechpartner für verschiedene Zielgruppen fungieren und diese oder deren Angehörige in einem nächsten Schritt in Partnerangebote weitervermitteln können. Auch die Kommunalpolitik und -verwaltung

profitieren von einem solchen Wissensaustausch; gerade die Kommunalen Integrationszentren können sich dabei als Aktivator und Koordinator solcher Netzwerke noch stärker einbringen.

Regelmäßige (Zwischen-)Evaluationen der Projektarbeit unterstützen dabei, die Wirkung derselben kritisch zu überprüfen und Prozesse und Verfahren ggf. anzupassen. Grundsätzlich kann ein Evaluationsprozess dabei helfen, verkrustete Strukturen aufzubrechen und dem blinden Fleck bezüglich der eigenen Arbeit entgegenzuwirken – besonders wenn sie von externen Institutionen oder Akteuren vorgenommen werden. Gerade Zwischenevaluationen können zudem dazu beitragen, frühzeitig auf bestehende Defizite zu reagieren.

Vor allem MSOs müssen häufig größere Hürden bei der Professionalisierung überwinden, da ihre bestehenden Netzwerke weniger weit reichen, sie mit Prozessen und Verfahren weniger vertraut sind, ihre teilweise informellen Organisationskulturen mit den Funktionsmechanismen des korporatistischen Wohlfahrtsstaates teilweise nicht konform sind und sie in bestehenden Strukturen teilweise noch immer mit struktureller Diskriminierung konfrontiert sind. Gerade hier kann eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit etablierten Partnern sinnvoll sein. Verstanden werden darf dies jedoch nicht als asymmetrische Partnerschaft, sondern als Zusammenarbeit auf Augenhöhe: Während etablierte Institutionen über Kenntnisse im Umgang mit Bürokratie und der Antragsstellung besitzen, verfügen MSOs in der Regel über einen deutlich belastbareren Community-Zugang und spezifische interkulturelle Kompetenzen.

d. Nachhaltigkeit

Den größten Effekt auf die Nachhaltigkeit der Projektarbeit hat nach wie vor eine stabile Finanzierungslage, der noch immer eine zu oft projektbasierte und zyklische Förderstruktur entgegensteht. Unsichere finanzielle Perspektiven und sogar existenzielle Krisen ergeben sich für Projektträger oft aus kurzen Förderperioden, hohem Personalaufwand bei der Abrechnung, und einer aufwendigen Antragsstellung. Hinzu kommen starre Vorgaben bei der Erbringung eines Eigenanteils: Gerade an dieser Stelle kann eine Flexibilisierung, in welcher Form dieser zu erbringen ist und was zugerechnet wird, sich positiv auf die Heterogenität der geförderten Initiativen auswirken. Immer noch selten finden sich zudem Möglichkeiten einer institu-

tionellen Förderung, die jedoch für herausragende Institutionen in Erwägung gezogen werden sollten und in Ausnahmefällen auch vom Staat oder Kommunen bereits gewährt wird.

Zielführend ist für viele Projekte daher der Aufbau eines professionellen Fundraisings, das den Blick über konkrete Ausschreibungen hinaus weitet und darauf abzielt, durch einen Finanzierungsmix die Abhängigkeit von einzelnen Förderentscheidungen zu verringern. Mit – idealerweise regional verankerten – Stiftungen bietet sich oftmals die Möglichkeit, über konkrete und individuelle Bedarfe zu sprechen, statt standardisierte Projektanträge auszufüllen. Dies kann auf Geberseite durch eine Flexibilisierung der Antrags- und Vergabeprozesse flankiert werden, wie sie beispielsweise von der New York Foundation praktiziert wird. Diese vergibt kleinere Summen auf Basis sehr knapper Anträge und unterstützt die geförderten Projekte zusätzlich durch individuelle Beratungsangebote auch ideell.

Zur Stabilisierung der Finanzen können zudem sozial-unternehmerische Ansätze beitragen. Die Verankerung wirtschaftlichen und unternehmerischen Denkens in einer noch immer stark idealistisch geprägten Projektlandschaft kann dabei helfen, die Finanzierungsbasis auszuweiten und so die Nachhaltigkeit zu stärken. Gezielte Auftragsarbeiten für Institutionen können sich ebenfalls positiv auf Nachhaltigkeit und dauerhafte Stabilisierung auswirken. Im strukturell-funktionalen Bereich kommen als Kooperationspartner etwa Jugendämter, Schulen, Jobcenter, Hausärzte etc. in Frage. Im kulturell-identifikatorischen Segment sind die Hürden etwas größer, dennoch kann sich auch hier eine stärkere Anbindung an Schulen, Parteien oder auch Sportvereine lohnen. Diese sichert und optimiert nicht nur den qualitativ-inhaltlichen Austausch, sondern kann auch den Zugang zu Finanzen erleichtern, etwa indem sich sinnvolle Kooperationsprojekte, ggf. auch in Anbindung an etablierte Träger, ergeben.

5. FAZIT: PERSPEKTIVEN DER INTEGRATION IM RUHRGEBIET

Drei Jahre Projektarbeit im Ruhrgebiet haben vielfältige Schlaglichter auf ein gleichermaßen breites wie tiefes Angebot unterschiedlicher Projekte und Initiativen im Integrationsbereich geworfen. Zahlreiche institutionelle, gesellschaftliche und individuelle Akteure setzen sich in Duisburg, Essen und Gelsenkirchen für

ein gleichberechtigtes Miteinander ein – und das unter den hier durch die Folgen des Strukturwandels erheblich erschwerten Bedingungen. Auch das im Ruhrgebiet vielfach kritisierte ‚Kirchturm-Denken‘, also die unzureichende Kooperation über kommunale Grenzen hinweg, stellt die Integrationsarbeit vor besondere Hürden: Es fehlt an einer Gesamtschau bestehender Angebote und Bedarfe als Grundlage für die Identifikation und Realisation beträchtlicher, noch brachliegender Potenziale – auch innerhalb der Ruhrgebietskommunen. Noch immer bestehen ähnliche Angebote nebeneinander, ohne dass Synergieeffekte genutzt werden, noch immer fließen große Teile der Ressourcen in die Reichweitengenerierung, ohne dass Partner einbezogen werden, bei denen die Zielgruppe ohnehin zusammenkommt, noch immer existieren in einzelnen Bereichen zu wenige bedarfsgerechte Angebote. Auch innerhalb der Projektstrukturen besteht eine Konkurrenz um begrenzte Mittel und Ressourcen, aber auch grundsätzliche Skepsis gegenüber fremden Ideen und externem Input. Hier gilt es, jene Offenheit im Denken und Handeln zu fördern, die sehr professionell aufgestellte und erfolgreich arbeitende Organisationen längst umsetzen.

Hier liegt großes Potenzial für die Integrationsarbeit im Ruhrgebiet: Durch eine bessere Vernetzung der Projekte und gezielte Adressierung der Bedarfe an den Schnittstellen lassen sich auch mit begrenztem Mitteleinsatz deutlich messbare Effekte erzielen. Auch wenn die Pflege von Netzwerken, Kontakten, Kooperationen und Partnerschaften unumstritten zeitaufwendig ist, können sie doch maßgeblich dazu beitragen, Arbeitsabläufe zu vereinfachen, Ressourcen zu schonen und zugleich die individuelle und gesamtgesellschaftliche Wirkung der Integrationsarbeit zu verbessern.

Integration auch in der konkreten Umsetzung vor Ort als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und sie in diesem Sinne stärker im Rahmen (institutionalisierter) Kooperationen unterschiedlicher Akteure zu gestalten, kann dazu beitragen, die bereits erzielten Erfolge abzusichern und nachhaltig auszubauen. Denn vor dem Hintergrund begrenzter Mittel und Ressourcen geht es in der Integrationsarbeit immer auch darum, bestehende Strukturen und vorhandene Potenziale künftig effizienter und effektiver zu nutzen. Hierfür mag der im Rahmen des Projekts erarbeitete und eingesetzte Analyserahmen eine nützliche Handreichung bieten, indem er aufzeigt, wo Bedarfe liegen, wie sie zielgenau adressiert und bestehende Angebote – auch auf Basis

internationaler Erfahrungen und Best Practices – optimiert und weiterentwickelt werden können.

Auch darüber hinaus bleibt jedoch viel zu tun: Während zahlreiche Projekte im Ruhrgebiet inhaltlich und funktional so gut aufgestellt waren, dass sie schnell und unbürokratisch auf die akuten Herausforderungen der sogenannten Flüchtlingskrise reagieren konnten, reichen die bestehenden Strukturen für die Adressierung der hieraus resultierenden langfristigen Bedarfe nicht

aus. Auch mit Blick auf die Bedarfe einer zunehmend integrationsskeptischen Mehrheitsgesellschaft sind entsprechende Anpassungs- und Transferleistungen bisher noch nicht in ausreichendem Maße erfolgt. Auch hier lohnt sich eine eingehendere Analyse der Angebote und Bedarfe mit dem Ziel, Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um bestehende Defizite zielgerichtet zu adressieren und in diesem Sinne auf eine ganzheitliche und nachhaltig erfolgreiche Integrationspolitik hinzuwirken. ■

ANMERKUNGEN:

¹ Vgl. Aigner, Petra (2013): *Migration & Integration. Soziologische Revue*, S. 151-161. Löffler, Berthold (2011): *Integration in Deutschland. Zwischen Assimilation und Multikulturalismus und Assimilation*.

² Die Bundesregierung 2007, S. 196.

³ Vgl. Löffler, Berthold (2011): *Integration in Deutschland*.

⁴ Vgl. u.a. Heckmann, Friedrich; Tomei, Verónica (1997): *Einwanderungsgesellschaft Deutschland - Zukunftsszenarien: Chancen und Konfliktpotentiale*. Bamberg, S. 14, 18. Bade, Klaus J. (2001) *Europa und die Einwanderung. Historische Erfahrungen und aktuelle Probleme*, in: ders./R. Münz (Hg.) *Migration in Europa*, Hannover 2001, S. 7.

⁵ Statistisches Bundesamt (2016): *Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2016*, in URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220167004.pdf?__blob=publicationFile.

⁶ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): *Migrationsbericht*, in URL: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2015.pdf?__blob=publicationFile.

⁷ Vgl. *Beauftragte der Regierung für Migration, Flüchtlinge und Integration* (2016): 11. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtswirkung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Berlin.

⁸ Vgl. u.a. Foroutan, Naika (2014) et. al: *Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse*. Berlin. Foroutan, Naika et.al. (2016): *Nordrhein-Westfalen postmigrantisch. Einstellungen der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland*. Berlin.

⁹ *Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales* (2010): *Muslimisches Leben in NRW*. Düsseldorf.

¹⁰ Vgl. Bertelsmann Stiftung: *Religionsmonitor. Sonderauswertung Islam 2015*, in URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf. Vgl. Holm, Dirk; Sauer, Martina (2015): *Lebenswelten deutscher Muslime*. Gütersloh.

¹¹ Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016): *Viele Götter, ein Staat. Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland Deutschland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer*, in URL: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/04/SVR_JG_2016-mit-Integrationsbarometer_WEB.pdf S. 70-72.

¹² Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): *Migrationsbericht*, in URL: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2015.pdf?__blob=publicationFile, S.161.

¹³ Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): *Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*.

¹⁴ Sauer, Martina (2014): *Integrationsprozesse, wirtschaftliche Lage und Zufriedenheit türkeistämmiger Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse*

der Mehrthemenbefragung 2013, Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Essen. [zfti.de/downloads/bericht-nrw-2013_end.pdf](https://www.zfti.de/downloads/bericht-nrw-2013_end.pdf).

¹⁵ Akyol, Cigdem (2009): *Schlechte Integration von Türken. Weg mit dem Maulkorb!*, in: <https://www.taz.de/!5168897/>.

¹⁶ Pollack, Detlef; Müller, Olaf et.al (2017): *Integration und Religion aus der Sicht der Türkeistämmigen. Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster*, in URL: https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016studie_integration_und_religion_aus_sicht_t_rkeist_mmiger.pdf.

¹⁷ Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2015): *Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich. Jahresgutachten 2015*, in URL: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2015/07/SVR_JG_2015_WEB.pdf S. 18.

¹⁸ Vgl. u.a. Bertelsmann-Stiftung (2016): *Werte lernen und leben Theorie und Praxis der Wertebildung in Deutschland*. Gütersloh. Tegeler, Julia; Martin, René (2017): *Leitlinien für die Wertebildung von Kindern und Jugendlichen*. Gütersloh.

¹⁹ Vgl. u.a. Thränhardt, Dietrich (2009): *Migration und Integration als Herausforderung von Bund, Ländern und Gemeinden*, in: Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg) *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*, Wiesbaden, S. 267-278. Roth, Roland; Gesemann, Frank et.al. (2012): *Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*, Berlin. Roth, Roland; Gesemann, Frank (2017): *Handbuch lokale Integrationspolitik*. Wiesbaden.

²⁰ Das Modell ist angelehnt an die von Berthold Löffler vorgenommene Unterscheidung. Vgl. Berthold Löffler (2011): *Integration zwischen Multikulturalismus und Assimilation*, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg): *Die Politische Meinung*, Sankt Augustin, S. 57-62, S. 60ff.

²¹ Vgl. Kronenberg, Volker; Jelic, Marco (2015): *Gelungene Integration – Debatte, Definition und praktische Politik*, in: *Wieviel Islam gehört zu Deutschland?* Bonn, BAPP, S. 17-21.

²² Vgl. Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2016): *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. 3.* in URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016Kap3.pdf?__blob=publicationFile Datenreport 2016. Esser, Hartmut (2001): *Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapier Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 40*.

²³ *Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales* (2010): *Muslimisches Leben in NRW*. Düsseldorf.

²⁴ Volkert, Marieke; Risch, Rebekka (2017): *Altenpflege für Muslime – Informationsverhalten und Akzeptanz von Pflegearrangements. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Working Paper 75 des Forschungszentrums des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 13.* In URL: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp75-altenpflege-muslime.pdf?__blob=publicationFile.

IV. AUSBLICK



HEIMAT 2.0

HERKUNFT UND ZUKUNFT IM ZEICHEN VON MIGRATION UND INTEGRATION. WER IST „WIR“?



Prof. Dr. Volker Kronenberg
Projektleiter und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie,
Institut für Politische Wissenschaft und
Soziologie der Universität Bonn

Wie kann es auch anders sein? Nimmt man das Politikfeld Integration, zumal erweitert um jene Aspekte von Migration und Flucht in den Blick, dann dominiert bei mancher Kontinuität der stete Wandel. Wandel der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen, Wandel der Zahlen, jener, die flüchten, migrieren – und die es zu integrieren gilt. Wer kommt warum, bleibt wie lange, mit welcher Perspektive? Nicht zuletzt: Wie viele kommen?

Fragen, die schon am Anfang der Bundesrepublik Deutschland unter dem Stichwort der Integration auf der Agenda standen, allerdings unter dem Leitgedanken der Integration heimatvertriebener Deutscher infolge des Zweiten Weltkriegs aus früheren Ostgebieten.

Fragen, die sich Jahre später unter gewandelten Vorzeichen, unter dem Stichwort „Gastarbeiter“ ebenfalls hätten stellen müssen, unter den Vorzeichen einer aktiven Integrationspolitik jedoch nicht vernehmbar gestellt wurden. Es gab schlichtweg in den 1960er und 1970er Jahren keine aktive Integrationspolitik.

Weder wurden Zielperspektiven einer gelingenden Integration von „Gastarbeitern“ formuliert, zumal man deren Willen, im bundesdeutschen „Gastland“ zu bleiben, schlicht ignorierte, noch wurden geeignete Instrumente für oder Erwartungen an Integration entwickelt.

Erst viele Jahre später, zu einem Zeitpunkt als erneut ein signifikanter Wandel, ein qualitativ starker Zuwachs an Flucht und Migration in der Mitte des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts einsetzte, im Sommer 2015, wurde dem Thema Integration politisch durch erheblichen gesellschaftlichen Druck jene Aufmerksamkeit zuteil, die ihm schon länger hätte zukommen müssen.

Einen wichtigen Hinweis auf die Virulenz dieser Herausforderung hatte wiederum Jahre zuvor Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit gegeben, als er richtigerweise feststellte, dass auch der Islam mittlerweile zu Deutschland gehöre.

Wurde in der Folgezeit immer wieder über Wulffs Aussage – als Feststellung empirischer Sachverhalte kaum zu bestreiten, dass eben der Islam als Glaube der allermeisten Menschen aus der Türkei und anderer Länder des Nahen und Mittleren Ostens als Religion inzwischen zu Deutschland gehört – leidenschaftlich diskutiert, nicht selten polemisiert, wie Thilo Sarrazin dies in seinem umstrittenen Bestseller „Deutschland schafft sich ab“, so waren die Rahmungen und Kontexte für eine praxisorientierte Forschung bei der Konzipierung des Projektes im Jahr 2014 anders als dies einige Monate später im Sommer 2015 der Fall war.

“ES GAB SCHLICHTWEG
IN DEN 1960ER UND
1970ER JAHREN KEINE
AKTIVE INTEGRATIONS-
POLITIK.”

AUF DER EINEN SEITE STAND
DIE HUMANITÄRE WILLKOMMENS-
KULTUR EINES GROSSEN TEILS
DER BEVÖLKERUNG, AUF DER
ANDEREN SEITE ZUNEHMEND
ABLEHNUNG, WUT, HASS.

Der diskursive und politisch-rechtliche Rahmen hat sich seither gewandelt, er hat sich verschärft. Der starke Zuzug von Flüchtlingen ab dem Sommer 2015 in sehr kurzer Zeit führte beinahe zu einer systemischen Überlastung. Er brachte den Staat an die Grenzen der Leistungsfähigkeit, die nur durch das ehrenamtliche Engagement aufrechterhalten werden konnte. Auf der einen Seite stand die humanitäre Willkommenskultur eines großen Teils der Bevölkerung, auf der anderen Seite zunehmend Ablehnung, Wut, Hass. Die Polarisierung der Gesellschaft zu Fragen der Integration nahm zu. Im Juli 2016 erfolgte dann der Putsch-Versuch gegen den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, infolgedessen sich durch die Inhaftierungswellen von Regimegegnern und das umstrittene Verfassungsreferendum die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei verschlechterten. Dies wiederum hatte Auswirkungen auf die Integrationsdebatte in Deutschland, auf die türkeistämmige Community, auf das gesellschaftliche Zusammenleben.

In Zeiten, in denen der Zusammenhalt schwindet und die Spaltung der Gesellschaft zunimmt, stellt sich verstärkt die Frage nach dem Verbindenden, nach dem Wir-Gefühl: Wer ist „Wir“? Und wie wollen „Wir“ zusammenleben? Das „Wir“, um das es politisch, gesellschaftlich in der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert nur gehen kann, ist zugegeben ein Komplexes, ein Kompliziertes, ein in historischer Dimension Reflektierendes und zugleich in die Zukunft Fortzuschreibendes.

Die Frage lautet:

- Wer ist „Wir“?
- Wer gehört dazu?
- Wer soll dazu gehören und wer nicht?
- Was macht uns aus? Was können „Wir“ sein?

Die Frage nach dem „Wir“ ist stets damit verbunden, worauf es sich bezieht – es ist stets eingebettet. „Wir“ in der Familie, im nahen Umfeld, im Kommunalen, Kommunitären. „Wir“ im Regionalen und im Überregionalen, im Staatlichen und Überstaatlichen – und auch im Europäischen. Ein „Wir“, wie es auch und zu recht im Zentrum einer allzu verkürzt geführten und leider oftmals auch eher belächelten Leitkulturdebatte vor über zehn Jahren stand. Eine Debatte im Übrigen, die nicht mit dem Anspruch der Exklusivität, des Polarisierend-Abgrenzenden initiiert wurde, sondern im Bewusstsein, nicht zuletzt seitens des damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, dass das Regionale und Nationale ebenso wie das Nationale und Europäische zusammenzudenken ist, dass das Nationale und das Europäische zwei Seiten einer Medaille sind, dass eine offene, liberale Republik, ein liberaler Verfassungsstaat ganz wesentlich auf Recht und Gemeinwohl ruht. Auf Recht, Gesetz und Grundrechten, auf Verfassung und Verfassungspatriotismus. Aber eben auch auf Gemeinwohl, wissend, dass die Werte, die Normierungen, die Ausprägungen der Grundrechte Ausfluss dessen sind, was dem Recht vorgelagert ist,

“DAS „WIR“ KANN HEUTE
ALS VOLK, ALS
GESELLSCHAFT, ALS
GEMEINWESEN
NICHTS STATISCHES,
NICHTS HERMETISCH
ABGESCHLOSSENES SEIN.”

mit dem Recht verbunden ist, in Geschichte, Kultur, Traditionen. Recht, Gemeinwohl – nichts Statisches, stets veränderbar, wie im Übrigen auch die Nationen, die Nationalstaaten und „Europa“. Das „Wir“ kann heute als Volk, als Gesellschaft, als Gemeinwesen nichts Statisches, nichts hermetisch Abgeschlossenes sein. Es kann nur im Wandel zukunftsfähig sein. Wandel,

der stets flankiert, moderiert, expliziert und plausibilisiert werden muss. Wandel, der sich aber auch der Grenzen dessen bewusst sein muss, was zumutbar ist, was akzeptanzfähig, aber auch was notwendig ist. Kein Zweifel: die Frage nach Einwanderung und der Angst vor dem Identitätsverlust ist nicht erst seit dem Herbst 2015 und den Folgemonaten virulent, sondern bereits seit Langem – verbunden mit dem politischen Eingeständnis, dass die Geschichte der Bundesrepublik seit Jahrzehnten auch eine Geschichte versäumter, verspäteter Integrationspolitik gewesen ist.

Aber in Zeiten, in denen die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosenzahl so gering wie selten ist und es vielen Menschen – wie sie selbst erklären – wirtschaftlich gut geht, rückt – ein Stück weit paradox – diese Sorge, diese Angst, Angst um das Eigene, Angst um die Heimat, katalysatorisch verstärkt durch gesellschaftlich-politische Kräfte, immer mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit. Wer ist „Wir“? Wer gehört warum wie dazu?

Diese Frage muss ernsthaft debattiert werden – aber nicht angstvoll, zaghaft, verdruckt. Dafür besteht keine Notwendigkeit, im Gegenteil. Man sollte dies in der Zuversicht tun, dass diese Republik, die Bundesrepublik Deutschland, so wie sie in ihren Anfängen konzipiert, konstituiert wurde, als streitbare Demokratie im besten Sinne des Wortes, gute weiterführende zukunfts offene Antworten auf diese Frage findet.

Konflikte, auch Streit, gehören dazu, können ihren Beitrag leisten zu einer Beantwortung, die niemals alle wird überzeugen können. Demokratie und exklusiver Wahrheitsanspruch vertragen sich nicht. Es geht darum, Mehrheiten zu finden, stabile Mehrheiten, breite Mehrheiten, die sich auch in einem stabilen, republikanischen Konsens widerspiegeln. Einem Konsens, der letztendlich dieser Schärfe der Rhetorik, der Polemik und den Gesten der frivolen Lust an Tabubrüchen den Wind aus den Segeln nimmt. Bei allen Problemen, die es nicht zu beschönigen, sondern offen anzusprechen gilt, gesellschaftlich wie politisch, bei allen Herausforderungen, die sich auch in dem Wahlergebnis vom 24. September widerspiegeln, besteht doch, mit ein paar Schritten zurück und einer weiteren Perspektive auf die Entwicklungen, die langen Linien der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Anlass zur Zuversicht, dass dies gelingen kann. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach am Tag der Deutschen Einheit 2017 in diesem Zusammenhang über den Begriff der „Heimat“:

„Verstehen und verstanden werden – das ist Heimat. Ich bin überzeugt, wer sich nach Heimat sehnt, der ist nicht von gestern. Im Gegenteil: je schneller die Welt sich um uns dreht, desto größer wird die Sehnsucht nach Heimat. Dorthin, wo ich mich auskenne, wo ich Orientierung habe, wo ich mich auf mein eigenes Urteil verlassen kann. Heimat weist in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit. [...] Heimat ist der Ort, an dem das „Wir“ Bedeutung bekommt. So ein Ort, der uns verbindet – über die Mauern unserer Lebenswelten hinweg –, den braucht ein demokratisches Gemeinwesen und den braucht auch Deutschland.“¹

Der Bundespräsident hat recht – wohl wissend, dass Heimat ein nicht minder großes, schweres, komplexes, vieldeutiges Wort ist. Aber ein Wort, das wichtig ist, das nicht, wie es in der Vergangenheit der Fall war, als Anachronismus der deutschen Sprache, der deutschen Geschichte, belächelt, ironisiert, oder in die vermeintlich rechte Ecke verwiesen wurde – nein, Heimat ist etwas, das Sicherheit schafft, Identität, nicht nur aus dem

FREIHEIT ENTFALDET
IHRE KRAFT VOR ALLEM AUCH
DADURCH, DASS SIE BEGRENZT
IST, NICHT GRENZENLOS.

heraus, aus dem man kommt, sondern Heimat ist auch etwas, das neu entstehen kann, das man schaffen kann, gemeinsam. Jenseits der Frage, woher man kommt, mehr mit dem Fokus darauf, wohin man gemeinsam gehen will – ohne Zweifel in eine gute Zukunft. Wie diese gute Zukunft aussehen soll, dies bleibt – wie kann es anders sein – in einem freiheitlichen Gemeinwesen umstritten, bleibt zu Recht dem Streit der Meinungen überlassen im Bewusstsein und im Vertrauen darauf, dass das Fundament auf dem das Gemeinwesen ruht, Recht und Gemeinsinn stabil trägt. Nicht alles kann, nicht alles darf zur Disposition stehen. Freiheit entfaltet ihre Kraft vor allem auch dadurch, dass sie begrenzt ist, nicht grenzenlos. Das „Wir“, die Heimat, eine Identifikation mit dem Gemeinwesen, eben der res publica, mithin ein weltoffener Patriotismus – komplexe, ja auch schwierige und dennoch notwendige Begriffe, über die gerade vor dem Hintergrund von Flucht, Migration

und Integration, gerade angesichts der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland ist und auch in Zukunft sein wird, nachzudenken geboten ist.

Ein Einwanderungsland, das sich jedoch lange Zeit in seinem Selbstverständnis eben nicht als ein solches begriff. Der Umstand, dass vor über fünfzig Jahren ein Zuzug von sogenannten „Gastarbeitern“ nach Deutschland einsetzte, veranlasste keine der etablierten Parteien im Bund, über eine systematische Integrationspolitik nachzudenken, zumal man davon ausging, dass die meisten dieser angeworbenen Arbeitskräfte aus Süd- und Südosteuropa nach einiger Zeit in ihre Heimat zurückkehren würden. Dem war jedoch nicht so. Im Gegenteil: viele „Gastarbeiter“ der ersten Generation blieben dauerhaft, sie trugen durch ihre Arbeit zum Anstieg des Wohlstands und – über den „Familiennachzug“ der eigenen Angehörigen – zu einem Anstieg des Migrantenanteils an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik bei. Gegenwärtig leben rund 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, etwa jeder Fünfte entstammt einer Zuwandererfamilie.

Das beständige politische Negieren gesellschaftlicher Realitäten unter der Losung, Deutschland sei kein Einwanderungsland, führte dazu, dass notwendige Integrationsmaßnahmen über Jahrzehnte verschleppt wurden – mit langfristig negativen sozialen Folgen. Nicht umsonst markierte der rot-grüne Wahlsieg 1998 einen Paradigmenwechsel in diesem Politikfeld – realpolitisch und polit-psychologisch. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 ergänzte das „Blutsprinzip“ (*ius sanguinis*) um das Territorialprinzip (*ius soli*), eine Angleichung an Standards klassischer Einwanderungsländer wie Kanada und die USA. Eine umfassende gesetzliche Regelung der Zuwanderung nach Deutschland, flankiert von systematischen Integrationsbemühungen und der Einführung von Integrationskursen, wurde erst 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz geschaffen. In der Folgezeit fanden sieben Integrationsgipfel auf politisch höchster Ebene im Bundeskanzleramt statt und es wurden ein Nationaler Aktionsplan Integration sowie die „Deutsche Islamkonferenz“ unter der Federführung des Bundesinnenministeriums ins Leben gerufen.

Ein wichtiges, landespolitisches Signal, das den Stellenwert einer gestaltenden, aktiven Integrationspolitik in einem seit jeher vielfältigen Nordrhein-Westfalen

unterstreicht, war die Schaffung eines Integrationsministeriums im Jahr 2005 unter der schwarz-gelben Regierung Jürgen Rüttgers' (CDU). Integrationsminister Armin Laschet (CDU) sah in der Integration der Migranten die „dritte deutsche Einheit“, die es zu vollenden gelte, nach der Integration der Heimatvertriebenen und der Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland. Es folgten weitere Schritte wie die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache und die Ausbildung islamischer Imame an den Hochschulen des Landes NRW. All dies mündete 2012 in der Verabschiedung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes der nordrhein-westfälischen Landesregierung und Führung der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Das Herzstück des Gesetzes – im Übrigen das erste seiner Art in einem deutschen Flächenland – bilden die „Kommunalen Integrationszentren“. Sie stellen den innovativen politischen Versuch dar, die Integrationsprojekte und Maßnahmen vor Ort, im Lokalen, zu koordinieren und zu strukturieren. In Anbetracht der großen nationalen und transnationalen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, der Globalisierung und der Migration, kommt der Integrationsarbeit vor Ort, in der Kommune, gerade in den Ruhrgebietsstädten, die vor vielfältigen sozialen Herausforderungen stehen, im Lichte der aktuellen politischen Entwicklungen noch mehr Bedeutung bei. Denn das Große wirkt im Kleinen – und umgekehrt.

Das Forschungsprojekt der Brost-Stiftung hat gezeigt, wie die Akteure der Jugend- und Altenhilfe durch einzelne Projekte Integration und Teilhabe fördern und so den sozialen Zusammenhalt, das „Wir“, im Quartier stärken. Sprache, Bildung und Arbeit sind Kernpfeiler der Integration, aber in Zukunft wird es auch stärker darum gehen müssen, Heimat zu bilden, Heimat zu schaffen, lokal und inklusiv. Es gilt, den Menschen, die neu hinzugekommen sind, weil sie aus ihrer Heimat fliehen mussten, den „Alteingesessenen“, egal ob Mehrheitsgesellschaft oder langjährig hier lebenden Migranten, Christen und Muslimen, Jung und Alt, ein inklusives, Identität stiftendes Angebot der Teilhabe und des Dialoges zu machen, sie zusammenzuführen und mehr denn je das Verbindende zu betonen, um der Spaltung und den Spaltern entgegenzuwirken. ■

ANMERKUNGEN:

¹ Vgl. Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, in: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/10/171003-TdDE-Rede-Mainz.html>



Prof. Dr. Volker Kronenberg erläutert die Hintergründe des Forschungsprojektes bei einem Expertenworkshop der BAPP.

V. VERANSTALTUNGS- IMPRESSIONEN



ESSENER FORUM ZUM THEMA „VONEINANDER LERNEN: GENERATIONEN- UND ZIELGRUPPENÜBERGREIFENDE INTEGRATIONSARBEIT“ AM 25. OKTOBER 2017

Zum Thema „Voneinander Lernen: Generationen- und zielgruppenübergreifende Integrationsarbeit“ fand am 25. Oktober 2017 ein weiteres Essener Forum statt. Bei diesem Expertenworkshop diskutierte das Projektteam gemeinsam mit Integrationspraktikern im ‚Haus der Technik‘, inwiefern Netzwerke und die Nutzung von Synergieeffekten - am Beispiel von Tandem- oder Mentoring-Ansätzen - zu gelungener Integration beitragen können.



Einführend erläuterten **Dr. Karsten Jung**, Projektleiter und Geschäftsführer der Bonner Akademie, und **Jasmin Sandhaus**, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt, den Stand des Forschungsprojekts. Sowohl die qualitative, zweijährige Projektbegleitung als auch eine quantitative Analyse des Integrationsangebots in den Schwerpunktstädten Duisburg, Essen und Gelsenkirchen hätten viele erfolgreiche Ansätze und Maßnahmen ins Blickfeld gerückt. Um die vielfältigen Bedarfe und unterschiedlichen Zielgruppe künftig noch besser zu adressieren sei es daher nicht notwendig, ‚das Rad neu zu erfinden‘, sondern vielmehr geboten, durch bessere Vernetzung und die Nutzung von Synergieeffekten – etwa bei Mentoring- oder Tandemprojekten – die bestehenden Potenziale auszuschöpfen. Konkret gehe es darum, Integration als ganzheitlichen Prozess zu betrachten und auch aktiv in der Projektarbeit umzusetzen, indem Brücken zwischen einzelnen, zum Teil hochspezialisierten und autarken Angeboten gebaut werden.

Ein Beispiel für ein erfolgreiches Tandemprojekt lernte das Projektteam im Rahmen der internationalen Vergleichsstudie kennen: Das Wiener Oma/Opa-Projekt, durchgeführt vom Verein NL40 bringt Senioren mit Kindern aus sozial-schwachen Familien mit Migrationshintergrund zusammen. Die Senioren geben den Kindern in eins-zu-eins Tandems regelmäßig Nachhilfe und unterstützen sie bei schulischen Belangen. **Cecilia Nesler**, Mitarbeiterin im Projekt, erläuterte die Entstehungsge-

schichte des Ansatzes im Rahmen des Essener Forums und berichtete den Teilnehmern von den konkreten Erfahrungen in der Arbeit mit den intergenerationalen Tandems. Nicht selten ergäben sich aus den Tandems auch private Kontakte zu Kindern und Familie; eine ganzheitliche Unterstützung jenseits starrer Projektstrukturen entstehe zum Teil ganz natürlich.

Raphael Karrasch, Standortleiter bei Joblinge Ruhr, erklärte daran anschließend, wie ein Mentoring-Konzept in der Praxis umgesetzt werden kann. Im Rahmen des Joblinge-Programms unterstützen sogenannte Mentoren, die fest im Berufsleben stehen, die ausbildungssuchenden Jugendlichen ehrenamtlich. Die persönliche Unterstützung kann dabei ganz individuell ausgestaltet werden und reicht vom Erfahrungsaustausch bis hin zu Nachhilfe. Für viele sind sie die einzige Austauschmöglichkeit mit fest im Beruf stehenden Menschen, an denen sie sich orientieren können.

Insgesamt, darin waren sich alle Anwesenden einig, sind solche Mentoring- oder Tandemansätze vielversprechend. Gerade der Einbezug der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ist das besondere solcher Konzepte. Wichtig für erfolgreiche Integration sei jedoch, dass sich die entstehenden Beziehungen über enge Projektstrukturen hinaus auch nachhaltig verstetigen. ■





Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck.

Foto: © Jennifer Zumbusch

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „SOZIALPOLITIK HEUTE – HERAUSFORDERUNGEN IN EINER GESPALTENEN GESELLSCHAFT“ AM 12. SEPTEMBER 2017

Über „Sozialpolitik heute – Herausforderungen in einer gespaltenen Gesellschaft“ diskutierte der Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck gemeinsam mit Prof. Dr. Georg Cremer, ehemaliger Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes e.V., Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, und Prof. Dr. Frank Nullmeier, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen und Leiter der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ des Zentrums für Sozialpolitik, am 12. September in der Bonner Akademie. Dr. Helge Matthiesen, Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers, moderierte die Veranstaltung.

Im Rahmen seiner Einführung erinnerte **Prof. Bodo Hombach** daran, dass wir Sozialpolitik nicht neu erfinden, sondern uns stärker auf bewährte Ansätze berufen müssten, so etwa die katholische Soziallehre: Ihre vier Prinzipien Personalität, Gemeinwohl, Subsidiarität und Solidarität seien auch heute noch wichtige Leitplanken zur sozialpolitischen Orientierung. Vor allem gelte es jedoch auch, die Fähigkeiten des Einzelnen zur Selbsthilfe zu fördern, denn das soziale Netz solle auffangen nicht einfangen und müsse Trampolin, nicht Hängematte sein.

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck erläuterte anschließend die politischen Herausforderungen mit Blick auf die sozialen Unterschiede in unserer Gesellschaft. Die Armen blieben arm, während die Reichen immer reicher würden, die sozialen Unterschiede stiegen demnach konstant, attestierte der Bischof. Zudem sei der wachsende ökonomische Druck mittlerweile auch im Mittelstand angekommen. Deshalb müsse es zukünftig noch mehr darum gehen, Vermögen umzuverteilen und Chancen für Alle gleichermaßen zu eröffnen und nicht nur für einige wie bisher.

Die wachsende Altersarmut thematisierte **Prof. Dr. Georg Cremer** in der anschließenden Podiumsdiskussion. Die Erhöhung des Rentenalters auf 70 Jahre allein könne das bestehende Problem nicht lösen. Es gehe es vor allem darum, Niedriglöhne – gerade im Dienstleistungssektor – zu bekämpfen. Dann sei es auch wieder möglich, sich im Verlauf des Lebens eine angemessene Rente zu erarbeiten und das Armutsrisiko zu senken. Zudem müsse sich der Blick stärker auf die wirklich gefährdeten und betroffenen Gruppen richten.

Heike Göbel verwies auf die bedeutenden Fortschritte, die wir in den vergangenen zehn Jahren gemacht hätten. Die Arbeitslosenzahlen hätten sich halbiert, auch die Schere zwischen Arm und Reich sei nicht weiter auseinandergegangen. Dennoch müsse man in bestimmten Bereichen stärker umdenken: So sei es zum Beispiel sinnvoll, die Altersgrenze bei der Rente anzuheben, da sich das durchschnittliche Lebensalter ja ebenfalls erhöht habe.

Prof. Dr. Frank Nullmeier widersprach der These einer gespaltenen Gesellschaft: Man könne nicht von zwei Gruppen sprechen, die sich antagonistisch gegenüberstünden. Vielmehr gäbe es eine viel heterogenere Bevölkerung, deren sehr spezifische Bedürfnisse wiederum entsprechend adressiert werden müssten. Ein Beispiel dafür sei etwa der Wohnungsbau in Städten. So sei Wohnungspolitik mittlerweile wieder eine sozialpolitische Maßnahme – einfach weil es gerade in Ballungsräumen deutlich zu wenig bezahlbaren Wohnraum gebe.

Dabei müsse man insgesamt die regionalen Unterschiede stärker einbeziehen, betonte Bischof Overbeck in der Diskussion. In einigen Regionen lasse sich nahezu von Vollbeschäftigung sprechen, während etwa das Ruhrgebiet durch den Strukturwandel vor großen sozialen und ökonomischen Herausforderungen stehe. Gerade diesbezüglich bräuchte es passgenauere sozialpolitische Maßnahmen, waren sich alle Diskutanten abschließend einig. ■



Prof. Dr. Georg Cremer, Heike Göbel, Dr. Helge Matthiesen, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck und Prof. Dr. Frank Nullmeier in der Diskussion.

Foto: © Jennifer Zumbusch

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „WER IST WIR? EINWANDERUNG UND DIE ANGST VOR DEM IDENTITÄTSVERLUST“ AM 5. OKTOBER 2017

Ein hochaktuelles Thema stand am 5. Oktober in der Bonner Akademie auf der Tagesordnung. Aydan Özoğuz, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, diskutierte die Frage „Wer ist wir? Einwanderung und die Angst vor dem Identitätsverlust“ gemeinsam mit Dr. Jasper von Altenbockum, Innenpolitikchef der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Farhad Dilmaghani, Leiter und Gründer der Initiative „DeutschPlus“, und Jagoda Marinić, Schriftstellerin und Autorin. Andrea Oster, Moderatorin und Journalistin bei WDR 5, moderierte die Veranstaltung.

Staatsministerin **Aydan Özoğuz** ordnete das Thema in ihrer Rede historisch ein. Deutschland diskutiere nicht erst seit dem 20. Jahrhundert die Frage, was und wer eigentlich deutsch sei. Kaum ein anderes Volk setze sich weltweit so sehr mit dieser Frage auseinander. Vor allem nach der Erfahrung des zweiten Weltkriegs würden Pathos, Nationalstolz oder -Symbolik jedoch immer noch mit Skepsis betrachtet. Gerade im Kontext der jüngsten Bundestagswahl sei jedoch deutlich geworden, dass wir einen ernsthaften Dialog darüber bräuchten, was Vielfalt für uns bedeute. Denn gegen das pauschale Hetzen sowie der Etablierung neuer Feindbilder sei eine klare Positionierung der demokratischen Kräfte erforderlich.

Über die politischen Inhalte der AFD könne und müsse man streiten, sagte **Dr. Jasper von Altenbockum**. Dennoch müsse man im Rahmen einer Demokratie damit rechnen, dass sich Andersdenkende auch politisch organisieren. Wenn die Gesellschaft sich entschieße, bestimmte Themen und Inhalte nicht zu diskutieren, sei mit einem weiteren Erstarken rechtspopulistischer Parteien zu rechnen. Die Wähler hätten dabei weniger Angst vor einem Identitätsverlust als vielmehr vor dem Verlust der staatlichen Kontrolle.

Farhad Dilmaghani betonte, dass die laufende Debatte dringend versachlicht werden müsse. Jahrelang seien im Bereich der Integration deutliche



Der Blick aufs Podium: Jagoda Marinić, Dr. Jasper von Altenbockum, Andrea Oster, Staatsministerin Aydan Özoğuz und Farhad Dilmaghani. Foto: © Volker Lannert



Aydan Özoğuz während ihrer einführenden Rede.

Foto: © Volker Lannert

Fortschritte gemacht worden, bis politische Einwände zu zunehmender Verunsicherung geführt hätten. Das mediale ‚Trommelfeuer‘ habe die Zuwanderungs- und Identitätsthematik zusätzlich stark angeheizt, der Ton sei insgesamt rauer geworden. Dennoch, so Dilmaghani, müsse man sich bemühen, auch mit den konservativen Kräften einen Konsens zu finden. Zudem gehe es darum, den Menschen mit Migrationshintergrund endlich richtige Teilhabe zu gewähren, sei es in Politik, Medien, oder gesellschaftlich.

Jagoda Marinić wies darauf hin, dass die Debatte selbst nicht neu sei. Neu sei jedoch, dass die AfD, die im Rahmen der ‚Flüchtlingskrise‘ erst richtig stark geworden sei, den politischen Dialog zerstört habe. Es gebe eine gesellschaftliche Fremdenfeindlichkeit, die die AfD abgerufen habe; ohne die enorme Zunahme der Zu- und Einwanderung hätte die Partei niemals so stark werden können. Von einem staatlichen Kontrollverlust könne jedoch nicht gesprochen werden: Die Hilfsbereitschaft in der Zivilgesellschaft sei immens gewesen, auch Kommunen hätten großes Engagement bei der Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten gezeigt.

Dazu ergänzte Staatsministerin Özoğuz, dass die Angst vor dem ‚Fremden‘ in jenen Regionen am größten sei, in denen es nur wenige Berührungspunkte gebe. Ängste seien den Menschen zum Teil auch eingeredet worden. Insgesamt, so waren sich die Diskutanten einig, stehe unser Land aktuell vor großen Herausforderungen. Dazu gehöre auch die Formulierung eines offenen und inklusiven „Wir-Begriffs“. ■



Foto: © Volker Lannert

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „WIEVIEL ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND? PRAKTISCHE PERSPEKTIVEN AUF EINE KONTROVERSE DEBATTE“ AM 7. DEZEMBER 2017

Wie man das Potenzial der praktischen Initiativen und Projekte vor Ort für eine ganzheitliche Integrationsarbeit nutzen kann, stand im Fokus des Forschungsprojekts „Wieviele Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“. Zu dessen Abschluss haben wir den Blick nun noch einmal über die konkreten Projekte und Maßnahmen im Ruhrgebiet hinaus geweitet und die Ergebnisse im Licht der gewandelten Rahmenbedingungen und der aktuellen politischen Debatte im Rahmen einer Abschlussveranstaltung diskutiert. Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, und Prof. Dr. Heribert Prantl, Leiter des Ressorts für Innenpolitik und Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, diskutierten dazu am 7. Dezember 2017 zum Thema „Wieviele Islam gehört zu Deutschland? Praktische Perspektiven auf eine kontroverse Debatte“ auf dem Podium. Stefan Weigel, stellvertretender Chefredakteur der Rheinischen Post, moderierte die Veranstaltung.

Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, verwies auf die Spuren arabischer und islamischer Traditionen und Errungenschaften in unserer Kultur. Kein Computer funktioniere ohne die „Null“, auch Mozart, Lessing oder Goethe hätten sich von Fernost inspirieren lassen. Die, die heute Hass schüren, fänden sich auf beiden Seiten – ganz unabhängig von der Religionszugehörigkeit – auch deshalb müsse man Diskussionen um Islam und Sicherheit auseinanderhalten. Dennoch müssten wir gerade mit Blick auf die Moscheen, die hier gebaut werden und öffnen, weniger zurückhaltend sein und stärker kontrollieren, was in unserem Land gepredigt wird.

Die seit den Anschlägen von 11. September 2001 veränderte Debatte um den Islam und Muslime skizzierte **Dr. Joachim Stamp** im Anschluss. Seitdem seien diese Themen stärker mit Terrorismus verknüpft, Menschen dieses Glaubens würden zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Die Populisten hätten das wachsende Misstrauen geschickt aufgegriffen und auch die Medien hätten durch eine verzerrte Berichterstattung die Skepsis gestärkt. Gerade in diesem Zusammenhang sei es jedoch Aufgabe der Politik, sich klar zu positionieren, Ängste abzubauen und zu einer stärkeren Differenzierung in der Debatte beizutragen. Denn es gehe, so Stamp, weder um die Bibel oder den Koran, sondern stets um die Orientierung an unserem Rahmen, dem Grundgesetz.

Diese Aussage bestärkte auch **Prof. Dr. Heribert Prantl** im Anschluss in seiner Rede. Schließlich gehe es nicht darum, wieviel Islam zu Deutschland gehöre, sondern



Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW.

Foto: © Volker Lannert

welcher. Jeder könne glauben was er wolle, solange er damit keinem anderen schade, das sei durch die Religionsfreiheit in unserem Land abgedeckt. Doch dort wo Grundrechte missachtet würden, ende auch die Religionsfreiheit. Weder radikaler Islamismus noch radikale Islamfeindlichkeit gehörten zu unserem Land. Im Einwanderungsland Deutschland gehe es darum,

Heterogenität als Normalität nicht nur zu ertragen, sondern zu akzeptieren und zu respektieren, gleichermaßen den Neubürgern aber auch Rechte zu gewähren. Denn Integration könne auch nur so genannt werden, wenn beide Seiten sich bewegen: die Integrationsleistung der ‚Altbürger‘ sei nicht durch den Besuch im türkischen Restaurant erbracht.

In der anschließenden Diskussion zitierte **Stefan Weigel** eine forsa-Umfrage, die im Rahmen des Forschungsprojekts 2015 durchgeführt und 2017 – zum Abschluss – wiederholt und aktualisiert wurde. Demnach sei die Zustimmung zur Frage, ob der Islam zum Ruhrgebiet gehöre, in den letzten zwei Jahren um 10 Prozentpunkte gesunken. Dass die Akzeptanz des ‚Islam‘ sinke, bestätigte auch Dr. Joachim Stamp; doch alles was jahrzehntelang versäumt wurde, könne man nicht innerhalb weniger Jahre nachholen. Zudem gebe es grundsätzlich eine große Verunsicherung auf Grund der wiederholten Anschläge in Deutschland und Europa. Auch Prof. Dr. Heribert Prantl bestätigte diese Feststellung. Es gehe vor allem um das Gefühl des ‚Fremden‘, welches die Menschen zunehmend beunruhige. Vor allem der Islam sei mittlerweile zur Chiffre für alles Gefährliche geworden.

Gerade im Ruhrgebiet als eines der größten Ballungszentren in Europa manifestieren sich diese Probleme ganz besonders, so waren sich die Diskutanten einig. Dr. Joachim Stamp gab in diesem Zusammenhang auch einen Einblick in die integrationspolitische Planung in Nordrhein-Westfalen: Neben einem Einwanderungsgesetz gehe es auch darum, mehr Verbindlichkeit in der Integrationspolitik zu etablieren. Dafür, so versprach der Integrationsminister, werde man gerade für die konkrete Arbeit vor Ort auch die Forschungsergebnisse der BAPP einbeziehen. ■



Dr. Joachim Stamp, Moderator Stefan Weigel und Prof. Dr. Heribert Prantl.

Foto: © Volker Lannert



Prof. Dr. Heribert Prantl, Leiter des Ressorts für Innenpolitik und Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung.

Foto: © Volker Lannert









Foto: Unten, 1. v.l. © Jennifer Zumbusch







Foto: Oben l.u.r. © Volker Lannert



Fotos: © Volker Lannert

Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Malu Dreyer, Christian Wulff sowie Gerhard Schröder und Jean-Claude Juncker begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



